

"Schmuggler finden neue Wege"; Der Chef der EU-Grenzschutzagentur Frontex spricht über steigende Flüchtlingszahlen, einen weiter "immens" hohen Migrationsdruck und Probleme mit gefälschten Reisepässen

Die Welt

Montag 29. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 202

Length: 1588 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Die Krise war bereits allgegenwärtig, als der Franzose Fabrice Leggeri Anfang 2015 den Posten des Exekutivdirektors bei der EU-Grenzschutzagentur Frontex übernahm. Doch dann kamen eine Million **Migranten** und machten deutlich, dass die EU ihre Außengrenzen nicht sichern kann. Beim Gespräch mit der "Welt" im Frontex-Hauptsitz in Warschau analysiert Leggeri die Schwächen der Außengrenzen und erklärt, wie die Europäische Union (EU) mit Mitgliedern umgehen könnte, die ihrer Pflicht nach Grenzschutz nicht nachkommen.

Die Welt:

Herr Leggeri, was passiert, wenn das **Flüchtlingsabkommen** mit der Türkei scheitert?

Fabrice Leggeri:

Die Zahl der irregulären Migranten aus der Türkei würde wahrscheinlich steigen. Außerdem könnten wir die Personen anschließend nicht mehr von den griechischen Inseln zurück in die Türkei bringen, so wie es die Vereinbarung derzeit vorsieht.

Die Risse zwischen Europa und der Türkei sind deutlich größer geworden. Spielt Erdogan bereits den Schleusenwärter und schickt Flüchtlinge in die EU?

Dafür gibt es bislang keine Hinweise. Im gesamten Monat Juli haben wir etwa 1800 Migranten gezählt, die in Griechenland angekommen sind. Zum Vergleich: Im Februar und auch noch im März kamen täglich so viele Menschen.

Registrieren Sie, dass seit dem Putschversuch vermehrt auch Türken ihr Land verlassen?

Ein paar Fälle gibt es, das stimmt. Seit Juli haben wir aber keinen nennenswerten Effekt gespürt.

"Schmuggler finden neue Wege" Der Chef der EU-Grenzschutzagentur Frontex spricht über steigende Flüchtlingszahlen, einen weiter "immens" hohen Migrationsdruck u....

In der Vergangenheit haben Sie Ankara dafür kritisiert, dass das Land nicht genug unternimmt, um das Ablegen der Flüchtlingsboote zu verhindern. Hat sich die Situation verbessert?

Anfang des Jahres habe ich gefordert, dass die Türkei nicht länger als "Autobahn" nach Europa agieren darf. Seit dem Start des Abkommens arbeitet die Türkei aber mit Griechenland und Frontex sehr gut zusammen. Zusammen gelingt es uns immer besser, die Migrantenströme bereits in der Türkei zu kontrollieren.

Gehen die türkischen Behörden nun auch entschieden gegen Passfälscher vor?

Es gibt auch gefälschte Reisedokumente, die in der EU hergestellt werden

In Griechenland oder Bulgarien beispielsweise

Ich würde beim Thema Passfälschungen ungern nur auf die Türkei zeigen. Die Türkei hat erwiesen, dass sie die kriminellen Netzwerke effektiv bekämpfen kann. Gut ist, dass wir immer besser zusammen gegen die Schleusernetzwerke vorgehen.

Im Jahr 2015 kamen mehr als eine Million Migranten nach Europa - so viele wie noch nie zuvor. Wird sich das noch einmal wiederholen?

Ich denke, dass die EU dazugelernt hat. Was im vergangenen Jahr passierte, haben viele zu lange für unvorstellbar gehalten. Wir müssen wissen, wer nach Europa einreist. Dafür gibt es viele Gründe. Es geht darum, wer einen Anspruch auf Asyl hat. Oder schlichtweg darum, ob Kriminelle oder sogar mutmaßliche Terroristen einreisen. Klar ist: Der Migrationsdruck jedenfalls bleibt immens. In Syrien herrscht weiter Krieg, die Terrormiliz Islamischer Staat setzt sich nun auch in Nordafrika fest, und noch immer hat die Armut weite Teile der Welt fest im Griff.

Die Bundesregierung zögerte im vergangenen Jahr bis zum Herbst, ehe sie die Flüchtlingsprognose deutlich anhub. Wann war für Sie klar, dass aus Syrien ungewöhnlich viele Migranten nach Europa kommen werden?

Im April haben wir festgestellt, dass es zu einer Verlagerung der Flüchtlingsströme von Libyen und Italien hin zum Mittelmeerraum zwischen der Türkei und Griechenland kommt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten viele Syrer noch den Weg über Nordafrika eingeschlagen. Ab Frühjahr 2015 konnten Syrer aber nicht mehr ohne Visum in Nachbarländer Libyens reisen. Außerdem geriet die Sicherheitslage dort vollends außer Kontrolle. Wir wussten: Jetzt kommt was. Und ausgerechnet in jenen Wochen schlitterte Griechenland in seine nächste Finanzkrise.

Die Migranten brauchten meist nur ein paar Tage von den griechischen Inseln zum Balkan.

Alle Länder entlang der Balkanroute standen vor der Frage, wie sie mit den vielen Menschen umgehen sollen. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien war ein Nadelöhr auf der Route. Mitte Juni entschied man dort, Migranten für bis zu 72 Stunden ins Land zu lassen. Eigentlich sollten sie sich in Asylzentren melden - die meisten aber nutzten die Chance und fuhren weiter Richtung Mitteleuropa. So kamen immer mehr.

Ungarn kündigte lauthals an, einen Zaun zu bauen. Sorgte das für eine zusätzliche Torschlusspanik?

Die Migranten haben bemerkt, dass die Grenzen der EU praktisch offen waren. Und weil sie ahnten, dass das kein Dauerzustand sein wird, haben sie die Chance ausgenutzt.

Anfang September entschieden die Bundeskanzlerin und ihr österreichischer Amtskollege, Migranten aus Ungarn direkt nach Deutschland zu holen. Damit war das Durchreichen von Griechenland bis Deutschland perfekt.

So war es. Die EU und die Westbalkanstaaten kooperierten damals einfach nicht. Es dauerte Monate, bis die Zuwanderungszahl deutlich zurückging. Im Herbst hatten wir es vor allem mit einer humanitären Krise zu tun. Europa musste plötzlich Hunderttausende versorgen und unterbringen.

Frontex hat in einem Bericht festgestellt, dass erst mit der Grenzschießung in Mazedonien die Zahl der Migranten über die Ägäis deutlich zurückgegangen ist.

"Schmuggler finden neue Wege" Der Chef der EU-Grenzschutzagentur Frontex spricht über steigende Flüchtlingszahlen, einen weiter "immens" hohen Migrationsdruck u....

Das war der entscheidende Einschnitt. Daneben gab es noch weitere Faktoren, die sich ausgewirkt haben. Im Dezember haben wir bereits erstmals im größeren Ausmaß Frontex-Grenzbeamte zur Unterstützung nach Griechenland geschickt. Als die Zahl der Flüchtlinge im März dann schon stark zurückgegangen war, sorgte das Abkommen mit der Türkei für eine hoffentlich nachhaltige Beherrschbarkeit der Situation.

Können Zäune Flüchtlinge stoppen?

Nein, das können sie nicht.

Bulgarien klagt bereits, dass viele Migranten dorthin ausweichen.

Wir haben unsere Hilfe in Bulgarien bereits aufgestockt. Zudem werden wir die Mitgliedstaaten auffordern, weitere Beamte für den Einsatz bereitzustellen. Zur Zeit haben wir etwa 112 Beamte in Bulgarien eingesetzt, wir brauchen aber noch mindestens 100 mehr.

Die Bereitschaft wird wahrscheinlich gering sein. Die EU-Länder haben selbst in größter Krisenzeit nach Griechenland weniger Beamte geschickt, als von Ihnen angefordert.

Das stimmt, obwohl die Unterstützung für den Rapid Border Intervention Einsatz nach EU-Verordnung eigentlich verbindlich war. Wir dürfen dabei aber auch nicht vergessen: Die Mitgliedstaaten sind mittlerweile erschöpft. Mehrere Länder haben an den Schengenbinnengrenzen Kontrollen eingeführt. Die Kapazitäten sind vielerorts aufgebraucht.

Wie sieht die Situation in Bulgarien denn aus?

Es kommen mehr Migranten aus Griechenland oder der Türkei nach Bulgarien. Es ist aber nicht so, dass dort nun ähnliche Zahlen wie auf dem Westbalkan im vergangenen Jahr registriert werden. Im Juli 2016 haben wir etwa 2160 illegale Grenzübertritte in der westlichen Balkanregion registriert. Insgesamt erleben wir wieder eine Auffächerung der Ströme. Die Migranten und die Schmuggler finden neue Wege.

Sie halten an Ihrer Forderung fest, dass Europa ausreichend legale Wege für Migranten nach Europa bereitstellen sollte?

Natürlich. Grenzschutz und legale Wege nach Europa schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich. Wenn es legale Wege gibt, sinkt der Druck auf die Außengrenze. Nicht umsonst hat sich die EU-Kommission bereits im Frühjahr 2015 beides als Ziel gesetzt.

Und wie viele Personen sollte die EU pro Jahr aufnehmen?

Das wiederum ist keine Frage, die ich zu entscheiden habe. Das müssen die Mitgliedstaaten zusammen mit der Kommission beraten.

In diesem Jahr wird der höchst gefährliche Weg über das Mittelmeer von Libyen aus wohl wieder am meisten genutzt werden. Warum bekommt Europa diese Route nicht in den Griff?

Die Zahl der Migranten, die aus Libyen und zum Teil auch aus Ägypten nach Italien kommt, ist recht stabil. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg sie 2016 bislang um drei Prozent. Im Juli waren es etwa 25.300 Personen. Hier liegt jetzt wieder der Schwerpunkt unserer Arbeit. In Griechenland haben wir dagegen die Zahl der Grenzbeamten reduziert. Sollte das Abkommen mit der Türkei jedoch scheitern, haben wir wieder mit zwei Fronten zu kämpfen.

Kritiker werfen Ihnen vor, im Mittelmeer eine Art Fährgeschäft nach Europa zu betreiben. Sie nehmen die Flüchtlinge auf hoher See auf und bringen sie sicher nach Italien.

"Schmuggler finden neue Wege" Der Chef der EU-Grenzschutzagentur Frontex spricht über steigende Flüchtlingszahlen, einen weiter "immens" hohen Migrationsdruck u....

Es ist aktuell nicht möglich, dafür zu sorgen, dass die Schlepper bereits an den Küsten effektiv bekämpft werden. Dafür ist es in Libyen viel zu gefährlich. Wir arbeiten jetzt im Rahmen der EU daran, die libysche Küstenwache ab Herbst ausbilden zu können.

Die Flüchtlingskrise hat dazu geführt, dass Frontex gestärkt werden soll. Was ist für Sie dabei vor allem wichtig?

Dass Frontex nun eine feste operative Einheit bekommt: Die Länder sollen 1500 Beamte bereitstellen, die innerhalb weniger Tage eingesetzt werden können.

Geplant war, dass Frontex künftig auch gegen den Willen eines Mitgliedslandes eingesetzt werden kann. Bleibt es dabei?

Es wird die Möglichkeit geben, dass ich vorschlagen kann, was ich für notwendig halte.

Sie können künftig also Grenzbeamte und Schiffe zum Beispiel nach Griechenland schicken, auch wenn Athen das eigentlich ablehnt?

Zunächst würden wir Gespräche mit den nationalen Behörden führen. Wenn es dann keine Lösung gibt, kann Frontex das Thema auf die Tagesordnung des Verwaltungsrates setzen. Dieser kann mein Angebot dann bestätigen. Oder: Der EU-Rat könnte politisch entscheiden. Ich finde, dass das ein guter Ausgleich ist

Zwischen Zuckerbrot und Peitsche

Wir haben es nun einmal mit souveränen Mitgliedstaaten zu tun.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Getty Images/Dan Kitwood; AFP/Getty Images/JOHN MACDOUGALL

Kampf gegen Schlepper: Ein Frontex-Patrouillenboot kreuzt nachts in den Gewässern zwischen der Türkei und Griechenland

Dan Kitwood

Load-Date: August 29, 2016

Athens Gesetze durchkreuzen Merkels Plan; Flüchtlinge: Rückführung in die Türkei kompliziert

Die Welt

Donnerstag 31. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 75

Length: 612 words

Byline: Boris Kálnoky

Body

Wochenlang arbeiteten die betroffenen Regierungen und die EU-Kommission den viel gerühmten Deal mit der Türkei aus, der die Flüchtlingskrise beenden soll. Und doch scheint es vor allem an einem zu hapern: einem vernünftigen Plan zur Umsetzung.

Die Rückführungen abgelehnter Asylbewerber in die Türkei werden voraussichtlich ab dem 4. April beginnen - das verkündete Bundeskanzlerin Angela Merkel am 18. März nach der Bekanntgabe der Vereinbarungen zwischen der EU und der Türkei zur Lösung der Flüchtlingskrise. Aber ob das in nennenswertem Umfang fristgerecht passieren kann, erscheint mittlerweile fraglich. Denn Massenabschiebungen verstoßen gegen das Menschenrecht, Asylbegehren müssen formalrechtlich individuell geprüft werden. Und zwar von Asylrichtern. Die aber hat Griechenland kaum. Der Plan kann also nur dann aufgehen, wenn die EU-Länder zusätzliche Richter - mit Übersetzern und weiterem Hilfspersonal - nach Griechenland entsenden. Das ist auch vorgesehen. Doch das griechische Recht gebietet für die Bearbeitung von Asylanträgen und für Interviews mit Antragstellern den Gebrauch der griechischen Sprache. Deutsche Asylrichter könnten demnach bisher effektiv gar nicht arbeiten. Entsprechende Gesetzesänderungen, die die Lage verändern, sollte das griechische Parlament am Mittwoch verabschieden. Erst danach können EU-Richter eingesetzt werden. Die müssen aber erst einmal ankommen, und für sie muss auch noch eine komplette Infrastruktur geschaffen werden: Büros, Telefone, Computer.

Die neuen Regeln werden zudem voraussichtlich eine 14-tägige Berufungsfrist vorsehen. Vor Ablauf dieser Frist können erstinstanzlich abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben werden. Einsprüche gegen Asylbescheide können aber erst bearbeitet werden, wenn die EU-Richter eintreffen - denn die entscheidende Schwäche des griechischen Asylsystems sind vor allem fehlende Richter für die zweitinstanzliche Bearbeitung angefochtener Asylurteile. Die Schaffung einer ganz neuen Berufungsinstanz ist denn auch eines der wichtigsten Elemente der geplanten griechischen Gesetzesänderungen. Bis diese in Kraft treten, hat die EU nach Angaben der "Bild"-Zeitung die Vorbereitungen für eine Entsendung europäischer Asylrichter nach Griechenland vorerst gestoppt. Nach geltendem EU-Recht dürfen Migranten und Flüchtlinge nur in "sichere Drittstaaten" abgeschoben werden. Griechenland hat die Türkei aber noch nicht formell zum "sicheren Drittland" erklärt. Die geplanten

Athens Gesetze durchkreuzen Merkels Plan Flüchtlinge: Rückführung in die Türkei kompliziert

Gesetzesänderungen sehen bislang nur vor, dass Flüchtlinge in Drittländer abgeschoben werden, die die Genfer Konventionen einhalten. Ob die Türkei diese einhält - etwa im Konflikt mit kurdischen Freischärlern - und ob diese Formulierung in den Augen der EU ausreicht, das dürfte noch Anlass zu Debatten geben.

Das wahrscheinlichste Ergebnis ist nach derzeitigem Stand der Dinge, dass am 4. April möglicherweise einige wenige Asylbewerber abgeschoben werden, um den Schein zu wahren, dass alles nach Plan läuft. Über die Frage, wann das System funktioniert, und ob es überhaupt moralisch vertretbar ist, Flüchtlinge im Schnellverfahren abzuschieben, nachdem man ihre Asylbegehren nur der Form halber individuell geprüft hat - darüber dürfte noch viel gestritten werden.

Ein Hoffnungsschimmer ist, dass nur noch wenige Flüchtlinge über die Türkei nach Griechenland kommen. Wenn dieser Trend anhält, kann Griechenland die logistischen Probleme in den Griff bekommen.

Anders sieht es für die annähernd 50.000 Migranten und Flüchtlinge aus, die in Griechenland gestrandet sind, seit die Balkanroute geschlossen ist. Für sie gibt es vorerst keine Lösung, vom EU-Plan sind sie ebenfalls nicht betroffen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 31, 2016

**"Ungeheuerlich, alles den Asylananten in die Schuhe zu schieben";
Kriminologen warnen davor, einen automatischen Zusammenhang zwischen
Kriminalität und ethnischer Herkunft herzustellen**

Die Welt

Donnerstag 7. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 157

Length: 868 words

Byline: Kristian Frigelj

Body

Zwischendrin sagt Kriminaldirektor Ulf Küch markig: "Die Strolche hat der liebe Gott über die Welt gleich verteilt. Es ist fatal, zu sagen, das ist jetzt typisch arabisch." Es geht dem Leiter der Kriminalpolizei im niedersächsischen Braunschweig darum, Pauschalisierungen zu vermeiden und bestimmte Gruppen von Menschen nicht unter Generalverdacht zu stellen.

Küch sowie die Kriminologen Sandra Bucerius und Christian Walburg betonen bei der Vorstellung von aktuellen Erkenntnissen in Köln: Es gebe keinen automatischen Zusammenhang zwischen ausländischer Herkunft und Kriminalität; man könne von der ethnischen Herkunft nicht auf die Straffälligkeit einzelner Volksgruppen schließen.

Sie sehen diese Analyse auch nicht durch die hundertfachen sexuellen Übergriffe durch überwiegend nordafrikanische Männergruppen in der Silvesternacht erschüttert. "Daraus zu schließen, dass es zu solchen oder ähnlichen Vorfällen in nächster Zeit massiv kommen könnte, da wäre ich vorsichtig", sagt Walburg. In seinem Gutachten "Migration und Kriminalität - aktuelle kriminalstatistische Befunde" wagt er es noch nicht, die Kölner Übergriffe einzuordnen. Stattdessen betont er, dass die Kriminalität unter Geflüchteten wenig erforscht sei. Die wichtigste Erkenntnis sei, dass die "übergroße Mehrheit der Menschen im laufenden Asylverfahren nicht als Tatverdächtige aufgefallen ist und die registrierten Tatverdächtigen insgesamt weit überwiegend Bagatelldelikte begangen haben".

In einem Vergleich der Jahre 2008 und 2015 ist die Gesamtzahl der tatverdächtigen Asylbewerber von 17.651 auf 83.737 angestiegen. Sie liegt jedoch "deutlich unter dem Höchstwert aus dem Jahr 1993", als es rund 160.000 waren. Die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber sei zudem weniger stark gestiegen als die Zahl aller Asylbewerber, die sich mehr als versechsfacht hat, heißt es in der Studie.

"Die in der Öffentlichkeit häufig gestellte Frage, ob Flüchtlinge ‚krimineller‘ sind als andere, lässt sich nicht ohne Weiteres beantworten", gesteht Walburg im Gutachten ein. Tendenziell lässt sich offenbar sagen: Menschen aus

"Ungeheuerlich, alles den Asylanten in die Schuhe zu schieben" Kriminologen warnen davor, einen automatischen Zusammenhang zwischen Kriminalität und ethnischer

Kriegs- und Krisenländern mit günstiger Bleibeperspektive und besseren Integrationschancen werden deutlich unterdurchschnittlich straffällig - im Gegensatz zu jenen mit geringer Aussicht, hierbleiben zu dürfen.

Walburg geht auch auf die Nordafrikaner ein, die der Polizei in Großstädten wie Köln und Düsseldorf große Probleme bereiten. Die jungen Männer aus Maghreb-Staaten wie Marokko und Algerien stammen aus prekären Verhältnissen. Das Gutachten hebt also auf die soziale Herkunft ab - nicht auf Religion oder ethnische Abstammung.

Auch beim weiter gefassten Komplex Migranten differenzieren die Wissenschaftler. "Parallel zum starken Anstieg der Zahl nicht deutscher Zuwanderer hat sich seit 2008 auch der Anteil der nicht deutschen Tatverdächtigen an allen polizeilich registrierten Tatverdächtigen (ohne ausländerrechtliche Verstöße) wieder deutlich erhöht" - und zwar von 18,9 Prozent in 2008 auf 27,6 Prozent in 2015, heißt es in dem Gutachten. Allerdings sei der statistische Wert für die Kriminalitätshäufigkeit (Fälle je 100.000 Einwohner) "insgesamt kaum angestiegen". Ausländische Jugendliche wurden 2015, gemessen an ihrer Bevölkerungszahl, weniger oft bei Gewaltdelikten registriert als noch 2008.

Freilich gibt es Delikte, bei denen Migranten überproportional vertreten sind: 75,7 Prozent bei Taschendiebstählen und jeweils etwa 43 Prozent bei Urkundenfälschung und Ladendiebstahl. Im Vergleich zu 2008 ist zum Beispiel die Zahl nicht deutscher Tatverdächtiger um 189 Prozent beim Taschendiebstahl und um 79,9 Prozent beim Ladendiebstahl angestiegen. "Bei anderen Gewaltdelikten (Vergewaltigungen, Körperverletzungen, Straftaten gegen das Leben) liegt der Anteil ausländischer Tatverdächtiger dagegen nur wenig über dem Anteil insgesamt", heißt es in dem Gutachten.

Beim Wohnungseinbruch ist die Zahl ausländischer Tatverdächtiger um 95,4 Prozent seit 2008 angestiegen. Doch Braunschweigs Kripo-Chef Küch, der zugleich stellvertretender Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamten ist, betont: Es handle sich hierbei nicht um Flüchtlinge, sondern um "hochprofessionelle Banden". "Das alles den Asylanten in die Schuhe zu schieben, ist eine Ungeheuerlichkeit."

Kriminologin Bucerius lebt seit einigen Jahren in Kanada und forscht an der University of Alberta. Sie betont, dass sämtliche nordamerikanischen und kanadische Studien über Migranten zeigten, dass Immigration sogar zu weniger Kriminalität führe. Sie macht deutlich, dass Kanada sich als aktives Einwanderungsland verstehe und gewaltige Anstrengungen unternehme, Migranten zu integrieren. Die Professorin betont aber auch, dass Migranten in Kanada weniger oder zumindest gleich oft straffällig würden wie Einheimische, ganz im Unterschied zu europäischen Ländern.

"In der kriminologischen und soziologischen Forschung besteht Konsens darüber, dass mangelnde soziale Integration einen großer Risikofaktor für Kriminalität darstellt", sagt Bucerius mit Hinweis auf Europa. Fazit des Kriminalisten und der Kriminologen in dem Gutachten: Je besser und rascher die Integration gelingt, desto niedriger ist das Kriminalitätsrisiko.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 7, 2016

**Kanzlerin stellt Europa ohne Grenzen infrage; Schengen werde scheitern,
wenn sich die EU-Staaten nicht auf eine Verteilung der Flüchtlinge einigen.
Merkel: Das ist keine "Petitesse"**

Die Welt

Donnerstag 26. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 276

Length: 424 words

Byline: Eckhard Balfanz

Body

Der Schengen-Raum - und damit ein Europa ohne Passkontrollen - ist nach Ansicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nur durch mehr Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten in der **Flüchtlingskrise** zu retten. Notwendig sei ein permanenter und verbindlicher Verteilmechanismus, forderte Merkel im Bundestag.

Eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge sei "nicht irgendeine Petitesse, sondern die Frage, ob wir Schengen noch auf Dauer aufrechterhalten können". Notwendig sei auch eine europaweite legale Aufnahme von Hilfesuchenden über Kontingente. In einer globalen Welt müsse jeder seinen Beitrag leisten. "Wir schaffen das", wiederholte Merkel ihren viel zitierten Satz und fügte hinzu: "Aber es wird vieler Anstrengungen bedürfen und auch eines hohen Maßes an neuem Denken." Eine "simple Abschottung" werde dagegen keine Probleme lösen.

Die Opposition übte scharfe Kritik an der Koalition. "Sie agieren hilflos, planlos und ziellos", monierte Linke-Fraktionschef Dietmar Bartsch und fügte hinzu: "Die teuersten Flüchtlinge in Deutschland sind die Steuerflüchtlinge." Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter sprach von einer "zerstrittenen und armseligen" Regierung, durch deren Verhalten rechtsextreme und rechtspopulistische Organisationen Zulauf erhielten.

Insgesamt wurden im laufenden Jahr bereits 938.000 Asylsuchende registriert. Hinzu kommen noch viele unregistrierte Migranten. Im November werden mehr Asylsuchende nach Deutschland einreisen als jemals in einem Monat: Laut Bundespolizei wurden seit dem 1. November bereits 180.000 registriert. Der bisherige Rekord lag im Oktober bei 181.000 registrierten Migranten.

Die EU-Staats- und -Regierungschefs wollen sich bei ihrem Sondergipfel mit der Türkei endgültig auf eine verstärkte Zusammenarbeit in der Flüchtlingskrise verständigen. "Wir werden einen gemeinsamen Aktionsplan mit der Türkei annehmen", sagte EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker im Straßburger Europaparlament. Das Spitzentreffen der 28 "Chefs" mit der Türkei ist für diesen Sonntag in Brüssel geplant.

Kanzlerin stellt Europa ohne Grenzen infrage Schengen werde scheitern, wenn sich die EU-Staaten nicht auf eine Verteilung der Flüchtlinge einigen. Merkel : Das

Frankreichs Premierminister Manuel Valls hat angesichts des Flüchtlingsandrangs vor einer Überlastung Europas gewarnt. "Europa muss sagen, dass es nicht mehr so viele Migranten aufnehmen kann, das ist nicht möglich", sagte er vor ausländischen Journalisten. Er forderte eine bessere Kontrolle der EU-Außengrenzen. Dies sei entscheidend für die Zukunft der Europäischen Union. "Wenn wir das nicht tun, dann werden die Völker sagen: Es reicht mit Europa!"

Siehe Kommentar und Seiten 6 und 7

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 26, 2015

Flüchtlinge aus Syrien werden seltener kriminell; Migranten aus Nordafrika, Georgien und Serbien sind laut BKA hingegen überproportional häufig unter den Tatverdächtigen. Zahl der Straftaten von Zuwanderern in Deutschland geht insgesamt zurück

Die Welt

Donnerstag 9. Juni 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 133

Length: 502 words

Byline: Martin Lutz

Body

Die Zahl der polizeilich erfassten Straftaten von **Flüchtlingen** in Deutschland ist im ersten Quartal dieses Jahres zurückgegangen. Wurden im Januar noch 25.657 Delikte von **Migranten** registriert, waren es im März mit 20.915 Taten 18 Prozent weniger. Rechnet man "versuchte" Straftaten hinzu, liegt die Zahl deutlich höher: bei 69.400 Fällen.

Dies geht aus dem Lagebericht "Kriminalität im Kontext von Zuwanderung" des Bundeskriminalamts (BKA) hervor. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) wollte ihn ursprünglich mit der Polizeilichen Kriminalstatistik bereits im Mai vorlegen. Doch zunächst lieferten nicht alle Bundesländer dazu Zahlen.

Die signifikantesten Rückgänge waren in den Kriminalitätsfeldern der Vermögens- und Fälschungsdelikte, der Diebstahlsdelikte und der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu verzeichnen. Eine schwächere Abnahme dagegen zeigte sich bei den Zahlen zu Rohheitsdelikten und Taten gegen die persönliche Freiheit. In jeweils einem Drittel der Fälle begingen Zuwanderer dem BKA zufolge Diebstähle (rund 29 Prozent) sowie Vermögens- und Fälschungsdelikte (28 Prozent). Körperverletzungen, Raub, Nötigung oder Freiheitsberaubungen machen 23 Prozent der Straftaten aus. Rauschgiftdelikte haben einen Anteil von 6,6 Prozent, und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung machen 1,1 Prozent aus. Dabei werden Einwanderer aus Algerien, Georgien, Marokko, Serbien und Tunesien - gemessen an ihrem Anteil an allen Flüchtlingen - überproportional häufig als Tatverdächtige geführt. "Deutlich unterproportional" an Kriminalität beteiligt sind laut BKA Syrer, Afghanen und Iraker.

Der Bericht enthält zudem Verbrechen gegen Zuwanderer. Sie gingen von Januar bis März um rund sieben Prozent zurück. Taten untereinander verminderten sich um acht Prozent. In Erstaufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften sank der Wert um zehn Prozent. In rund 60 Prozent der Fälle handelte es sich um

Flüchtlinge aus Syrien werden seltener kriminell Migranten aus Nordafrika, Georgien und Serbien sind laut BKA hingegen überproportional häufig unter den Tatverd....

Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit - ein Großteil davon sind Körperverletzungen. In weiteren rund 23 Prozent waren Zuwanderer Geschädigte von Diebstählen. Insgesamt kamen laut Statistik neun Menschen ums Leben, davon acht Flüchtlinge und ein deutscher Staatsangehöriger.

"Zuwanderer sind nicht krimineller als Deutsche", sagte eine Ministeriumssprecherin in Berlin. Die Zahlen sollten mehr Transparenz in die Debatte bringen. Sie würden helfen, diese zu versachlichen.

Die Straftaten gegen im Bau befindliche und bewohnte Flüchtlingsunterkünfte sowie gegen Asylbewerber aus fremdenfeindlichen und persönlichen Motiven blieben im ersten Quartal mit 345 nach Angaben des BKA auf einem "hohen Niveau". Die Wiesbadener Behörde warnte vor einer "latenten Radikalisierung" zwischen Asylgegnern und Asylbefürwortern. Sie bekam zudem mehr Hinweise auf mutmaßliche Kämpfer und Unterstützer terroristischer Organisationen beziehungsweise von "islamistisch motivierten Kriegsverbrechern", die sich in Deutschland aufhalten sollen.

Kommentar Seite 3 und Seite 6

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 9, 2016

Weber verlangt Hotspots in Drittstaaten; EVP-Fraktionschef fordert Kooperation von Italien

Die Welt

Freitag 29. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 24

Length: 435 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Mahnende Worte aus Brüssel an Matteo Renzi. Unmittelbar vor dem Besuch des italienischen Ministerpräsidenten bei Bundeskanzlerin Merkel in Berlin hat der Chef der Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Parlament, Manfred Weber (CSU), Rom zu mehr Unterstützung bei der Lösung der Flüchtlingskrise aufgefordert.

Weber sagte der "Welt": "Jetzt muss die italienische Regierung Solidarität zeigen und möglichst schnell ihren Beitrag in den Drei-Milliarden-Fonds für Flüchtlingshilfen in der Türkei einzahlen. Der Versuch von Koppelungsgeschäften beim italienischen Beitrag für den Türkei-Flüchtlingsfonds ist völlig abwegig und bringt Europa an die Grenzen. Wenn alle 28 dieses Spiel versuchen würden, könnte es nur dramatisch schiefgehen."

Renzi müsse sich bewegen, so der EVP-Fraktionschef. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass eine Koalition der Willigen in der Migrationskrise alleine handle. "Dies wäre sicher nicht zum Vorteil Italiens oder anderer Länder", sagte Weber. Hintergrund der Äußerungen ist die Haltung Renzis, kein Geld in den EU-Fonds zur Finanzierung von Flüchtlingshilfen in der Türkei einzuzahlen, solange die Haushaltsregeln im Stabilitätspakt nicht aufgeweicht werden. Der EVP-Fraktionschef räumte ein, dass viele EU-Länder Italien bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme über das Mittelmeer jahrelang "im Stich gelassen" hätten. Weber: "Inzwischen funktioniert dort aber die europäische Solidarität bei der Seenotrettung. Auch die von Italien gewünschte Quote ist beschlossen." Weber erklärte, dass es keinen Spielraum für eine Lockerung der Regeln im Stabilitätspakt gebe. "Ministerpräsident Renzi spielt mit dem Feuer, wenn er meint, dass jetzt der Stabilitätspakt unterlaufen werden kann. Damit riskiert er die Wachstumsperspektiven seines Landes und gefährdet die Glaubwürdigkeit seiner Regierung."

Angesichts zahlreicher Krisen forderte der CSU-Vizechef die EU-Staaten auf, "sich aus ihrem kleinteiligen Verhalten zu befreien" und die wichtigen europäischen Fragen endlich zu lösen: "Es braucht einen Durchbruch zur Bewältigung der Migrationskrise und gleichzeitig einen fairen Deal für den Verbleib Großbritanniens in der EU. Sollte dies aufgrund von nationalen Egoismen scheitern, könnte sich die Krise weiter verselbstständigen." Zur

Weber verlangt Hotspots in Drittstaaten EVP-Fraktionschef fordert Kooperation von Italien

Bewältigung der Flüchtlingsströme verlangte Weber sogenannte Hotspots zur Registrierung auch in Drittstaaten: "Registrierungs- und Asylantragsstellen muss es auch außerhalb der EU geben. Dies würde die Kanalisierung der Migrationsströme und die Übernahme von Flüchtlingskontingenten aus Drittstaaten deutlich vereinfachen."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 29, 2016

End of Document

Deutscher Arbeitsmarkt ist aufnahmefähig für Flüchtlinge; Vorstand der Bundesagentur für Arbeit hält derzeit 350.000 Menschen jährlich für integrierbar. Schlechte Bildung ist die Haupthürde

Die Welt

Montag 8. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 32

Length: 828 words

Byline: Olaf Preuß

Body

Detlef Scheele, seit Oktober Vorstandsmitglied bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg, hält den deutschen Arbeitsmarkt für stark genug, um eine große Zahl von **Flüchtlingen** aufnehmen zu können. "350.000 **Flüchtlinge** jährlich sind für den deutschen Arbeitsmarkt rein quantitativ derzeit kein Problem, denn jährlich entstehen rund 700.000 Arbeitsplätze neu", sagte Scheele vor dem Club Hamburger Wirtschaftsjournalisten. Eine Konkurrenz zu arbeitslosen Deutschen sieht Scheele im Regelfall nicht: "Dafür ist die Gruppe der **Migranten** zu klein."

Im vergangenen Jahr kamen rund 1,1 Million **Flüchtlinge** vor allem aus Syrien und anderen Kriegs- und Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens nach Deutschland. Die Zahl von 350.000 ist aus Scheeles Sicht die Größenordnung derer, die in diesem Jahr als anerkannte **Asylbewerber** mit Bleibeperspektive in Deutschland Ausbildung und Arbeit suchen. Eine Entspannung bei der Zuwanderung erwartet der frühere SPD-Politiker vorerst nicht, der von 2011 bis 2015 Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration in Hamburg war. "Ob unser Land insgesamt das aushalten kann, ist eine andere Frage. Die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes ist zurzeit jedenfalls gegeben."

Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) oder die Handelskammern drängen seit Monaten auf stärkere politische Hilfen bei der Eingliederung von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt. Unternehmen und Verbände organisieren auch selbst umfangreiche Hilfen, um Menschen in Ausbildung und Arbeit zu bringen, von Praktika und Sprachkursen bis hin zur Unterbringung von Flüchtlingen und zu finanzieller Unterstützung in Patenschaftsprogrammen. Nach Scheeles Einschätzung ist Geld zunächst kein Problem für die Ausbildung von Flüchtlingen: "Wir sind finanziell ausreichend ausgestattet, und wir haben Programme wie etwa WeGebAU, mit dem schon während der Finanzmarktkrise in den vergangenen Jahren zahlreiche geringer Qualifizierte und ältere Arbeitnehmer weitergebildet worden sind."

Deutscher Arbeitsmarkt ist aufnahmefähig für Flüchtlinge Vorstand der Bundesagentur für Arbeit hält derzeit 350.000 Menschen jährlich für integrierbar. Schlecht....

Mittel für Sprachkurse oder berufliche Qualifikation der Bundesagentur für Arbeit und ihrer Gliederungen stehen unabhängig von der Grundsicherung der Flüchtlinge zur Verfügung. Asylbewerber und Geduldete werden nach dem Asylbewerberleistungsgesetz finanziert, anerkannte Asylbewerber können Sozialleistungen im Rahmen der Hartz-IV-Regelungen beantragen.

Scheele dämpfte die Erwartungen aus der Wirtschaft, dass die Zuwanderung von Flüchtlingen das Problem des Fachkräftemangels kurzfristig werde lösen können. "Der Weg an den Arbeitsmarkt ist lang. Es wird nicht jeder Arbeit finden, aber viele. Wir gehen davon aus, dass zehn Prozent der Flüchtlinge nach einem Jahr eine Arbeit finden können, 50 Prozent nach fünf Jahren und 75 nach zwölf bis 13 Jahren." Vor allem für Flüchtlinge, die älter als 40 seien, stünden die Chancen schlechter, Arbeit zu finden. Anders sehe es für junge Menschen aus: "Wenn wir Kinder und Jugendliche schnell in die deutschen Regelschulsysteme bringen, werden sie später einen spürbaren Beitrag gegen den Fachkräftemangel leisten können."

Über die Qualifikation von Flüchtlingen weiß die Bundesagentur für Arbeit bislang kaum etwas. "Wir stehen noch ganz am Anfang der Kompetenzerfassung und arbeiten gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge intensiv am Aufbau eines Berufsentwicklungssystems", sagte Scheele. "Wir müssen in der Lage sein, die Qualifikationen von Flüchtlingen schnell mit unseren Anforderungen am deutschen Arbeitsmarkt abzugleichen." Die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) arbeiten auch deshalb eng zusammen, weil der langjährige BA-Chef Frank-Jürgen Weise mittlerweile in Personalunion beide Behörden führt. Über die Qualität der Ausbildung und den Wert von Zeugnissen gebe es bislang kein klares Bild, sagte Scheele, der 2008 und 2009 Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium war. "Im Vergleich der Herkunftsländer hat Eritrea das schlechteste Bildungssystem, Syrien wohl das beste. Eine duale Ausbildung, die unserer beruflichen Bildung vergleichbar wäre, gibt es nirgends sonst. Deshalb werden wir letztlich die Bildungsverlauf jedes einzelnen Flüchtlings individuell analysieren müssen."

Am schwierigsten wird es nach Scheeles Einschätzung sein, jüngere Flüchtlinge zu einer beruflichen Ausbildung zu bringen. "Der Wunsch, schnell Geld zu verdienen, ist bei vielen übermächtig, auch um Familien zu Hause zu unterstützen", sagte er. "Oftmals fehlt das Verständnis dafür, welchen Wert eine beruflich Ausbildung überhaupt hat, weil es in vielen Herkunftsländern etwas Vergleichbares gar nicht gibt. Auch der Kontakt zu Behörden und Organisationen wie der BA kann schwierig sein. Ein 'gutes Amt', das ihnen helfen will, haben viele Menschen in ihren Heimatländern noch nie erlebt."

Am Arbeitsmarkt sind 350.000 Flüchtlinge kein Problem Detlef Scheele, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 8, 2016

Das ist der Masterplan zur Integration von Migranten; Deutschkurse für Asylsuchende stehen im Fokus

Die Welt

Montag 21. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 220

Length: 1117 words

Byline: Karsten Kammholz

Body

Nun ist es schwarz auf weiß zu lesen, was die Bundesregierung als Reaktion auf die **Flüchtlingskrise** vorhat. Der Gesetzentwurf mit Änderungen in der **Asylpolitik** sieht die drastische Kürzung der Sozialleistungen für viele abgelehnte **Asylbewerber** vor, eine Beschleunigung von **Asylverfahren**, auch unangekündigte Abschiebungen. Der Entwurf ist in der Abstimmung der Ressorts, der Text sei ein "living document" und werde bis zum Bund-Länder-Gipfel am kommenden Donnerstag weiter bearbeitet, heißt es aus dem federführenden Bundesinnenministerium. Neben den Verschärfungen verspricht der Entwurf auch Erleichterungen: **Asylbewerber** und Geduldete dürfen künftig auch als Leiharbeiter eingesetzt werden. Doch als Beitrag zur Integration von **Flüchtlingen** in diesem Land dient das Dokument eher nicht.

Anders verhält es sich mit einem Vorstoß der Integrations- und Flüchtlingsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoguz: Die SPD-Politikerin hat selbst ein Strategiepapier geschrieben, das der "Welt" exklusiv vorliegt. Es soll als Diskussionsgrundlage für Bundes- und Landesministerien dienen - und es liest sich wie eine Art Masterplan für die gesellschaftliche Einbindung derjenigen, die in Deutschland bleiben werden. Sie fordert darin deutlich mehr Anstrengungen von Bund, Ländern und Wirtschaft. Ihre Ausführungen enden mit einer klaren Botschaft: "Wir stehen vor einem fundamentalen Wandel. Unsere Gesellschaft wird weiter vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerzhaft sein." Das Zusammenleben müsse täglich neu ausgehandelt werden. Eine Einwanderungsgesellschaft zu sein heiße, "dass sich nicht nur die Menschen, die zu uns kommen, integrieren müssen". "Alle müssen sich darauf einlassen und die Veränderungen annehmen", fordert die stellvertretende SPD-Chefin. "Schon heute hat jeder fünfte Bürger einen Migrationshintergrund: Deutschland ist längst nicht mehr der ethnisch homogene Nationalstaat, für den ihn viele immer noch halten. Es wird Zeit, dass sich unser Selbstbild den Realitäten anpasst, davon profitieren wir alle." Vor diesem Schlusspunkt führt die Staatsministerin sieben Aspekte auf, die bei der Integration der Flüchtlinge zu beachten seien. Ein Überblick:

1. Spracherwerb

Das ist der Masterplan zur Integration von Migranten Deutschkurse für Asylsuchende stehen im Fokus

Deutschkurse für Asylbewerber muss es bereits in den Erstaufnahme-Einrichtungen geben. Dort sollten "erste Sprachmodule" angeboten werden, "mit denen sich Flüchtlinge im Alltag verständigen können und in denen sie auch erste Kenntnisse über unser Land erwerben", so Özoguz. "Mit dem Erwerb der deutschen Sprache steht und fällt die Integration", schreibt sie. Sie fordert zudem, die Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Umfang von 600 Stunden für Asylbewerber und Geduldete mit Bleibeperspektive sofort zu öffnen und die erforderlichen Mittel durch den Bund bereitzustellen. Überfällig sei auch, die Honorare und Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte zu verbessern. An den Universitäten soll "Deutsch als Zweitsprache" massiv ausgebaut werden, damit Lehrer sich entsprechend qualifizieren können.

2. Bildung in Kitas und Schule

Özoguz fordert die Bundesländer auf, für Flüchtlingskinder in den Schulen ausreichend qualifizierte Lehrkräfte und Sozialpädagogen bereitzustellen. Die Kultusministerkonferenz sei gefordert, einheitliche Bildungsstandards sicherzustellen und ein schlüssiges Konzept zu erarbeiten, wie Flüchtlingskinder bundesweit in den Erstaufnahme-Einrichtungen und auch danach auf die Beschulung in Regelklassen vorbereitet werden können. Laut Strategiepapier sollen Kinder und Jugendliche in speziellen Lerngruppen ("Willkommensklassen") zunächst Deutsch lernen, um dann in die Regelklassen integriert zu werden und die Schule mit Erfolg abschließen zu können. "Das gilt für alle Schulformen", so Özoguz. Auch würden mehr Kita-Plätze gebraucht, dort soll nach dem Willen der Staatsministerin erste Sprachförderung angeboten werden.

3. Ausbildung

Auch die Ausbildungsvorschriften benötigen laut Özoguz eine Reform. Das Konzept der SPD-Politikerin sieht vor, dass junge Asylbewerber und Geduldete eine begonnene Ausbildung beenden können und für die gesamte Dauer der Ausbildung einen regulären Aufenthaltstitel erhalten sollen. Die Einführung der regelmäßigen Verlängerung der Duldung während der Ausbildung sei ein Anfang, reiche aber nicht aus. Bislang wird die Ausbildung nur als ein weiterer Grund aufgeführt, die betreffende Person nicht abzuschieben.

4. Arbeitsmarkt

Das Modellprojekt "Early Intervention", mit dem einige Arbeitsagenturen Asylsuchende in den Arbeitsmarkt vermitteln, soll in allen Arbeitsagenturen und Jobcentern "zur Regel werden". Dafür sei es notwendig, dort die personelle Ausstattung zu verbessern und die interkulturelle Öffnung weiter voranzutreiben. "Auch wenn unter den Flüchtlingen Fachkräfte sind, so werden doch viele bei der Integration in den Arbeitsmarkt Unterstützung benötigen", ist Özoguz überzeugt.

5. Gesundheitswesen

Özoguz fordert die flächendeckende Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Das spare Bürokratie und Kosten. Ihre Begründung: "Eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch muss ohne bürokratische Hürden zum Arzt gehen können." Gegen die Gesundheitskarte gibt es derzeit noch Widerstand in der Unionsbundestagsfraktion.

6. Sozialer Wohnungsbau

Der Bund kann noch mehr leisten, ist die Integrationsbeauftragte sicher. Sie will prüfen lassen, ob der Bund seine Liegenschaften im Portfolio der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) "prioritär" für den sozialen Wohnungsbau und die Einrichtung von Unterkünften bereitstellen kann.

7. Integration in die Gesellschaft

Da viele Flüchtlinge aus vom Islam geprägten Herkunftsstaaten kommen, etwa aus Syrien und dem Irak, sei es umso wichtiger, die deutschen muslimischen Gemeinden und Verbände einzubinden und ihre Kompetenzen zu nutzen. "Sie haben eine ganz andere, nicht minder wichtige Beziehungsebene zu dieser Gruppe und können sie bei der frühen Integration unterstützen." Dafür müssten diese Gemeinden und Verbände aber auch stärker bei der Projektvergabe berücksichtigt werden. Außerdem soll es für ehrenamtliche Helfer bundesweit Anlaufstellen bei den

Das ist der Masterplan zur Integration von Migranten Deutschkurse für Asylsuchende stehen im Fokus

Wohlfahrtsverbänden geben, "damit nicht jede Initiative das Rad neu erfinden muss". Als Schnittstelle zwischen Haupt- und Ehrenamt würden 10.000 zusätzliche Stellen im Bundesfreiwilligendienst gebraucht; diese seien allesamt im Bereich der Unterstützung von Flüchtlingen anzusiedeln. Wichtig ist Özoguz auch, Projekte zur Bekämpfung von Rassismus zu stärken - und im Bundeshaushalt entsprechend die Mittel aufzustocken.

"Schon heute hat jeder fünfte Bürger einen Migrations-hintergrund" Aydan Özoguz, Flüchtlingsbeauftragte

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

picture alliance/dpa/Marius Becker

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Aydan Özoguz (SPD), legt ein Strategiepapier zur Bewältigung der Flüchtlingskrise vor

Marius Becker

Load-Date: September 21, 2015

End of Document

Der Irrweg der Andrea Nahles; Viele Flüchtlinge kommen ohne Deutschkenntnisse und zumeist ohne Qualifikationen. Ein Ausbau des Niedriglohnssektors ist geboten, wenn Massenarbeitslosigkeit verhindert werden soll. Doch die Ministerin setzt auf teure Scheinlösungen

Die Welt

Freitag 11. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 289

Length: 1080 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Arbeitsministerin Andrea Nahles verbreitet plötzlich Optimismus. Während angesichts des nie da gewesenen **Flüchtlingsstroms** viele Experten damit rechnen, dass im kommenden Jahr die Zahl der Hartz-IV-Bezieher in die Höhe schnellte, prophezeit die SPD-Politikerin neuerdings die rasche Integration von Zehntausenden **Asylsuchenden** in den Arbeitsmarkt. Sich eine anspruchsvolle Zielmarke zu setzen, ist richtig und wichtig. Denn nur, wenn es gelingt, **Flüchtlinge** erfolgreicher als in der Vergangenheit in Lohn und Brot zu bringen, werden gesellschaftliche Spannungen ausbleiben. Leider sorgt Nahles mit ihrer bisherigen Arbeitsmarktpolitik jedoch nicht dafür, die hohen Beschäftigungshürden für **Flüchtlinge** so abzusenken, dass das von ihr prognostizierte Jobwunder wahrscheinlich ist.

Zwar plant die Sozialdemokratin im großen Stil neue Ein-Euro-Jobs, damit die Migranten nicht mehr untätig in den Heimen rumsitzen müssen. Doch ist das nicht mehr als eine Beschäftigungstherapie. Die Integration in den regulären Arbeitsmarkt ist das, was am Ende zählt. Dafür aber muss Nahles ihren bisherigen Kurs der immer neuen Regulierungen um 180 Grad korrigieren: Der Niedriglohnsektor darf nicht weiter ausgetrocknet werden, sondern muss vielmehr kräftig wachsen. Schließlich kommt das Gros der Flüchtlinge nicht als Fachkraft, sondern ohne Deutschkenntnisse und zumeist auch ohne berufliche Qualifikation hierher. Sogar erwachsene Analphabeten sind unter den Neuankömmlingen. Bei vielen Asylsuchenden kommen Bildungsangebote zu spät, um sie noch für anspruchsvolle Tätigkeiten fit zu machen. Und nicht einmal all diejenigen, die in Syrien oder im Irak die Oberschule absolviert haben, bringen genügend Kenntnisse mit, um in hiesigen Betrieben nach ein paar Deutschkursen eine Ausbildung erfolgreich absolvieren zu können. Man wird somit einen erheblichen Teil der Flüchtlinge nur dann jemals am Arbeitsmarkt unterbringen, wenn es ausreichend einfache Tätigkeiten gibt. Nahles ist aber ebenso wie die Gewerkschaften nicht gewillt, für Asylsuchende Ausnahmen vom Mindestlohn zuzulassen. Auch bei ihren aktuellen Plänen für eine Verschärfung der Regeln für Zeitarbeit und Werkverträge sieht die Ministerin ausschließlich die Vorteile für diejenigen, die einen gut bezahlten Normalarbeitsplatz haben und mit den

Der Irrweg der Andrea Nahles Viele Flüchtlinge kommen ohne Deutschkenntnisse und zumeist ohne Qualifikationen. Ein Ausbau des Niedriglohnsektors ist geboten, we....

Neuregelungen vor unliebsamer Konkurrenz geschützt werden sollen. Doch für die schwächsten Kandidaten unter den Jobsuchenden - und dazu zählen gerade auch die Flüchtlinge - werden damit viele Brücken in den Arbeitsmarkt abgerissen. Auch die vermeintlich soziale Vorgabe, dass Praktikanten unabhängig von ihren Fähigkeiten schon nach drei Monaten Anspruch auf den vollen Mindestlohn haben, nimmt etlichen Zuwanderern die Chance, einen deutschen Betrieb kennenzulernen und auf diesem Weg nicht nur wertvolle Erfahrungen zu sammeln, sondern wohlmöglich sogar den Sprung in die Festanstellung zu schaffen.

Deutschland steht angesichts des Flüchtlingsandrangs vor einer grundsätzlichen Entscheidung, die letztlich jedes Einwanderungsland treffen muss, das den Zustrom nicht steuert. Entweder der Arbeitsmarkt wird so liberalisiert, dass sowohl für Fachkräfte als auch für Hilfsarbeiter ausreichend Nachfrage entsteht. Dies entspricht dem amerikanischen Weg. Die USA bieten Hochqualifizierten die besten Verdienstchancen weltweit und haben gleichzeitig auch für ungelernte Migranten Millionen von Jobs. Frankreich stellt das andere Extrem dar. Unser Nachbar leistet sich seit Langem einen üppigen Mindestlohn, der gerade für Zuwanderer und deren Nachkommen die Integration in den Arbeitsmarkt extrem erschwert hat. Um die enormen negativen Beschäftigungsfolgen zu bekämpfen, gibt der französische Staat Jahr für Jahr exorbitante Summen für Lohnzuschüsse aus, die den Haushalt immer stärker belasten, ohne das Problem hartnäckiger Arbeitslosigkeit zu verringern. Künstliche Beschäftigung ist immer teuer und niemals nachhaltig. Das gilt auch für deutsche Ein-Euro-Jobs oder andere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), wie die Erfahrung der Vergangenheit lehrt. Nach der Wiedervereinigung wurden jahrelang Steuer- und Beitragsmilliarden verprasst, um mit einem aufgeblähten zweiten Arbeitsmarkt die Beschäftigungsstatistik zu schönen. Der echte Job-Boom aber kam erst, als die Politik den verkrusteten Arbeitsmarkt mit den Hartz-Reformen kräftig deregulierte. Nun scheint man in Berlin erneut den zweiten Arbeitsmarkt ausweiten zu wollen, um die Folgen der Flüchtlingskrise zu kaschieren. Wenn es schon im nächsten Jahr 100.000 Ein-Euro-Jobs geben soll, dann droht im Wahljahr 2017 noch mehr teure Arbeitsmarkt-Kosmetik. Doch Deutschland braucht keine Scheinlösungen, sondern mutige neue Ansätze, wenn die vielen Migranten eine reelle Chance zur Integration in die hiesige Gesellschaft bekommen sollen.

In den vergangenen Monaten haben viele Politiker zu Recht darauf hingewiesen, dass sich Deutschland durch die Neuankömmlinge verändern werde. Und dies wird auch den Arbeitsmarkt betreffen müssen. Gerade weil man Asylbewerber anders als Arbeitsmigranten nicht nach ihren Fähigkeiten aussuchen kann, bedarf es eines breit gefächerten Jobangebots, das auch einfachste und gering entlohnte Dienstleistungen umfasst. Die Alternative hieße Dauerarbeitslosigkeit für einen großen Teil der Flüchtlinge mit allen negativen gesellschaftlichen Folgen. Allerdings wird Deutschland auch bei der gebotenen Liberalisierung des Arbeitsmarktes ein Hochlohnland bleiben, das Fachkräfte benötigt. Deshalb muss kräftig und mit langem Atem in die Bildung der jungen Migranten investiert werden.

Das Beispiel Kanadas zeigt, dass der Hauptnutzen der Zuwanderung für das aufnehmende Land in der zweiten Generation liegt. Der syrische Arzt, der wegen fehlender Deutschkenntnisse in seinem Beruf nicht arbeiten darf, bringt oft Kinder mit, die bildungswillig sind. Sprachkurse und gute Schulbildung vom ersten Tag an sind lohnende Investitionen. Auch Jugendliche, die eine berufliche Ausbildung erfolgreich absolvieren, sind ein Gewinn. Die frühere Erfahrung mit Gastarbeitern zeigt, dass Integration vor allem dann gelingt, wenn der ersten Generation die Arbeitslosigkeit erspart bleibt. Dagegen erleben Migranten, die jahrelang von Sozialtransfers leben, nur selten, dass ihre Kinder die soziale Leiter hinaufsteigen.

Wenn es schon jetzt 100.000 Ein-Euro-Jobs geben soll, dann droht im Wahljahr 2017 noch mehr teure Statistik-Kosmetik

dorothea.siems@weltN24.de (dorothea.siems@weltN24.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 11, 2015

Der Irrweg der Andrea Nahles Viele Flüchtlinge kommen ohne Deutschkenntnisse und zumeist ohne Qualifikationen. Ein Ausbau des Niedriglohnsektors ist geboten, we....

End of Document

Asyl-Chaos verhindert Schätzung der "Papierlosen"; Bis zu 520.000 Migranten sollen 2014 illegal im Land gelebt haben. Für 2015 ist keine Angabe möglich, weil Daten durcheinandergeraten sind

Die Welt

Montag 17. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 243

Length: 813 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Eine Gruppe fehlt in all den Zahlenwerken über eingereiste Ausländer: die sogenannten illegal Aufhältigen oder Papierlosen. Sie traten entweder noch nie mit einer Behörde in Kontakt. Oder sie waren schon einmal gemeldet - als **Asylsuchende**, Gastarbeiter oder Touristen - , tauchten aber irgendwann ab, meldeten sich nicht mehr beim Amt, wählten ein Schattendasein.

Weil Ausländer, die jede Polizeikontrolle und jeden Kontakt mit dem Staat scheuen, nicht zählbar sind, gibt es nur wissenschaftliche Annäherungsmöglichkeiten. Um die größten Verharmlosungen oder Dramatisierungen zu entkräften, erstellten Wissenschaftler um die Bremer **Migrationsforscherin** Dita Vogel für das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) eine Studie, die im vergangenen Jahr vorgelegt wurde. Ergebnis: Mindestens 180.000 bis höchstens 520.000 Ausländer ohne **Asyl-** oder ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus, ohne Duldung und ohne Erfassung lebten 2014 im Land.

Nun kamen in den vergangenen zwei Jahren mehr Migranten ins Land als früher - damit dürfte auch das Potenzial an untergetauchten Ausländern gewachsen sein. Deswegen sollte nun eigentlich eine neue Rahmenschätzung für das Jahr 2015 vorgelegt werden. Doch Forscherin Vogel entschied sich jetzt gegen eine neue Berechnung - nachdem sie die Datenlage auf Aktualisierungsmöglichkeiten geprüft und Fehler festgestellt hat. In einem Dossier, das der "Welt" vorliegt, erklärt die Wissenschaftlerin, die Schätzung für 2015 sei nicht sinnvoll, weil durch die Verwaltungsprobleme im vergangenen Jahr wichtige Daten durcheinandergeraten seien. Sie könne nicht von der für ihre Untersuchungen notwendigen korrekten Zuordnung von Angaben in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ausgehen. Sie erfasst als einzige Statistik Daten zu "unerlaubtem Aufenthalt".

Für ihre Schätzung braucht Vogel klare Angaben. Bei Stichproben stellte die Forscherin aber fest, dass unter "unerlaubtem Aufenthalt" auch ausländische Tatverdächtige geführt wurden, die sich um Asyl bemühten, aber wegen der Behördenüberlastung im Zuge der Flüchtlingskrise noch keinen Antrag stellen konnten. Solche Menschen müssten eigentlich als "Asylbewerber" von den Ermittlern eingeordnet werden oder als Personen mit

Asyl-Chaos verhindert Schätzung der "Papierlosen" Bis zu 520.000 Migranten sollen 2014 illegal im Land gelebt haben. Für 2015 ist keine Angabe möglich, weil Dat....

"sonstigem erlaubten Aufenthalt". Das Ausmaß dieses Phänomens zeigt sich in einem Zahlenvergleich: Während 2015 laut Bundesinnenministerium rund 480.000 Asylanträge gestellt wurden, kamen aber - ohne Kontingentflüchtlinge und völlig unerkannt Eingereiste - 890.000 Schutzsuchende nach Deutschland. Vogel schreibt: "Zieht man von dieser Zahl diejenigen ab, die bis zum Jahresende einen Asylantrag stellen konnten, dann wird deutlich, dass über 410.000 zeitweise keine regulären Papiere hatten. Stattdessen waren sie nur im Verteilungsverfahren registriert oder hatten eine sogenannte Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender." Das ist die problematische Gruppe, bei der es wohl zu Erfassungen als "unerlaubt Aufhältige" gekommen ist.

Doch wie kommen Vogel und ihre Kollegen eigentlich zu ihren Schätzungen? Aus der PKS entnehmen sie die Daten zu Tatverdächtigen mit Status "unerlaubter Aufenthalt". Zudem formulieren sie empirisch begründete Annahmen, warum die Illegalen in der Statistik im Verhältnis zur gemeldeten Bevölkerung unter- oder überrepräsentiert sind. So gehen sie davon aus, dass illegal Aufhältige seltener als gemeldete Ausländer und häufiger als Deutsche polizeilich erfasst werden. Die Forscher um Vogel begründen diese Annahmen so: Weil es in der Gruppe der Illegalen kaum Menschen im "ruhigen" Rentenalter gibt und sie durch ihr ausländisches Aussehen eher auffallen, ist es wahrscheinlich, dass sie häufiger straffällig und von der Polizei überprüft werden als die durchschnittlich älteren und wohlhabenderen Deutschen.

Dass die Illegalen durchschnittlich seltener in Konflikt mit dem Gesetz geraten als die legalen Ausländer wird damit begründet, dass Papierlosen durch Polizeikontakte schwerere Folgen drohen. Sie erwartet nicht nur die Strafe, etwa für einen Diebstahl, sondern zusätzlich Inhaftierung wegen illegalen Aufenthalts oder sogar Abschiebung. Deshalb meiden Papierlose Polizeikontakte und verhalten sich - von der aufenthaltsrechtlichen Seite abgesehen - gesetzzestreuer. Diese Methodik - von der Zahl der "unerlaubt Aufhältigen" in der Kriminalstatistik auf die gesamte Gruppe zu schließen, indem sie mit den "legalen Ausländern" und den "Deutschen" verglichen werden, von denen ja die Gesamtzahl bekannt ist - können Vogel und ihre Kollegen also vorläufig nicht anwenden. So bemerkt die Expertin am Schluss ihres Dossiers: "Für 2016 ist von einer steigenden Anzahl von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere auszugehen, auch wenn sich der Umfang dieser Bevölkerungsgruppe derzeit nicht durch eine Rahmenschätzung eingrenzen lässt."

Illegale meiden Polizeikontakte und verhalten sich auch Gesetzzestreuer

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 17, 2016

Wie sich unregistrierte Flüchtlinge durchschlagen; Tausende Migranten in Deutschland haben sich nie bei Behörden gemeldet. Trotzdem kommen sie durch. Weil nicht alle nachfragen

Die Welt

Mittwoch 6. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 80

Length: 702 words

Byline: Florian Schmidt

Body

Die Zahl klingt erstaunlich hoch: Rund eine halbe Million nicht registrierter **Flüchtlinge** und **Migranten** soll in Deutschland leben. Das berichtet "Bild" mit Berufung auf eine Schätzung des Bundesinnenministeriums.

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) wies die Zahl zwar als "absurd" zurück. Er könne sich nicht vorstellen, dass 500.000 Menschen hier lebten, aber kein Geld und kein Verfahren wollten. Fest steht aber: Aus Angst abgewiesen zu werden, versuchen einige **Flüchtlinge** erst gar nicht **Asyl** zu beantragen, leben, teilweise seit Jahren, in Deutschland, ohne in Behördenstatistiken aufzutauchen - und ohne staatliche Leistungen zu beziehen.

Wer nicht als **Asylbewerber** registriert ist, hat keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung. Er darf nicht legal arbeiten, erhält kein Wohngeld oder Zugang zu Sprachkursen. Zudem übernimmt das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) keine Kosten, die bei Arztbesuchen anfallen. "Die meisten Betroffenen schlagen sich wahrscheinlich mit Schwarzarbeit durch", erklärt Holger Schäfer, Ökonom vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Einige könnten zwar auch in die Kriminalität abdriften, mutmaßt die "Bild". Eine BKA-Sprecherin teilte allerdings mit, dass es sich dabei eher um Einzelfälle handle.

Schäfer nimmt deshalb an, dass viele im Niedriglohnsektor arbeiten. "Damit ist etwa der Aushilfsjob im Gemüseladen gemeint", so der Arbeitsmarktexperte. "Auch in der Gastronomie werden Arbeitskräfte immer wieder schwarz angestellt."

In einigen Großstädten Deutschlands haben sich dafür sogenannte Arbeiterstrichs etabliert, Orte, wo Arbeitgeber morgens Tagelöhner anheuern. Weil ihnen ohne Arbeitserlaubnis kaum ein anderer Weg offen steht, versuchen manche Menschen auf diese Art an Geld zu kommen. Andere bekommen mithilfe gefälschter Aufenthaltstitel einen Job und arbeiten etwa in großen Logistikzentren - teilweise sehr schlecht bezahlt und zu unwürdigen Bedingungen. "Um irgendwie durchzukommen, braucht man weniger Geld, als die Behörden veranschlagen", sagt Schäfer.

Wie sich unregistrierte Flüchtlinge durchschlagen Tausende Migranten in Deutschland haben sich nie bei Behörden gemeldet. Trotzdem kommen sie durch. Weil nicht

"Zumindest dann, wenn man einen Schlafplatz hat und nicht für Miete und Strom aufkommen muss. Selbst mit einem geringen Einkommen lebt manch einer hier besser als in seinem Herkunftsland."

Von großer Bedeutung sei, dass viele Flüchtlinge und Migranten von familiären Strukturen aufgefangen werden. "Dort bekommen sie ein Dach über dem Kopf", erläutert der Ökonom. "Einige bleiben auch nur kurzfristig, ehe sie in ein anderes Land weiterziehen. Für sie ist Deutschland eine Zwischenstation."

Ähnlich sieht es Franziska Giffey. Die SPD-Politikerin ist Bürgermeisterin von Berlin-Neukölln, einem Bezirk der Hauptstadt, in dem traditionell besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund leben. "Wenn bei uns ein Bus mit neuen Flüchtlingen ankommt, bleiben nicht alle in der Notunterkunft", berichtet sie. "Einige gehen nur kurz rein, essen etwas, laden ihre Handys auf und verschwinden dann in der Stadt, ehe sie registriert werden."

Auch tauchten in den Notunterkünften immer wieder Männer auf, die nach bestimmten Personen fragen, um sie mit nach Hause zu nehmen. "Viele dieser Flüchtlinge kommen dann in Familien unter", so Giffey. "Die Dunkelziffer der dort Abgetauchten ist groß." Problematisch wird es für nicht registrierte Flüchtlinge oft erst, wenn sie zum Arzt müssen. Je nach Behandlungsart fallen dann Kosten in Höhe von mehreren Hundert Euro an - wenn es überhaupt so weit kommt. Denn ohne Versicherung oder behördlichen Krankenschein wollen viele Krankenhäuser niemanden behandeln.

Das aber gilt nicht für alle Ärzte. "Wer ein bisschen sucht und sich umhört, findet eigentlich im gesamten Bundesgebiet irgendwo einen Arzt, der Mittellose auch kostenfrei behandelt", erklärt der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesärztekammer, Ulrich Clever. Er selbst, Gynäkologe, hilft immer wieder Menschen, die keine Krankenversicherung haben. Neben einer großen Zahl deutscher Patienten behandelt er auch Geflüchtete, die ohne staatliche Hilfe leben.

"Gerade in den großen Städten gibt es ein relativ gutes Netz ärztlicher Versorgung für unregistrierte Flüchtlinge", sagt er. "Zumindest was die Grundversorgung angeht, kommt da niemand unter die Räder."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 6, 2016

Die Tücken der Integration; Flüchtlingen fällt es schwerer, Arbeit zu finden und gesellschaftlich Fuß zu fassen, als anderen Migranten. Eine Studie liefert neue Ergebnisse

Die Welt

Freitag 2. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 206

Length: 814 words

Byline: Tobias Kaiser

Body

Flüchtlingen fällt es schwerer als anderen ausländischen Neuankömmlingen, in Deutschland Fuß zu fassen. Sie kommen tendenziell mit geringeren Deutschkenntnissen an, bringen seltener einen Abschluss mit und finden weit später - wenn überhaupt - eine Stelle. Das sind Ergebnisse einer Studienreihe des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), das zur Arbeitsagentur gehört.

Die Forscher wollten herausfinden, wie sich die Integration der in den vergangenen Monaten und Jahren nach Deutschland gekommenen **Flüchtlinge** fördern lässt. Dafür haben sie unter anderem untersucht, mit welchen Qualifikationen **Geflüchtete** und **Asylsuchende** zwischen 1990 und 2010 nach Deutschland gekommen sind, welche Ausbildung sie hierzulande durchlaufen haben und wie schnell und in welcher Branche sie eine Stelle gefunden haben.

Dabei haben die Wissenschaftler festgestellt, dass bereits Kinder von Flüchtlingen mit erheblichen Problemen kämpfen, gesellschaftlich Fuß zu fassen. Die Schwierigkeiten begannen bereits in einem sehr jungen Alter, schreiben die Autoren. Kinder von Geflüchteten gehen demnach deutlich seltener in Kindertagesstätten als andere Gleichaltrige. Während beinahe ein Drittel aller Kinder bis zwei Jahre ohne Migrationshintergrund eine Kita oder eine vergleichbare Betreuung besucht, gelte das nur für jedes sechste Kind aus Flüchtlingsfamilien.

Verantwortlich für die geringere Nutzung der Kitas sei vor allem, dass die geflüchteten Mütter weniger häufig arbeiteten als andere Frauen, schreiben die Autoren. Auch die geringere formale Bildung geflüchteter Eltern sei mit dafür verantwortlich, dass sie ihre sehr jungen Kinder weniger häufig in die Kita bringen. Der Abstand zu den Gleichaltrigen schrumpft erst, wenn die Kinder etwas älter sind. Zwar besuchen Kinder zwischen drei und sechs Jahren aus Flüchtlingsfamilien ebenfalls seltener eine Kita als Gleichaltrige, aber die Unterschiede sind nicht mehr groß: 90 Prozent besuchen Kita oder Kindergarten, während es bei Kindern ohne Migrationshintergrund 96 Prozent sind.

Die Tücken der Integration Flüchtlingen fällt es schwerer, Arbeit zu finden und gesellschaftlich Fuß zu fassen, als anderen Migranten. Eine Studie liefert neue

"Kinder mit Flüchtlingshintergrund sind im Kindergartenalter durchaus in den Kitas angekommen", schreiben die Autoren. "Aber gerade im frühen Kindesalter, in dem der Spracherwerb einfacher fällt als in der späteren Kindheit, sind Kinder mit Fluchthintergrund noch unterrepräsentiert." Und trotz der positiven Entwicklung zum Ende der Kindergartenzeit entfernen sich Kinder von Geflüchteten in der Schule wieder von ihren Altersgenossen. Die Autoren belegen diesen Befund mit einem anderen Verhalten in der Freizeit. "Bildungsorientierte Freizeitangebote außerhalb der Schule spielen für die Integration eine ganz wichtige Rolle", sagt Katharina Spieß, Leiterin der Abteilung Familie beim DIW. Mit Sorge betrachte sie deshalb die Befunde der Untersuchung. Kinder von Geflüchteten seien etwa weit seltener als andere Kinder in Fußballvereinen oder Schwimmteams aktiv.

Der Nachwuchs von Flüchtlingsfamilien geht demnach auch weit weniger häufig in die Musikschule oder nimmt andere Angebote zum Musizieren wahr. Allerdings lasse sich ein großer Teil dieser Unterschiede mit dem geringeren Einkommen der Eltern erklären, schreiben die Ökonomen. Musikinstrumente und der Unterricht können schließlich sehr teuer sein. Am mangelnden Interesse an Musik könne es jedenfalls nicht liegen, schließlich musizierten Kinder aus Flüchtlingsfamilien weit häufiger als andere Kinder.

"Hier ist auf jeden Fall noch Potenzial, die Integrationsleistung zu erhöhen", sagt Martin Kroh, stellvertretender Leiter des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer umfangreichen Langzeitbefragung, aus der die Daten für die Untersuchungen stammen. Diese Forderung gilt umso mehr, weil die aktuellen Neuankömmlinge vorwiegend aus anderen Ländern nach Deutschland kommen als die Flüchtlinge, die für die Studie untersucht wurden.

Zwischen 1991 und 2010 kamen vor allem Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten im ehemaligen Jugoslawien und aus anderen ost- und südosteuropäischen Ländern in Deutschland an. Erst nach 2001 seien vermehrt Asylsuchende aus arabischen oder muslimischen Ländern dazugekommen, sagt SOEP-Experte Kroh. Die heutigen Flüchtlinge kämen hingegen vor allem aus dem Bürgerkriegsland Syrien, aus Afghanistan sowie Albanien, Serbien und dem Irak.

"Fraglich ist, inwiefern sich die ermittelten Befunde auf die Gruppe der geflüchteten Kinder und Jugendlichen aus den vergangenen beiden Jahren übertragen lassen", schreiben denn auch die Forscher. Gerade deshalb empfehlen sie aber beispielsweise, Flüchtlinge gezielt auf Kitas und außerschulische Angebote hinzuweisen. Zudem sollten Kitas, Sportvereine und auch Musikschulen gezielt Mitarbeiter und Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund rekrutieren, um Kinder und Familien mit Fluchthintergrund gezielter anzusprechen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Getty Images / Lennart Preiss

Auch die Bundeswehr versucht, Flüchtlinge für den Arbeitsmarkt fit zu machen. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) informiert sich

ag

Lennart Preiss

Load-Date: September 2, 2016

Das gespaltene Europa; Allen Appellen und Forderungen zum Trotz ist die EU weit von einer gemeinsamen Lösung der Flüchtlingskrise entfernt. Ein Überblick

Die Welt

Samstag 12. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 213

Length: 1806 words

Byline: C. Bonini

V. Polchi

J.j. Mével

J. M. Leclerc

C. Zurcher

S. Schmid

I. Grabitz

V. Völlinger

A. C. Bersipont

A. Carbajosa

Body

Das gesplittene Europa Allen Appellen und Forderungen zum Trotz ist die EU weit von einer gemeinsamen Lösung der Flüchtlingskrise entfernt. Ein Überblick

Noch vor kurzem sah es aus, als würde Europa von einem neuen Gefühl der Wärme gegenüber den zu Hunderttausenden herbeiströmenden **Flüchtlingen** erfasst. Das Foto des kleinen syrischen Jungen Aylan Kurdi, der vor der türkischen Küste ertrank, schien den Durchbruch gebracht zu haben: Als 20.000 **Flüchtlinge** nach einer langen Odyssee aus Ungarn über Wien nach München kamen, wurden diese nicht nur von einem Heer freiwilliger Helfer freudig begrüßt. Auch Politiker mehrerer EU-Staaten übten sich plötzlich in warmherzigen Worten gegenüber den Neuankömmlingen. Selbst der britische Premier David Cameron, sonst eher als Hardliner in **Flüchtlingsfragen** bekannt, sagte zu, 4000 Syrer aufzunehmen.

Wenn am Montag die Innen- und Justizminister in Brüssel zusammentreffen, um über Auswege aus der humanitären Katastrophe zu beraten, die sich derzeit an den Außengrenzen Europas abspielt, dürfte die Bilanz dennoch mager sein. Das neue Mitgefühl macht vielerorts just an dem Punkt halt, an dem nationale Interessen ins Spiel kommen. Schon die EU-Quote, mit Hilfe derer EU-Präsident Jean-Claude Juncker die **Flüchtlinge** gerechter auf die Mitgliedsstaaten der Union verteilen will, dürfte kaum eine Mehrheit finden. Auch von einer gemeinsamen Strategie, wie die Krise gelöst werden kann, ist bislang wenig zu sehen.

Dabei hat die Europäische Union - zumindest aus Sicht der Vereinten Nationen - keinerlei Grund, die Herausforderung nicht anzunehmen. "Europa hat die nötigen Systeme und auch das nötige Geld, um die Krise zu meistern", sagt Michael Möller, Chef des UN-Hauptquartiers in Genf und damit die europäische Stimme der Vereinten Nationen. In früheren Krisen, etwa als es in Folge des Vietnamkriegs um die Aufnahme Hunderttausender Flüchtlinge (Boat People) aus Südostasien ging, habe es international eine große Bereitschaft gegeben, dieser Verantwortung gemeinschaftlich nachzukommen. Ähnlich wie damals sieht UN-Generaldirektor Möller daher auch diesmal nicht nur Europa, sondern die gesamte Weltgemeinschaft in der Pflicht: Von den USA über Kanada und Australien bis hin zu einigen afrikanischen Staaten - alle Länder, die Erfahrungen hätten mit der Aufnahme von Flüchtlingen, sollten jetzt tätig werden und sich solidarisch zeigen. Vor allem auch Nachbarländer von Krisenherden wie Syrien könnten sich deutlich mehr engagieren, mahnt Möller: "Abgesehen von Libanon, Jordanien und der Türkei gibt es immer noch viel Raum für Verbesserung."

Von einer konzertierten Aktion ist allerdings nicht nur die Welt, sondern auch die EU noch weit entfernt. Die Zeitungsallianz LENA gibt einen Einblick in die Aufstellung der EU-Staaten in Sachen Asylpolitik.

Die Blockierer

Dänemark und Österreich sorgten in der vergangenen Woche für Aufruhr, als sie wegen des großen Flüchtlingszustroms vorübergehend Teile des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs stoppten. Die wahren Blockierer einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik sind aber die Länder der so genannten Visegrad-Gruppe: Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei. Eine Woche nach ihrer gemeinsamen Erklärung, in der sie verpflichtende Quoten innerhalb der EU ablehnen, ließen sie am Freitag Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit entsprechenden Forderungen abblitzen. "Wir sind überzeugt, dass wir als Länder die Kontrolle über die Zahl der Flüchtlinge haben sollten, die wir bereit sind aufzunehmen", sagte der tschechische Außenminister Lubomir Zaoralek nach dem Treffen in Prag. Freiwillig will Polen in den nächsten zwei Jahren 2000 Flüchtlinge aufnehmen, Tschechien 1500 und die Slowakei 200. Selbst diesen im Vergleich zu anderen Ländern verschwindend kleinen Zahlen stimmten alle drei Regierungen erst nach erhitzten Debatten zu. Und die Visegrad-Gruppe ist in guter Gesellschaft: Auch Rumäniens Präsident Klaus Johannis weist Quoten strikt zurück. Sein Land werde die ihm zugedachten zusätzlichen Menschen nicht akzeptieren. Rumänien hat die Aufnahme von 1785 Flüchtlingen zugesagt. Geht es nach den Plänen Junckers, soll die Zahl auf 6351 steigen.

Die Unwilligen

Es gibt es auch die Länder, die sich der Krise weitgehend entziehen - bislang. Spanien etwa hat von der Völkerwanderung nach und in Europa bisher vergleichsweise wenig mitbekommen. Gerade einmal 6202 Asylanträge verzeichnete das Land sei Januar. Das liegt auch an gezielten Abschottungsmaßnahmen: Bis vor ein paar Monaten mussten Asylbewerber in Melilla ausharren, der spanischen Enklave auf dem afrikanischen Kontinent, bis die Bürokratie für eine Einreise abgearbeitet war. Das konnte Monate dauern. Und so zogen es viele

Das gesplittene Europa Allen Appellen und Forderungen zum Trotz ist die EU weit von einer gemeinsamen Lösung der Flüchtlingskrise entfernt. Ein Überblick

Syrer es vor, gar nicht erst auf der iberischen Halbinsel Asyl zu beantragen, sondern nach Deutschland oder Schweden weiter zu reisen. Wie die Länder der Visegrád-Gruppe hat es auch Spanien bis zuletzt vermieden, die Einreisehürden für Flüchtlinge zu verringern, und mit aller Macht gegen eine Quote gekämpft.

Bis zuletzt, denn wohl auch auf Druck der heimischen Bevölkerung hat sich die Rhetorik der spanischen Regierung in den vergangenen Tagen und Wochen ein wenig verändert. Bei seinem letzten Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte Spaniens Premier Mariano Rajoy angekündigt, man werde beim bevorstehenden Gipfel der Innen- und Justizminister in Brüssel "eine konstruktive Position" einnehmen. Auch bezüglich einer Quote lasse man mit sich reden - unter folgenden Bedingungen: Dass in Griechenland und Italien Aufnahmezentren eingerichtet werden, um dort Flüchtlinge zentral zu registrieren. Zudem müsse eine gemeinsame europäische Asyl- und Zuwanderungspolitik entwickelt werden, die die unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtige.

Während sich der politische und diplomatische Diskurs zaghaft zu ändern scheint, träumen die Flüchtlinge, die in Spanien gelandet sind, weiter davon, möglichst schnell gen Nordeuropa weiterzureisen. "Wir wünschen uns alle sehnlichst, nach Deutschland zu kommen", sagt Hakim, ein syrischer Familienvater, der seine Zahnarztpraxis in Damaskus hinter sich ließ und nun seit Monaten in einem Hostel nahe Madrid auf einen Neustart wartet. "Wenn sogar die Spanier dorthin auswandern, weil es dort Arbeit gibt, gibt es für uns doch keine Zukunft hier."

Die etwas weniger Unwilligen

Monate lang hatten Präsident François Hollande und sein Premierminister Manuel Valls die Idee einer Quote bekämpft - angesichts der vielen bewegenden Bilder gibt man sich aber neuerdings gesprächsbereit. Allerdings nur unter der Bedingung, dass alle mitmachen. Eine neue Solidarität und Hilfsbereitschaft ist spürbar in Ländern wie Frankreich und Belgien, die schon aufgrund der zentraleuropäischen Lage und Nachbarschaft zu Deutschland ebenfalls seit Monaten einen starken Anstieg von Asylbewerbern verzeichnen. Doch im gleichen Atemzug mehren sich von dieser Seite die Forderungen nach Gegenleistungen und Tauschgeschäften. Frankreich etwa will Herkunftsländer wie Niger und Mali dazu bringen, einen Teil ihrer Flüchtlinge wieder zurückzunehmen - um im Gegenzug die Zahlungen von Entwicklungshilfegeldern zu erhöhen. In Belgien, wo die Erstannahmestellen für Flüchtlinge in diesen Tagen einen historischen Ansturm erleben, fordert Theo Francken, Staatssekretär für Asylfragen, den innereuropäischen Druck auf Abweichler zu erhöhen. "Europäische Solidarität muss wechselseitig sein. Einige Staaten nutzen gern die Vorteile etwa der EU-weiten Agrarpolitik, aber übernehmen in der Flüchtlingskrise keinerlei Verantwortung. Francken schlug vor, dass Brüssel die Agrarsubventionen für diese Länder einstellt oder mindestens einschränkt. Auch Italien, besonders betroffen von der Flüchtlingskrise, stellt Bedingungen. Rom ist bereit, die zentralen Registrierungsstellen einzurichten. Drei von fünf geplanten Zentren sollen Ende September in Betrieb gehen. Im Gegenzug bestehen die Italiener einerseits auf der EU-Quote samt Umverteilung von 32.000 in Italien registrierten Asylbewerber auf andere Länder, andererseits auf einer Neuverhandlung des Dublin-Vertrags.

Die Zupackenden

Ein wirksamer Anstoß für eine gemeinsame europäische Linie in der Flüchtlingskrise kann, so der Eindruck in den Ländern der LENA-Allianz, wenn überhaupt nur von Bundeskanzlerin Merkel kommen. Dank der großen Hilfsbereitschaft der Deutschen, manifestiert etwa in großen Willkommensaktionen wie der am Münchner Hauptbahnhof in der vergangenen Woche, sei die deutsche Regierung auf dem Weg, das Image des ewigen Nörglers in der Griechenlandkrise umzukehren und zu zeigen, das Europa zu einer Lösung der humanitären Lösung der Flüchtlingskrise nicht nur willens, sondern auch fähig ist. Gleichzeitig hat aber Bundesinnenminister Thomas de Maizière immer wieder klar gemacht, dass er von den Partnerländern in dieser Sache mehr Unterstützung erwartet.

Wie auch Schweden hat sich Deutschland bislang bei der Aufnahme von Flüchtlingen besonders großzügig gezeigt. Langsam beginnt sich abzuzeichnen, dass der Zustrom an Migranten nicht mehr nur als Last gesehen wird sondern auch als Chance. Konzerne wie die Bahn, BASF, Siemens oder Evonik arbeiten bereits daran, sich für Flüchtlinge zu öffnen. Es entsteht ein Bewusstsein, dass die Hunderttausenden von Migranten, die gegenwärtig in

Das gespaltene Europa Allen Appellen und Forderungen zum Trotz ist die EU weit von einer gemeinsamen Lösung der Flüchtlingskrise entfernt. Ein Überblick

Zelten und Kasernen auf einen Neuanfang in Europa hoffen, die demografisch bedingte Fachkräftelücke stopfen könnten.

Während das Gros der verantwortlichen Politiker noch feilscht, sich gegenseitig die Verantwortung zuschiebt und Bedenken vor sich herträgt, ist die Bevölkerung in Europa womöglich schon weiter. Wie eine neue Studie des Meinungsforschungsinstituts Gallup für die Internationale Organisation für Migration (IOM) zeigt, ist die Angst der Europäer vor den Flüchtlingen deutlich weniger ausgeprägt, als man angesichts der zahlreichen Proteste und Attacken gegen Flüchtlinge denken könnte. Laut den europäischen Daten der weltweiten Studie "Wie die Welt Migration sieht", die LENA exklusiv vorliegen, ist die häufig vorgebrachte Angst der Europäer, dass Migranten ihnen ihre Jobs wegnehmen könnten, in Wahrheit bei weitem nicht so verbreitet wie gedacht.

Den Daten zufolge sind zum Beispiel fast zwei Drittel der Deutschen (61 Prozent), Schweden (60 Prozent) und selbst der als flüchtlingsfeindlich bekannten Briten (66 Prozent) der Ansicht, dass die Flüchtlinge nur die Jobs ausführen, die hierzulande ohnehin keiner machen möchte. In Ungarn, Kroatien und Bulgarien dagegen denken 80 Prozent und mehr, dass ihre Jobs durch Migranten gefährdet sind. Die Erhebung wurde 2013 durchgeführt, doch aus Sicht von Frank Laczko, Chef des Global Migration Data Analysis Centre bei der IOM, kann sie dennoch helfen, etwas Objektivität in die teils panische Debatte über Flüchtlingsfeindlichkeit zu bringen. "Die Daten zeigen, dass in den meisten europäischen Staaten die Mehrheit der Leute ohnehin davon ausgeht, dass die Flüchtlinge die Jobs machen, die ohnehin keiner machen will."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AFP/ROBERT ATANASOVSKI

Über die Gleise von Griechenland nach Mazedonien, nahe der Stadt Gevgelija

dpa

Flüchtlinge, die kurz zuvor mit einem Zug aus Österreich angekommen sind, auf dem Hauptbahnhof in München

AP/Muhammed Muheisen

Irakerin mit Baby nach dem Grenzübertritt von Serbien nach Ungarn

dpa Picture-Alliance / Jp Amet

ROBERT ATANASOVSKI

Sven Hoppe

Muhammed Muheisen

Load-Date: September 12, 2015

Fehlschlag Türkei-Deal; Das Abkommen mit Ankara ist ein Kern von Angela Merkels Flüchtlingspolitik. Auf den ersten Blick hat es funktioniert. Aber wer die Lage auf den griechischen Inseln betrachtet, erkennt die Fehler des Konstrukts

Die Welt

Montag 17. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 243

Length: 1572 words

Byline: Flora Wisdorff

Body

Lesbos

Assad hält seine Hand über den Tisch, um seine Wunden zu zeigen. Die Fäden sind noch nicht gezogen. Er habe sich verletzt, als er vor dem Feuer floh, sagt der schwächliche Afghane. In der Nacht zum 19. September vernichtete ein Brand einen Großteil des Erstaufnahmelagers in Moria auf Lesbos. Zuvor hatte es eine Prügelei zwischen Gruppen unterschiedlicher Nationalitäten gegeben, die Polizei nahm 18 **Flüchtlinge** fest. Täglich kommt es im überfüllten Camp zu Schlägereien. Der 30-Jährige hat Angst. "Wir sind vor den Taliban aus der Hölle geflohen." Aber hier sei es auch nicht sicher. "Es ist fast wie in Afghanistan."

Zusammen mit fast 6000 anderen **Flüchtlingen** ist Assad hier schon seit Monaten eingepfercht. Das **Flüchtlingscamp** wurde eigentlich nur für 3500 Menschen gebaut, die kurze Zeit bleiben.

Das "EU-Türkei-Statement", auch als "Türkei-Deal" bekannt, untersagt allen nach dem 20. März angekommenen **Flüchtlingen** die Weiterreise. Zuvor waren die beliebten Urlaubinseln im Ägäischen Meer bereits für Tausende **Flüchtlinge** zum Tor nach Europa geworden. Mehrere große Fähren brachten die **Flüchtlinge** weiter ans Festland. Von dort aus versuchten die meisten, nach Mitteleuropa zu gelangen.

Seit März sollten die meisten Flüchtlinge nach einer zügigen Prüfung ihres Falls eigentlich in die Türkei zurückgeschickt werden. Teil des komplexen Deals ist auch, dass die EU-Staaten für jeden Syrer, der von den griechischen Hotspots in die Türkei zurückgeschickt wird, einen Syrer aufnehmen. 1843 Syrer sind auf diese Weise bisher aus der Türkei umgesiedelt worden.

Fehlschlag Türkei-Deal Das Abkommen mit Ankara ist ein Kern von Angela Merkels Flüchtlingspolitik. Auf den ersten Blick hat es funktioniert. Aber wer die Lage a....

Das entscheidende Problem aber ist: Es wurden bisher nur 643 Flüchtlinge in die Türkei abgeschoben. Insgesamt stecken 14.000 Menschen in Auffangslagern auf den ägäischen Inseln fest, die nur für 7000 Menschen gebaut wurden.

Drei Milliarden Euro bekommt die Türkei dafür, an den Grenzen zu patrouillieren und zurückgeschickte Flüchtlinge aufzunehmen. Aber sieben Monate nach dem Inkrafttreten des Türkei-Abkommens zeigt sich, dass der "Deal" eine Fehlkonstruktion ist. Auf dem Rücken der Flüchtlinge und der Bewohner der Inseln versucht die EU, die Krise in den Griff zu bekommen.

Die EU sieht das Abkommen als Erfolg. Dabei bezieht sie sich auf den "wesentlichen Rückgang der irregulären Überfahrten und Todesfälle seit dem Inkrafttreten des Statements". Dies zeuge von seiner "wirksamen Erfüllung", erklärt Brüssel. 2900 Flüchtlinge seien im Sommer 2015 im Schnitt noch pro Tag auf den Inseln angekommen, von Juni bis September 2016 waren es nur noch 81. Seit März seien elf Menschen in der Ägäis umgekommen, 2015 habe es 270 Todesfälle gegeben.

Auf Lesbos sieht man den Deal anders. Der Hotspot auf Lesbos in Moria liegt auf einem staubigen Hügel, einen Kilometer vom Meer entfernt. Das Camp ist von weißen, hohen Mauern umgeben, gekrönt von Stacheldraht. An einem Kaffeestand am Haupteingang des Auffanglagers sitzt Artemis Despina, sie arbeitet für die griechische NGO Praxis und verbringt jeden Tag acht Stunden als Sozialarbeiterin im Camp. Die Überfüllung des Lagers sei ein großes Problem, sagt sie.

Viele Flüchtlinge müssten sich zu dritt oder zu viert in kleine Igluzelte zwängen, die noch nicht einmal wasserdicht seien. Selbst Familien müssten zwei Stunden für das Essen anstehen. Abends werde es jetzt kühl in den Zelten, erzählt ein junger Afghane, er friert, ist blass und hustet. Die Sanitäter hätten ihm eine Paracetamol gegeben und ihn wieder weggeschickt.

Nichtigkeiten reichen laut Artemis aus, um eine Prügelei auszulösen, wenn sich jemand von der Lautstärke des anderen gestört fühlt etwa. "Ich fühle mich nicht sicher hier", sagt der 22-jährige Fawid aus Afghanistan. "Die Sicherheitsdienste im Camp greifen nicht durch", erzählt er. Wer nicht mitmache bei den Schlägereien, werde von den eigenen Leuten bedroht. Er wirkt aufgekratzt. Wenn er noch lange hier festsitzen müsse, sagt er, werde er sich umbringen. Vor Kurzem ist ein minderjähriger unbegleiteter Flüchtling im Camp vergewaltigt worden. Vier andere Flüchtlinge im gleichen Alter wurden angeklagt, die Tat begangen zu haben.

Das Warten mache aggressiv, sagt NGO-Mitarbeiterin Artemis. Die Bearbeitung der Asylanträge gleiche einem "schwarzen Loch". Nichts gehe voran. Ahmed, 29, aus Syrien, ist seit einem Monat in Moria und noch nicht registriert. Täglich geht er zu dem Container der Behörden, um einen Termin zu bekommen. "Aber immer wieder heißt es, komm nächste Woche wieder." Erst nach der Registrierung kann er sich einen Termin für die Anhörung seines Asylgesuchs geben lassen. Das dauert weitere Monate.

So wie bei Assad aus Afghanistan. Der junge Mann zeigt auf den Bildschirm seines Handys. Auf einem Foto sieht man ein Dokument, ein Datum hat er neongelb markiert. "17. January 2017" steht da, und "Interview". Es ist der Brief von der Asylbehörde. Erst dann darf Assad, der ja schon seit März auf Lesbos ist, endlich vorsprechen und sein Asylgesuch begründen.

Die EU-Kommission macht die griechischen Asylbehörden für die Lage verantwortlich. Es seien "dringend" weitere Bemühungen der griechischen Behörden nötig, "die Kapazitäten wesentlich zu erhöhen, um ankommende Migranten in die Türkei zu schicken". Dies sei "ein Schlüssel für die Abschreckung von Migranten und Schmugglern", schreiben die Beamten in ihrem jüngsten Bericht zum Türkei-Deal.

Griechische Politiker wiederum fordern, dass die EU-Mitgliedstaaten endlich ihrer Verpflichtung nachkommen, 64.400 Flüchtlinge vom griechischen Festland umzusiedeln, damit Asylexperten frei werden und auf die Inseln geschickt werden können. Nur rund 4000 wurden bisher aufgenommen. Zudem sollen sie den Behörden Personal zur Unterstützung schicken. Deutschland hat sich auf dem Flüchtlingsgipfel in Wien Ende September immerhin bereit erklärt, bald 500 Flüchtlinge pro Monat aus Griechenland aufzunehmen.

Fehlschlag Türkei-Deal Das Abkommen mit Ankara ist ein Kern von Angela Merkels Flüchtlingspolitik. Auf den ersten Blick hat es funktioniert. Aber wer die Lage a....

Das Groteske: Selbst wenn die Behörden die Anträge bearbeitet haben, bleiben die Flüchtlinge auf den Inseln. Wer in die Türkei abgeschoben werden soll, kann nämlich einfach in Berufung gehen und hat große Chancen auf Erfolg. Die Juristen in den Berufungskomitees stufen die Türkei für viele Flüchtlinge nicht als sicheres Drittland ein.

David Kipp, Migrationsexperte von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), hält das ganze Abkommen für eine Fehlkonstruktion: Die ohnehin überforderten griechischen Behörden müssten, gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention, jedes Asylgesuch einzeln prüfen. Das stehe aber dem Vorhaben im Weg, die meisten Asylsuchenden pauschal in die Türkei zurückzuschicken. Da die Behörden zudem bezweifelten, dass die Türkei ein sicherer Drittstaat sei, habe dies zur Folge, dass Flüchtlinge monatelang auf kleinen Inseln in der Ägäis festgehalten werden. "Das passt alles nicht zusammen", sagt er.

Der Bürgermeister von Lesbos, Spyros Galinos, glaubt, dass die Überfüllung der griechischen Inseln gewollt sei. "Das Leiden der Flüchtlinge soll die Botschaft verstärken, dass es sich nicht lohnt, über diesen Weg nach Europa zu kommen", sagt er. "Unsere Insel wird dafür missbraucht. Das ist nicht akzeptabel."

Galinos, ein drahtiger Mann, sitzt an seinem Schreibtisch, hinter ihm schmücken die griechische und die europäische Fahne das Büro. Doch auf Europa ist er inzwischen nicht mehr gut zu sprechen, er macht die EU für die Lage auf Lesbos verantwortlich. Es kommen kaum noch Touristen, sagt Galinos.

Dabei war der Fremdenverkehr einst die wichtigste Verdienstquelle der Menschen hier. Die meisten Inselbewohner hätten dennoch Verständnis für die Situation der Flüchtlinge, sagt Galinos, und zieht an seiner elektronischen Zigarette. Aber die Lage spiele Rassisten und Volksverhetzern natürlich in die Hände. Letzte Woche hat die rechtsextreme Partei Goldene Morgenröte am Hafen gegen die Flüchtlinge demonstriert. In den kleinen Orten in der Nähe des Camps gebe es vermehrt Zusammenstöße zwischen Anwohnern und Migranten. Ziegen seien gestohlen worden, es habe auch Einbrüche gegeben. "Ich habe von Anfang an gewarnt: Wenn Tausende Flüchtlinge hier festsitzen, führen der psychische Stress und die finanzielle Not zu solchen Vorfällen." Galinos' größte Angst ist, dass seine Insel zu einem dauerhaften riesigen Internierungslager für Flüchtlinge wird.

Der Druck, die Inseln zu entlasten, steigt kurz vor Winteranfang. Die einfachste Lösung wäre, Flüchtlinge auf andere Camps auf dem Festland zu verteilen. Die Griechen haben bereits damit begonnen. In den vergangenen zwei Wochen wurden laut dem UN-Flüchtlingswerk 150 Flüchtlinge aus Lesbos, Chios, Samos und Kos in Camps im Großraum Athen, nahe Thessaloniki und auf dem Peloponnes gebracht.

Die deutsche Regierung sieht das ungern. "Es muss weiterhin klar sein, dass für die überwiegende Zahl der neu ankommenden Personen eine Verbringung auf das Festland nicht in Betracht kommt, sondern die Bearbeitung der Asylverfahren auf den griechischen Inseln stattfindet", heißt es aus dem deutschen Innenministerium.

Will heißen: Spricht sich herum, dass die Inseln doch nicht mehr die Endstation sind, könnten die Schlepper wieder verstärkt diese Route aufnehmen.

Ganz aufgegeben haben sie die Ägäisroute sowieso nicht. Jeden Tag kommen neue Schlauchboote auf Lesbos und den anderen Inseln an. Zuletzt sind die Zahlen wieder gestiegen. 120 waren es im Schnitt in den vergangenen Wochen, 50 Prozent mehr als im Sommer. Bürgermeister Galinos sagt, es sei nur eine Frage der Zeit, bis die Gewalt wieder eskaliere.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Fehlschlag Türkei-Deal Das Abkommen mit Ankara ist ein Kern von Angela Merkels Flüchtlingspolitik. Auf den ersten Blick hat es funktioniert. Aber wer die Lage a....

REUTERS/ALKIS KONSTANTINIDIS

Gestrandet am Mittelmeer: eine irakische Jesidin auf Lesbos

isabell Bischoff

ALKIS KONSTANTINIDIS

Load-Date: October 17, 2016

End of Document

Warum nicht einfach mit dem Flugzeug nach Europa?; Menschenrechtler fordern ein gefahrloses System für die Flüchtlingsaufnahme. Was kaum einer weiß: Deutschland hat dafür schon ein Modell

Die Welt

Mittwoch 28. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 251

Length: 939 words

Byline: Benno Müchler

Body

Tausende **Flüchtlinge** sind in den vergangenen Jahren bei der Flucht übers Mittelmeer ertrunken. Auch die Flucht über den Balkan ist lebensgefährlich. Ende August erstickten 70 **Flüchtlinge** im LKW eines Schleppers in Österreich. Doch die Zahl der **Flüchtlinge** nimmt nicht ab, und die Staats- und Regierungschefs der EU diskutieren Maßnahmen, wie sie den Andrang mindern und ein Ausweiten des humanitären Chaos verhindern können: Grenzen schließen, Hotspots, Transitzone. Viele Wege, noch keine Lösung. Dabei gibt es schon längst ein Modell, wie vor allem Kriegsflüchtlingsen besser geholfen werden kann.

Seit 2013 hat Deutschland rund 35.000 syrische **Flüchtlinge** im Rahmen mehrerer humanitärer Aufnahmeprogramme aufgenommen. Die **Flüchtlinge** wurden direkt aus der Krisenregion eingeflogen und mussten in Deutschland nicht mehr das **Asylverfahren** durchlaufen. Dies entlastete einerseits das deutsche **Asylsystem** sowie andererseits die Erstaufnahmeländer wie Libanon und Jordanien, die bereits Millionen syrischer **Flüchtlinge** aufgenommen haben. Auch ermöglicht das System eine geordnete und demografisch ausgeglichene **Migration**: Während sich momentan hauptsächlich junge Männer auf die anstrengende Flucht machen, kamen mit den Programmen fast genauso viele Frauen. Auch Kinder, Alte, Schwache und Kranke müssen nicht zurückbleiben.

Insgesamt hat Deutschland seit 2013 drei Bundes- und 15 Länderprogramme für syrische Flüchtlinge durchgeführt. Das erste Bundesprogramm, auf dem die anderen aufbauten, hatte ein Kontingent für 5000 syrische Flüchtlinge. Aufgenommen wurde, wer mindestens eines von drei Kriterien erfüllte: besonderer Schutzbedarf; Bezüge zu Deutschland; die Fähigkeit, nach Ende des Konflikts in besonderem Maße zum Wiederaufbau Syriens beitragen zu können. Die Auswahl trafen vor Ort unter anderem die Deutschen Botschaften in Libanon und Jordanien. Zusätzlich registrierten die Caritas und das UN-Flüchtlingswerk UNHCR Syrer in Libanon.

Jene Flüchtlinge, die von den Botschaften ausgewählt wurden, bekamen ein Visum und reisten selbstständig ein. Caritas und UNHCR organisierten für ihre Auswahl einen Charterflug nach Deutschland. Nach der Einreise kamen

Warum nicht einfach mit dem Flugzeug nach Europa? Menschenrechtler fordern ein gefahrloses System für die Flüchtlingsaufnahme. Was kaum einer weiß: Deutschland

die syrischen Flüchtlinge in Erstaufnahmezentren oder bei Familienangehörigen unter. "Diese kollektiven Aufnahmeverfahren für Bürgerkriegsflüchtlinge können als Vorbild für ein koordiniertes europäisches Aufnahmeprogramm dienen", sagt Cornelia Schu vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration, einer unabhängigen Forschungseinrichtung, die jüngst eine Studie über die deutschen Aufnahmeprogramme für Syrer veröffentlichte. Nach dem ersten Bundesprogramm vom März 2013 organisierten alle Bundesländer - bis auf Bayern - eigene Programme. Im Unterschied wurden hier jedoch nur Syrer aufgenommen, die Verwandte in Deutschland hatten. Auch mussten diese finanziell für die Aufnahme der Flüchtlinge bürgen. Während in Berlin eine Person ein Nettoeinkommen von 2150 Euro vorweisen musste, waren es in Niedersachsen nur 1050 Euro, so die Studie. So waren die Länderprogramme vermutlich nur einem kleinen, vermögenden Kreis von Flüchtlingen und ihren Verwandten vorbehalten. Außerdem hatten die Teilnehmer der Länderprogramme, anders als in den Bundesprogrammen, keinen Anspruch auf einen Integrationskurs und zudem Nachteile bei Sozial- und Gesundheitsleistungen. Der Studie sieht das als verbesserungswürdig.

Seit langem fordern Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International eine Veränderung des europäischen Asylsystems. Kriegsflüchtlinge genießen in Europa Schutz, auch in Deutschland. Allerdings ist der Hauptweg dazu das Asyl, und das kann man in Deutschland nur im Inland beantragen. Deutsche Botschaften erteilen für die Einreise aber kaum Visa. So machen sich viele Flüchtlinge auf den gefährlichen und illegalen Weg übers Mittelmeer und den Balkan. "Natürlich lösen Aufnahmeprogramme allein nicht das ganze Problem und die Problematik der Flüchtlinge, die auf der Balkanroute unterwegs sind", sagt Schu vom Sachverständigenrat. Doch solche humanitäre Aufnahmeprogramme können ein wichtiger Beitrag sein, denen schnell und unbürokratisch zu helfen, die wie Kriegsflüchtlinge am meisten in Not sind.

Vor einem Ausbau solcher Programme auf EU-Ebene stehen jedoch mindestens zwei Probleme. Einerseits müssten die Konsularabteilungen der Deutschen Botschaften deutlich ausgebaut werden. Wie schwierig das Verfahren mit Kriegsflüchtlingen ist, zeigt ein Beispiel des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Er nahm dieses Jahr 200 syrische Stipendiaten auf. Die Hälfte von ihnen kam direkt aus Syrien. Für ihre Auswahlgespräche und Visaerteilungen mussten sie mit besonderer Genehmigung von Syrien zur nächstgelegenen Deutschen Botschaft im Libanon reisen. Die Deutsche Botschaft in Syrien ist wegen des Krieges seit 2012 geschlossen. Am Ende vergingen zwar von der Vorauswahl der Kandidaten bis zur Einreise der ersten DAAD-Stipendiaten nur vier Monate. Allerdings war der Bewerberkreis zahlenmäßig überschaubar und die Gruppe in sich homogen. Voraussetzungen, die für große Gruppen an Flüchtlingen nicht gelten.

Die zweite und weit größere Hürde ist der politische Wille. So ist nach Sicht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoguz (SPD), die beschlossene Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen in Europa schon ein Fortschritt. Für Überlegungen wie dauerhafte und einheitliche Kontingent-Lösungen seien jedoch allein schon gleiche Mindeststandards bei der Aufnahme nötig. Özoguz gegenüber der "Welt": "Davon sind wir in der EU leider meilenweit entfernt."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 28, 2015

Berlin will die Europäer nicht mehr schonen; Doch für Merkels neuen Asylvorstoß gibt es in den EU-Staaten wenig Unterstützer

Die Welt

Samstag 25. April 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 96

Length: 1203 words

Byline: T. Bayer

B. Kálnoky

T. Kielinger

M. Meister

U. Müller

H. Steuer

J. Winterbauer

Body

Niemand hatte damit gerechnet, dass der EU-Gipfel zur **Flüchtlingskrise** überraschende Ergebnisse hervorbringen würde. Immerhin: Die Mittel für die Grenzschutzmission "Triton", die auch Hilfs- und Rettungseinsätze übernehmen soll, wurden verdreifacht und auf neun Millionen Euro erhöht. Doch bei genauerem Hinsehen könnte der Gipfel in die Geschichte eingehen, als ein Treffen, bei dem ein Kurswechsel eingeläutet wurde.

Es war eine Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), langfristig müsse das EU-**Asylsystem** geändert und **Flüchtlinge** unter bestimmten Umständen auf verschiedene EU-Staaten verteilt werden. Bisher gilt nach der sogenannten Dublin-III-Verordnung, dass für die **Asylbewerber** stets das Land zuständig ist, mit dem der Bewerber zuerst europäischen Boden betreten hat.

Berlin will die Europäer nicht mehr schonen Doch für Merkels neuen Asylvorstoß gibt es in den EU-Staaten wenig Unterstützer

Das Problem dabei: Die Regelung und die ungenügende Registrierung von Asylsuchenden durch Länder wie Italien führten dazu, so Merkel, dass "drei Viertel aller Asylbewerber auf fünf Mitgliedsstaaten entfallen". Jetzt soll eine Verteilung auf freiwilliger Basis "erprobt" werden. Unklar ist, nach welchen Kriterien die Flüchtlinge auf möglichst viele Staaten verteilt werden könnten. Die Wirtschaftskraft und die Zahl der Einwohner werden dabei eine Rolle spielen.

Der Testlauf könnte das Ende der Dublin-Regeln bedeuten. Ein solcher Schritt dürfte zu heftigen Diskussionen führen. Viele Länder, die sich bisher hinter Deutschland oder Schweden verstecken, werden dann selbst nach einem Quotensystem Asylbewerber aufnehmen müssen. Eine Übersicht über die Bremser und Förderer einer Asylreform.

In Rom nimmt man die Ankündigung Merkels mehr als wohlwollend zur Kenntnis. Italien setzt sich seit Jahren dafür ein, dass die Dublin-Regelung gekippt und eine Art Quotenregelung eingeführt wird. Das Land kann den Zustrom an Flüchtlingen kaum bewältigen. Die Auffanglager in Sizilien sind überfüllt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Italien deshalb die Flüchtlinge oft nicht registriert und einfach nach Norden ausreisen lässt. Das Innenministerium in Rom hält momentan Regionen und Städte im ganzen Land dazu an, Schlafplätze bereitzustellen. Doch der Widerstand in den Kommunen wächst. Gerade im Norden. Händler und Gastronomen fürchten einen Schaden für den Tourismus.

Im Prinzip scheint Frankreich mit Merkels Forderung, die Last der Einwanderer besser auf die EU-Länder zu verteilen, einverstanden. Auch Innenminister Bernard Cazeneuve fordert: "Es muss eine europäische Asylpolitik geben." Die jüngsten Katastrophen machten deutlich, dass die Anstrengungen unter den europäischen Ländern besser aufgeteilt werden müssten. Das ist noch die graue Theorie. Denn die bisherige Regelung erlaubt es Frankreich, die überwältigende Mehrheit der Migranten wieder auszuweisen. Jedes Jahr wird stolz deren Zahl verkündet. Ein Blick auf die Statistiken zeigt, dass 60 Prozent davon nicht in ihre Heimat abgeschoben werden, sondern in europäische Nachbarländer. Das geht schnell und kostet weniger als ein Charterflug nach Afrika. "Wir schieben das Problem wie eine heiße Kartoffel hin und her und lassen Italien allein damit. Das Dublin-Abkommen muss verändert werden", fordert Pierre Henry, Vorsitzender der Organisation France terre d'asile.

Doch mit einer erstarkten Front National hat die Regierung keinerlei Interesse, zusätzliche Asylbewerber aufzunehmen. 64.000 Asylanträge wurden vergangenes Jahr in Frankreich gestellt, dreimal weniger als in Deutschland, und nur ein sehr knappes Drittel davon wurde positiv beschieden. Trotzdem sind die Aufnahmeheime überfüllt, die durchschnittliche Wartezeit auf den Bescheid beim Asylantrag beträgt 18 Monate.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán will von einer gerechteren Verteilung der Flüchtlinge nichts wissen. Er würde das Flüchtlingsproblem am liebsten radikal lösen und forderte "freie Hand" für die EU-Mitgliedsstaaten, ihre Migrationsstrategien samt Grenzschutz individuell zu bestimmen. Das Problem seien die "Brüsseler Regeln, die unsere Vorkehrungen gegen illegale Einwanderung unwirksam machen". Ungarn sei zwar bereit, in Bereichen, in denen "gemeinsame Probleme" auftauchen, mit den EU-Partnern zu kooperieren. Grundsätzlich aber müsse man sich laut Orbán auf eine Strategie verlegen, bei der "Grenzen verteidigt und potenzielle Migranten davon abgehalten werden, sich überhaupt erst auf den Weg zu machen".

Schwedens Ministerpräsident Stefan Löfven trat bereits vor dem Gipfel mehrfach für eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge ein. Kein Wunder, zählt doch sein Land zu den EU-Staaten, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen. "Es sollte mehr legale Möglichkeiten für Flüchtlinge geben, in die EU zu kommen", sagte Löfven in Brüssel. Zu diesen Möglichkeiten zählte er auch einen neuen Verteilungsschlüssel, der nicht starr an den Dublin-Regeln festhält.

Die Flüchtlingskrise im südlichen Mittelmeer trifft Großbritannien in einem politisch äußerst heiklen Moment. Am 7. Mai steht die Unterhauswahl ins Haus, alles, was mit Einwanderung zu tun hat, wird im Vorfeld kontrovers diskutiert. Vor allem von der United Kingdom Independence Party (Ukip), die der Koalition vorwirft, mit ihren Plänen zur Eindämmung der Immigration nach Großbritannien gescheitert zu sein: David Cameron hatte die Zahl jährlich "auf unter 100.000" begrenzen wollen, in Wahrheit sind es jährlich 300.000 neu Ankommende. Unter diesen

Berlin will die Europäer nicht mehr schonen Doch für Merkels neuen Asylvorstoß gibt es in den EU-Staaten wenig Unterstützer

Umständen eine steigende Zahl an Flüchtlingen und Asylanten aufzunehmen, ist politisch quer durch die Parteien nicht vertretbar, eine Änderung der gültigen Dublin-Regelung daher aus britischer Sicht ein zu heißes Eisen.

Die Iberer wollen eine Änderung des Asylrechts, sie befürchten eine Flut neuer Anträge. Spanien ist eines der wichtigsten Ankunftsländer für Flüchtlinge in der EU. Dennoch werden vergleichsweise wenig Asylanträge gestellt, nur 0,9 Prozent aller innerhalb der EU gestellten Gesuche. Die langen Bearbeitungszeiten haben sich wohl unter den Flüchtlingen herumgesprochen. Aus Sicht Spaniens wäre es gerechter, wenn bei der Lastenverteilung mitberücksichtigt würde, dass das Land einen besonders großen Beitrag zur Sicherung der gemeinsamen EU-Außengrenze leistet. Zudem schlagen die Spanier eine stärkere Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlinge vor. So soll die EU nur noch Entwicklungshilfe an diejenigen Länder zahlen, die ihre Bürger rasch wieder zurücknehmen und deren Sicherheitskräfte mit den EU-Behörden kooperieren. Wie das funktionieren kann, macht Madrid mit dem Transitland Marokko vor. Die marokkanische Polizei hilft mit, die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla vor dem Flüchtlingsandrang abzuschotten.

In Warschau möchte man unbedingt verhindern, dass eine Neuregelung des Asylrechts sich an den Einwohnerzahlen der EU-Staaten orientiert. Denn bisher nimmt Polen gemessen an seiner Größe vergleichsweise wenig Flüchtlinge auf - 2014 haben gerade einmal 114 Syrer einen Asylantrag gestellt. So verwundert es nicht, dass Regierungschefin Ewa Kopacz auf dem Gipfel in Brüssel vor allem auf eine bessere Grenzsicherung im Mittelmeer pocht. "Unsere Solidarität wird vor allem darauf beruhen, dass wir Frontex sehr stark unterstützen werden. Wir werden unsere Grenzschutzoffiziere schicken."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AP/Alessandra Tarantino

Auch am Freitag kamen wieder Dutzende Flüchtlinge aus Afrika auf der italienischen Insel Sizilien an

Alessandra Tarantino

Load-Date: April 25, 2015

Unerlaubt gekommen, um zu bleiben; Warum es einfach nicht gelingt, die illegale Zuwanderung zu verhindern - und die ohne Genehmigung hier lebenden Zuwanderer abzuschieben

Die Welt

Freitag 23. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 3; Ausg. 301

Length: 973 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Auch wenn es zurzeit nicht so wirkt: Die Bundesrepublik hat die Zuwanderung auf ihr Staatsgebiet rechtlich klar geregelt. Für Tunesier oder andere Nordafrikaner, die gern in Deutschland leben würden, bedeutet das, bei der deutschen Auslandsvertretung nachfragen zu müssen, ob sich ein Studien- oder Arbeitsplatz findet, anschließend das Einverständnis der Universität oder des Arbeitgebers einzuholen und gegebenenfalls nach Erhalt der entsprechenden Aufenthaltserlaubnis einzureisen. Genau so haben das Zehntausende hier lebende Marokkaner, Algerier und Tunesier gemacht.

Verboten hingegen ist, als Tourist zu kommen und nicht mehr auszureisen; oder hier bleiben, nachdem die Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Ausbildung oder der Berufstätigkeit abgelaufen ist. Für alle übrigen Nordafrikaner gilt Paragraph 14 Aufenthaltsgesetz: "Die Einreise eines Ausländers in das Bundesgebiet ist unerlaubt ()". Wenn ein Bürger dieser Staaten trotzdem ohne Pass oder Aufenthaltstitel die Grenze übertritt, wird dies laut Gesetz mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft. Die Strafe wird demnach nur dann nicht vollstreckt, wenn er **Flüchtling** im Sinne der Genfer Konvention ist und zudem unmittelbar aus dem Gebiet einreist, in dem er bedroht war. Letztere Bedingung trifft - weil Deutschland inmitten sicherer Staaten liegt - nur auf jene Handvoll zu, die an den deutschen Flug- und Seehäfen ankommen. Erstere Bedingung, die **Flüchtlingseigenschaft**, ist bei nicht einmal zwei von 1000 **Asylantragstellern** aus Nordafrika gegeben, wie die Statistiken des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) zeigen.

Dass diese Asylverfahren dennoch in Deutschland durchgeführt werden, liegt nicht am deutschen Recht, sondern an dessen Überlagerung durch EU-Recht. Hier gelten die Dublin-Regeln: Dem europäischen Asylsystem zufolge muss bei jedem Asylsuchenden an der deutschen Grenze zumindest geprüft werden, welcher EU-Staat für sein Verfahren zuständig ist. Ist eine Rücküberstellung dorthin - wie in den meisten Fällen - nicht möglich, wird das Verfahren dennoch hier durchgeführt.

Unerlaubt gekommen, um zu bleiben Warum es einfach nicht gelingt, die illegale Zuwanderung zu verhindern - und die ohne Genehmigung hier lebenden Zuwanderer abz....

So wie das von Anis Amri, der schon vor fünf Jahren unerlaubt nach Italien - und 2015 weiter nach Deutschland reiste. Nachdem aber die Bundesrepublik den jungen Tunesier, der verdächtigt wird, für den Anschlag in Berlin verantwortlich zu sein, nicht zurückführte, sondern seine Schutzbedürftigkeit prüfte, hätte er abgeschoben werden müssen, nachdem sein Asylantrag im Sommer abgelehnt worden war.

Das war nicht möglich, weil er keine gültigen Identitätspapiere hatte und sein Heimatland zunächst bestritt, dass er Tunesier sei. Ersatzausweispapiere aus dem nordafrikanischen Staat wurden nach den Worten von NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) vom Mittwoch "zufälligerweise heute überstellt". Dann machte er eine kurze Pause und fügte an: "Ein Vorgang, wie ich ihn hier nicht weiter kommentieren möchte." Jägers Bundesland ist am stärksten durch den unerlaubten Zuzug von Nordafrikanern belastet, der Minister klagte bereits im Juni: "Geht die Abschiebung in diesem Tempo weiter, brauchen wir über 20 Jahre, um alle abgelehnten Nordafrikaner zurückzuführen."

Tatsächlich wurden nur 281 Marokkaner, Algerier und Tunesier in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres abgeschoben. Jäger vergaß allerdings in seiner Rechnung, dass immer noch etwa 400 Nordafrikaner als Schutzsuchende neu einreisen - pro Monat. Obwohl sieben Tage nach den Silvester-Übergriffen, an denen sich viele Nordafrikaner beteiligt hatten, die Bundeskanzlerin in ihrem ganz eigenen Ton angekündigt hatte zu prüfen, "ob wir, was Ausreisenotwendigkeiten anbelangt, schon alles getan haben, was notwendig ist". Obwohl in den darauffolgenden Monaten Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Innenminister de Maizière und sein Landeskollege aus Sachsen, Markus Ulbig, in den Maghreb reisten und bessere Kooperation vereinbarten, ist kaum eine Steigerung der Abschiebungen zu beobachten: Im ersten Quartal waren es 57, im zweiten 109 und im dritten 115.

Bei den Tunesiern ist die Schutzquote (Asyl, Flüchtlings-, Subsidiär-, und Abschiebeschutz) besonders niedrig. 2015 lag sie bei gerade einmal bei 0,2 Prozent. Im dritten Quartal 2016 bei 1,9 Prozent. Trotzdem wurden nur 98 Tunesier in den ersten drei Quartalen 2016 abgeschoben. Drei Viertel allein aus Sachsen, was kein Zufall ist, weil das Bundesland lange allein für die Aufnahme tunesischer Schutzsuchender zuständig war - mittlerweile gemeinsam mit Baden-Württemberg. Das sächsische Innenministerium teilte der "Welt" mit, die Hauptgründe dafür, dass die Abschiebung meist nicht gelinge, seien in dieser Reihenfolge "Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Identitätspapieren, gesundheitliche Gründe inklusive Selbstverletzungen sowie familiäre Gründe - durch Heirat oder Zeugung eines Kindes." Zudem tauchten viele Betroffene am Abschiebungstermin unter. "Bei Tunesiern haben wir ganz grob eine Zugriffsquote von 20 Prozent, bei den Westbalkanstaaten sind es etwa 60 Prozent", sagte der Sprecher.

Auch die Abschiebungen selbst seien besonders aufwendig. Habe man bei Rückflügen "in die Westbalkanstaaten meist ein Verhältnis Migrant-Beamter von 1:1, ist es bei Abschiebungen nach Tunesien häufig bei 1:4." Das liege an den stärkeren Widerstandshandlungen und der höheren Selbstverletzungsgefahr.

Angesichts der großen Probleme, Tunesier zurückzuführen, erscheinen neue Pläne des Bundesinnenministeriums zur Migrationssteuerung schwer durchsetzbar. Demnach soll in dem nordafrikanischen Staat ein von der UN geleitetes Auffanglager entstehen - mit der Möglichkeit, dort Asyl in EU-Ländern zu beantragen. Die Leitung des Camps könnte die UN übernehmen. Irreguläre Migranten sollen also gar nicht erst nach Europa gelangen, sondern nach Rettung aus Seenot direkt ans afrikanische Festland zurückgebracht werden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Unerlaubt gekommen, um zu bleiben Warum es einfach nicht gelingt, die illegale Zuwanderung zu verhindern - und die ohne Genehmigung hier lebenden Zuwanderer abz....

Innenminister Thomas de Maizière (l.) besuchte im März Tunesiens Präsidenten - dabei ging es auch um die schwierige Rückführung illegaler Flüchtlinge

Mohamed Messara

Load-Date: December 23, 2016

End of Document

Eine Million Asylanträge: die Aufgabe des Jahres; Das Bundesamt für Migration sitzt auf einem Riesenberg unerledigter Fälle. Amtschef Weise will trotzdem das "Arbeitsvolumen" mit seinem Personal schaffen

Die Welt

Samstag 6. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 31

Length: 530 words

Body

Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) wappnet sich für mehr als eine Millionen **Asylanträge** in diesem Jahr. Um diese Zahl von Anträgen schaffen zu können, müsse die **Asylbehörde** ihr tägliches Arbeitspensum gegenüber Dezember verdreifachen, erklärte der Chef der obersten deutschen **Flüchtlingsbehörde**, Frank-Jürgen Weise, in Berlin.

Das BAMF schiebt derzeit noch immer etwa 670.000 bis 770.000 offene Asylfälle vor sich her - trotz aller bisherigen Bemühungen, die Lage in den Griff zu kriegen. Es gebe gut 370.000 unerledigte Asylanträge, sagte Weise. Hinzu kämen die Fälle von 300.000 bis 400.000 Menschen, die eingereist seien, aber noch gar keinen Asylantrag gestellt hätten. Das BAMF will nun neue "Ankunftszentren" in allen Bundesländern einrichten, um den enormen Rückstand mithilfe von 48-Stunden-Schnellverfahren abzubauen. Geplant sind etwa 20 solcher Zentren, also mindestens eines pro Land.

Die Flüchtlingszahlen in Deutschland haben einen historischen Höchststand erreicht. 2015 wurden mehr als eine Million Asylbewerber registriert - so viele wie nie zuvor in einem Jahr. Auch im Januar erfassten die Behörden wieder mehr als 90.000 Asylsuchende. Mit Blick auf die Zahl der Menschen, die zwar als Asylsuchende im Land sind, aber noch keinen Antrag gestellt haben, sagte Weise, genaue Angaben gebe es hier nicht, weil einige doppelt registriert würden oder nach der Erfassung in einen anderen Staat weiterreisten. Nach Angaben des BAMF mussten Asylbewerber in der Vergangenheit zum Teil sechs Monate und mehr warten, bis sie überhaupt einen Asylantrag stellen konnten.

"Diese Situation ist nicht akzeptabel", beklagte Weise. Zur breiten Kritik am BAMF sagte er, diese sei generell berechtigt. Manche Ratschläge von Politikern finde er aber etwas unprofessionell. Mit Blick auf den weiteren Zugang von Flüchtlingen sagte Weise, das "Arbeitsvolumen" von mehr als einer Million Anträgen sei mit dem bisher eingeplanten Personal zu bewältigen. Wenn es mehr würden, müssten weitere Mitarbeiter her - oder es entstehe ein neuer Rückstand. Anfang Januar bei der CSU-Klausurtagung hatte Weise eine geringere Zahl offener Asylfälle

Eine Million Asylanträge: die Aufgabe des Jahres Das Bundesamt für Migration sitzt auf einem Riesenberg unerledigter Fälle. Amtschef Weise will trotzdem das "Ar....

genannt. Als Begründung sagte er, er habe das untere Ende des Korridors gewählt, "um aus Wildbad Kreuth wieder heil herauszukommen".

Anfang 2015 hatte die Behörde 2350 Mitarbeiter, inzwischen sind es 3500, und bis Mitte des Jahres sollen es 6300 sein. Zusätzlich sollen 1000 Mitarbeiter befristet von anderen Behörden abgeordnet werden, um beim BAMF auszuhelfen. Die Zahl der "Entscheider" soll bis Ende März von derzeit 1000 auf 1700 steigen. In drei "Ankunftszentren" in Heidelberg, Bamberg und Bad Fallingbommel hatte das BAMF zuletzt beschleunigte Verfahren getestet. Dort durchlaufen Asylbewerber alle Schritte von der Registrierung über die Antragstellung und Anhörung bis zur Entscheidung an einem Ort. Dies Prozedere soll nun auf Zentren in allen Bundesländern ausgeweitet werden.

Ziel sei, die Anträge von Menschen aus "sicheren" und "unsicheren" Herkunftsstaaten - also unkomplizierte Fälle etwa aus Balkanstaaten, Nordafrika oder Syrien - innerhalb von 48 Stunden komplett abzuarbeiten. Seiten 2 bis 5 und 9

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 6, 2016

**Jeder zweite abgelehnte Asylbewerber verlässt das Land; 28.510
Schutzsuchende warten seit mehr als zwei Jahren auf eine Entscheidung
über ihren Asylantrag**

Die Welt

Donnerstag 19. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 115

Length: 592 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Etwas mehr als die Hälfte aller 2014 und 2015 rechtskräftig abgelehnten **Asylbewerber** hat Deutschland inzwischen wieder verlassen (Stichtag 31. Dezember 2015). Exakt sind es 51 Prozent. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke für die Linke-Fraktion im Bundestag hervor, die der "Welt" vorliegt.

Insgesamt verzeichnete die Asylstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Ende März rund 410.000 offene Asylanträge. Das Amt geht allerdings davon aus, dass 300.000 bis 400.000 eingereiste Flüchtlinge noch gar keinen Antrag stellen konnten.

In der Antwort wird hervorgehoben, dass Hessen mit 68 Prozent eine vergleichsweise hohe Quote aufweist, Baden-Württemberg mit 46 Prozent eine besonders niedrige. Die hohe Rückkehrquote ergibt sich vor allem durch die zahlreichen Migranten aus den sechs Westbalkanstaaten, die geringe Bleibechancen besitzen. Während abgelehnte Asylbewerber aus diesen Ländern meist abgeschoben werden oder freiwillig ausreisen, ist dies in andere Weltregionen wegen bekannter Abschiebehindernisse nur begrenzt möglich. Nach Auffassung der Bundesregierung kommt es darauf an, "sowohl die freiwillige Ausreise zu fördern und auszubauen als auch die Möglichkeiten der Abschiebung besser und konsequenter zu nutzen".

Die meisten Schutzsuchenden sind davon aber nicht betroffen: So lag die bereinigte Schutzquote für alle Asylentscheidungen im ersten Quartal bei insgesamt 71 Prozent. Sehr hoch war sie bezüglich Syrern (100 Prozent), Eritreern (99,3), Staatenlosen (98,7) und Flüchtlingen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit (97,1). Werden die vielen Asylsuchenden aus den sechs Westbalkanstaaten nicht berücksichtigt, lag die bereinigte Schutzquote bei 91,5 Prozent, wie die Bundesregierung auf die Anfrage der Linkspartei antwortete.

Die bereinigte Schutzquote bezieht sich nur auf tatsächlich inhaltliche und nicht rein formelle Entscheidungen. Formelle Entscheidungen sind solche, in denen die Fluchtgründe inhaltlich gar nicht erst geprüft werden, etwa weil

Jeder zweite abgelehnte Asylbewerber verlässt das Land 28.510 Schutzsuchende warten seit mehr als zwei Jahren auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag

der Asylbewerber ausreist oder den Antrag zurückzieht. Außerdem fallen darunter die sogenannten Dublin-Fälle, in denen ein anderer EU-Staat für den Schutzsuchenden zuständig ist, weil er dort vor der Einreise nach Deutschland bereits registriert wurde. Bei diesen Fällen werden also die Fluchtgründe nicht abschließend geprüft. 28.510 Schutzsuchende warten seit mehr als zwei Jahren auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag. Laut Bundesregierung sind 3808 Verfahren seit mehr als drei Jahren anhängig, 96.655 seit mehr als einem Jahr, wie aus der Antwort auf die Anfrage hervorging. Ein Asylverfahren in Deutschland dauert nach offiziellen Angaben ab Antragstellung im Durchschnitt sechs Monate. Bei Herkunftsländern mit sehr hohen (vor allem Syrien) und sehr geringen Anerkennungsquoten - besonders den Westbalkanstaaten - ist die Verfahrensdauer durch die Aufnahmezentren und die Beschleunigung der Asylverfahren kürzer.

Umso länger dauern die Verfahren bei zahlreichen anderen Ländern. Erschreckend lang waren Verfahren insbesondere bei afghanischen (15 Monate), eritreischen (11,7), iranischen (17,6) und pakistanischen Asylsuchenden (18,9 Monate). Die innenpolitische Sprecherin der Linkspartei, Jelpke, sagte der "Welt": "Darunter sind sehr viele Schutzsuchende mit guten Anerkennungschancen. Das ist völlig inakzeptabel und für die Betroffenen unzumutbar." Ein Anspruch auf Familiennachzug bestehe erst nach einer Anerkennung im Asylverfahren. Siehe Kommentar und Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 19, 2016

Der deutsche Integrationsfuror; Unsere Migrationspolitik wird von einem historischen Schuldkomplex und problematischen politischen Ideen fehlgeleitet. Die Flüchtlingskrise bietet die Gelegenheit, neu darüber nachzudenken

Die Welt

Mittwoch 17. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 40

Length: 1043 words

Byline: Ulrich Clauß

Body

Wie die Kanzlerin das gemeint hat, weiß man immer noch nicht. Und so verfestigt sich der Eindruck, dass sie es selbst nicht weiß. Ende Januar hatte sie vor ihrem Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern besorgte Parteifreunde mit dem Satz zu besänftigen versucht: "Nahezu keiner der zu uns Kommenden bekommt einen **Asylanspruch**." Und säte damit große Irritation. War das die Wende in der **Flüchtlingskrise**, fragten sich viele? Alle zurück marsch, marsch? Also doch keine Massenintegration? Hatte die Kanzlerin nicht gerade noch in der Silvesteransprache von der "großen Aufgabe" der "Integration" als "Chance von morgen" geschwärmt?

Merkels widersprüchliche Einlassungen geben jedenfalls Anhängern wie Gegnern ihrer unkonditionierten Grenzöffnungspolitik Rätsel auf. Doch sieht man von Merkels erratischer Krisenintervention in eigener Sache ab und prüft den Kern beider Aussagen, stößt man auf einen noch viel grundlegenden Widerspruch. Es ist die faktische Gleichsetzung von **Asyl**- und Integrationsanspruch, die aus den beiden Aussagen spricht. Wenn **Asyl**, dann Integration - das ist die zugrunde liegende Denkungsart. Aber stimmt das überhaupt? Folgt in Deutschland aus dem Anspruch auf das eine zwangsläufig auch der aufs andere? Steht das irgendwo geschrieben? Oder ist das nur irgendwie gewucherter Konsens?

Schaut man ins Grundgesetz, steht da in Artikel 16 zu lesen "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". Von "Integration" steht da nichts - wie man auch in allen anderen Artikeln der deutschen Verfassung das Wort vergeblich sucht. Auch als abgeleitetes Grundrecht kennt unser Verfassungsrecht keinen materiellen Integrationsanspruch. "Ein Grundrecht der Zuwanderer auf die Bereitstellung spezifischer Integrationsleistungen besteht in jedem Fall nicht", heißt es unmissverständlich im maßgeblichen "Handbuch des Staatsrechts" der renommierten Staatsrechtler Josef Isensee und Paul Kirchhof (3.Auflage, 2007). Die hierzulande im politischen Sprachgebrauch und im Verständnis der Mehrheitsgesellschaft dominierende Lesart - etwa: "Politisch Verfolgte

Der deutsche Integrationsfuror Unsere Migrationspolitik wird von einem historischen Schuldkomplex und problematischen politischen Ideen fehlgeleitet. Die Flücht....

genießen Integrationsanspruch" - ist also rein politisch gewachsenes Gewohnheitsrecht. Eine Grundlage in der Verfassung gibt es dafür nicht.

Zu fragen ist also, wie sich dennoch ein Integrationsimperativ derart verselbstständigen konnte, dass er erst jetzt im Lichte des jüngsten Flüchtlingszustroms als spezifisch deutscher Integrationsfuror auffällt - stets zum Erstaunen, teils zum Entsetzen unserer Nachbarländer.

Die Antwort liegt in einer Verkettung sehr deutscher Besonderheiten. Man kann es als unglückliche Verquickung einer großen und einer kleinen Schuld der Deutschen sehen. Die große Schuld war das deutsche Weltverbrechen - Auschwitz, Zweiter Weltkrieg, der Zivilisationsbruch. Die kleine Schuld ist die Jahrzehnte währende Verdrängung der Tatsache, das Deutschland Einwanderungsland ist. Die große Schuld war der Hintergrund für das grundgesetzlich insinuierte - tatsächlich objektiv uneinlösbare - Versprechen nach Artikel 16, im Bedarfsfall allen Verfolgten dieser Erde Zuflucht zu bieten. Die kleine Schuld hatte vor allem die Entstehung türkischer und arabischer Parallelgesellschaften zur Folge. Seit Letzteres mit seinen Folgen als politisch schädlich und menschlich unhaltbar erkannt wurde, übertrug sich das "Nie wieder!" aus der großen Schuld auch auf die kleine Schuld: nie wieder Integration verweigern! Im Ergebnis soll bald jeder integriert werden, der es irgendwie ins Land geschafft hat.

Statt rational mit der Arbeit an einem Einwanderungsgesetz gesellschaftlichen Konsens über deutsches Wollen und Können in Migrationsfragen herzustellen, Asyl und Einwanderung getrennt voneinander zu regeln, gilt letztlich für beides vor allem das deutsche Sozialgesetzbuch - für mehr oder weniger jeden, der halt einmal da ist. So wird hierzulande bis zum heutigen Tage eine vor allem empathisch getriggerte Verquickung von Asyl- und Einwanderungspolitik betrieben. Hypermoralisierend statt pragmatisch, in einem vom deutschen Schuldkomplex weit überdehnten geschichtspolitischen Deutungsrahmen statt auf die gesellschaftliche und ökonomische Gegenwart bezogen.

Mangels Erdung durch einwanderungsgesetzliche Pragmatik sind in diesem Vakuum über die Jahre hinweg Irrlehren ins Kraut geschossen. In großen Teilen der Grünen bis weit in die SPD hinein kursiert beispielsweise die Vision eines "Migrationsmainstreaming". Analog zum "Gender-Mainstreaming" in der Denkart des Soziologen Ulrich Beck soll demzufolge mit "proaktiver Asylpolitik" Deutschland "denationalisiert" werden. Eine Art umgekehrte Globalisierung sozusagen, frei nach dem Motto "Je mehr Fremdes, desto besser für Deutschland". Was wie ein Alptraum delirierender Sozialingenieure klingt, findet sich in Anklängen in so manchem Arbeitspapier von Bundestagsfraktionen.

Wenn heute neu-rechte und rechtsextremistische Kreise Merkels Flüchtlingspolitik als Strategie einer "Umvolkung" schmähen, so ist das einerseits verschwörungstheoretischer Unsinn - zumal mit teilweise rassistischem Unterton. Tatsache aber ist auch, dass bis in die Union hinein massive Berührungsängste und Denkverbote zum Begriff der "nationalen Identität" und der Bewahrung des "Eigenen" grassieren.

Wird die Integrationsdebatte also endlich vom Kopf auf die Füße gestellt, dann geschieht das vor allem durch das Argument der großen Zahl. Die schiere Masse der Migranten - unter ihnen laut EU-Kommission übrigens nur knapp zur Hälfte tatsächlich Kriegsflüchtlinge - markiert ein Ende der sich selbst betrügenden Integrationsinflation in Deutschland. Merkels mittlerweile aus dem Ruder gelaufener Hilfsimpuls aus jener Septembernacht überreizt über jedes Maß hinaus. Der Konsens in der deutschen Einwanderungsgesellschaft reißt. Die Bundeskanzlerin sollte endlich darüber mit der Bevölkerung ins Gespräch kommen, bevor das andere tun. Es gibt immer Alternativen, meistens sogar mehr als zwei. Die Menschen wollen gefragt werden, wie es weitergehen soll mit der Migration. Der Artikel 16 Grundgesetz muss nicht zur Disposition gestellt werden. Aber dafür vieles andere mehr.

ulrich.clauss@weltn24.de (ulrich.clauss@weltn24.de)

Angela Merkel sollte mit der Bevölkerung über die Zuwanderung ins Gespräch kommen, bevor das andere tun

Original Gesamtseiten-PDF

Der deutsche Integrationsfuror Unsere Migrationspolitik wird von einem historischen Schuldkomplex und problematischen politischen Ideen fehlgeleitet. Die Flücht....

Load-Date: February 17, 2016

End of Document

**Lampedusa gehört nicht nur zu Italien, sondern auch zu Europa;
Migrationsforscher: Wer als politisch verfolgt gilt, solle sich aussuchen
können, in welchem EU-Land er leben will**

Die Welt

Mittwoch 29. April 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 99

Length: 670 words

Byline: Freia Peters

Body

In einem sind sich die acht Professoren einig: Das Dublin-System, nach dem Flüchtlinge in dem Land ihren Asylantrag stellen, in dem sie europäischen Boden betreten, ist kollabiert. "Flüchtlinge entziehen sich dem Land ihrer Ersteinreise und wandern weiter, die Erstaufnahmestaaten winken die Flüchtlinge durch in nordeuropäische Länder", sagt Christine Langenfeld, Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) bei der Vorstellung des Jahresgutachtens. Ihr Rat: Zur Bekämpfung der Flüchtlingskrise sei ein Gesamtpaket nötig.

Für syrische Kriegsflüchtlinge empfehlen die Experten ein kollektives Aufnahmeverfahren, damit sie schnell und unbürokratisch aufgenommen werden - und zwar ohne das individuelle Verfolgungsschicksal zu prüfen. "Das funktioniert aber nur im Zusammenspiel von Deutschland und der EU", sagt Langenfeld. "Lampedusa ist nicht nur eine Insel in Italien, Lampedusa ist eine Insel in Europa." Bislang war der Vorschlag für ein kollektives Asylverfahren für Syrer im Europäischen Rat gescheitert - vor allem osteuropäische Länder sind nicht bereit, mehr syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Als Sofortmaßnahme müsse die Seenotrettung intensiviert werden. "Das spielt den Schleppern zwar in die Hände", glaubt Langenfeld, "aber diesem Dilemma kann sich die EU nicht entziehen, wenn sie nicht ihre humanitären Prinzipien verraten will."

Die zentrale Handlungsempfehlung der Experten bezieht sich auf eine Reform der Dublin-Vereinbarung, nach der der Staat für die Prüfung des Asylrechts zuständig ist, in dem der Flüchtling zuerst europäischen Boden betreten hat: Die Länder mit Außengrenzen, also Italien, Griechenland, Malta, Zypern. Aus Sicht des Sachverständigenrats soll an der Zuständigkeit des Ersteinreiselandes festgehalten werden. Es bedürfe aber einer wichtigen Neuerung: Ist der Flüchtling einmal anerkannt, soll er sich in dem EU-Land seiner Wahl niederlassen dürfen. Bislang erhält ein verfolgter Flüchtling nur einen nationalen Aufenthaltstitel.

Die Folge für Deutschland wäre: Es gäbe weniger Asylanträge und mehr Flüchtlinge. Nichts, was einen schrecken müsste, beruhigen die Experten. "Die Flüchtlinge, die mit einem Titel kämen, könnten sofort nach Arbeit suchen,

Lampedusa gehört nicht nur zu Italien, sondern auch zu Europa Migrationsforscher: Wer als politisch verfolgt gilt, solle sich aussuchen können, in welchem EU-La....

selbst für ihr Leben aufkommen, sofort Sprachkurse in Anspruch nehmen und so letztendlich rascher dem deutschen Arbeitsmarkt und der Wirtschaft nutzen", sagt Langenfeld.

Um befürchtete Pull-Effekte zu vermeiden, könne für jedes Land eine europäisch abgestimmte Höchstquote eingeführt werden. Länder mit Außengrenzen sollten als Gegenleistung für die erste Phase der Einreise und die Bewältigung von jährlich mehreren Hunderttausend Asylanträgen finanzielle Hilfen bekommen. Dafür müssten sich diese Länder entsprechend verpflichten, humanitäre Standards in der Behandlung von Flüchtlingen einzuhalten, und es dürfe "keinen kalten Boykott der Regeln" der Erstaufnahmeländer mehr geben.

Letztendlich könne ein solches System für Deutschland positiv sein - ganz egoistisch betrachtet. "Unsere Renten werden künftig von Einwanderern bezahlt werden", sagt Wilfried Bos, Professor für Bildungsforschung der Technischen Universität Dortmund. Noch immer sei es in den Köpfen nicht angekommen, dass sich die Deutschen mit einer Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau nur zu zwei Dritteln selbst ersetzen.

"In zehn Jahren gehen die Babyboomer in Rente", sagt Heinz Faßmann, Professor für Angewandte Geografie der Universität Wien. "Dann werden die Rentenkürzungen kommen, die längeren Lebensarbeitszeiten, die Engpässe in der Gesundheitsversorgung."

Neueste Statistiken besagen, dass Deutschland selbst mit einer Nettozuwanderung von 200.000 Menschen im erwerbsfähigen Alter jedes Jahr in den kommenden 30 Jahren stark schrumpfen wird. "Wenn wir unseren Wohlstand in Deutschland halten wollen, brauchen wir mehr Einwanderung", so das Resümee der Forscher.

"Unsere Renten werden künftig von Einwanderern bezahlt" Wilfried Bos, Professor für Bildungsforschung der TU Dortmund

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 29, 2015

Frankreich macht die Grenze dicht; Afrikanische Flüchtlinge dürfen nicht aus Italien einreisen. CSU-Chef Seehofer präsentiert 16-Punkte-Plan für eine Lösung

Die Welt

Dienstag 16. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 137

Length: 1044 words

Byline: Peter Issig

Body

Die Lage von Dutzenden an der Grenze zwischen Italien und Frankreich festsitzenden **Flüchtlingen** ist nach Ansicht von Italiens Innenminister Angelino Alfano ein "Schlag in Europas Gesicht". "Das ist der Beweis, dass sie nicht in Italien bleiben wollen. Sie wollen nach Europa und betrachten unser Land als Transitland", sagte Alfano am Montag im öffentlich-rechtlichen Fernsehsender Rai3.

An der Grenze zwischen Frankreich und Italien sitzen etwa 200 **Flüchtlinge** fest. Am Samstag beendeten italienische Polizisten einen Sitzstreik der **Migranten**, mit dem diese ihre Einreise nach Frankreich erzwingen wollten. Um ihre Forderung zu untermauern, traten mehrere Dutzend Männer vorübergehend in einen Hungerstreik; Frauen und Kinder akzeptierten dagegen Essen des Roten Kreuzes. Rund 150 **Flüchtlinge** wurden schließlich in die nahe gelegene Stadt Ventimiglia gebracht, wo sie in einem Bahnhof übernachteten. Sie sollen nun in umliegende Aufnahmезentren gebracht werden. Etwa 50 Männer, welche die Nacht nahe der Grenze am Meer verbrachten, kündigten jedoch an, sie würden weiter um ihre Einreise nach Frankreich kämpfen. Die aus Afrika stammenden **Flüchtlinge** hielten sich nach Angaben des Roten Kreuzes seit Donnerstag an dem Grenzübergang zwischen Ventimiglia und Menton auf. Französische Gendarmen sagten, sie hätten Anweisungen, die **Migranten** nicht über die Grenze zu lassen. Normalerweise gibt es im Schengenraum keine Grenzkontrollen. Wegen des G7-Gipfels im bayerischen Elmau wurden aber wieder vorübergehend Kontrollen eingeführt.

Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi verlangte mehr Solidarität von den EU-Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Europas Antwort auf diese "ernste Krise" sei bislang bei weitem nicht ausreichend, sagte der Regierungschef der Zeitung "Corriere della Sera". Sollte Italien nicht mehr Unterstützung erhalten, "haben wir einen Plan B vorbereitet, unter dem in erster Linie Europa zu leiden hätte". Konkrete Angaben zu dem Plan machte er nicht.

Tatsächlich brachte der jüngste G7-Gipfel im bayerischen Elmau nicht nur für die Menschen vor Ort Einschränkungen mit sich. Auch Hunderte Kilometer entfernt waren die Auswirkungen noch deutlich sicht- und

Frankreich macht die Grenze dicht Afrikanische Flüchtlinge dürfen nicht aus Italien einreisen. CSU-Chef Seehofer präsentiert 16-Punkte-Plan für eine Lösung

fühlbar. Etwa auf den Bahnhöfen in Rom und Mailand, wo auf einmal Hunderte Flüchtlinge festsaßen, weil Deutschland an seinen Schengen-Binnengrenzen vorübergehende Grenzkontrollen eingeführt hatte. Obwohl der eigentliche Gipfel nur vom 7. bis zum 8. Juni dauerte, beschloss der deutsche Innenminister Thomas de Maizière (CDU), die Grenzen vom 26. Mai bis zum 15. Juni 2015 strenger zu kontrollieren.

Eine Entscheidung mit weitreichenden Folgen. Unterbrach sie doch - zumindest vorübergehend - die Flüchtlingsrouten innerhalb der EU. Ausgehend von Süditalien, wo Bootsflüchtlinge zunächst anlanden, bevor sie sich per Bahn oder Bus auf den Weg in die wohlhabenderen EU-Staaten machen. "Sie wollen in den Norden. Überallhin, was nicht Italien ist", sagt Daniel Zagghai von Baobab, einer römischen Hilfseinrichtung für Flüchtlinge. "Deutschland, die Schweiz, Schweden, Norwegen: wo auch immer es bessere Asylregelungen gibt." Die Flüchtlingskrise in Europa ruft derweil die CSU auf den Plan. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer macht es dramatisch. Nach einem Treffen von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern der CSU in der bayerischen Staatskanzlei, fordert er vor dem nächsten Asylgipfel mit der Bundeskanzlerin in vier Tagen eine "großen Verantwortungsgemeinschaft" von EU, Bund und Ländern. Seehofer präsentiert dafür einen 16-Punkte-Katalog aus weitgehend bekannten Forderungen. Von Überlegungen, das Schengen-Abkommen grundsätzlich infrage zu stellen und wieder Grenzkontrollen einzuführen ist aber keine Rede mehr. Bayerns Finanzminister Markus Söder ging weiter und forderte die Prüfung einer "Auszeit" Deutschlands von dem Abkommen, das vor 30 Jahren im kleinen luxemburgischen Moselort Schengen beschlossen wurde. "Das gesamte Schengen-System gehört auf den Prüfstand", erklärte Söder. Lob gab es dafür von Sachsens Innenminister Markus Ulkig (CDU). Die Regierungszentralen in Berlin und München widersprachen aber sofort. Regierungssprecher Steffen Seibert sagte in Berlin, die Bundesregierung strebe "keine Veränderung des Schengen-Grenzkodex" an. Und in München machte Ministerpräsident Seehofer deutlich, dass Söders Vorschlag nicht abgesprochen war: "Es gilt das, was in unserem Papier steht und nichts anderes." Er möchte "keinen Lösungsansatz vertreten, der nicht zu realisieren ist", sagte Seehofer mit Blick auf die komplizierte Konstellation in der EU, wenn es um eine Änderung des Schengen-Abkommens geht. Das Abkommen will die CSU nicht ändern, sie fordert aber konsequentere Kontrollen der EU-Außengrenze. Im Inneren werde die so genannte Schleierfahndung im entlang der Binnengrenzen verstärkt.

Ausdrücklich erwähnt Seehofer, dass alles mit dem CSU-Europaabgeordneten Manfred Weber, Vorsitzender EVP-Fraktion im Europaparlament, abgesprochen sei. Die CSU-Forderungen zur Flüchtlingspolitik konzentrieren sich auf die dauerhafte finanzielle Unterstützung der Länder durch den Bund bei der Flüchtlingspolitik. Außerdem müssten einige strukturelle Änderungen beschlossen werden, um einen grundlegende Reduktion der Flüchtlingszahlen zu erreichen.

CSU-Chef Seehofer ist vor allem wichtig, dass künftig bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik klarer unterschieden wird, zwischen "wirklich Schutzbedürftigen" und denen "ohne Bleibeperspektive". Denn Solidarität und Hilfe könne man nur erwartet werden, "wenn man der Bevölkerung verständlich und plausibel erklären kann: Es geht gerecht zu, wir bekämpfen Missbrauch und wir versuchen, die Flüchtlinge gerecht zu verteilen, in Deutschland und Europa."

In vielen Kommunen sieht Seehofer aber schon jetzt die Belastungsgrenze überschritten. Das Signal, dass nun gegeben werden müsse sei: "Wer kein Bleiberecht hat muss gehen." Dies zielt vor allem auf die Asylbewerber aus den Balkanstaaten. Auch nach der Einstufung Mazedoniens, Serbiens und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten beantragen unverändert viele Menschen von dort Asyl. Bayern will deswegen einen Gesetzesänderung, die ermöglicht diesen Personen noch strikter Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz zu kürzen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Frankreich macht die Grenze dicht Afrikanische Flüchtlinge dürfen nicht aus Italien einreisen. CSU-Chef Seehofer präsentiert 16-Punkte-Plan für eine Lösung

Ein Migrant an der Grenze zu Frankreich. Polizisten im Hintergrund lassen die Flüchtlinge nicht ins Land

Luca Zennaro

Load-Date: June 16, 2015

End of Document

Harte Linie bei Flüchtlingen; Eine Mehrheit der Migranten kommt nur noch aus wirtschaftlichen Gründen über das Mittelmeer. Die EU will konsequenter abschieben

Die Welt

Mittwoch 10. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 132

Length: 866 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Die Europäische Union ist alarmiert: Laut neuen internen Zahlen kommen mehr und mehr Wirtschaftsflüchtlinge über das Mittelmeer nach Italien und Griechenland. "Nur noch jeder dritte bis vierte **Flüchtling**, der über das Mittelmeer nach Europa gelangt, ist ein echter **Flüchtling**, der seine Heimat verlässt, weil dort Hunger, Armut und Krieg herrschen. Immer mehr Mittelmeer-**Flüchtlinge** kommen aus wirtschaftlichen Motiven", sagte ein hoher EU-Diplomat der "Welt". Dagegen kommen Menschen aus dem Bürgerkriegsland Syrien immer häufiger über die Türkei nach Europa. Der Landweg erscheint ihnen sicherer zu sein als die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer. Die EU will nun die "irreguläre **Migration**" mit Nachdruck bekämpfen. "Es gibt heute schon zahlreiche Maßnahmen, aber sie werden nicht konsequent angewendet", heißt es in Diplomatenkreisen. Beim Treffen der EU-Innenminister am kommenden Montag wird das Thema ganz oben auf der Agenda stehen. Laut EU-Kommission gab es allein im vergangenen Jahr 283.532 "irreguläre Grenzübertritte" - ein Plus von 164 Prozent gegenüber 2013. Die Dunkelziffer liegt nach Angaben von Experten aber noch weitaus höher.

Was plant Brüssel? Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll stärker bei Rückführungen von illegalen Migranten mitwirken. Flüchtlinge, die kein Bleiberecht haben und sich weigern, in ihre Heimat zurückzukehren, sollen konsequent in einer Art "Abschiebezentrum" zusammengeführt und bewacht werden, um dann möglichst schnell in ihre Heimatländer zurückgebracht zu werden. In den EU-Delegationen in Afrika sollen verstärkt Verbindungsbeamte eingesetzt werden, die frühzeitig über die Chancen, als Flüchtling anerkannt zu werden, aufklären. Die EU will ein Handbuch zur Rückführung herausgeben, damit alle Mitgliedstaaten illegale Migranten möglichst auf die gleiche Weise behandeln. Außerdem sollen kriminelle Schleusernetzwerke systematisch bekämpft und zerstört werden und sogenannte Rückführungsabkommen mit weiteren afrikanischen Staaten abgeschlossen werden.

Harte Linie bei Flüchtlingen Eine Mehrheit der Migranten kommt nur noch aus wirtschaftlichen Gründen über das Mittelmeer. Die EU will konsequenter abschieben

"Die EU braucht eine konsequente Rückführungspolitik bei irregulären Migranten", sagt die innenpolitische Sprecherin der christdemokratischen Mehrheitsfraktion (EVP) im EU-Parlament, Monika Hohlmeier (CSU). Sie forderte die italienische Regierung auf, alle Flüchtlinge schnellstmöglich zu registrieren. "Es müssen sofort nach Ankunft Interviews durchgeführt werden, um herauszufinden, ob der Flüchtling wirklich vor Verfolgung und existenzieller Not geflohen ist. In den Flüchtlingslagern gibt es Verbindungsleute der Schleuser, die die Flüchtlinge darüber informieren, was sie den Beamten sagen müssen, um bleiben zu können. Die Behörden müssen schneller sein als diese Kriminellen". Außerdem sollten die Europäer Italien bei "konzertierten Rückführungsaktionen" unterstützen.

Erst am Wochenende sind im Mittelmeer in einer international koordinierten Rettungsaktion weit mehr als 4000 Flüchtlinge aus Seenot gerettet worden. Die Zahl der in Italien ankommenden Flüchtlinge könnte damit schon in Kürze die Marke von 50.000 überschreiten. Italien beherbergt derzeit bereits 84.000 Flüchtlinge, die Aufenthaltszentren sind überfüllt. Der Präsident der Lombardei, Roberto Maroni sagte, er werde die Verantwortlichen in seiner Region anweisen, keine "illegalen Flüchtlinge" mehr aufzunehmen. Der Präsident von Venetien, Luca Zaia, sprach von einer "tickenden Zeitbombe". Die sozialen Spannungen in der Region seien immens. Der neu gewählte Präsident der Küstenregion Ligurien, Giovanni Toti, sagte: "Wir werden keine weiteren Migranten aufnehmen und die Lombardei, Venetien und das Aostatal werden es genauso machen." Der Bürgermeister der sizilianischen Stadt Catania, Enzo Bianco, forderte europäische Solidarität. Er pochte auf schnellere Asylentscheidungen. Die Zeit drängt: In den kommenden Wochen werden Zehntausende neue Flüchtlinge in Italien erwartet. Die Vorschläge der EU-Kommission für eine neue Flüchtlingsstrategie liegen seit Wochen vor. Wann die Mitgliedsländer dem Maßnahmenkatalog zustimmen und ob die Mehrheit unter ihnen überhaupt bereit ist, eine Umverteilung und Neuansiedlung der Flüchtlinge nach Quoten mitzutragen, ist ungewiss.

Sorge bereitet Brüssel aber auch, dass Finanzhilfen für Flüchtlingslager in Italien in dunkle Kanäle der Mafia fließen. CSU-Innenexpertin Hohlmeier: "Das ist ein sehr lukratives Geschäft für die Mafia. Wir haben im Haushaltskontrollausschuss des EU-Parlaments die Sorge, dass Gelder, die für Migrationszentren in Italien bestimmt sind, in großem Umfang durch die Mafia missbraucht werden. Die italienische Regierung muss diesen Missbrauch von Hilfgeldern unterbinden und die Verantwortlichen mit aller Härte zur Rechenschaft ziehen". Erst vergangene Woche hatte die Staatsanwaltschaft in Catania Untersuchungen gegen den Staatssekretär im italienischen Landwirtschaftsministerium, Giuseppe Castiglione, eingeleitet, der Ausschreibungen im Zusammenhang mit dem Flüchtlingslager Cara di Mineo manipuliert haben soll. Castiglione wies die Anschuldigungen zurück. Die Untersuchungen sind Teil Ermittlungsaktion mit dem Namen "Mafia Capitale", in der es um Betrug bei Finanzhilfen für Flüchtlingslager geht.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AP

Alltag: Die irische Marine kommt Flüchtlingen auf dem Mittelmeer zur Hilfe

AJM RC**LON**

Load-Date: June 10, 2015

Linke will Asylpolitik umkrempeln

Die Welt

Dienstag 22. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 221

Length: 253 words

Body

Vor dem **Flüchtlingsgipfel** in dieser Woche fordern Fachpolitiker der Linksfraktion umfangreiche Änderungen im **Asyl-** und Aufenthaltsrecht und eine Wende in der Arbeitsmarktpolitik. Zugleich warnen sie davor, **Flüchtlinge** könnten als billige Arbeitskräfte und Lohndrücker missbraucht werden. "Die Arbeitsmarkt- und **Asylpolitik** muss grundlegend umgekrempelt werden, wenn wir **Flüchtlingen** eine Integration ermöglichen wollen", sagte Linke-Fraktionsvize Sabine Zimmermann der "Welt". "Die angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung greifen zu kurz oder gehen in die falsche Richtung." Schranken zum Arbeitsmarkt müssten beseitigt, alle **Flüchtlinge** gefördert und unterstützt werden. "Dazu gehören ausreichend Sprachkurse und die Vorsorge, dass sie nicht als billige Arbeitskräfte und zum Lohndumping missbraucht werden."

Flüchtlinge sollten ab dem ersten Tag arbeiten dürfen, heißt es in dem Forderungskatalog, den Zimmermann, Fraktionsvize Sahra Wagenknecht, Innenpolitikerin Ulla Jelpke und Migrationspolitikerin Sevim Dagdelen aufgestellt haben. Das dreimonatige Beschäftigungsverbot müsse abgeschafft werden, wie auch die sogenannte Vorrangprüfung in den ersten 15 Monaten des Aufenthalts.

Die Linkspolitiker fordern, dass alle Flüchtlinge einen Zugang zu Integrations- und Deutschkursen erhalten. Zudem müsse die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen vereinfacht werden. Auch die Arbeitsförderung müsse komplett neu aufgestellt werden. Mindestens drei Milliarden Euro seien dafür nötig.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 22, 2015

Die Klagen der Syrer

Die Welt

Freitag 18. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 271

Length: 401 words

Byline: Torsten Krauel

Body

Die vielen Prozesse, die vor allem syrische Flüchtlinge gegen Ablehnungsbescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge führen, haben einen präzisen Grund: das Nebeneinander und Gegeneinander von hergebrachtem deutschem und halb fertigem europäischem Recht.

Das hergebrachte deutsche Recht ist zweigeteilt. Es umfasst das Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16 Grundgesetz und die UN-Flüchtlingskonvention. Die Konvention regelt die vorläufige Aufnahme von Flüchtlingen. Sie bestimmt auch, dass Flüchtlinge vor Gericht klagen dürfen und dafür Prozesskostenhilfe bekommen. Die Konvention regelt aber nicht, wem Asyl und damit ein dauerhafter Aufenthalt mit Familiennachzug zusteht. Das entscheiden die Nationalstaaten bisher alleine. In Deutschland ist das Asylrecht ein Grundrecht - und deswegen müssen die Gerichte immer zwei Fragen klären: Sind die Syrer wirklich Flüchtlinge? Und wenn ja: Sind sie nach deutschem Grundrecht auch asylberechtigt?

Es würde viel Zeit und Geld sparen, wenn deutsche Richter ein EU-Asylrecht anwenden könnten, welches das deutsche Asylgrundrecht ersetzt. Das können sie aber nicht. Denn das halb fertige europäische Asyl- und Flüchtlingsrecht ist ein wirrer Haufen. Es gibt eine verbindliche EU-Richtlinie zur Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention. Es gibt die Dublin-Übereinkunft über Verfahrensweisen bei Asylanträgen, die nicht mehr funktioniert. Es gibt den Beschluss, dass strittige Fälle zur EU-Umsetzungsrichtlinie vom Europäischen Gerichtshof in letzter Instanz entschieden werden. Eines aber gibt es noch nicht: die klare europaweite Definition des Asylrechts.

Drei Lösungen sind denkbar. Die erste wäre, mehr Richter einzustellen. Das wird aber noch teurer, denn Richter sind Beamte auf Lebenszeit. Der zweite Weg wäre theoretisch, aus der Flüchtlingskonvention auszusteigen. Das würde aber Deutschlands weltweite Vertragsfähigkeit schwer erschüttern, und es würde bedeuten, dass Deutsche dann ebenfalls nicht mehr den Schutz der Konvention hätten. Der dritte Weg wäre, das deutsche Asylgrundrecht durch ein europäisches Asylrecht zu ersetzen. Es könnte wie in Frankreich Verfassungsrang haben, aber es wäre kein übergeordnetes Grundrecht mehr. Dann sind Gesetzgeber und Richter frei, solches Recht der konkreten Lage

Die Klagen der Syrer

anzupassen. Europa oder Klein-Klein, kontinentweite Reform oder deutsch-europäisches Wirrwarr - das ist die Alternative.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 18, 2016

End of Document

Söder will Migranten das Taschengeld streichen; Bayerns Finanzminister fordert Überprüfung finanzieller Standards und mehr Möglichkeiten zur Abschiebung

Die Welt

Donnerstag 9. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 157

Length: 661 words

Body

Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) will das monatliche Taschengeld von 140 Euro für **Flüchtlinge** abschaffen. Der Vorschlag komme vom Präsidenten des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF), sagte Söder der "Passauer Neuen Presse". Weiter führte er aus, dass dieser Betrag so viel wie ein Monatslohn in Serbien oder im Kosovo sei. Für viele Menschen auf dem Balkan stelle dies einen Anreiz dar, nach Deutschland zu kommen. Söder plädierte in diesem Zusammenhang für eine Rückkehr zum Sachleistungsprinzip. "Wir brauchen endlich Entscheidungen: vor allem die Überprüfung finanzieller Standards."

Die Landesvorsitzende der bayerischen Grünen, Sigi Hagl, nannte die Forderung "inhuman, unsozial und grundrechtswidrig". Schließlich habe das Bundesverfassungsgericht erst 2012 den Betrag angehoben, um ein menschenwürdiges Existenzminimum zu gewährleisten. Söders Jammern über den Umgang mit Flüchtlingen lese sich wie das Eingeständnis des eigenen Versagens. "Wer, wenn nicht unser starkes Bayern, muss es schaffen, den Schutzsuchenden ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen?", so Hagl.

Söder betonte auch, es müsse klar sein, dass es keinen Anspruch auf Asyl gebe, wenn jemand aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland einreise. "Europäische Solidarität kann nicht heißen, die Deutschen werden sich allein darum kümmern." Leider klappe die Verteilung der Flüchtlinge und die Übernahme der Lasten in Europa nicht zufriedenstellend, bemängelte der Minister. Flüchtlinge würden im Moment nur von Italien und Griechenland wegverteilt. Frankreich wiederum schließe Grenzen, Österreich weigere sich, Asylanträge zu bearbeiten. Tschechien und Ungarn nähmen fast niemanden auf. Daraus ergebe sich eine klare Tendenz in Richtung Deutschland und vor allem nach Bayern.

"Wir stehen an der Grenze der Überforderung und befinden uns fast im Ausnahmezustand bei der Unterbringung", so Söder. Die Behörden arbeiteten aufopferungsvoll im Katastrophenmodus. Wenn sich nicht bald etwas ändere, werde das den Freistaat nicht nur finanziell, sondern auch gesellschaftlich massiv überfordern. Es sei den Bürgern schwer zu vermitteln, dass 35 Prozent aller Flüchtlinge in Deutschland blieben, obwohl nur knapp ein Prozent als Asylberechtigte anerkannt würden.

Söder will Migranten das Taschengeld streichen Bayerns Finanzminister fordert Überprüfung finanzieller Standards und mehr Möglichkeiten zur Abschiebung

Das Asylrecht habe sich de facto zu einem Einwanderungsrecht entwickelt. Deshalb plädierte der CSU-Politiker dafür, die Gesetzgebung so zu ergänzen, dass es mehr Möglichkeiten zur Abschiebung gebe.

In Sachsen sollen unterdessen als Konsequenz aus dem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Meißen noch ungenutzte Asylbewerberunterkünfte besser geschützt werden. Der Chef des Operativen Abwehrzentrums der Polizei, Bernd Merbitz, sagte dem Radiosender MDR Info, es würden mobile Fahndungsgruppen mit szenekundigen Beamten eingesetzt. Derzeit werden in Sachsen rund 30 Unterkünfte für Asylbewerber neu gebaut, dazu kommen Erstaufnahmestellen in Leipzig und Dresden.

Angesichts massiver Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte forderte Sachsens Ausländerbeauftragter Geert Mackenroth (CDU) derweil eine klare Haltung der Politik. Die Spitzen der lokalen Verwaltungen müssten ein "Vorbild abgeben, ordentlich kommunizieren und jegliche zweideutigen Äußerungen vermeiden". Die Kommunikation sei "wichtig für die Akzeptanz des Gesamtsystems".

Laut einer bundesweiten Umfrage sind zwei Drittel der Deutschen wegen der jüngsten Brandanschläge auf Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünfte besorgt. Sehr große oder große Besorgnis äußerten vor allem Anhänger der Linken (85 Prozent), der Grünen (78 Prozent) und der SPD (77 Prozent). Von den Unterstützern der Alternative für Deutschland (AfD) sagten 39 Prozent, wegen der Anschläge keine Sorgen zu haben, wie eine Forsa-Studie für das Magazin "Stern" ergab. Der Zustrom von Flüchtlingen bereitet 42 Prozent der repräsentativ Befragten sehr große oder große Sorgen. Etwas Besorgnis räumten 31 Prozent ein, 26 Prozent sagten, sie machten sich keine Sorgen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 9, 2015

Die demografische Herausforderung bleibt; Rasche Integration in den Arbeitsmarkt ist essenziell

Die Welt

Samstag 10. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 236

Length: 691 words

Byline: Tobias Kaiser

Body

Ökonomen fordern seit Langem eine stärkere Zuwanderung, um die Alterung und das Schrumpfen der hiesigen Bevölkerung auszugleichen. Ist die Flüchtlingsmigration die Lösung unserer demografischen Herausforderungen? Experten sind skeptisch. "Die Flüchtlinge verjüngen die Bevölkerung und lassen die Alterspyramide besser aussehen", sagt Oliver Holtemüller, stellvertretender Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle. "Aber wir bräuchten in den kommenden 15 Jahren jedes Jahr eine halbe Million ausreichend qualifizierter Zuwanderer, um die Erwerbsbevölkerung stabil zu halten. Das kann temporäre Flüchtlingsmigration gar nicht leisten." Tatsächlich sind die Neuankömmlinge im Schnitt weit jünger als der Durchschnitt der hiesigen Bevölkerung. Davon sind Experten überzeugt, auch wenn sie über die Altersstruktur ansonsten wenig sagen können - zumal die wenigen Statistiken, die es bereits gibt, nicht sehr zuverlässig sind.

Ob die Asylbewerber hingegen dazu beitragen werden, die demografischen Herausforderungen abzumildern, hängt ganz entscheidend davon ab, ob und wie schnell sie Arbeit finden. Nur wenn Unternehmen offene Stellen mit Flüchtlingen besetzen, können die Neuankömmlinge in die Sozialversicherungen einzahlen, die unter der alternden und schrumpfenden Bevölkerung belastet werden. Wichtig, da sind sich Experten einig, ist deshalb, dass die Flüchtlinge sehr früh Sprach- und Integrationskurse besuchen. Die Bundesregierung hat auf entsprechende Forderungen bereits reagiert: Asylbewerber können an den Kursen inzwischen bereits teilnehmen, während das Asylverfahren noch läuft - ein wichtiger Schritt, um die Integration zu beschleunigen.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben in dieser Woche weitere Erleichterungen gefordert. So muss beispielsweise ein Arbeitgeber bei der Einstellung eines Flüchtlings immer noch gegenüber der Agentur für Arbeit beweisen, dass es für die Stelle keinen geeigneten Bewerber aus der EU gibt. Diese sogenannte Vorrangprüfung solle wegfallen, fordern die Institute. Stefan Kooths, Konjunkturchef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), geht noch weiter und fordert, den Mindestlohn in Deutschland abzuschaffen. "Den Mindestlohn nur für Flüchtlinge auszusetzen, halte ich für höchst problematisch", sagt Kooths. "Es wäre besser, ihn komplett zu streichen." Auch die Mindestlöhne für einzelne Branchen würde er auf den Prüfstand stellen. "Viele Flüchtlinge sind gering qualifiziert, sprechen schlecht deutsch und kennen die hiesigen Gepflogenheiten noch nicht", sagt Kooths. "Ihre

Die demografische Herausforderung bleibt Rasche Integration in den Arbeitsmarkt ist essenziell

Produktivität wird zunächst niedriger sein als die von Einheimischen. Wenn sie diesen Nachteil nicht durch Lohnzugeständnisse ausgleichen dürfen, bleiben sie zwangsläufig vom Arbeitsmarkt ausgesperrt." Der Mindestlohn gilt allerdings politisch als unantastbar.

Thomas Liebig, Migrationsexperte der OECD, weist zudem darauf hin, wie wichtig es sei, wie die Flüchtlinge verteilt werden. Sie dorthin zu bringen, wo Wohnraum billig sei, werde gefährlich, sagt Liebig. Denn dort wo Wohnungen leer stehen, gebe es in der Regel nur wenige freie Stellen. Die Menschen müssten vielmehr dort leben, wo die Chancen auf eine Anstellung groß sind - auch wenn dort Wohnraum knapp sei.

Ohnehin ist die Zahl der Flüchtlinge, die nach Arbeit suchen werden, weit geringer, als es die hohe Zahl der Neuankömmlinge suggeriert. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten, dass dieses Jahr 89.000 Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt kommen und im kommenden Jahr 295.000 - bei fast 43 Millionen Erwerbstätigen. IfW-Experte Kooths hält denn auch die langfristige volkswirtschaftliche Wirkung der Migration für begrenzt: "Das langfristige durchschnittliche Wachstum der deutschen Wirtschaft könnte um 0,3 Prozentpunkte höher sein, wenn es gelingt, jährlich 200.000 Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren", sagt Kooths. "Das ist allerdings schon eine optimistische Rechnung, die man auch nicht beliebig auf weitaus größere Flüchtlingszahlen hochrechnen kann."

"Ihre Produktivität wird zunächst niedriger sein als die von Einheimischen" Stefan Kooths, Konjunkturchef des IfW

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 10, 2015

Exil-Syrer überwiegend jung und muslimisch; Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sieht gute Voraussetzungen für Integration

Die Welt

Freitag 11. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 212

Length: 383 words

Byline: Benno Müchler

Daniel Dylan-böhmer

Body

Rund 108.900 Syrer haben von Januar 2011 bis Ende Juli 2015 einen Erstantrag auf Asyl in Deutschland gestellt. Fast die Hälfte davon allein in diesem Jahr. Was sind das für Menschen, die vor dem Krieg in ihrer Heimat fliehen und oft wahnwitzige Fluchtrouten nehmen, um nach Deutschland zu kommen?

Antworten liefert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Aus einer Anfrage der "Welt" geht hervor. Es sind vor allem junge Männer muslimischen Glaubens (siehe Grafik). Daten des Vorjahres zeigen: Viele sind gut ausgebildet. Oft stammen sie aus guten wirtschaftlichen Verhältnissen. Laut BAMF lägen der Grad der Bildung und finanzieller Hintergrund weit über denen anderer Herkunftsländer. "Für eine Integration dieser Gruppe, die gegenwärtig alle einen Flüchtlingsstatus in Deutschland zugesprochen bekommen, ist dies eine gute Voraussetzung, gleichwohl gibt es hier Schwierigkeiten wie die Anerkennung der mitgebrachten Abschlüsse oder fehlende Deutschkenntnisse", teilte das BAMF der "Welt" mit.

Von den rund 44.500 syrischen Erstantragstellern in diesem Jahr sind 34.000 männlich. Rund 35.000 bekennen sich zum Islam. Weit über die Hälfte sind 30 Jahre oder jünger. Dass junge Männer deutlich in der Überzahl sind, liegt wohl vor allem daran, dass sie anstelle der Frauen die anstrengende Reise wagen, um ihre Familien später nachzuholen.

Die Antragsteller können auf freiwilliger Basis beim BAMF Angaben zu Ausbildung und wirtschaftlichen Verhältnissen machen. Die Daten könnten daher nicht repräsentativ sein, aber einen Eindruck vom Bildungshintergrund der Flüchtlinge geben. So gaben bei den Asylsuchenden 2014 insgesamt 15 Prozent an, eine Hochschule besucht zu haben, 16 Prozent ein Gymnasium, 35 Prozent eine Mittelschule. 24 Prozent gaben an, nur in der Grundschule gewesen zu sein. Und elf Prozent hatten keinerlei Schulbildung. Unter den Antragstellern von

Exil-Syrer überwiegend jung und muslimisch Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sieht gute Voraussetzungen für Integration

Januar 2013 bis Ende September 2014 gaben 78 Prozent an, aus durchschnittlichen oder sogar guten wirtschaftlichen Verhältnissen zu kommen.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion gibt weitere Auskünfte über die syrischen Asylbewerber seit 2011. Mit rund 20.000 wurden die meisten Anträge in Nordrhein-Westfalen gestellt, 13.000 in Bayern und 11.000 in Niedersachsen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Stephanie Kock

Load-Date: September 11, 2015

End of Document

Zuhause für 60.000 Menschen gesucht; EU-Kommission will Flüchtlinge aus Syrien verteilen, um Italien und Griechenland zu entlasten

Die Welt

Donnerstag 28. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 121

Length: 1271 words

Byline: Andre Tauber

Body

Brüssel

Die Betroffenheit war groß, als im April ein Boot mit **Flüchtlingen** im Mittelmeer kenterte und mehr als 500 Menschen in den Tod riss. Auf einem Sondertreffen vereinbarten die Innen- und Außenminister der Europäischen Union gemeinsam mit der EU-Kommission entschlossenes Handeln. Man beklagte die eigene Untätigkeit der vergangenen Jahre und kündigte an, sich künftig besser um den Schutz der **Flüchtlinge** zu kümmern und den EU-Staaten zu helfen, in denen sie ankommen.

Doch je länger darüber diskutiert wird, desto mehr droht die Geschlossenheit zu leiden. Zwar kam die Kommission ihrem Versprechen nach, zügig einen Vorschlag für die Verteilung von **Asylbewerbern** zu präsentieren. "Heute lässt die Kommission den Worten Taten folgen", sagte Kommissionsvize Frans Timmermans. Allerdings sind die Widerstände in den Mitgliedsstaaten groß.

Die Kommission möchte Gebrauch von einer Notfallklausel in den EU-Verträgen machen, um konkret Griechenland und Italien angesichts der hohen Anzahl von Flüchtlingen zu unterstützen. Demnach sollen in den kommenden zwei Jahren 40.000 Flüchtlinge aus den beiden Ländern in Europa verteilt werden - das entspricht 40 Prozent aller Asylsuchenden, die vergangenes Jahr in die Länder einreisten und eindeutig Schutz benötigten. Die Kommission betont, dass es sich dabei um Menschen aus Syrien und Eritrea handeln soll, also schutzbedürftige Menschen und keine illegalen Immigranten. Für jeden aufgenommenen Flüchtling sollen die Aufnahmestaaten 6000 Euro als Gegenleistung erhalten.

Neben der EU-internen Umsiedlung von 40.000 Menschen schlägt die EU-Kommission vor, 20.000 Flüchtlinge direkt aus Konfliktregionen zu holen. Auch hierbei soll eine Quotenregelung gelten. Deutschland soll aus diesem Kontingent 3086 Menschen aufnehmen. Die Kommission reagiert damit maßgeblich auf das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer. Es wird erwartet, dass in diesem Jahr die Anzahl der Menschen, die über das Meer nach Europa reisen, einen neuen Höchststand erreicht - und damit auch die Anzahl derjenigen, die dabei sterben. Der

Zuhause für 60.000 Menschen gesucht EU-Kommission will Flüchtlinge aus Syrien verteilen, um Italien und Griechenland zu entlasten

Migrationsdruck ist allerdings in ganz Europa enorm. In diesem Jahr werden bis zu 700.000 Asylanträge erwartet. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind nicht mehr so viele Flüchtlinge in Richtung Europa geströmt.

Es gibt Zweifel, dass die Mitgliedstaaten dem Problem mit den bisherigen Regeln begegnen können. Das Abkommen Dublin III sieht eigentlich vor, dass die Flüchtlinge in dem EU-Staat unterkommen, in dem sie erstmals europäischen Boden betreten. Doch das würde Italien und Griechenland aktuell überfordern. Vor allem Italien wird deswegen häufig vorgeworfen, Flüchtlinge unregistriert in andere europäische Länder passieren zu lassen.

Die Europäische Kommission möchte künftig stärker auf die Einhaltung der Regeln achten und verspricht im Gegenzug, nach dem Verteilschlüssel ein festgelegtes Kontingent an Flüchtlingen auf andere Länder zu verteilen. Die Europäische Kommission möchte künftig stärker auf die Einhaltung der Regeln achten und verspricht im Gegenzug, nach dem Verteilschlüssel ein festgelegtes Kontingent an Flüchtlingen auf andere Länder zu verteilen. Bis Jahresende möchte die Kommission einen weiter gehenden Gesetzesvorschlag vorlegen, der einen automatischen und dauerhaften Mechanismus für die Umverteilung von Flüchtlingen vorsieht - nicht nur eine einmalige Initiative. Der Widerstand in den Mitgliedstaaten, die den Plänen mehrheitlich zustimmen müssten, ist allerdings teilweise enorm. Zwar erklärte die Bundesregierung, dass sie die Vorschläge der Kommission begrüße. Deutschland sei bereit, "seinen Anteil zu tragen", sagte Staatsministerin Aydan Özoguz (SPD), die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung. Zu einem funktionierenden Europa gehöre auch eine gemeinsame Flüchtlingspolitik, "in der die Lasten unter den Mitgliedstaaten fair verteilt werden". Gleichwohl sind andere Länder nicht dazu bereit, sich auf die Aufnahme von Flüchtlingen festzulegen. Großbritannien, Irland und Dänemark werden aufgrund von Sonderregelungen nicht mitmachen. Auch viele ost- und mitteleuropäische Staaten sowie Frankreich und Spanien meldeten Einwände an. In Estland wird die Debatte darüber geführt, ob bei der Festlegung von Quoten auch beachtet werden solle, dass man viele Menschen aus früheren Sowjetrepubliken im Land aufgenommen habe. "Verpflichtende Quoten und die Verteilung von Flüchtlingen gegen ihren Willen sind keine nachhaltige Lösung der aktuellen Krise", sagte der tschechische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka. Die Kommission wirbt angesichts dieser Widerstände entschlossen für die Pläne. "Ich hoffe, dass Rat, Mitgliedstaaten und Parlament mit uns voranschreiten", sagte Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos. Er verteidigte die Festlegung auf 40.000 Flüchtlinge. "Weniger würde nicht helfen", sagte er, "mehr würden die anderen nicht akzeptieren." Er rief die Staaten zur Solidarität auf. "Verantwortung und Solidarität gibt es nicht in Portionen", sagte er. "Entweder man gewährt sie oder nicht."

Die Europäische Kommission erklärte, Sorge dafür zu tragen, dass Rom und Athen ihren Verpflichtungen nachkommen und vor allem illegale Immigranten nicht einfach unregistriert in andere Länder weiterreisen lassen. "Solidarität und Verantwortung gehen Hand in Hand", mahnte Kommissionsvizepräsident Timmermans. "Deshalb enthalten unsere Vorschläge die nachdrückliche Forderung, dass das Asylrecht konsequent angewandt wird und die Mitgliedstaaten alles in ihrer Kraft Stehende unternehmen, um Missbräuche zu verhindern."

Die Bereitschaft in anderen Staaten, Flüchtlinge aus Italien aufzunehmen, hängt davon ab, ob sich die Regierung in Rom an diese Regeln hält. "Einen Verteilungsschlüssel kann es nur geben, wenn die Ankunftsländer alle anderen Flüchtlinge ordnungsgemäß im Land unterbringen und registrieren", sagte Monika Hohlmeier, CSU-Innenpolitikerin im Europaparlament. "Viele Mitgliedstaaten haben teilweise erhebliche Zweifel, dass Italien dazu bereit ist." Dass die Kommission nun konkrete Vorschläge vorgelegt hat, wird im EU-Parlament weitgehend begrüßt. "Es ist höchste Zeit, dass wir einen Verteilungsschlüssel beschließen, anstatt immer nur davon zu sprechen", sagte Birgit Sippel, innenpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten.

Von einem "kleinen, aber wichtigen Schritt in die richtige Richtung" spricht Ska Keller, die flüchtlingspolitische Sprecherin und Vize-Vorsitzende der Grünen-Fraktion. Gleichwohl urteilte sie hart über Mitgliedstaaten, die sich einer Lösung verweigerten.

"Dass sich eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten gegen den Vorschlag sperrt, kommt einer Fundamentalopposition gegen europäische Solidarität gleich." Keller geht davon aus, dass Frankreich, Spanien, Ungarn, Portugal, die Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen und die Slowakei im Rat gegen den Verteilungsschlüssel stimmen werden.

Zuhause für 60.000 Menschen gesucht EU-Kommission will Flüchtlinge aus Syrien verteilen, um Italien und Griechenland zu entlasten

Die Widerstände in den Ländern können auch daran liegen, dass alle doch sehr unterschiedliche Interessenlagen haben, sagt Rainer Münz, Experte der Forschungseinrichtung Bruegel in Brüssel. "Einige Länder stehen unter einem enormen Druck durch irreguläre Zuwanderung während andere Länder eine hohe Anzahl an Asylbewerbern aufnehmen. Einige Länder sind überhaupt nicht von Zuwanderung betroffen." Er spricht sich für eine grundlegende Reform aus, die sich nicht auf das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer konzentriert. "Das Drama im Mittelmeer spielt sich unter den Augen der Öffentlichkeit ab", sagt er. "Doch es gibt auch woanders Migrationsdruck, etwa aus der Ukraine." Der Experte ist allerdings skeptisch, dass sich ein Quotensystem in der aktuellen Notlage durchsetzen lässt.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

REUTERS/YANNIS BEHRAKIS

Afghanische Flüchtlinge erreichen nach einer gefährlichen Überfahrt am Mittwoch den Strand der griechischen Insel Kos

YANNIS BEHRAKIS

Load-Date: May 28, 2015

End of Document

Bundesländer verhindern Abschiebungen; Berlin ist besonders kreativ, wenn es darum geht, neue Hürden aufzubauen. Entscheidungen der Härtefallkommission oft nicht nachvollziehbar

Die Welt

Freitag 25. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 277

Length: 1404 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Die Diskrepanz ist offensichtlich: Seit 2014 kamen rund 1,4 Millionen Schutzsuchende nach Deutschland - doch nur jedem zweiten beschied das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) eine Schutzbedürftigkeit. Die übrigen erhielten weder **Asyl** noch **Flüchtlings-**, Subsidiär- oder Abschiebeschutz.

Über geförderte freiwillige Ausreisen verließen in diesem Zeitraum aber dennoch nur 95.000 **Migranten** das Land; zusätzlich wurden rund 54.000 abgeschoben. Unter den freiwillig wie unter Zwang Zurückgekehrten waren nicht nur abgelehnte **Asylbewerber**, sondern auch Ausländer, die aus anderen Gründen ausreisepflichtig wurden. Sei es wegen Straftaten oder weil sie als Arbeitnehmer oder Touristen einreisten und nach Ablauf des Visums unerlaubt im Land blieben. Diese Diskrepanz empfinden aber längst nicht alle Parteien als problematisch: Besonders Linke und Grüne, aber auch viele SPD-Politiker setzen sich dafür ein, stärker als bisher auch abgelehnten **Asylbewerbern** den dauerhaften Aufenthalt zu ermöglichen.

Besondere Einflussmöglichkeiten bieten sich den Befürwortern eines Bleiberechts für (fast) alle auf Landesebene - denn Rückführungen sind Sache der Bundesländer. Das zeigt das Beispiel Berlin. Dort regieren die drei linken Parteien SPD, Linke und Grüne künftig gemeinsam. In ihrem Koalitionsvertrag sind Pläne skizziert, die Abschiebungen erschweren sollen. Die designierte Landesvorsitzende der Linken, Katina Schubert, beschreibt es so: "Wir können das Aufenthaltsgesetz - so rassistisch und mies es auch ist - nicht ändern, aber die Spielräume auf Landesebene können wir nutzen." Bei einer Basiskonferenz zum Koalitionsvertrag sagte sie laut dem "Neuen Deutschland" vor 200 Linke-Mitgliedern: "Ich bitte darum, dass alle, die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind, die neuen Hebel nutzen."

Weniger Abschiebungen

So kündigen die drei Parteien - "bezogen auf die Beendigung des Aufenthaltes" - einen "Paradigmenwechsel" an. "An die Stelle einer reinen Abschiebepolitik soll die Förderung einer unterstützten Rückkehr treten." Die

Bundesländer verhindern Abschiebungen Berlin ist besonders kreativ, wenn es darum geht, neue Hürden aufzubauen. Entscheidungen der Härtefallkommission oft nicht

Formulierung ist beachtlich, zumal in diesem Jahr bis Ende Oktober laut Senatssozialverwaltung mit 7100 wesentlich mehr Ausreisepflichtige freiwillig ausgereist sind, als abgeschoben wurden (1748). Allerdings lebten noch 14.000 Ausreisepflichtige, davon 8000 mit Duldung, laut den aktuellsten Zahlen von Ende Juni in der Bundeshauptstadt.

Wenn die Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer, darunter viele abgelehnte Asylbewerber, lange nicht gelingt, erhalten sie trotzdem eine Aufenthaltserlaubnis, dann die unbefristete Niederlassungserlaubnis und nach acht Jahren rechtmäßigem Aufenthalt die deutsche Staatsangehörigkeit. Voraussetzung ist, dass keine Straftaten vorliegen und der Lebensunterhalt überwiegend selbst gesichert werden kann. Fast 39.000 noch nicht eingebürgerte, aber teilweise schon vor vielen Jahren abgelehnte Asylbewerber lebten zur Jahresmitte in Berlin.

Trotzdem ist Rot-Rot-Grün der Status quo der Rückführungspolitik immer noch zu restriktiv; das Bündnis plant weitere Maßnahmen im Interesse der Ausreisepflichtigen: Künftig soll nicht mehr aus "Schulen, Jugendeinrichtungen und Krankenhäusern" abgeschoben werden; Familien dürfen nicht mehr bei der Rückführung getrennt werden; und Abschiebungen in Regionen, die "aus humanitären Gründen nicht tragbar sind, wird es nicht mehr geben".

Diese humanitären Gründe sind allerdings interpretationsabhängig: Während etwa das Bundesinnenministerium von Thomas de Maizière (CDU) Rückführungen nach Afghanistan nicht grundsätzlich ausschließt - obwohl dort in diesem Jahr schon mehr als 4000 Zivilisten durch Kampfhandlungen umkamen - , lehnen viele Grüne und Linke sogar Rückführungen von Roma in die Balkanstaaten ab. Grund: Sie würden dort unter Armut, Diskriminierung, Mangel an Gesundheitsversorgung und Bildungsmöglichkeiten leiden. Das BAMF erteilt Schutzsuchenden, die weder als asylberechtigt noch als individuell verfolgt oder als Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt werden, regelmäßig den sogenannten Abschiebeschutztitel. Voraussetzung ist, dass die Behörde überzeugt ist, dass ein Migrant zwar kein Flüchtling ist, aber humanitäre Gründe gegen seine Abschiebung sprechen.

Härtefallkommissionen

Schon jetzt nutzt Berlin seine Landeskompetenzen stark aus, um Rückführungen zu verhindern. Etwa bei der Möglichkeit für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, mithilfe der 2005 geschaffenen Härtefallkommissionen trotzdem im Land bleiben zu dürfen.

In keinem Bundesland wird diese Möglichkeit so großzügig genutzt wie in der Bundeshauptstadt. 1540 Migranten lebten durch die Härtefallregelung zur Jahresmitte dort. Selbst in den beiden größten Bundesländern Bayern (448) und Nordrhein-Westfalen (1280) sind es in absoluten Zahlen deutlich weniger. Im kleinen Mecklenburg-Vorpommern wurden sogar nur 18 Personen als "Härtefall" betrachtet. Der Spielraum dieser Kommissionen erklärt sich dadurch, dass sie von der Landesregierung eingerichtet werden: Sie betreiben ein gerichtlich nicht überprüfbares, rein nach dem jeweiligen Humanitätsempfinden ausgestaltetes Entscheidungsverfahren.

Duldung

Ob ein Land eher viele oder wenige Asylbewerber ohne Schutzgrund wieder zurückbringt, liegt auch an der Vergabe der sogenannten Duldung. Eine solche bekommen Ausländer, die zwar ausreisepflichtig sind - etwa weil ihr Asylantrag abgelehnt wurde - , deren Abschiebung aber aus verschiedenen Gründen ausgesetzt wird. Sie gelten dann im Behördendeutsch zwar weiterhin als "ausreisepflichtig" - aber eben nicht als "vollziehbar ausreisepflichtig".

In Bayern ist die Wahrscheinlichkeit, eine Duldung zu erhalten, am niedrigsten, in Bremen am höchsten. Berlin liegt in dieser Kategorie im unteren Mittelfeld. In allen Bundesländern führen "fehlende Reisedokumente" am häufigsten zur Duldung; sie strengen sich aber unterschiedlich stark an, diese aufzutreiben. Ähnlich ist die Lage bei der sogenannten Ermessensduldung. Hier geht es um dringende persönliche Gründe, etwa die Beendigung der Schule oder die Betreuung kranker Familienangehöriger. Kein Bundesland duldete aus diesem Grund mehr Ausreisepflichtige als Berlin (736 Fälle zum 30. Juni).

Bundesländer verhindern Abschiebungen Berlin ist besonders kreativ, wenn es darum geht, neue Hürden aufzubauen. Entscheidungen der Härtefallkommission oft nicht

Darüber hinaus soll laut Koalitionsvertrag in der Hauptstadt künftig "der Anspruch auf anwaltliche Betreuung und Begleitung" auch "während der Vollstreckung aufenthaltsbeendender Maßnahmen" gelten.

Abschiebehaft

Außerdem hält die Koalition "Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam grundsätzlich für unangemessene Maßnahmen und wird sich deshalb auf Bundesebene für deren Abschaffung einsetzen". Auch Bremen (Regierung aus SPD und Grünen), Schleswig-Holstein (SPD, Grüne und SSW) und Thüringen (Linke, SPD und Grüne) sind für die Abschaffung. Eine Mehrheit der Bundesländer will die Abschiebehaft aber beibehalten, um das Untertauchen vor der Rückführung zu erschweren. Bundesinnenminister de Maizière will zudem die Maximaldauer des Ausreisegewahrsams auf bis zu zwei Wochen ausdehnen. Bisher ist diese sanfte Form der Abschiebehaft - in geschlossenen Wohngruppen, nicht in Gefängnissen - nur bis zu vier Tage möglich. Die entsprechende Passage eines Gesetzentwurfes wurde aber bereits von der SPD abgelehnt. Die Abschiebehaft hingegen muss von einem Richter angeordnet werden. Das ist nur möglich, wenn sich ein Migrant bereits der Rückführung entzogen hat oder eine Flucht anzunehmen ist. Zu Beginn ihrer Legislatur möchte die Berliner Koalition eine Expertenkommission einberufen, die Empfehlungen für neue Verfahrensweisen der Ausländerbehörde erarbeiten soll. Auch wird das rot-rot-grüne Bündnis "Familienzusammenführungen jenseits der Kernfamilie" unterstützen.

Abschiebebeobachter

Darüber hinaus will die Koalition "die Position des Abschiebebeobachters stärken". Das Forum Abschiebungsbeobachtung Berlin-Brandenburg (FABB) soll Transparenz durch einen jährlichen öffentlichen Bericht herstellen.

In dem Forum sind neben der Bundespolizei als Vollzugsbehörde, den am Abschiebungsverfahren beteiligten Behörden der Länder Berlin und Brandenburg auch beide großen Kirchen, die Wohlfahrtsverbände, das UNHCR sowie Amnesty International und Pro Asyl vertreten. Seit Anfang 2014 werden bereits auf FABB-Initiative an den Berliner Flughäfen Abschiebungen von ausreisepflichtigen Asylbewerbern durch einen Beobachter begleitet, um auf die Einhaltung von Rechtsstandards zu achten und deeskalierend zu wirken. Diese Praxis ist auch an den Flughäfen Düsseldorf und Frankfurt üblich.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

PA/ dpa/ Daniel Maurer

Eigentlich müssten deutlich mehr Menschen abgeschoben werden. Aber viele Landesregierungen versuchen, das zu verhindern

Daniel Maurer

Load-Date: November 25, 2016

Syrer schreiben Liebesbriefe an Angela Merkel; Wie Flüchtlinge eine Meldung missverstanden

Die Welt

Freitag 28. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 200

Length: 332 words

Byline: Boris Kalnoky

Eva Marie Kogel

Body

Selten wurde Angela Merkel mit soviel Pathos besungen. "Deine Liebe ist mein Plan, deine Liebe ist mein Plan, der Plan der Schmuggler interessiert mich nicht." Dass diese Eulogie in arabischer Sprache neben dem Bild von Bundeskanzlerin Merkel in den sozialen Medien herumgereicht wird, hat mit der deutschen **Asylpolitik** zu tun.

Es war ein eher technisch formulierter Tweet, den das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) am Dienstag absetzte. "Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom BaMF weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt." Im Klartext heißt das: Deutschland schickt syrische Flüchtlinge nicht mehr nach Italien oder Griechenland zurück, auch wenn sie dort zuerst europäischen Boden betreten haben. So wollte es die Dublin-Verordnung, mit der nun auch Deutschland bewusst bricht. Die Aussetzung dieser Regel ist eine gute Nachricht für viele Syrer, die lieber in Deutschland bleiben wollen. Und sie verbreitete sich schnell in den sozialen Medien, wo sie die Form eines Gerüchts annahm.

Flüchtlinge in Ungarn interpretierten die Nachricht so, dass Deutschland alle Syrer aufnehmen wolle, die es bis über die Landesgrenze schafften. In einem Flüchtlingscamp an der serbisch-ungarischen Grenze brach daraufhin Tumult aus. Zugleich hieß es in den Medien, oder wurde zumindest so von den Flüchtlingen missverstanden, dass Deutschland sich darauf vorbereite, "800.000 Syrer" aufzunehmen. 200 von ihnen entschieden daraufhin, sofort aus dem Auffanglager auszubrechen. Polizeiketten versperrten ihnen den Weg, Tränengas wurde eingesetzt. Die Negativschlagzeilen waren perfekt.

Reporter und Polizisten berichten, dass Flüchtlinge erklärten, zu wissen, dass "Deutschland uns erwartet". Das macht die Arbeit der Grenzer auch leichter: Syrische Migranten versuchen nicht mehr, durch, über oder unter den neu errichteten Grenzzaun zu klettern, sondern melden sich am Grenzübergang: "Bitte, wir wollen nach Deutschland".

Syrer schreiben Liebesbriefe an Angela Merkel Wie Flüchtlinge eine Meldung missverstanden

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 28, 2015

End of Document

Politik Kompakt; Bundesverfassungsgericht: Karlsruhe tastet Zuschüsse für Fraktionen nicht an ++ Migrationsamt: Weniger Taschengeld für Asylbewerber vom Balkan ++ Afrika-Beauftragter: Mehr Engagement gegen Diktaturen

Die Welt

Mittwoch 5. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 180

Length: 426 words

Body

Bundesverfassungsgericht

Karlsruhe tastet Zuschüsse für Fraktionen nicht an

Die Bundestagsparteien und Parteistiftungen können weiter mit staatlichen Zuschüssen in dreistelliger Millionenhöhe rechnen. Das Bundesverfassungsgericht verwarf in einer am Dienstag veröffentlichten Entscheidung eine Verfassungsklage dagegen als unzulässig. Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) hatte geltend gemacht, die Praxis dieser Mittelvergabe durch den Bundestag sei eine verdeckte Parteienfinanzierung, die gegen die Chancengleichheit nicht im Parlament vertretener Parteien verstoße. (Az. 2 BvE 4/12) Nach Ansicht der Karlsruher Richter darf der Staat zwar "die vorgefundene Wettbewerbslage nicht verfälschen". Die Mittel würden jedoch nicht direkt an die Parteien, sondern "an Dritte" gezahlt. Die Kläger wandten sich konkret gegen die Zuschüsse im Bundesetat 2012. Damals bekamen die Bundestagsfraktionen rund 81 Millionen Euro, die Bundestagsabgeordneten für persönliche Mitarbeiter etwa 152 Millionen und die parteinahen Stiftungen rund 98 Millionen Euro.

Migrationsamt

Weniger Taschengeld für Asylbewerber vom Balkan

Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt, spricht sich für eine Kürzung des Taschengeldes für Asylbewerber vom Balkan aus. In Anhörungen werde diese Auszahlung immer wieder als Fluchtgrund genannt, so Schmidt. "Da wird gesagt, wenn wir in der Bundesrepublik Deutschland für drei, vier, sechs Monate sind, haben wir genügend Mittel, um in unseren Heimatländern für die nächsten neun, zwölf Monate leben zu können." Das Taschengeld sei ein Faktor, "den wir aus der Diskussion nicht heraushalten

Politik Kompakt Bundesverfassungsgericht: Karlsruhe tastet Zuschüsse für Fraktionen nicht an ++
Migrationsamt: Weniger Taschengeld für Asylbewerber vom Balkan +....

können". Forderungen nach einer Taschengeldkürzung kommen vor allem von der CSU. Bayern will bei Asylbewerbern aus sicheren Herkunftstaaten zudem weitestgehend Sachleistungen einführen.

Afrika-Beauftragter

Mehr Engagement gegen Diktaturen

Der Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin, Günter Nooke (CDU), fordert zur Bekämpfung von Fluchtursachen mehr Engagement gegen diktatorische Regime auf dem Schwarzen Kontinent. So könnten wesentliche Gründe der aktuellen Fluchtbewegung eingedämmt werden, sagte Nooke. Es komme darauf an, Staaten zu stabilisieren, indem korrupte Strukturen beseitigt würden und gute Regierungsführung Einzug halten könne. Hoffnungsvolle Ansätze zeigten sich laut Nooke beispielsweise in Nigeria. Dort setzten der Westen und die afrikanischen Nachbarländer auf den neuen Präsidenten Muhammadu Buhari und dessen Einsatz gegen die islamistische Terrororganisation Boko Haram.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 5, 2015

Politik des Durchwinkens endlich beenden; 17-Punkte-Plan gegen Krise auf dem Balkan

Die Welt

Dienstag 27. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 250

Length: 418 words

Body

In Brüssel haben sich die Regierungschefs von zehn EU-Staaten und drei Nicht-EU-Ländern des Westbalkans mit der EU-Kommission und dem UN-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR auf Maßnahmen zur Eindämmung der **Flüchtlingskrise** auf der sogenannten Balkanroute geeinigt. Damit soll, so EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, die Politik des Durchwinkens beendet werden. "**Flüchtlinge** müssen registriert werden. Keine Registrierung, keine Rechte", machte Juncker deutlich. Dies sind die wichtigsten Punkte:

- Auf der Balkanroute sollen 100.000 Aufnahmeplätze für Flüchtlinge geschaffen werden. Griechenland soll bis Jahresende 30.000 dieser Plätze schaffen. Zudem soll das Land zusammen mit dem UN-Hilfswerk UNHCR 20.000 weitere Plätze ausbauen. Dazu sollen Griechenland und das UNHCR finanziell unterstützt werden. Die anderen 50.000 Plätze sollen entlang der Balkanroute entstehen und vor allem als Ruheorte dienen. Wo sie entstehen sollen, wird nicht festgelegt.
- Entsendung von 400 Grenzschaütern nach Slowenien innerhalb einer Woche.
- Aktivierung der EU-Soforteinsatzteams durch Slowenien.
- Schnellere Abschiebung von Migranten ohne Anspruch auf Asyl und engere Zusammenarbeit mit deren Herkunftsländern, vor allem Afghanistan, Pakistan und anderen asiatischen Staaten. Dafür soll die EU-Kommission ein Rückführungsabkommen etwa mit Afghanistan abschließen.
- Stopp des Durchwinkens von Migranten zum nächsten Nachbarstaat.
- Aufbau eines Kontaktnetzes zur Information über Migrationsbewegungen innerhalb der nächsten 24 Stunden.
- Engere Zusammenarbeit mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR, um bessere humanitäre Hilfe bei Ankunft der Flüchtlinge leisten zu können.
- Engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank und anderen Förderbanken, um die Finanzierung beim Aufbau von Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge zu gewährleisten.

Politik des Durchwinkens endlich beenden 17-Punkte-Plan gegen Krise auf dem Balkan

- Verstärkte Maßnahmen von Polizei und Justiz, um gegen Schlepper vorzugehen. Europol und Interpol sollen auf dem Westbalkan aktiv sein.
- Stärkung der EU-Grenzschutzagentur Frontex an der bulgarisch-türkischen Grenze. Aufbau neuer Frontex-Einsätze an den Grenzen Griechenlands zu Mazedonien und Albanien. Auch der Küstenschutz an der griechisch-türkischen Grenze soll verstärkt werden.
- Unterstützung Kroatiens durch Frontex bei der Registrierung von Flüchtlingen und der Aufdeckung irregulärer Grenzübertritte.
- Die Fortschritte sollen wöchentlich überprüft werden. Die Kommission koordiniert die Zusammenarbeit mit den nationalen Kontaktpersonen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 27, 2015

EU-Asylrecht als Nagelprobe

Die Welt

Mittwoch 6. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 80

Length: 344 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Jetzt wird es ernst für alle. Angesichts der anhaltenden Flüchtlingskrise macht die EU-Kommission revolutionäre Vorschläge: Sie will ein funktionierendes einheitliches europäisches Asylrecht mit einer zentralen europäischen Entscheidungsinstanz. Das mag aus Sicht vieler Staaten eine Zumutung sein - denn schließlich gehört die Entscheidung darüber, wer als Migrant in ein Land kommen darf und wer nicht, zu den genuinen Rechten souveräner Regierungen.

Aber die Forderung aus Brüssel ist richtig. Denn der bisherige Asyl-Flickenteppich in Europa hat zu einer unfairen Lastenteilung zwischen den Staaten geführt. Gerade jene in Osteuropa haben versucht, möglichst unattraktive Bedingungen für Flüchtlinge mit wenig Aussicht auf Asylgewährung zu schaffen, während andere EU-Länder sich wesentlich humaner zeigten. Diese Länder wurden dann schnell zu einem Magneten für Flüchtlinge.

Neben einheitlichen europäischen Verfahrensregeln muss künftig aber auch Flüchtlingstourismus hart sanktioniert werden: Wer als Flüchtling nicht in dem zugewiesenen Land bleibt, sollte viel konsequenter bestraft werden als bisher. Wichtig ist auch, dass Asyllleistungen in Europa relativ zu den Lebenshaltungskosten vereinheitlicht werden. Und schließlich: Wer als Flüchtling in Europa ankommt, muss künftig nach einem fairem Schlüssel sofort in alle europäischen Länder verteilt werden können. Das bisherige Prinzip, wonach ein Flüchtling dort einen Asylantrag stellen muss, wo er zuerst europäischen Boden betritt, hat sich als absurde Kopfgeburt von Eurokraten erwiesen.

All diese Schritte würden viele Verlierer produzieren. Es sind jene Staaten in Europa, die es sich trotz Massenzuwanderung weiterhin bequem machen - auf Kosten einiger weniger Länder. Der Widerstand der Trittbrettfahrer wird darum groß sein.

Aber Berlin muss in Zeiten der Polykrise die neue europäische Asylgesetzgebung zur Nagelprobe machen. Die Kosten einer verschlissenen Europäischen Union in Daueragonie sind unzumutbar.

christoph.schiltz@weltn24.de (christoph.schiltz@weltn24.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Martin U. K. Lengemann, Martin U. K. Lengemann

Load-Date: April 6, 2016

End of Document

Der Mann, der Italiens Asylpolitik umkrempelt; Nirgendwo in Europa landen derzeit mehr Flüchtlinge an als im Land von Matteo Renzi. Ohne Mario Morcone wäre der Premier aufgeschmissen

Die Welt

Montag 25. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 172

Length: 1187 words

Byline: Reuscher

Constanze

Body

Rom

Uno, due", "eins, zwei". Sprachprobe für einen Festakt in einer kirchlichen Einrichtung für **Flüchtlinge** im Schatten der San-Saba-Basilika in Rom. Aweis, ein 30-jähriger Somalier, läuft nervös unter den Linden hin und her, einen Zettel in der Hand. Wenig später wird er dem Ehrengast, Staatspräsident Sergio Mattarella, seine Geschichte vorlesen, aus seinem Leben als Fußballprofi in Somalia berichten, von Verfolgung, Flucht über Libyen und Mittelmeer.

Und aus seinem zweiten Leben, hier in Rom, wo man ihm geholfen hat, **Asylrecht**, Aufenthaltsgenehmigung, Arbeitsplatz, neue Freunde, eine "neue Heimat" zu finden.

Aweis weiß nicht, dass er sein Happy End auch dem stillen Mann zu verdanken hat, der zwischen ihm und dem Präsidenten sitzt, als er wieder Platz nimmt. Es ist Mario Morcone, Chef der nationalen Einwanderungsbehörde. Fast niemand erkennt ihn, nicht mal der Hausfotograf des Präsidenten. "Morcone, ist das der Herr mit den weißen Haaren?", erkundigt er sich. Dabei ist der 64 Jahre alte Funktionär zentraler Strategie einer neuen Flüchtlingspolitik Italiens, die den Druck der Flüchtlingsroute über das Mittelmeer an der Südflanke Europas abfedern soll.

Italiens Flüchtlingspolitik hat sich radikal gewandelt. Unter Silvio Berlusconi herrschte das Prinzip: Druck durch Chaos. Ankommende Flüchtlinge wurden nicht betreut, nach Deutschland und Skandinavien durchgewunken. Die Botschaft war klar: Solange Italien mit dem Problem alleingelassen wird, bezahlt auch der Rest Europas den Preis.

Der amtierende Premier Matteo Renzi setzt auf das Prinzip Verlässlichkeit. Oder genauer gesagt: Italien organisiert, der Rest der EU bezahlt. Eine Milliarde Euro im Jahr macht er etwa gegenüber den EU-Partnern

Der Mann, der Italiens Asylpolitik umkrempelt Nirgendwo in Europa landen derzeit mehr Flüchtlinge an als im Land von Matteo Renzi. Ohne Mario Morcone wäre der P....

geltend für die Erstaufnahme von Flüchtlingen. Zusätzlich bezahlt die EU rund 500 Millionen Euro für die Bekämpfung der Fluchtursachen in Afrika. Renzis Kalkül reicht darüber hinaus: Wenn er für die EU die Krise im Süden organisiert, kann auf mehr Nachsicht in der Schuldenfrage hoffen. Italien steuert auf eine Finanzkrise zu, Druck der Brüsseler Haushaltshüter kommt Rom ungelegen.

Um die neue Flüchtlingspolitik umzusetzen, holte Renzi vor zwei Jahren kurz nach Amtsantritt Morcone ins Amt. Die Mission: die Flüchtlingspolitik Italiens umzukrempeln. In erster Linie natürlich "aus humanitären Gründen", unterstreicht Morcone. Mauern und Zäune seien kein Rezept, findet er, und "Kanzlerin Merkels Politik ist die richtige". Aber nicht die hohe Politik ist seine Aufgabe, sondern die Abwicklung der Ankunft Zehntausender Migranten, oft in wenigen Wochen.

Morcones Einsatz trug - in Zusammenarbeit mit Polizei und Staatsanwaltschaft - schon Früchte, auch in der kritischen Masse der Einwanderungspolitik. Korruptionsfälle im Versorgungsnetzwerk wurden aufgedeckt, Terrorverdächtige abgeschoben, ein Schleuserring gesprengt, der innerhalb eines Flüchtlingslagers agierte. Im Schlepptau dieser Aktion wurde kürzlich im Sudan einer der gefährlichsten Menschenhändler der Libyenroute gefasst und nach Italien ausgeliefert.

Morcone ist vom Festakt verschwunden. Seit Italien wieder Hauptzielland für Flüchtlinge ist, bleibt keine Zeit für schöne Worte. Frontex-Chef Fabrice Leggeri hat erklärt, dass aus Libyen zurzeit bis zu 14-mal mehr Migranten kommen als aus der Türkei nach Griechenland. 15 Minuten später taucht Morcone auf einem langen Korridor im Innenministerium wieder auf, der Behörde für Immigration und Zivilrecht. 450 Beamte arbeiten ihm zu. Vier der fünf von Europa geforderten Hotspots hat Morcone innerhalb weniger Monate in den süditalienischen Häfen Taranto, Trapani, Pozzallo und Lampedusa, eröffnet. Der fünfte im apulischen Bari ist startklar. Gesamtkapazität: 2000 Plätze. Die Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen wurde seit 2014 auf 130.000 verdoppelt. 96 Prozent aller Ankommenden werden heute registriert.

Morcone muss zum Englischunterricht, "die Aussprache perfektionieren". Endlich lacht er mal. Am 30. Juni, als er in Brüssel war, wurde das digitale System zur Kontrolle der Flüchtlingsaufnahme (SGA) in die Testphase gehen. Es perfektioniert sein Rezept für die neue Flüchtlingspolitik: die Zentralisierung der Kompetenzen.

Eine schwerfällige Bürokratie, unüberschaubare, oft improvisierte Flüchtlingseinrichtungen, drei Polizeikorps, Zerfaserung der Verwaltungsinstanzen, hatten sie lange gelähmt. Bilder von unwürdigen Zuständen, Überfüllung und Revolten in den Flüchtlingszentren gingen um die Welt. Es machte Angst, dass Migranten unkontrolliert nach Norden weiterreisten oder einfach durchgewinkt wurden.

Digitalisieren ist schön, die physische Kontrolle auch. Morcone muss aus seinem Büro nur über die Straße gehen, wo seine Leute in der Dublin-Abteilung Asylanträge bearbeiten und gemeinsam mit EU-Abgesandten die Verteilung auf europäische Länder organisieren. Er ist sauer, dass sie nicht funktioniert, "nur weil viele Unionsländer ihre Kontingente verweigern". Auf nationaler Ebene ginge das: "Mir ist es wurscht, wenn ein Bürgermeister aufmuckt. Es wird gemacht und basta!"

Wenige Schritte trennen seinen Schreibtisch vom Herzstück der Behörde: einem Frühwarnsystem, wo sämtliche Daten von Bergungseinsätzen der Marine, Küstenwache, Frontex, Handelsschiffen in Echtzeit einlaufen. "Wenn von einem Schlauchboot die Rede ist, wissen wir, dass es etwa 120 Menschen sind, auf Fischkuttern mehr", erklärt Mitarbeiterin Alessandra Bonari. Einsätze mit bis zu 900 Menschen sind keine Seltenheit. "Wir können dann sofort entscheiden, welchen Hafen das Rettungsschiff anlaufen soll, lokale Koordinationsteams alarmieren." Ordentlich registriert werden kann nur, wo bei der Ankunft schon Zivilschutz, Caritas, UN- und EU-Mitarbeiter, Ärzte, Gemeindevertreter, Polizei an der Kaimauer sind.

Das SGA-System und elektronische Ausweise sollen sicherstellen, dass zukünftig der Weg jedes Flüchtlings von der Ankunft bis zur Entlassung in die neue Existenz, als Asylberechtigter oder bis zur Abschiebung, nachvollziehbar ist. Die Zahl der Abschiebungen steigt bereits. Präventivpläne sind möglich: Morcone hat den ersten gerade nach Brüssel geschickt. Er garantiert die spontane Aufstockung der Hotspotkapazitäten und verhindert die unkontrollierte Weiterreise der Flüchtlinge im Fall plötzlicher, massiver Flüchtlingsströme wie in Griechenland 2015.

Der Mann, der Italiens Asylpolitik umkrempelt Nirgendwo in Europa landen derzeit mehr Flüchtlinge an als im Land von Matteo Renzi. Ohne Mario Morcone wäre der P....

Hinter Morcones Schreibtisch hängt eine Kopie von Caravaggios "Kreuzigung Petrus' und Bekehrung Paulus": Petrus mit dem Kopf nach unten als Zeichen der Unterwerfung unter Christus. Morcone ist Katholik. Es geht ihm auch um die einzelnen Schicksale. Eben hat er ein Programm zur Betreuung der allein reisenden Minderjährigen, inklusive Sportprogramm, gestartet.

Morcone könnte ein Preuße sein, käme er nicht aus Neapel. Es nerven ihn Klischees über unzuverlässige Italiener. Und es nerven ihn Hiobsbotschaften in Europas Medien, etwa von Hunderttausenden, die nach der Schließung der Balkanroute bald Italien stürmen werden. "Das ist ein Festival der Angst, das nur Populisten nützt. Ich kümmere mich um die Realität", sagt er. 2016 sind in Italien knapp 68.000 Flüchtlinge gelandet, nicht mehr als im Vorjahr, weniger als 2014.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Constanze Reuscher/Constanze Reuscher

Präpekt: Mario Morcone ist im italienischen Innenministerium für Migrationsfragen zuständig

Constanze Reuscher

Load-Date: July 25, 2016

Magnet für Millionen; Bei EU-Migranten ist Deutschland das beliebteste Ziel. 2015 erreichte ihre Zahl ein Allzeithoch

Die Welt

Samstag 2. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 153

Length: 1087 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Dass ausgerechnet "der Pole" als Problem für unter den Einwanderern herhalten muss, verstehen die Deutschen an der britischen Austrittsdebatte vielleicht am wenigsten. Lang ist es her, dass hierzulande Polensprüche geklopft wurden und ein Harald Schmidt zu vorgerückter Stunde die innige Beziehung einiger östlicher Nachbarn zu den Autos fremder Leute variantenreich umkreiste.

Fast niemand in Deutschland denkt noch an die 1,7 Millionen Polnischstämmigen, wenn es um Kriminalität, Arbeitslosigkeit und kulturelle Schwierigkeiten mit **Migranten** geht. In Großbritannien hingegen wurde der polnische Klempner zur Chiffre für den unerwünschten Einwanderer vom Kontinent, der meist aus östlichen, zunehmend auch aus südlichen EU-Gefilden auf die Insel strebt. Britische Ökonomen konnten die wirtschaftlichen Vorteile und Mehreinnahmen durch diese überdurchschnittlich berufstätigen **Migranten** rauf- und runterrechnen - allein es half nichts: Eine vermeintlich überbordende EU-**Migration** löste Befürchtungen aus, die zum Wahlsieg des Brexit-Lagers im britischen Referendum führten.

Wohlgemerkt: Es geht den Briten nicht um irreguläre Einwanderer und Flüchtlinge. Zwar steigt die Zahl der Asylanträge auch in Großbritannien seit Jahren, zuletzt waren es 39.000. Doch bei einer Nettoeinwanderung (Zuminus Fortzug) von etwa 330.000 im vergangenen Jahr waren sie nicht die entscheidende Größe. Vielmehr ging es um die 184.000 EU-Einwanderer (ebenfalls netto).

Dabei ist Großbritannien nur das zweitbeliebteste Ziel innerhalb der EU. Mit 382.000 wanderten mehr als doppelt so viele Unionsausländer nach Deutschland ein (685.485 Zuwanderer abzüglich 303.036 Abwanderer). Dies zeigt das neue Freizügigkeitsmonitoring des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, das der "Welt" vorliegt. Bei den Herkunftsländern ist Rumänien mit 174.779 Zugewanderten ganz vorn, gefolgt von Polen, Bulgarien und dem jüngsten EU-Mitglied Kroatien. Seit dessen Beitritt 2013 steigt die Auswanderung nach Deutschland stark an.

Insgesamt stammen fast vier Fünftel (533.000) der im Jahr 2015 zugezogenen EU-Ausländer aus den osteuropäischen Staaten. Dazu zählen neben Rumänien, Bulgarien und Kroatien auch die EU-8 Estland, Lettland,

Magnet für Millionen Bei EU-Migranten ist Deutschland das beliebteste Ziel. 2015 erreichte ihre Zahl ein Allzeithoch

Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. 15 Prozent der Zuwanderer kamen laut Freizügigkeitsmonitor aus dem von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Süden (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien). Mit Ausnahme Italiens hat sich die Zuwanderung aus diesen Staaten, die durch die Schulden- und Finanzkrise angestiegen war, zuletzt wieder abgeschwächt.

Insgesamt verläuft die EU-Binnenmigration vor allem von Ost- nach Westeuropa. Deutschland ist nicht nur aktuell der beliebteste Staat der laut Eurostat insgesamt 18,5 Millionen europäischen Migranten. Auch weil deren Zuzug seit 2007 jährlich steigt, leben hierzulande mittlerweile 4,1 Millionen EU-Bürger - weit mehr als in Großbritannien (3,1), Frankreich (2,2), Spanien (2) und Italien (1,8). Tendenziell sind die EU-Migranten jung und überdurchschnittlich gut ausgebildet. Sie sind besser für den Arbeitsmarkt gerüstet und beziehen vergleichsweise weniger staatliche Leistungen als Migranten aus Ländern außerhalb der Union. Während die Unternehmen vor allem in Deutschland und Großbritannien von dem zusätzlichen Arbeitskräfteangebot aus dem Osten profitieren, ist die Bilanz für deren Herkunftsstaaten gemischt.

Sie profitieren zwar von Rücküberweisungen der Ausgewanderten an ihre Familien und davon, dass Arbeitslose fortziehen, aber auch aus diesen Ländern zieht es eher überdurchschnittlich Gebildete oder Fleißige in die Ferne. Weil darüber hinaus weniger Kinder geboren werden, schrumpft die Bevölkerung der osteuropäischen Staaten seit 1990. Von dem Rückgang besonders betroffen sind Bulgarien und Rumänien. In manchen ländlichen Regionen bleiben vor allem Alte, Schwache und Kinder zurück, und ein Ende der Abwanderung ist nicht abzusehen, wie eine Befragung der Friedrich-Ebert-Stiftung unter fast 10.000 jungen Menschen in südosteuropäischen Staaten im vergangenen Jahr ergeben hat. In Rumänien (40 Prozent) und Bulgarien (43) gaben enorm viele an, dauerhaft ihr Land verlassen zu wollen.

In Deutschland sind fast 90 Prozent der EU-Neuzuwanderer im erwerbsfähigen Alter, doch manchen fällt die Jobsuche schwer. Laut Bundesagentur für Arbeit beziehen knapp 440.000 EU-Ausländer Hartz IV oder Sozialhilfe. Viele sind Aufstocker, die zu wenig arbeiten oder zu schlecht bezahlt werden und deshalb staatliche Hilfe bekommen. Um eine Debatte wie in Großbritannien zu vermeiden, würde Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) die Sozialleistungen für EU-Zuwanderer gerne deutlich beschränken.

Setzt sie sich durch, würden solche Ausländer, die hier nicht arbeiten und nicht in die Sozialversicherung eingezahlt haben, erst nach fünf Jahren Aufenthalt Anspruch auf Sozialhilfe und Hartz IV haben. Doch weil das Sozialgericht Mainz darin einen Verstoß gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum sieht, liegt der Gesetzentwurf zur Prüfung beim Bundesverfassungsgericht. Das hatte mit ähnlicher Begründung 2012 schon die Anhebung der Leistungen für Flüchtlinge auf Sozialhilfeniveau verfügt, was zu der starken Konzentration der Schutzsuchenden auf Deutschland beitrug. Diese kulminierte darin, dass im ersten Quartal 2016 rund 61 Prozent aller Asylanträge in der EU hier gestellt wurden.

Vor allem durch die Aufnahme von einer Million Asylzuwanderern und der EU-Bürger erreichten die Zuzüge von Ausländern 2015 mit rund zwei Millionen ein Allzeithoch. Abzüglich der Fortzüge ergab sich laut Statistischem Bundesamt ein Saldo von 1,14 Millionen. Das war der höchste Wanderungsüberschuss von Ausländern in der Geschichte der Bundesrepublik. Bei 738.000 Geburten gewann die Gesellschaft also mehr neue Mitglieder durch Einwanderung als durch Geburt. Derzeit hat von den 81 Millionen Einwohnern jeder fünfte einen Migrationshintergrund, bei Kindern unter zehn Jahren liegt dieser Anteil bei etwa einem Drittel.

In Großbritannien haben unterschiedliche Vorstellungen über das richtige Maß der Zuwanderung die Bevölkerung tief gespalten. Premier David Cameron und seine Mitstreiter trommelten mit keinem Verhandlungserfolg so laut für den EU-Verbleib wie mit der Brüssel abgerungenen Erlaubnis, Zuwanderern aus der Union vier Jahre lang Sozialleistungen vorzuenthalten - oder sie heimschicken zu dürfen, wenn sie nicht binnen sechs Monaten eine Anstellung nachweisen. Den Befürwortern des Austritts war das nicht genug.

Magnet für Millionen Bei EU-Migranten ist Deutschland das beliebteste Ziel. 2015 erreichte ihre Zahl ein Allzeithoch

Graphic

Getty Images/Stone Sub

Internationale Vielfalt vor einer Sportveranstaltung. In Deutschland leben mittlerweile 4,1 Millionen EU-Bürger
ag

Getty Images/Stone Sub

Load-Date: July 2, 2016

End of Document

Warum nicht die Flüchtlinge per Lotterie verteilen?; OECD für ungewöhnliche Einreisepraxis

Die Welt

Dienstag 20. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 221

Length: 672 words

Byline: Tobias Kaiser

Body

Die Flüchtlingskrise dürfte noch Jahre anhalten, das ist zumindest die Erwartung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). "Der Flüchtlingsdruck ist hoch", sagt Thomas Liebig, der die Abteilung Migration bei der Organisation leitet. "Es bleiben bewegte Zeiten." Er und seine Kollegen fordern deshalb, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken, um Flüchtlinge besser zu verteilen und Empfängerländer wie Deutschland, die besonders viele Geflüchtete aufgenommen haben, zu entlasten.

Zur besseren Verteilung der Integrationslasten bringt die Organisation auch eine Lotterie ins Spiel. Sie soll Flüchtlinge außerdem von der lebensgefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer abhalten. "Jeder in den Lagern des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR soll dabei mitmachen und gewinnen können", sagt Liebig. Selbst für diejenigen, die dabei leer ausgingen, biete die Aussicht auf einen Gewinn einen Anreiz zu bleiben und es im kommenden Jahr zu versuchen, anstatt auf dem Weg nach Europa das Leben zu riskieren.

Vorbild für das Verfahren könnte die Green-Card-Lotterie sein, mit deren Hilfe die USA einen sehr kleinen Teil der jährlich vergebenen unbegrenzten Aufenthaltsgenehmigungen verteilt. Gegenwärtig werden dabei pro Jahr 55.000 Antragsberechtigungen für Green Cards ausgelost.

Um den Millionen Flüchtlingen in den Lagern des UNHCR eine Perspektive zu bieten, müsste das Kontingent einer Umsiedlungslotterie erheblich größer sein, sagt OECD-Experte Liebig: "Es müssten einige Hunderttausend pro Jahr sein, um Wirkung zu entfalten." Konkrete Zahlen wollte die Organisation nicht nennen. Damit solch ein Verfahren funktioniert, müssten sich allerdings die teilnehmenden Länder langfristig darauf einigen, wie viele Flüchtlinge sie über die Lotterie jedes Jahr ins Land lassen wollen - das scheint gegenwärtig unwahrscheinlich.

Das Verfahren gilt den Experten daher auch nur als eine von mehreren Alternativen zum herkömmlichen Asylantrag, für den Flüchtlinge oft eine gefährliche Reise auf sich nehmen. Möglich sei auch, den Familiennachzug liberaler zu handhaben. "Das ist eine sichere Alternative zur Überfahrt über das Mittelmeer", so Liebig. Er und seine

Warum nicht die Flüchtlinge per Lotterie verteilen? OECD für ungewöhnliche Einreisepaxis

Kollegen gehen davon aus, dass syrische Flüchtlinge in Europa bis zu 400.000 Partner und Kinder zurückgelassen haben.

Die OECD, ein Forum vorwiegend wohlhabender Industriestaaten, hat den Zeitpunkt der Vorschläge bewusst gewählt: Die Mitgliedsländer der Vereinten Nationen wollten zum Auftakt einer UN-Woche am Montag über mehr Hilfen für die weltweit mehr als 65 Millionen Flüchtlinge beraten. US-Präsident Barack Obama lädt zudem am heutigen Dienstag die Staats- und Regierungschefs zu einer eigenen Flüchtlingskonferenz ein. Dort soll es um mehr Geld für internationale Hilfsorganisationen gehen - und darum, dass wohlhabendere Länder mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Zuletzt hatten die USA angekündigt, 110.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Für solche traditionellen humanitären Umsiedlungsprogramme, werden vom UNHCR in den Flüchtlingslagern besonders hilfsbedürftige Flüchtlinge ausgewählt, etwa Kranke, die dringend eine Behandlung brauchen.

"Zu viele Menschen in zu vielen Ländern verlieren das Vertrauen in die Fähigkeit der Regierungen, Einwanderung zu steuern und die Flüchtlingskrise hat diesen Eindruck verstärkt", sagt Ángel Gurría, der Generalsekretär der OECD, bei der Eröffnung der UN-Vollversammlung. Wegen der Flüchtlingskrise in Syrien hätten im vergangenen Jahr so viele Menschen Asyl gesucht wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr, heißt es im jährlichen OECD-Migrationsbericht. 2015 habe sich die Zahl der Asylanträge, die in der OECD gestellt wurden, auf 1,65 Millionen verdoppelt, im laufenden Jahr werde die Zahl weiter steigen. Nach Deutschland seien im vergangenen Jahr die meisten Flüchtlinge gekommen; hierzulande seien 440.000 Menschen registriert und mehr als eine Million weitere vorläufig erfasst worden. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl habe aber Schweden die meisten Menschen aufgenommen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 20, 2016

Andrea Nahles sammelt Punkte; Wie in Kanada will die Arbeitsministerin die Zuwanderung künftig nach klaren Kriterien steuern. Dieser Modellversuch könnte der Auftakt für ein Einwanderungsgesetz sein. Es ist höchste Zeit, diesen Schritt zu gehen

Die Welt

Donnerstag 3. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 53

Length: 1064 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Die Arbeitsministerin beschreitet einen neuen Weg in der Zuwanderungspolitik. Gemeinsam mit dem Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, gab Andrea Nahles jüngst den Startschuss für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild. Ausländische Kandidaten, die gute Deutschkenntnisse und berufliche Qualifikationen nachweisen, kommen in eine Bewerberkartei, und sobald ein Arbeitgeber sie auswählt, können sie einreisen. Das nordamerikanische Land fährt seit Jahrzehnten gut mit diesem System der nach Wirtschaftsinteressen gesteuerten Zuwanderung. Noch handelt es sich lediglich um ein Modellvorhaben, das zudem auf Baden-Württemberg begrenzt ist. Doch das Signal, das Nahles mit dem Projekt aussendet, ist hochwillkommen. Schließlich braucht die hiesige Wirtschaft in Zukunft verstärkt Fachkräfte aus dem Ausland. Und die aktuelle massenhafte Immigration von **Flüchtlingen** ist keineswegs ein Ersatz für den notwendigen Zuzug von gut qualifizierten Arbeitskräften.

In der hoch emotional geführten Asyldebatte wird meist nicht zwischen Arbeitsmigranten und Flüchtlingen unterschieden. Dabei zeigt das kanadische Beispiel, dass ein gutes Zuwanderungssystem klar zwischen den beiden Gruppen trennen muss. Die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt ist ökonomisch für das Gastland nützlich - wenn sie richtig gesteuert wird. Beim Asyl geht es hingegen um humanitäre Gründe. Der Nutzen liegt dabei vor allem auf Seiten der Schutzsuchenden. Das aufnehmende Land profitiert, wenn überhaupt, höchstens langfristig von dem Zustrom. Derzeit kommen weitaus mehr Flüchtlinge nach Deutschland als Arbeitsmigranten. Eine Steuerung nach Bedürfnissen der hiesigen Wirtschaft findet somit kaum statt. Kanada und andere klassische Einwanderungsländer achten hingegen stets darauf, dass der Großteil der Einwanderer rasch in den Arbeitsmarkt integriert wird. Dazu wird jährlich im Voraus von der Politik die Zahl der Zuwanderer festgelegt. Überdies wird in diesen Staaten nur ein kleiner Teil der Migranten im Rahmen der humanitären Hilfe aufgenommen. Wer über ein Punkteverfahren ausgewählt wird, darf im Regelfall dauerhaft bleiben. Flüchtlinge haben hingegen in den seltensten Fällen von Beginn an eine verlässliche Bleibeperspektive. Diese Unsicherheit erschwert zwar die

Andrea Nahles sammelt Punkte Wie in Kanada will die Arbeitsministerin die Zuwanderung künftig nach klaren Kriterien steuern. Dieser Modellversuch könnte der Auf....

Integration erheblich. Doch ist es richtig, Asylsuchenden Schutz, aber im Regelfall keine neue Heimat zu bieten. Gerade Bürgerkriegsflüchtlinge kehren oftmals heim, wenn wieder Frieden herrscht.

Deutschland ist seit vielen Jahren ein Einwanderungsland. Doch eine gezielte Steuerung fehlt bis heute. Die meisten Migranten kommen entweder als EU-Bürger im Rahmen der europäischen Freizügigkeit ins Land oder beantragen Asyl. Die eingewanderten Europäer sind oftmals gut ausgebildet und finden meist schnell einen Job. Die EU-Migranten sind deshalb zweifellos von großem Nutzen für Deutschland. Das Gros bleibt allerdings nicht lange hier, sondern ist nach ein bis zwei Jahren schon wieder weg. Ohnehin werden Polen, Rumänen oder Spanier auf Dauer kaum noch scharenweise kommen. Denn Europa altert insgesamt, und Arbeitskräfte werden auch in den anderen Mitgliedsstaaten knapper.

Um die Folgen des demografischen Wandels abzufedern, brauchen die Deutschen deshalb zunehmend Arbeitsmigranten aus Drittstaaten. Zu Beginn der großen Flüchtlingswelle hatten die Arbeitgeber denn auch euphorisch auf den Zustrom der meist jungen Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten reagiert. Doch inzwischen hat sich Ernüchterung breitgemacht. Die Ankommenden passen zu einem großen Teil überhaupt nicht zu dem Anforderungsprofil der Unternehmen in einer Wissensgesellschaft. Auch spricht kaum jemand Deutsch. Viele junge Leute besitzen zudem nicht die nötige Schulbildung, um hier eine berufliche Ausbildung anfangen zu können. Bildungsangebote für die Flüchtlinge können zwar trotzdem oft vielversprechend sein. Doch niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass am Ende die meisten von ihnen Fachkräfte sein werden. Auch die Spitzenverbände der Wirtschaft drängen mittlerweile auf eine deutliche Reduzierung der Flüchtlingszahlen und eine faire Verteilung innerhalb Europas.

Dass Nahles gerade jetzt die schon tot geglaubte Debatte über ein Punktesystem wieder aufleben lässt, stimmt optimistisch. Unter den Asylbewerbern waren in der Vergangenheit viele, die gar nicht vor politischer Verfolgung oder Bürgerkrieg flüchteten, sondern sich aus wirtschaftlichen Gründen auf den Weg machten. Schärfere Regeln sollen dies künftig verhindern. Gleichzeitig will die Arbeitsministerin aber für qualifizierte Migranten die legalen Einwanderungswege nach Deutschland erleichtern. Die Kandidaten anhand von klaren Kriterien zu bewerten, ist ein guter Ansatz, kluge Köpfe und fleißige Hände auszuwählen. Sinnvoll ist es auch, die Einreiseerlaubnis an ein vorhandenes Stellenangebot zu knüpfen. Gerade für mittlere Qualifikationen wie Handwerksberufe oder Techniker eignet sich das Punkteverfahren. Denn die 2012 eingeführte Blue Card ist auf gut verdienende Akademiker zugeschnitten, die es bislang aber leider eher in die angelsächsischen Länder zieht. Mit einem Punktesystem könnte Deutschland sein Image als liberales Einwanderungsland aufpolieren. Es wird Jahre dauern, bis das Signal weltweit angekommen ist. Die durchaus attraktive Blue Card haben bislang lediglich 21.000 Hochqualifizierte beantragt - angesichts von mehr als einer Million Flüchtlingen, die alleine im vergangenen Jahr nach Deutschland kamen, eine verschwindend geringe Zahl.

Der Probelauf für ein Punktesystem sollte schnell in ein Einwanderungsgesetz münden. Zwar hat Deutschland bereits vergleichsweise liberale Regelungen für Fachkräfte. Doch das Recht besteht aus einer unübersichtlichen Anzahl unterschiedlicher Regelungen, die im Ausland zudem weitgehend unbekannt sind. Im globalen Wettbewerb um die begehrten Fachkräfte kann sich die Bundesrepublik also noch erheblich steigern. Das wäre nicht nur für den Standort Deutschland gut, sondern auch für das hiesige gesellschaftliche Klima. Je besser die Zuwanderung gesteuert wird, desto reibungsloser klappt im Regelfall die Integration und desto größer ist die Bereitschaft der heimischen Bevölkerung, die Fremden willkommen zu heißen.

Massenhafte Immigration von Flüchtlingen ist kein Ersatz für den nötigen Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften

dorothea.siems@weltn24.de (dorothea.siems@weltn24.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Andrea Nahles sammelt Punkte Wie in Kanada will die Arbeitsministerin die Zuwanderung künftig nach klaren Kriterien steuern. Dieser Modellversuch könnte der Auf....

M. Lengemann

Load-Date: March 3, 2016

End of Document

Asyl ja, aber richtig

Die Welt

Freitag 3. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 152

Length: 357 words

Byline: Ulrich Clauß

Body

In Dänemark wird grob der Hobel angesetzt. Gleich zur ersten Parlamentssitzung nach der Wahl vor zwei Wochen liegen Gesetzentwürfe zur Kürzung der Hilfen für Asylbewerber vor. Fürs Erste sollen dabei rund 53 Millionen Euro eingespart werden. Die Zielrichtung ist aber nur in zweiter Linie eine finanzielle. Es geht vor allem darum, Dänemark weniger attraktiv für Flüchtlinge zu machen. Dabei werden Späne fallen - sprich: Bei solchen Kürzungen wird erfahrungsgemäß nicht so genau hingeschaut, ob sie im Detail sinnvoll sind oder nicht, denn das Signal soll vor allem ein innenpolitisches sein. Die neue Regierung steht unter dem Druck der oppositionellen Rechtspopulisten, die zur stärksten bürgerlichen Kraft im Kopenhagener Folketing wurden, auch weil sie im Wahlkampf einen kompletten Asylstopp forderten.

Nun ist die Situation in Dänemark mit der hiesigen nur begrenzt vergleichbar. Ein innenpolitischer Druck durch Rechtspopulisten blieb Deutschland bislang weitgehend erspart. Wer will, dass das so bleibt, der sollte die Flüchtlingspolitik in ihren diversen Facetten auf den Prüfstand stellen, um sich von solchen Kräften gegebenenfalls nicht treiben lassen zu müssen. Man braucht nämlich kein Rechtspopulist zu sein, um sich zu fragen, warum eigentlich Flüchtlingen aus Balkanländern, die praktisch keine Chance haben, als Asylbewerber anerkannt zu werden, fraglos erst einmal 140 Euro "Taschengeld" in die Hand gedrückt werden. Das entspricht der Höhe eines durchschnittlichen Monatsgehalts in Serbien, wie unlängst der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, feststellte. Da kann man schon von einem problematischen "Fluchtanreiz" sprechen.

Es lassen sich unschwer weitere Details deutscher Asylpolitik finden, die einer Revision unterzogen gehören - die nachlässige Abschiebep Praxis von Flüchtlingen aus Balkanländern zum Beispiel. Im Interesse der Flüchtlinge aus den Krisengebieten Nordafrikas, die mit aller Berechtigung unsere uneingeschränkte Fürsorge verdienen, sollten solche Diskussionen geführt werden, bevor sie in einem innenpolitischen Grabenkampf zu verrohen drohen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 3, 2015

Asyl ja, aber richtig

End of Document

Obergrenze kommt fast von selbst; Die Asyl-Zahl stagniert, die schnellere Bearbeitung der Anträge ist für den Innenminister eine "Trendwende". Doch nicht jeder jubelt

Die Welt

Donnerstag 13. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 240

Length: 822 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Schutz ist nicht gleich Schutz. Das zeigt die neue Statistik des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF). Danach kommen die meisten **Asylbewerber** inzwischen nicht mehr aus wirtschaftlichen Gründen. Das zeigt die auf rund 65 Prozent gestiegene Schutzquote. Allerdings erhielten nur knapp 25 Prozent den vollen **Flüchtlingsschutz** nach der Genfer Konvention, mehr als 40 Prozent dagegen den schwächeren subsidiären Schutz. Das liegt vor allem daran, dass 71 Prozent der syrischen Antragsteller im September diesen schwächeren Status bekamen, wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom BAMF erfuhr.

Grund dafür ist ein Beschluss der Bundesregierung, den Familiennachzug bei subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre auszusetzen und die Anträge von Syrern wieder in einer persönlichen Anhörung zu prüfen. Seitdem erhält ein immer größerer Anteil von ihnen nur den schwächeren Schutzstatus, der zudem schon nach einem Jahr verlängert werden muss. Im Juli hatte die Quote 55 Prozent betragen, im August 68 Prozent. Die Quote derjenigen, die vollen **Flüchtlingsschutz** erhalten, sinkt dementsprechend.

Die Kritik von Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl, der schwächere Schutz werde verstärkt erteilt, weil es politisch gewünscht sei, wies BAMF-Leiter Frank-Jürgen Weise zurück. Viel mehr sei der starke Anstieg durch die Wiedereinführung der mündlichen Asylanörungen für Syrer zu erklären. Wegen der Überlastung im vergangenen Jahr mussten diese monatelang nur einen Fragebogen ausfüllen, bei dem sie meist "individuelle Verfolgung" als Fluchtgrund angaben und somit den vollen Flüchtlingschutz erhielten. Nun kommt nach Weises Worten oft heraus, dass der Fluchtgrund keine individuelle Verfolgung sei, sondern allgemein die Herkunft aus einem Bürgerkriegsland.

Einen manifesten Trend lässt sich auch bei den Asylzahlen für das dritte Quartal ablesen, die Bundesinnenminister Thomas de Maiziére (CDU) vorgestellt hat. Rund 13.000 Schutzsuchende wurden im September registriert. Seit April kamen nie mehr als 14.000 pro Monat. Würde man die ersten Monate des Jahres, vor der Schließung der

Obergrenze kommt fast von selbst Die Asyl-Zahl stagniert, die schnellere Bearbeitung der Anträge ist für den Innenminister eine "Trendwende". Doch nicht jeder j....

Balkanroute, ausklammern, und die Einreisen seit März auf zwölf Monate hochrechnen, kämen 170.000 heraus. Eine Zahl, noch unter der von der CSU gewünschten Obergrenze.

Die Zahlen sind nichts im Vergleich zum Vorjahr. Zugleich wäre es falsch, zu sagen, Deutschland sei eine Festung. So viele Asylsuchende wie bislang in diesem Jahr waren es nur selten, erstmals überhaupt wurde dieses Niveau in den Jahren 1990 bis 1993 überschritten und danach erst wieder 2014.

Doch das vorrangige Ziel der Bundesregierung, den im vergangene Jahr auf 890.000 Menschen (ohne Kontingentflüchtlinge und unerkannt Eingereiste) angestiegenen Zuzug stark zu reduzieren, ist vorläufig erreicht. Auch wenn diese Entwicklung durch Entscheidungen anderer europäischer Staaten und oft gegen den Willen der Bundesregierung erzwungen wurde. Und auch wenn Thomas de Maizière (CDU) darauf hinweist, dass "niemand weiß, wie sich die internationale Migration entwickelt".

Besonders stolz waren der Innenminister und der Leiter des ihm zugeordneten BAMF auf die vielen Asylentscheidungen, die das Amt nun bewältigt. Mit fast 70.000 Anträgen allein im September, waren es mehr denn je und "zum Beispiel mehr als im gesamten Jahr 2012", hob de Maizière hervor.

Weil in der letzten Septemberwoche erstmals mehr Asylanträge entschieden als neu gestellt wurden, und die durchschnittliche Bearbeitungszeit im laufenden Jahr auf 2,1 Monate gesunken sei, sieht der Minister "die angestrebte Trendwende" erreicht. Allerdings misst das BAMF hier nur die Zeit von der Antragsstellung bis zur Asylentscheidung. Viele Schutzsuchende sind allerdings bereits viele Monate im Land, bevor sie einen Asylantrag stellen.

Zu den am Tag zuvor in der "Welt" vor allem aus der CSU erhobenen Forderungen nach einem automatischen Zugriff der Geheimdienste auf das Kerndatensystem der Asylsuchenden, um die Terrorabwehr zu verbessern, sagte de Maizière, dies sei ausreichend in dem seit diesem Jahr geltenden Datenaustauschverbesserungsgesetz geregelt. Darin sei der automatisierte Abgleich bereits enthalten. Die dafür notwendige Technik soll bis Ende des Jahres bereit stehen.

BAMF-Chef Weise bestätigte, dass die Daten von Asylsuchenden bereits beim Erstkontakt von Bundes- und Landesbehörden biometrisch gesichert, im Ausländerzentralregister gespeichert und im Rahmen eines automatisierten Sicherheitsabgleichs auf Sicherheitsbedenken hin überprüft werden sollen. Dafür werden sie auch dem Bundesnachrichtendienst, dem Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst zur Verfügung gestellt.

Angesprochen auf die drei Syrer, die den Terrorverdächtigen in Leipzig überwältigten, holte der Innenminister auch seinen Dank an die Männer nach. Ihr Verhalten verdiene Lob und Anerkennung, sagte de Maizière, der zuvor für seine diesbezügliche Zurückhaltung kritisiert worden war.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 13, 2016

Kriegsflüchtlinge willkommen; 96 Prozent der Deutschen halten Aufnahme für richtig. Wer nur aus wirtschaftlichen Gründen kommt, soll aber schneller abgeschoben werden. EU plant Verteilung auf alle Mitgliedsstaaten

Die Welt

Freitag 4. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 206

Length: 541 words

Body

Der starke Zustrom von **Asylsuchenden** kann die Aufnahmebereitschaft der Deutschen nicht erschüttern. 37 Prozent halten das derzeitige Niveau für angemessen, und 22 Prozent sprechen sich für einen noch stärkeren Zuzug von Schutzsuchenden aus. Nur jeder Dritte würde lieber weniger **Flüchtlinge** aufnehmen. Das geht aus dem neuen ARD-Deutschlandtrend von Infratest Dimap im Auftrag der ARD-"Tagesthemen" und der "Welt" hervor.

So stoßen auch die meisten Fluchtgründe auf hohe Akzeptanz. Die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen halten 96 Prozent der Befragten für richtig. Etwa vier von fünf Deutschen betrachten Hunger und Naturkatastrophen sowie Verfolgung aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen als legitime Fluchtgründe. Einzig die Flucht aus wirtschaftlichen Motiven rechtfertigt für 65 Prozent aller Bürger nicht eine Aufnahme. Deshalb hält eine große Mehrheit von 79 Prozent die konsequentere Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern für sinnvoll. Unter den Schutzsuchenden wurde in den vergangenen Jahren regelmäßig nur jeder Dritte als Flüchtling anerkannt, was aber nicht bedeutet, dass alle anderen zurückgeschickt werden. Die von den Unionsparteien geforderte Umstellung von Geld auf Sachleistungen für Asylbewerber - um Migrationsanreize für arme Ausländer zu senken - befürworten 72 Prozent.

Bei der Suche nach einer Lösung fordern 92 Prozent die Verteilung der Asylsuchenden auf alle 28 EU-Mitglieder nach einer festen Quote, wie sie vor allem die deutsche und die französische Regierung fordern. 85 Prozent sprechen sich dafür aus, mehr legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen, um den Menschen lebensgefährliche Reisen zu ersparen.

Die EU-Kommission will in den kommenden Wochen weitere 120.000 Flüchtlinge aus Ungarn, Italien und Griechenland im Rahmen eines sogenannten Notfallmechanismus kurzfristig nach einem verpflichtenden Verteilungsschlüssel auf die EU-Länder umverteilen. Das erfuhr die "Welt" aus hochrangigen EU-Kreisen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wird den Vorschlag am Mittwoch dem Europaparlament präsentieren. Dabei sollen 54.000 Flüchtlinge aus Ungarn, 50.400 aus Griechenland und 15.600 Flüchtlinge aus Italien umverteilt werden. Der Verteilungsschlüssel soll sich nach Bevölkerungszahl (40 Prozent Gewichtung), Wirtschaftskraft (40

Kriegsflüchtlinge willkommen 96 Prozent der Deutschen halten Aufnahme für richtig. Wer nur aus wirtschaftlichen Gründen kommt, soll aber schneller abgeschoben w....

Prozent), Arbeitslosenzahl (zehn Prozent) und den bisherigen Leistungen bei der Aufnahme richten. Deutschland müsste im Rahmen dieser Umverteilung rund 26.000 neue Flüchtlinge aufnehmen.

Bereits im Mai hatte die Kommission feste Quoten gefordert. Die Mitgliedsstaaten lehnten dies ab, es gab nur freiwillige Zusagen für 33.000 Flüchtlinge. Dänemark und Großbritannien verweigerten sich vollständig. Die EU-Kommission fordert jetzt, dass diejenigen Länder, die nicht bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen, einen Ausgleich zahlen sollen.

In Ungarn kam es am Donnerstag zu dramatischen Szenen. Die Polizei zog sich von dem von ihr blockierten Bahnhof in Budapest zurück. Daraufhin stürmten Migranten einen Zug nach Österreich. Dieser wurde von Einsatzkräften aber in der Nähe der Grenze gestoppt, um die Flüchtlinge in Aufnahmelager zu bringen. Einige drängten in die Waggon zurück oder legten sich auf die Gleise. Es kam zu Handgreiflichkeiten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 4, 2015

Herzlich willkommen und tschüss!; Die Bundeskanzlerin fordert Flüchtlinge zur Rückkehr auf, sobald der Fluchtgrund entfällt. Eine Selbstverständlichkeit oder das Ende der Willkommenskultur? Was das Gesetz und die Betroffenen dazu sagen

Die Welt

Dienstag 2. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 27

Length: 997 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Das waren ganz neue Töne von der ansonsten immer noch recht freundlich schauenden Bundeskanzlerin: "Wir erwarten, dass, wenn wieder Frieden in Syrien ist und wenn der IS im Irak besiegt ist, dass ihr auch wieder, mit dem Wissen, was ihr jetzt bei uns bekommen habt, in eure Heimat zurückgeht", sagte Angela Merkel auf dem Landesparteitag der CDU von Mecklenburg-Vorpommern.

Schließlich seien auch nach dem Ende der jugoslawischen Zerfallskriege in den 90er-Jahren rund 70 Prozent der **Flüchtlinge** wieder in ihre Heimat gegangen, fügte die Kanzlerin an.

Ist ihre Aufforderung eine Selbstverständlichkeit oder das Ende der Willkommenskultur? Was sagen Gesetz und Flüchtlinge selbst zur Heimkehr? Und was ist der große Unterschied zu den Jugoslawien-Flüchtlingsen?

Können die Flüchtlinge einfach zurückgeschickt werden?

Rechtlich eindeutig geregelt ist: Sobald der Fluchtgrund entfällt - also wieder Frieden herrscht oder eine Verfolgung nicht mehr besteht - ist ein Flüchtling kein Flüchtling mehr und kann wieder in sein Land zurückkehren. Insofern hat Merkel eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen.

Genauer: Laut den im Aufenthaltsgesetz implementierten EU-Richtlinien wird der Schutzstatus widerrufen, wenn die Gefahr für Leib und Leben wegen rassistischer, ethnischer, religiöser oder politischer Verfolgung nicht mehr gegeben ist. Ohnehin gilt der Schutz für anerkannte Asylbewerber (nach dem Grundgesetz) und Flüchtlinge (nach der Genfer Konvention) nur für drei Jahre. Für die subsidiär Schutzbedürftigen - sie machen nur einen geringen Teil der Syrer und Iraker aus - sogar nur ein Jahr. Nach Ablauf dieser Fristen wird wieder genau geprüft. Auch innerhalb dieser Fristen kann der Schutzstatus widerrufen werden. Faktisch bedeutet der Entzug (über ihn entscheidet das

Herzlich willkommen und tschüss! Die Bundeskanzlerin fordert Flüchtlinge zur Rückkehr auf, sobald der Fluchtgrund entfällt. Eine Selbstverständlichkeit oder d....

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) nicht, dass auch der Aufenthaltstitel (über ihn entscheiden die Ausländerbehörden) entzogen wird.

Falls sich etwa die Situation in Syrien entspannen sollte, können die Behörden zwar den Schutzstatus entziehen. Wenn der Betroffene aber geheiratet, ein Kind gezeugt oder eine Arbeitserlaubnis erhalten hat, bekommt er in der Regel trotzdem einen neuen Aufenthaltstitel - und falls er keinen bekommt, bestehen noch immer die bekannten "Hürden", ausreisepflichtige Ausländer tatsächlich abzuschieben.

Was ist heute anders als im Fall der Jugoslawien-Flüchtlinge?

Infolge der jugoslawischen Zerfallskriege kamen Anfang der 90er ebenfalls Hunderttausende ins Land. Die Mehrheit verließ es jedoch auch wieder, worauf Merkel hinwies. Anders als heute kamen damals die meisten Flüchtlinge durch humanitäre Aufnahmekontingente. Das bedeutet: Deutschland hat den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Jugoslawien über ein kollektives Verfahren Schutz gewährt. Der renommierte Ausländerrechtler Kay Hailbronner sagt der "Welt": "Die Flüchtlinge aus Jugoslawien hat man damals zwar großzügig aufgenommen, ihnen aber nicht wie heute einen individuellen Rechtsanspruch zugesichert. Als der Krieg vorbei war, konnten die Behörden unkompliziert den Aufenthaltstitel entziehen und die Ausreisepflicht erteilen."

Der Rechtsprofessor von der Universität Konstanz sieht Merkels Aussage kritisch: "Die Rückkehr von Syrern gegen ihren Willen nach Kriegsende wird sehr schwer durchsetzbar sein, weil ihnen faktisch ohne individuelle Prüfung Schutzstatus gewährt wurde." Auch quantitativ war die Situation nicht vergleichbar: Während damals an die 350.000 Flüchtlinge aus dem zerfallenden Jugoslawien nach Deutschland gekommen waren, reisten im Jahr 2015 mehr als eine Million Flüchtlinge und Migranten ein.

Wollen die Menschen zurück?

Die meisten nicht, wie eine Analyse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ergab. In der Befragung von 2800 Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen "zeigt sich eine starke Orientierung hin zu einer langfristigen Perspektive in Deutschland. 84,7 Prozent der Befragten geben an, für immer in Deutschland bleiben zu wollen", schreiben die Autoren der im Januar veröffentlichten Studie. Laut der Analyse, die sich auf Befragungen von rund 2800 Asylberechtigten vor allem aus Afghanistan, dem Irak und Syrien im Jahr 2014 bezieht, wollen also fast alle Flüchtlinge Deutsche werden.

79,8 Prozent aller Befragten möchten die deutsche Staatsangehörigkeit "auf jeden Fall" erwerben, elf Prozent wollen dies "wahrscheinlich" tun. Syrer weisen mit 75,9 Prozent einen etwas geringeren Anteil derjenigen auf, die "auf jeden Fall" die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen wollen, als Befragte aus dem Irak (79,8 Prozent) oder Afghanistan (83,2 Prozent).

Wie kann die Rückkehr erleichtert werden?

Wenn Angela Merkel darauf hofft, dass viele Flüchtlinge zurückkehren, könnte die Aktivierung der "Massenzustromsrichtlinie" weiterhelfen - vor allen Dingen für jene Bürgerkriegsflüchtlinge, die bereits angekommen sind, aber ihren Asylantrag noch nicht gestellt haben. Die EU hatte diese Richtlinie 2001 unter dem Eindruck der Jugoslawien-Kriege beschlossen. Schon der offizielle Titel offenbart Parallelen: Von Mindestnormen "für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen" ist die Rede und von "Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten".

Die Richtlinie ermöglicht eine kollektive und für die Zeit des Konflikts andauernde Schutzgewährung, entlastet durch den Wegfall der individualisierten Prüfverfahren das Asylsystem, und hebt die Notwendigkeit einer europäischen Lastenteilung hervor. Allerdings bedürfte es zur Aktivierung der Richtlinie eines Beschlusses des Ministerrates. Der ist bisher noch nicht zustande gekommen, vor allem, weil sich nur wenige EU-Staaten an der Aufnahme und Verteilung von Bürgerkriegsflüchtlingen beteiligen möchten.

Herzlich willkommen und tschüss! Die Bundeskanzlerin fordert Flüchtlinge zur Rückkehr auf, sobald der Fluchtgrund entfällt. Eine Selbstverständlichkeit oder d....

"Die Rückkehr von Syrern gegen ihren Willen wird schwer durchsetzbar sein Kay Hailbronner, Rechtsprofessor von der Universität Konstanz

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Julian Stratenschulte

Das Bild eines irakischen Flüchtlingskindes aus dem Erstaufnahmeheim in Hameln zeigt Menschen auf dem Weg nach Europa in einem kleinen Boot. Das große Schiff mit deutscher Fahne erscheint als Retter

Julian Stratenschulte

Load-Date: February 2, 2016

End of Document

Schweden ist kein guter Platz mehr für Flüchtlinge; Regierung in Stockholm verschärft den Ton gegen Migranten und will massenhaft abschieben - weil sie schlechte Erfahrungen macht und die Stimmung in der Bevölkerung kippt

Die Welt

Freitag 29. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 24

Length: 1137 words

Byline: Helmut Steuer

Body

Stockholm

Das Interview, das der schwedische Innenminister Anders Ygeman der schwedischen Wirtschaftszeitung "Dagens Industri" gegeben hat, schlug ein wie eine Bombe. Vor allem im Ausland. Schweden plane die Abschiebung von bis zu 80.000 **Asylbewerbern**, hatte der Sozialdemokrat der Zeitung erklärt und darauf hingewiesen, dass nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre etwa 45 Prozent aller **Asylanträge** abgelehnt würden.

Schweden hat im vergangenen Jahr 163.000 **Flüchtlinge** aufgenommen, über deren Anträge nun in den kommenden Monaten und Jahren entschieden wird. "Ich glaube, dass es sich sicher um etwa 60.000 Menschen handeln kann, es können aber auch 80.000 werden", die einen Abschiebungsbescheid erhalten, so der Innenminister.

Um eine so hohe Zahl von Abschiebungen durchführen zu können, habe er die Einwanderungsbehörde und die Polizei beauftragt, sich auf die zu erwartenden Abschiebungen vorzubereiten. Auch müsse man sie auf EU-Ebene koordinieren. Etwa bei Flügen, die bislang in der Regel mit Linienmaschinen durchgeführt worden sind. Der Innenminister glaubt, dass wegen der hohen Abschiebezahlen jetzt auch Charterflüge zum Einsatz kommen müssen. "Vor allem in EU-Regie." Darüber habe er bereits mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) gesprochen.

Ygeman sprach von "einer großen Herausforderung" und kündigte an, dass man zunächst auf die freiwillige Rückkehr der Asylbewerber setze. Dazu wolle man notwendige Voraussetzungen schaffen. "Gelingt uns das nicht, können wir auch zwangsweise Abschiebungen nicht ausschließen", erklärte der Minister.

Schweden ist kein guter Platz mehr für Flüchtlinge Regierung in Stockholm verschärft den Ton gegen Migranten und will massenhaft abschieben - weil sie schlechte....

Bei der schwedischen Polizei gibt man sich hier keinen Illusionen hin. 2014 kamen knapp über 80.000 Flüchtlinge nach Schweden. Es gab aber nur 258 Ausweisungsbeschlüsse. Wie viele davon tatsächlich umgesetzt wurden, ist nicht bekannt. 7600 Personen kehrten freiwillig in ihre Heimat zurück, 11.100 tauchten unter. Nach Polizeiangaben entziehen sich rund 70 Prozent der Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, dem Zugriff durch die Polizei. "Bei der Anzahl können wir ja keine aktive Fahndung betreiben", gibt Patrick Engström, Chef der Grenzpolizei, resigniert zu. "Wir haben dafür einfach keine Ressourcen." Das soll sich jetzt ändern, versprach Innenminister Ygeman: "Der Grenzpolizeibetrieb wird in den kommenden Jahren von derzeit 1000 Mitarbeitern auf das Doppelte erhöht."

Weitere Probleme bei der Umsetzung der Abschiebebeschlüsse sind fehlende Abkommen mit einigen Ländern. Die rot-grüne Minderheitsregierung Schwedens verhandelt nach Angaben von Ygeman zurzeit mit Afghanistan und Marokko über Rückkehrabkommen. Bislang weigern sich diese Länder, ihre Bürger wieder aufzunehmen. Eine Abschiebung kann in diesem Fall nicht durchgeführt werden. Da sich die Bearbeitungszeiten der Asylanträge deutlich verlängert haben, rechnet Ygeman nicht mit einem Anstieg der Abschiebungen vor kommendem Jahr. Auch die Ankündigung in seinem Interview, die ein weltweites Echo ausgelöst hat, ist auf den zweiten Blick weniger spektakulär. Es war von vornherein klar, dass es nicht um Massenabschiebungen gehen wird. Vielmehr wollte Ygeman auch innenpolitisch ein Zeichen setzen. Denn die Zustimmung zur Politik der rot-grünen Regierung von Ministerpräsident Stefan Löfven ist wegen der Flüchtlingskrise auf einem Tiefpunkt angelangt. Nach einer am Wochenende veröffentlichten Umfrage haben die Sozialdemokraten ihre Position als größte Partei Schwedens verloren.

Sie kommen nur noch auf 23,2 Prozent der Stimmen, so schlecht sahen die Zustimmungswerte für die Partei seit 1967 nicht mehr aus. Die Konservativen sind mit 25,6 Prozent größte Partei im Land. Nach Einschätzung von Meinungsforschern hat der Umgang mit der Flüchtlingskrise entscheidend zu den niedrigen Zustimmungswerten für die Regierungsparteien beigetragen. Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten liegen weiterhin bei knapp über 18 Prozent der Stimmen.

Regierungschef Löfven muss seit Monaten zusehen, wie die ausländerfeindliche Partei immer mehr Zustimmung findet und mittlerweile zur drittgrößten politischen Kraft angewachsen ist. Die Rechtspopulisten fordern eine Reduzierung der Flüchtlingsaufnahme um bis zu 90 Prozent. Das kommt bei vielen Wählern an, denn übervolle Unterkünfte und die fehlende Integration hat zu Spannungen geführt, von denen die Schwedendemokraten profitieren.

In den tristen Betonburgen der zumeist von Ausländern bewohnten Vororte von Stockholm, Malmö und Göteborg kommt es seit mehr als einem Jahr immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund und der Polizei. Den traurigen Rekord hält Malmö, wo es im vergangenen Jahr zu mehr als 30 Anschlägen mit Handgranaten gekommen ist. In den meisten Fällen geht die Polizei von Konflikten zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen aus. Auch die Zahl der Brandanschläge auf Heime sind in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen.

Es ist die Perspektivlosigkeit, die viele vor allem jüngere Einwanderer gewalttätig werden lässt. Denn in Schweden, das gemessen an der Bevölkerungszahl von rund 9,6 Millionen Einwohnern mit 8432 Flüchtlingen auf eine Million Einwohner die meisten Asylbewerber aller EU-Staaten aufnimmt, hapert es gewaltig mit der Integration. Nach Angaben der schwedischen Einwanderungsbehörde dauert es durchschnittlich mehr als sieben Jahre, bis ein Migrant einen Job findet. Und das, obwohl Schweden anders als Deutschland den Flüchtlingen sofort eine Arbeitserlaubnis gibt und allen Flüchtlingen einen kostenlosen Sprachkurs anbietet. Dennoch liegt die Arbeitslosenrate bei Einwanderern nach OECD-Angaben nahezu dreimal so hoch als bei Schweden.

Dass Schweden bei Flüchtlingen sehr beliebt ist, liegt an der bislang relativ liberalen Asylpolitik. Unter dem Druck des ständig wachsenden Zustroms von Flüchtlingen führte die Regierung allerdings zum Jahresbeginn Grenzkontrollen ein. Seitdem sind die Flüchtlingszahlen deutlich gesunken. Auch die Ankündigung, man habe das Limit erreicht und könne selbst im Winter den Flüchtlingen kein Dach über dem Kopf mehr garantieren, hat zum Rückgang der Asylbewerberzahlen beigetragen. Kamen im vergangenen Herbst noch wöchentlich fast 10.000

Schweden ist kein guter Platz mehr für Flüchtlinge Regierung in Stockholm verschärft den Ton gegen Migranten und will massenhaft abschieben - weil sie schlechte....

Flüchtlinge in Schweden an, sind es jetzt nur noch rund 100 am Tag. Die Ankündigung von Innenminister Ygeman, Abschiebungen rigoroser durchzuführen, dürfte diese Zahl weiter nach unten drücken.

Versuche von Ministerpräsident Löfven, eine einvernehmliche europäische Lösung zu erzielen, sind bislang gescheitert. Der Sozialdemokrat ist sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) über Quotenlösungen und eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge einig - allerdings ist es bisher zu keiner gesamteuropäischen Lösung gekommen. Deshalb wählt die schwedische Regierung nun das Mittel der Signalpolitik, um den Flüchtlingsstrom weiter zu reduzieren.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Jessica Gow/EPA/dpa/picture alliance

Syrische Flüchtlinge auf dem Parkplatz der schwedischen Einwanderungsbehörde in Märsta bei Stockholm

Jessica Gow

Load-Date: January 29, 2016

End of Document

**Vorher genauer ansehen, wer zum Deutschen gemacht wird;
Ausländerrechtsexperte Kay Hailbronner sieht hohe gesetzliche Hürde für
Entzug der Staatsangehörigkeit**

Die Welt

Donnerstag 28. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 99

Length: 1149 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Dschihadisten den Pass entziehen? Ausländerrechtsexperte Kay Hailbronner sieht gesetzliche Hürden. Er rät, früher anzusetzen - und "den Erwerb der Staatsangehörigkeit noch einmal genau anzuschauen".

Die Welt:

Momentan gehen die **Flüchtlingszahlen** zurück. Liegt das am Abkommen mit der Türkei oder an nationalen Grenzschießungen?

Kay Hailbronner:

Ob Ausreisewillige wegen des Abkommens in der Türkei bleiben oder weil sie per SMS benachrichtigt wurden, dass der Weg in die Wunschländer versperrt ist, lässt sich schwer feststellen. Mir scheint die Grenzschießung der Österreicher und die dadurch ausgelöste Kettenreaktion bis Mazedonien die Hauptursache für den Rückgang der Asylbewerberzahlen zu sein.

Ist die Flüchtlingskrise überstanden?

Von überstanden kann wohl noch nicht die Rede sein. Entscheidend für eine Reduzierung der Zahlen ist, ob die Rückführungen von Griechenland in die Türkei tatsächlich durchgeführt werden. Bisher gelingt das nur zögerlich - vorwiegend waren es Migranten, die freiwillig zurückgegangen sind oder die keinen Asylantrag in Griechenland stellen wollten.

Inwieweit wird bei den vereinbarten Verfahren das Recht auf individuelle Prüfung der Schutzbedürftigkeit de facto ausgesetzt?

Vorher genauer ansehen, wer zum Deutschen gemacht wird
Ausländerrechtsexperte Kay Hailbronner sieht
hohe gesetzliche Hürde für Entzug der Staatsangehörigkeit

Meines Erachtens muss man deutlich machen, dass diese Verfahren eigentlich keine Asylverfahren sind - in dem Sinne, dass der Asylantrag in Griechenland umfassend geprüft wird. Es sollte nur geprüft werden, ob bei einer bestimmten Person besondere Umstände vorliegen, aus denen sich ergibt, dass die Türkei in ihrem konkreten Fall ausnahmsweise kein sicherer Drittstaat ist.

Die formale Einstufung der Türkei als sicherer Drittstaat noch aus ...

Das ist bislang einigermaßen unklar. Die Asylverfahrensrichtlinie schreibt nicht vor, dass sichere Drittstaaten in Gesetzestexten fixiert sein müssen. Es müssen aber Kriterien beachtet werden, um einen Staat als sicheren Drittstaat qualifizieren zu können. Zweifel etwa an der Einhaltung des Rückschiebungsverbots müsste die EU und Griechenland beseitigen, indem sie gewissenhaft nachprüft, ob Personen tatsächlich vor Abschiebung in Verfolgerstaaten sicher sind. Wenn die freilich sehr vagen Berichte stimmen sollten, dass die Türkei Syrer ohne Asylprüfung in Verfolgerstaaten abschiebt - eine Abschiebung nach Syrien begründet noch keinen Verstoß - , dann muss die EU Druck machen, dass eine solche Praxis beendet wird.

Welcher Staat hat heute schon ein vorbildliches Asylsystem?

In Europa keiner. Die Präferenz der klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien auf Resettlement scheint mir aber sinnvoll. Sie nehmen nur sehr beschränkt irreguläre Migranten auf, aber viele Flüchtlinge im Wege der Auswahl aus den Krisenregionen. Entscheidendes Element ist die Verbindung humanitärer Aufnahme mit einer längerfristigen Integrationsperspektive - aus der Erkenntnis heraus, dass die Aufnahmemöglichkeiten beschränkt sind und dass es sinnvoller ist, Humanität mit einer rationalen Wahrnehmung von Eigeninteressen zu verbinden. Mit anderen Worten: Unterschiedliche Formen von Schutzbedürftigkeit werden ebenso wie Integrationsfähigkeit als Auswahlkriterien herangezogen. Da geht es nicht darum, den oft zitierten Facharbeiter zu rekrutieren, den bekommen Sie ohnehin nur in den seltensten Fällen. Aber Sie können etwa eher Familien mit noch integrationsfähigen kleinen Kindern aufnehmen, als alleinstehende junge Männer, die ohne ausreichende Schul- und Berufsausbildung nur minimale Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben.

Auch Deutschland wählt nach Integrationsfähigkeit aus ...

Ja, bei den Kontingentflüchtlingen aus Syrien ist das so. Das ist auch sinnvoll, doch wir bekommen wesentlich mehr Schutzsuchende über irreguläre Migration als über die humanitäre Aufnahme aus den Krisenstaaten.

Unionspolitiker fordern den Entzug der Staatsbürgerschaft von Doppelstaatlern, falls sie für den IS gekämpft haben. Ist das rechtlich möglich?

Eine Entziehung der deutschen Staatsangehörigkeit ist grundsätzlich ohne eine Grundgesetzänderung nicht möglich. Das Grundgesetz hat vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Gesetzgebung zur Ausbürgerung von Juden den Entzug der Staatsangehörigkeit ausgeschlossen. Derzeit ist nur ein quasi aufgrund eigener freiwilliger Abwendung erfolgender "Verlust" der deutschen Staatsangehörigkeit möglich, wenn jemand auf Antrag eine fremde Staatsangehörigkeit erwirbt oder wenn er durch freiwilligen Eintritt in die Streitkräfte eines fremden Staates dessen Staatsangehörigkeit er erwirbt, seine dauernde Abwendung von Deutschland zum Ausdruck bringt.

Aber die Beteiligung am Terrorismus ist doch ein krasser Fall.

Bei einer Hinwendung zu einer terroristischen Organisation im Ausland könnte wohl nur dann ein Verlustgrund konstruiert werden, wenn man analog einen staatsähnlichen Charakter des IS annimmt sowie eine entsprechende dauernde Abkehr von Deutschland. Sinnvoll erscheint es jedenfalls, durch strengere Kriterien beim Erwerb der Staatsangehörigkeit integrationsfeindliches Verhalten als Ausschlusskriterium vorzusehen und gegebenenfalls die Nichtmitgliedschaft oder -unterstützung bestimmter Organisationen, etwa salafistischer Gruppen, ausdrücklich zu verlangen. Falschangaben können dann mit der Rücknahme der Staatsangehörigkeit sanktioniert werden.

Wäre eine solche Verfassungs- oder Gesetzesänderung konform mit europäischem Recht?

Vorher genauer ansehen, wer zum Deutschen gemacht wird
Ausländerrechtsexperte Kay Hailbronner sieht
hohe gesetzliche Hürde für Entzug der Staatsangehörigkeit

Ja, die Europäische Konvention über Staatsangehörigkeit lässt ausdrücklich auch als nachträglichen Entziehungsgrund die substanzielle Beeinträchtigung von nationalen Interessen zu. Andere europäische Staaten sehen solche Entziehungsgründe auch vor. Ich würde aber früher ansetzen, wir sollten uns den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit noch einmal genau anschauen. Derzeit bekommt sie qua Geburt, wer mindestens ein Elternteil mit unbefristetem Aufenthaltsrecht hat und wer acht Jahre legal im Land ist. Das gewährleistet noch lange keine Integration. Derzeit können Migranten in einer total salafistischen oder integrationsfeindlichen familiären Umgebung aufwachsen und die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen. Wir müssen besser aufpassen, wen wir zum Deutschen machen.

Verspricht das geplante Integrationsgesetz denn hier nicht eine Verbesserung?

Die Eckpunkte für das Integrationsgesetz enthalten einen wichtigen Punkt, weil die Anforderungen für eine Niederlassungserlaubnis an anerkannte Flüchtlinge erhöht werden. Derzeit wird das unbefristete Aufenthaltsrecht ohne Erfüllung von Integrationserfordernissen vergeben. Man sollte aber darüber hinaus erwägen, den Familiennachzug von der Erfüllung gewisser grundlegender Integrationsanforderungen abhängig zu machen. Ob das Integrationsgesetz insgesamt ein Erfolg wird, hängt von der Umsetzung ab. Die Vorschläge, die Integrationspflichten stärker zu konkretisieren und integrationsfeindliche Verhaltensweisen stärker zu sanktionieren, gehen aber in die richtige Richtung.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 28, 2016

Teufelskreis; Kaum ein Flüchtling, der 2015 ins Land kam, kann sich auf Deutsch verständigen. Aber ohne Sprachkenntnisse gibt es keinen Job

Die Welt

Donnerstag 18. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 193

Length: 1004 words

Byline: Jan Dams

Body

Kaum vorhandene Deutschkenntnisse und ein niedriges Bildungsniveau werden für viele **Migranten** des vergangenen Jahres zu einem Hindernis für den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt - und damit auch zu einer Integration in die deutsche Gesellschaft. "Nur zwei Prozent der **Asylantragsteller** im Jahr 2015 gaben an, Deutschkenntnisse zu haben", berichtet das Berlin-Institut in einer Studie unter Berufung auf Zahlen des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF). Es sei anzunehmen, dass der Teil jener, die sich dann tatsächlich auf Deutsch verständigen könnten, noch niedriger sei.

Für die **Flüchtlinge** und die deutsche Gesellschaft ist das ein Problem. Denn Integration funktioniert früheren Untersuchungen zufolge vor allem über die Teilnahme am Arbeitsmarkt. Die wiederum klappt in Deutschland meist nur dann, wenn man in der Lage ist, sich leidlich auf Deutsch zu verständigen. Keine Sprache, kein Job, keine Integration. Das kann schnell zu einem Teufelskreis werden.

Die Sprache ist allerdings nicht die einzige Hürde. Laut Befragungen des BAMF gaben unter den Flüchtlingen des vergangenen Jahres 23 Prozent an, eine Hochschule besucht zu haben. Von einem Abschluss ist da nicht die Rede. 25 Prozent besuchten demzufolge ein Gymnasium, 27 Prozent andere Sekundarschulen und weitere 25 Prozent höchstens eine Grundschule.

Der niedrige Bildungsstand ist nicht zuletzt direkte Folge des Krieges, der in vielen der Herkunftsländer herrscht. "Eine qualitative Befragung zwischen Dezember 2015 und März 2016 ergab, dass insbesondere Flüchtlinge aus langjährigen Kriegs- und Krisenregionen wie Somalia, Pakistan oder Afghanistan in ihrer Heimat kaum Zugang zu Bildung hatten", heißt es in der Untersuchung des Berlin-Instituts. "Dementsprechend haben viele Flüchtlingen aus diesen Herkunftsländern nur eine geringe Allgemeinbildung oder sind gar Analphabeten."

Die Autoren der Studie warnen allerdings vor Panik - zumindest, was die offiziellen Arbeitslosenzahlen betrifft. Im Jahresdurchschnitt 2016 werde es durch die Zuwanderung zu 90.000 bis 130.000 Arbeitslosen mehr kommen. Vor allem im zweiten Halbjahr dürften die Zahlen steigen, weil viele der Flüchtlinge dann einen offiziellen

Teufelskreis Kaum ein Flüchtling, der 2015 ins Land kam, kann sich auf Deutsch verständigen. Aber ohne Sprachkenntnisse gibt es keinen Job

Flüchtlingsstatus hätten und Niederschlag in der Statistik finden würden. "Auf die Arbeitslosenquote dürften diese Zahlen allerdings kaum Auswirkungen haben. Dafür sind die Zahlen zu gering."

Gleichzeitig warnen die Autoren der Studie vor der Erwartung, dass die Angebote der Jobcenter ausreichen würden, um die vielen Flüchtlinge am Arbeitsmarkt unterzubringen. "Aus der Vergangenheit ist bekannt, dass nur 20 Prozent aller Migranten ihre erste Arbeitsstelle in Deutschland über eine öffentliche oder private Arbeitsvermittlung finden." 55 Prozent fänden ihren ersten Job hier über Familienangehörige, Freunde oder Bekannte. Bei Menschen ohne Berufsabschluss gelte das sogar in zwei Dritteln der Fälle. Ohnehin ist es für Flüchtlinge ein Problem, im Hochlohnland Deutschland einen Job zu finden. Früheren Studien zufolge fanden in Deutschland im Schnitt nur acht Prozent der Flüchtlinge zwischen 15 und 64 Jahren im ersten Jahr nach ihrer Ankunft eine Stelle. Nach fünf Jahren seien es 50 Prozent, nach zehn Jahren 60 Prozent und nach 15 Jahren 70 Prozent gewesen. Damit aber schnitten die Flüchtlingen deutlich schlechter ab als andere Migranten, heißt es.

Nicht nur die geringen Sprachkenntnisse und die fehlende Schulbildung sind Gründe für die schwierige Integration am Arbeitsmarkt. Der Großteil der Flüchtlinge kennt weder die duale Ausbildung, noch sind sie bereit, sich in die lange, dafür nötige Ausbildungszeit zu begeben. "Ein Grund für den geringen Willen, über Jahre in eine Ausbildung zu investieren, ist, dass dies mit dem Druck vieler Flüchtlinge kollidiert, schnell Geld verdienen zu müssen, um Schulden zu bezahlen oder Familienangehörige zu unterstützen." Für viele sei es außerdem ungewohnt, acht Stunden täglich mit Zeiterfassung zu arbeiten. Wie Berufseinsteiger müssten Flüchtlinge daher zunächst einmal den deutschen Arbeitsalltag kennenlernen.

Außerdem kommen viele der Geflüchteten aus einem Umfeld, das eine langfristige Lebensplanung kaum zulässt. "Die Frage, wo sie in fünf, zehn oder 20 Jahren stehen wollen, haben sich die meisten Flüchtlinge noch nie gestellt", heißt es in der Untersuchung. Das ändere sich auch nicht, solange ihr Aufenthaltsstatus in Deutschland ungeklärt sei.

Um die Menschen dennoch im deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren, rechnen verschiedene Initiativen mit langen Vorbereitungszeiten für die Migranten. Man müsse die Flüchtlinge vom Vorteil der in Deutschland typischen dualen Ausbildung überzeugen, nur brauche man dafür einen langen Atem und Fingerspitzengefühl, sagt Klaus Stöcker von der Initiative Flüchtlinge und Asylbewerber im Bauhandwerk in der Studie.

Andere Initiativen raten dazu, anfangs den berufsbezogenen Erwerb der Sprache parallel zu beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen laufen zu lassen. Damit will man den Frust über einen fehlenden Einstieg in den deutschen Jobmarkt verhindern. Weil vielen Flüchtlingen zudem der Nachweis ihrer Ausbildung fehlt, empfehlen einige Initiativen Vorbereitungs- und Probezeiten in Firmen. Sowohl für die Migranten als auch für die Unternehmen ergäbe sich daraus die Möglichkeit, einander einschätzen zu lernen.

Neben den Problemen bei der Integration in den deutschen Arbeitsmarkt hat das Berlin-Institut auch untersucht, wofür Flüchtlinge ihr Geld ausgeben und welche Unterschiede es dabei zu anderen Bevölkerungsgruppen gibt. "Deutsche Haushalte konsumieren vierteljährlich Waren von durchschnittlich 7346 Euro", heißt es in der Untersuchung. Nicht-EU-Haushalte, die der Gruppe der Flüchtlinge in Bezug auf die Herkunft am ähnlichsten sein dürften, gäben dagegen lediglich 6335 Euro aus - obwohl sie mit durchschnittlich 2,6 Personen deutlich größer seien als deutsche Haushalte. Vor allem für Wohnen wird in Deutschland am meisten ausgegeben. Im Mittel seien das fast 15 Prozent - unabhängig von der Nationalität.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Teufelskreis Kaum ein Flüchtling, der 2015 ins Land kam, kann sich auf Deutsch verständigen. Aber ohne Sprachkenntnisse gibt es keinen Job

Der Auszubildende Ali Sharif aus Somalia steht auf einer Baustelle in Osnabrück

dpa Picture-Alliance / Friso Gentsch

Load-Date: August 18, 2016

End of Document

"Arbeitserlaubnis für Asylbewerber undenkbar"; Das wäre ein Aufruf an die Menschen in den Krisenstaaten, nach Europa zu kommen, sagt Österreichs Innenminister Wolfgang Sobotka

Die Welt

Donnerstag 14. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 163

Length: 1220 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Wolfgang Sobotka sieht sein Land gut vorbereitet. Falls es wieder zu einer **Flüchtlingswelle** Richtung Österreich kommen sollte, wären in nur zwei Tagen die Grenzanlagen auf dem Brenner aufgebaut.

Die Welt:

Herr Minister, Sie sind ausgebildeter Cellist und Dirigent. Sie haben an der Hochschule für Musik in Wien gelehrt. Kann man das mit einem Leben in der Politik verbinden?

Wolfgang Sobotka:

Warum denn nicht? Musik ist eine Lebenshaltung, aber sie lässt sich wunderbar mit Politik verbinden. Viele Politiker sind musisch begabt.

Musizieren Sie noch regelmäßig?

Ich dirigiere in meiner Heimatstadt das Waidhofner Kammerorchester. Jeden Freitag wird geprobt. Die Musiker kommen aus der Gegend. Wir haben regelmäßige Auftritte. Erst am Wochenende habe ich die Sechste von Beethoven und ein Cellokonzert von Berlioz dirigiert.

Können Sie das mit Ihrer Arbeit als Minister vereinbaren?

Zwei Stunden Freiwilligenarbeit in der Woche müssen doch wohl drin sein. Davon geht die Republik nicht unter. Ich bin ja auch immer telefonisch erreichbar.

"Arbeitserlaubnis für Asylbewerber undenkbar" Das wäre ein Aufruf an die Menschen in den Krisenstaaten, nach Europa zu kommen, sagt Österreichs Innenminister Wo....

Österreich will nicht mehr als 37.500 Asylbewerber aufnehmen. Gilt das noch?

Wir halten an der Obergrenze von 37.500 Asylbewerbern für das Jahr 2016 fest. Wir hatten Ende Juni rund 25.700 Anträge auf Asyl, davon wurden 22.100 zum Verfahren zugelassen.

Wann wird das Limit erreicht werden?

Ich gehe davon aus, dass wir die Obergrenze von 37.500 Asylanträgen in diesem Jahr nicht mehr erreichen werden. Das hat mehrere Gründe. Die Westbalkanroute wird auch weiterhin für Flüchtlinge geschlossen bleiben. Außerdem will Österreich mit der Unterstützung von Polizei und Militär Ungarn dabei helfen, die serbisch-ungarische Grenze besser zu sichern. Im Gegenzug erwarten wir, dass Ungarn auch Flüchtlinge aus Österreich zurücknimmt. Daran arbeiten wir gerade. Zudem können wir jetzt auch per Verordnung Asylbewerber an der Grenze abweisen, wenn der Zuzug von Flüchtlingen die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden sollte. Dies alles wird zusammengenommen zu einer Entlastung in Österreich führen.

Mit wie vielen Asylbewerbern rechnen Sie dieses Jahr?

Da möchte ich mich nicht festlegen.

Was soll mit abgelehnten Asylbewerbern passieren?

Wir wollen bis 2019 mindestens 50.000 Flüchtlinge, die kein Recht auf Asyl haben, wieder außer Landes bringen. Wir wollen die Rückkehrberatung verbessern, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten ausweiten und straffällige Flüchtlinge rasch ausweisen.

Österreich fährt einen harten Kurs in der Flüchtlingspolitik. Warum?

Die zentrale Frage ist für uns nicht die Unterbringung oder die Organisation von Sprach- und Wertekursen, sondern der Arbeitsmarkt. Wir haben eine steigende Arbeitslosigkeit, in Wien liegt die Arbeitslosenquote bei 12,3 Prozent - das ist ein Rekordwert. Was bringt es den Menschen, wenn sie nach Österreich fliehen, ihnen aber hier eine Perspektive fehlt?

Sie sind sicher.

Das ist auch gut so. Aber es geht auch um die langfristigen Perspektiven und das, was wir leisten können. Von den Asylberechtigten beziehen 25.000 Menschen eine Mindestsicherung. Damit haben wir unsere Kapazitätsgrenzen schon erreicht.

Sollten Asylbewerber arbeiten dürfen?

Ich halte es für absolut undenkbar, Asylbewerbern eine Arbeitserlaubnis zu erteilen. Das wäre ein Aufruf an die Menschen in den Krisenstaaten, nach Österreich zu kommen. Das würde der Arbeitsmarkt aber hierzulande nicht verkraften. Wir haben 500.000 Arbeitslose und nur 50.000 freie Stellen.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber ist in Europa unterschiedlich geregelt. Sehen Sie Änderungsbedarf?

Es sollte künftig in allen EU-Ländern gelten, dass Asylbewerber nicht arbeiten dürfen. Unterschiedliche Regelungen sind in dieser Frage nicht gut und sie senden ein falsches Signal an die Herkunftsländer der Flüchtlinge. Die Arbeitslosigkeit ist in fast allen EU-Ländern hoch.

Die Zahl der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer in Italien ankommen, ist deutlich höher als vor einem Jahr. Was passiert, wenn die Schutzsuchenden nach Österreich flüchten?

Im Moment sehe ich diese Gefahr nicht. Italien erfüllt derzeit nahezu mustergültig seine Aufgaben: Die Flüchtlinge werden registriert und nach Angaben meines Kollegen Alfano gegebenenfalls nach Sizilien zurückgebracht.

"Arbeitserlaubnis für Asylbewerber undenkbar" Das wäre ein Aufruf an die Menschen in den Krisenstaaten, nach Europa zu kommen, sagt Österreichs Innenminister Wo....

Sollte die Zahl der Flüchtlinge steigen, kann sich das bald ändern.

Österreich ist auf einen Massenansturm von Flüchtlingen aus Italien vorbereitet. Wir sind jetzt in der Lage, falls nötig, innerhalb von zwei Tagen strikte Grenzkontrollen am Brenner hochzuziehen. Dazu gehören der Einsatz von Polizisten und Soldaten, die Errichtung eines Zaunes von bis zu 370 Metern, der Aufbau von Kontrollpunkten an der Autobahn und der Bundesstraße und die Kontrolle von Zügen, die die Grenze nach Österreich passieren.

Wird das den Reiseverkehr einschränken?

Das kann zu Verzögerungen im Reiseverkehr führen. Aber wir können nicht zulassen, dass Flüchtlinge unkontrolliert nach Österreich strömen. Es geht darum, die Rechtsstaatlichkeit zu wahren und Schleppern konsequent die Stirn zu bieten.

Die Zahl der Flüchtlinge aus der Türkei ist signifikant zurückgegangen. Ist das EU-Türkei-Abkommen dafür verantwortlich oder eher die Schließung der Westbalkanroute?

Es ist beides. Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei gäbe es ohne die Schließung der Westbalkanroute nicht. Diese Schließung hat eine Initialzündung eingeleitet, die auch die EU zum Nachdenken gebracht hat.

Trotzdem kann man sich nicht nur auf diese beiden Maßnahmen verlassen. Was schlagen Sie vor?

Wir müssen selbst entscheiden, wer nach Europa kommt, und dürfen das Geschäft nicht den Schleppern überlassen und die Flüchtlinge großen Gefahren aussetzen.

Konkret?

Die EU sollte sich verpflichten, in Drittstaaten Asyl- und Migrationszentren zu errichten, und diese gemeinsam mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) betreiben. In diesen Asyl- und Migrationszentren sollen künftig die jeweiligen Asylverfahren unter Einhaltung europäischer Standards durchgeführt werden. Aus diesen Zentren können dann nach festgelegten Kriterien Asylberechtigte im Rahmen von sogenannten Resettlement-Programmen direkt und auf legalem Wege von den EU-Ländern übernommen werden. Österreich wird in Brüssel für die Durchsetzung dieses Vorschlags kämpfen.

Was passiert dann mit einem Flüchtling, der zwischen Libyen und Italien oder an der griechischen Küste aufgegriffen wird?

Er würde in ein Asyl- und Migrationszentrum zurückgebracht. Dort müsste dann ein europäisches Asylverfahren durchgeführt werden. Wer abgelehnt wird, soll in sein Heimatland oder ein sicheres Drittland zurückgeschickt werden. Dazu sind Rücknahmeabkommen notwendig, die man im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit mit den betroffenen Staaten abschließen sollte.

Die Türkei fordert bis Oktober Visafreiheit. Dafür muss Ankara vor allem die Antiterrorgesetze ändern. Ist der Zeitplan noch realistisch?

Wenn alle Bedingungen für die Visafreiheit erfüllt sind, dann wäre es unfair, den Menschen in der Türkei kein visafreies Reisen in die EU zu ermöglichen. Europa muss zu seinem Wort stehen. Aber Ankara muss sich jetzt beeilen bei der Änderung der Antiterrorgesetze, der Zeitplan ist sehr ambitioniert.

Ist Präsident Erdogan ein verlässlicher Partner für die Europäer?

Ich kenne ihn nicht. Und ich möchte nicht Aussagen über einen Menschen treffen, dem ich noch nicht begegnet bin.

Original Gesamtseiten-PDF

"Arbeitserlaubnis für Asylbewerber undenkbar" Das wäre ein Aufruf an die Menschen in den Krisenstaaten, nach Europa zu kommen, sagt Österreichs Innenminister Wo....

Graphic

REUTERS/LEONHARD FOEGER

LEONHARD FOEGER

Load-Date: July 14, 2016

End of Document

Mit Zuwanderung punkten; Deutschland ist ein Magnet für Migranten. Es sind in erster Linie EU-Bürger und Asylbewerber, die hierher kommen. Beides hilft nicht, unsere demografischen Probleme zu lösen. Dafür ist gesteuerte Einwanderung unabdingbar

Die Welt

Donnerstag 15. Januar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 12

Length: 1044 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Vor dem Hintergrund der Anschläge von Paris und der wachsenden Pegida-Bewegung ist in Deutschland eine Debatte über ein Zuwanderungsgesetz entbrannt. Politiker von Union, SPD und Grünen propagieren ein Punktesystem, wie es beispielsweise Kanada und Australien seit vielen Jahrzehnten anwenden. Eine große Koalition scheint für dieses Zukunftsthema, das einen parteiübergreifenden gesellschaftlichen Konsens verlangt, prädestiniert zu sein. Doch die Unionsspitze sieht keinen Bedarf zu Korrekturen, was bedauerlich ist. Denn wie Deutschland in zehn, zwanzig Jahren aussieht, wie wettbewerbsfähig die Wirtschaft ist, wie widerstandsfähig der Sozialstaat ist - all dies hängt nicht zuletzt davon ab, wie jetzt die Weichen in der Zuwanderungspolitik gestellt werden.

Zum Jahreswechsel gab es einen Ökonomenstreit, ob die hier lebenden Ausländer für den deutschen Fiskus, insbesondere die Sozialkassen, einen Gewinn bedeuten oder nicht. Für die Wirtschaft ist es keine Frage, dass die Zuwanderung positive Effekte hat. Einig sind sich die Ökonomen allerdings darin, dass gut gesteuerte Zuwanderung einem Land mehr nutzt als Laissez-faire an dieser Stelle. Und gut steuert Deutschland seine Zuwanderung sicher nicht: Bei Lichte betrachtet, steuert Deutschland seine Zuwanderung überhaupt nicht.

Deutschland ist zurzeit nach den USA die Nummer zwei der beliebtesten Zielländer. Im Saldo kamen 2013 fast 440.000 Migranten hierher. Die Qualifikation der Neuzuwanderer ist im Schnitt höher, als dies früher der Fall war. Momentan läuft es also gut. Doch mit Steuerung hat dies nichts zu tun. Denn zwei von drei Neuzuwanderern stammen aus der Europäischen Union. Hier gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Diese Migration ist zweifellos vorteilhaft für Deutschland, zumal der Europäische Gerichtshof jüngst noch einmal klargestellt hat, dass Einwanderung in Sozialsysteme nicht unter die Freizügigkeit fällt. Allerdings bleiben die EU-Bürger meist nicht dauerhaft: Man geht dahin, wo die Jobs sind. Dabei profitiert Deutschland davon, dass die Migranten derzeit um andere beliebte Zielländer wie Italien, Spanien oder Frankreich wegen der dort herrschenden Krise einen großen

Mit Zuwanderung punkten Deutschland ist ein Magnet für Migranten. Es sind in erster Linie EU-Bürger und Asylbewerber, die hierher kommen. Beides hilft nicht, un....

Bogen machen. Je mehr sich diese Staaten erholen, desto mehr werden sie für Migranten wieder attraktiv. Hinzu kommt, dass Europa insgesamt altert und Deutschland deshalb kaum seine demografischen Probleme durch Einwanderung aus EU-Ländern wird lösen können.

Der zweite große Strom von Migranten sind aktuell die Flüchtlinge. Rund 200.000 waren es im vergangenen Jahr, zehn Mal mehr als noch 2007. In keinem anderen Land der Welt werden so viele Asylanträge gestellt wie hier. Es liegt auf der Hand, dass auch diese Zuwanderung nicht gesteuert werden kann. Wenn von gesteuerter Zuwanderung die Rede ist, dann geht es um Fachkräfte aus Drittstaaten. Für Hochqualifizierte sind die Regelungen für einen Zuzug nach Deutschland derzeit schon sehr liberal geregelt. Hier gab es in den vergangenen Jahren zahlreiche Gesetzesänderungen. Die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse wurde erleichtert, die Gehaltsschwelle für Hochqualifizierte abgesenkt und in Mangelberufen die Vorrangprüfung abgeschafft.

Akademiker oder Fachkräfte aus einem Mangelberuf, die hier ein Jobangebot haben, können mit einer EU Blue Card in aller Regel kommen. In den ersten zwei Jahren der EU Blue Card, die Mitte 2012 eingeführt wurde, kamen 16.000 Drittstaatler nach Deutschland. Damit sind wir EU-weit Spitzenreiter, denn wiederum profitiert die Bundesrepublik stark davon, dass andere Zielländer derzeit wirtschaftlich schlechter dastehen und deshalb gemieden werden. Doch selbst 10.000 Blue Cards pro Jahr sind eine verschwindend kleine Anzahl, wenn Deutschland aus demografischen Gründen jährlich mindestens 200.000 Migranten benötigt. Hier setzt die Forderung nach einem Punktesystem an. Die derzeitigen Einwanderungsregeln orientieren sich an aktuellen Engpässen am Arbeitsmarkt.

Ein Punktesystem steuert dagegen den Zuzug mit einer langfristigen Perspektive. Klare Kriterien wie Qualifikation, Alter, Sprachkenntnisse werden bewertet. Ab einer bestimmten Gesamtpunktzahl kann der Kandidat dauerhaft einreisen und hier arbeiten. Ein Punktesystem ist nicht per se liberaler als die deutschen Regulierungen für Fachkräfte aus Drittstaaten. Aber die allermeisten Zuwanderer, die von außerhalb der EU stammen, kommen über das Asylverfahren zu uns. Und das ist für die Betroffenen, aber auch für das Zielland sehr viel intransparenter und ineffizienter als das Punkteverfahren. Die wenigsten der Asylbewerber werden als politisch Verfolgte anerkannt. Den Bürgerkriegsflüchtlingen gewährt man in aller Regel nur befristeten Schutz. Wirtschaftsflüchtlinge müssen zurückkehren. Bei einem solchen Verfahren werden allzu oft gerade diejenigen, die Deutschland am meisten nützen könnten, wieder vor die Tür gesetzt.

Dass die Arbeitsmöglichkeiten für Asylbewerber kürzlich erleichtert wurden, ist ein richtiger und wichtiger Schritt. Doch Arbeitgeber scheuen sich oft, in neue Mitarbeiter zu investieren, etwa ihnen eine Ausbildung anzubieten, wenn sie nicht sicher sein können, wie lange diese Menschen hier bleiben dürfen. Auch ist der Anreiz für die Betroffenen, Deutsch zu lernen und sich in die hiesige Gesellschaft zu integrieren, geringer, wenn möglicherweise schon bald die Abschiebung droht. Schnellere Asylverfahren sind deshalb ein richtiger Ansatz - reichen aber als Lösung nicht aus.

Mit einem Punktesystem könnte Deutschland ein starkes Zeichen in die Welt senden, dass qualifizierte Menschen hierzulande hoch willkommen sind. Auch Flüchtlinge sollten unbürokratisch die Möglichkeit haben, nachträglich als Arbeitsmigranten mit Bleiberecht eingestuft zu werden. Denn viele von ihnen bringen Qualifikationen mit, die in Deutschland gesucht sind. Ein Punktesystem würde zudem den Anreiz verstärken, Deutsch zu lernen - am besten schon vor der Einreise. Schließlich sind Sprachkenntnisse ein wichtiger Schlüssel zu einer gelingenden, dauerhaften Integration. Englischsprachige Einwanderungsländer haben hier einen Wettbewerbsvorteil. Doch dafür kann Deutschland mit einer der stärksten Volkswirtschaften der Welt locken.

Ein Punktesystem wäre ein starkes Zeichen, dass Qualifizierte in Deutschland hoch willkommen sind

Graphic

Mit Zuwanderung punkten Deutschland ist ein Magnet für Migranten. Es sind in erster Linie EU-Bürger und Asylbewerber, die hierher kommen. Beides hilft nicht, un....

M. Lengemann

Load-Date: January 15, 2015

End of Document

Auch die Bundesländer sollen in Griechenland helfen; Gewerkschaft der Polizei rechnet damit, dass rund 600 deutsche Beamte benötigt werden, um das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei durchzusetzen

Die Welt

Dienstag 22. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 69

Length: 727 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Bundesländer aufgefordert, sich an der geplanten Hilfe für Griechenland zu beteiligen. Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek sagte der "Welt": "Ich appelliere an den Bundesinnenminister, dass er die Bundesländer schnell ins Boot holt."

Bei der Sicherung der EU-Außengrenze und bei der Rückführung illegaler **Migranten** in die Türkei handle es sich um Gemeinschaftsaufgaben. "Wenn jetzt von 200 Polizeibeamten vor Ort die Rede ist, dann brauchen wir de facto insgesamt 600 Beamte, die abwechselnd in Griechenland eingesetzt werden können", erklärte Radek.

Der GdP-Vize fügte hinzu: "In der Vergangenheit bestand Einvernehmen, dass internationale Missionen von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden." Die Gewerkschaft sieht vor allem Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) in der Pflicht: "Er wollte Grenzkontrollen, hat aber auch kein Personal übrig für einen Grenzschutz - und zwar an der EU-Außengrenze in Griechenland", erklärte Radek.

Nach Einschätzung des Chefs der Innenministerkonferenz, des saarländischen Ministers Klaus Bouillon (CDU), ist absehbar, dass auch die Länder Beamte nach Griechenland schicken. Bisher sei im Saarland noch keine Anfrage des Bundes eingegangen. Er rechne aber damit, sagte Bouillon. Dann werde sich auch das Saarland mit "einem kleinen Kontingent" beteiligen.

Laut einem Schreiben der Innenminister Deutschlands und Frankreichs an die EU-Kommission, das unter anderem der "Welt" vorliegt, haben sich Thomas de Maizière (CDU) sowie Bernard Cazeneuve bereit erklärt, nach Griechenland zusätzliche Experten für die Grenzsicherung, das Asylverfahren und für die Umsetzung von Rückführungen bereitzustellen. Dabei handelt es sich um bis zu 200 Polizeibeamte. Außerdem bieten die Minister jeweils 100 Asylfachleute an, die bei der Bearbeitung von Anträgen helfen, in Deutschland aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Das deutsch-französische Angebot deckt etwa ein Viertel des Bedarfs, den die

Auch die Bundesländer sollen in Griechenland helfen. Gewerkschaft der Polizei rechnet damit, dass rund 600 deutsche Beamte benötigt werden, um das Flüchtlingsabk....

EU-Kommission errechnet hat, um die beschleunigte Rückführung von Migranten in die Türkei praktisch umzusetzen.

"Dies ist angesichts der aktuellen Lage in Griechenland geboten und ein besonderer Ausdruck der europäischen Solidarität", schreiben die beiden Minister. Sie äußern die Hoffnung, "dass sich viele Mitgliedsstaaten unserem Beispiel anschließen werden". Beide weisen darauf hin, dass sie auch bei der Versorgung von Flüchtlingen in Griechenland helfen. So hat Deutschland Hochleistungspumpen für die Trinkwasserversorgung von Flüchtlingen bereitgestellt.

Die Sprecherin für Innere Sicherheit der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic, äußerte Bedenken zu dem geplanten Einsatz: "Die Bundespolizei ist aktuell an der Belastungsgrenze", sagte die Innenexpertin dieser Zeitung. "Der Innenminister wird erklären müssen, wie er angesichts der angespannten Personalsituation mehrere Hundert weitere Stellen bereitstellen kann. Es wäre fatal, wenn das auf Kosten weiterer Überstundenberge oder gar der Sicherheitslage im Land gehen würde."

Die EU-Kommission will in den nächsten beiden Wochen mehr als 4000 Beamte aus Griechenland, den Mitgliedsstaaten und EU-Behörden mobilisieren, um die Vereinbarungen mit der Türkei umzusetzen, die am Sonntag in Kraft traten. Die Mitgliedsstaaten sollen 2400 Beamte abstellen, so die Zeitung unter Berufung auf ein Planungsdokument der Kommission.

De Maizière nannte die Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens eine "gewaltige logistische Herausforderung". Deutschland werde dabei helfen, diese Herausforderung zum Erfolg zu führen, sagte de Maizière am Montag in Berlin. Jetzt komme es darauf an, die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs schnell umzusetzen. Das Ziel bestehe darin, den Schleusern das Geschäft wegzunehmen. "Das geht nur dann, wenn tatsächlich auch diejenigen, die jetzt auf die Inseln nach Griechenland kommen, zurückgeschickt werden in die Türkei", sagte er. Die EU und die Türkei hatten am Freitag vereinbart, dass alle ab dem 20. März in Griechenland ankommenden Flüchtlinge zurückgeschickt werden. Zuvor müssen diese aber registriert und ihre Asylanträge aufgenommen werden. Im Gegenzug will die EU der Türkei bis zu 72.000 syrische Flüchtlinge in einem geordneten Verfahren direkt abnehmen. Wie groß der deutsche Anteil an diesem Kontingent sein wird, steht noch nicht fest.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 22, 2016

Deutscher Mittelstand will Migranten helfen; 330 Betriebe bilden ein Netzwerk für Flüchtlinge

Die Welt

Donnerstag 10. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 59

Length: 414 words

Byline: Jan Dams

Body

Konkurrenz belebt das Geschäft. Das scheinen sich auch Deutschlands Unternehmen in Sachen Integration zu denken. Denn nach der Initiative "Wir zusammen" hat am Mittwoch auch das Netzwerk "Unternehmen integrieren Flüchtlinge" sein Projekt vorgestellt. Unterstützt von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) präsentierten Vertreter dieser Initiative ihr Programm. Dabei geht es vor allem um die Integration von Migranten im deutschen Arbeitsmarkt.

Nach Ansicht des SPD-Chefs und Wirtschaftsministers ist für die erfolgreiche Integration vor allem ein Arbeitsplatz notwendig. "Am Ende zählt die Integration in den Arbeitsmarkt", sagte Gabriel. Ihm sei aber auch klar, dass viele der Menschen, die jetzt nach Deutschland kämen, die notwendige Qualifikation nicht hätten. Die Betriebe, die am Projekt "Unternehmen integrieren Flüchtlinge" teilnehmen, wollen dagegen etwas tun. Das Wirtschaftsministerium fördert sie dafür mit 2,8 Millionen Euro.

Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), geht davon aus, dass es fünf bis zehn Jahre dauern wird, um die Menschen am Arbeitsmarkt zu integrieren. Das gehe nicht von heute auf morgen, sagte er. Die Bereitschaft der Unternehmen sei jedoch sehr groß, dabei zu helfen.

Schon jetzt haben viele Firmen Praktikanten eingestellt, die auf den Arbeitsalltag in deutschen Betrieben vorbereitet werden sollen. Bei der Pressekonferenz im Bundeswirtschaftsministerium stellte Gabriel mehrere Firmen vor, die bereits Flüchtlinge beschäftigen. Auch kleine Firmen sind dabei, etwa eine Kfz-Werkstatt Schmauder. Firmenchefin Bettina Schmauder berichtete, dass in ihrem Unternehmen bereits zwei Flüchtlinge tätig seien. Ein junger Iraker zum Beispiel würde eine Art Ausbildung mit reduzierter Theorie absolvieren. Die Initiative betonte aber, dass sie sich nicht in Konkurrenz zur Plattform "Wir zusammen" der Großkonzerne sehe. Beides sei richtig und notwendig, sagte Schweizer. Man würde auch gegenseitig auf die jeweiligen Angebote auf den Internetseiten verlinken. Zu tun gibt es ohnehin genug.

Deutscher Mittelstand will Migranten helfen 330 Betriebe bilden ein Netzwerk für Flüchtlinge

Asylbewerber können nach drei Monaten eine Arbeit aufnehmen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Die Arbeitsagenturen müssen aber prüfen, ob nicht ein Bewerber aus Deutschland oder der EU für die Stelle in Frage kommt. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg erhielten im vergangenen Jahr rund 29.100 Asylbewerber und rund 6200 Personen mit einer Duldung eine Arbeitserlaubnis.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 10, 2016

End of Document

"Es ist rechtlich möglich, zwischen Flüchtlingen zu unterscheiden"; Warum Taschengeldkürzungen eher abschrecken als die Ausweitung sicherer Herkunftsländer. Gespräch mit dem Asylexperten Daniel Thym

Die Welt

Dienstag 11. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 185

Length: 958 words

Byline: Lmanuel Bewarder

Body

Der Rechtsexperte Daniel Thym hat Erwägungen, zur Eindämmung der **Flüchtlingsströme** Grenzkontrollen wieder einzuführen, als Scheinlösung bezeichnet. **Flüchtlinge** würden Kontrollen ohnehin erfolgreich ausweichen.

Die Welt:

Flüchtlinge vom Balkan haben kaum eine Chance auf einen erfolgreichen **Asylantrag**. Muss man sie anders behandeln?

Daniel Thym:

Es ist nachvollziehbar, dass viele Politiker zwischen Asylbewerbern aus verschiedenen Herkunftsstaaten unterscheiden wollen. Die Situation im Westbalkan ist eine völlig andere als in Syrien, Afghanistan oder Eritrea, wo wir es tatsächlich mit politischer Verfolgung zu tun haben. Dieser Gruppe erkennen wir deshalb im Regelfall einen Schutzstatus an. Der anderen vom Balkan normalerweise nicht.

Wirtschaftsflüchtlinge haben bei uns keine Zukunft?

Deutschland verzeichnet viel Zuwanderung - auch aus wirtschaftlichen Gründen - , die vom Staat in regulierten Bahnen sogar gefördert wird. Wenn Menschen aber versuchen, über das Asylverfahren die Armut hinter sich zu lassen, dann haben sie kaum eine Chance, hierzulande bleiben zu dürfen. Wenn sie allerdings nach einem erfolglosen Asylantrag einfach hierbleiben, wird die Ausreisepflicht häufig nicht durchgesetzt. Dann verfestigt sich langsam der Aufenthalt, bis irgendwann offiziell ein Bleiberecht ausgesprochen wird, das der Bundestag erst vor wenigen Wochen erleichterte. Dann wird aus einem erfolglosen Asylantrag irgendwann doch die erhoffte Wirtschaftsmigration, ganz unabhängig von der Qualifikation.

Es fallen sogar die Worte "falsche Flüchtlinge".

"Es ist rechtlich möglich, zwischen Flüchtlingen zu unterscheiden" Warum Taschengeldkürzungen eher abschrecken als die Ausweitung sicherer Herkunftsländer. Gesp....

Ich halte nichts von Begriffen wie "falschen Flüchtlingen" oder "Asylmissbrauch", weil dabei eine stark abwertende Wertung mitschwingt. Es ist nicht gleich Missbrauch, wenn man das Asylverfahren in Anspruch nimmt. Es kann jedoch unbegründet sein.

Eine Forderung lautet, Staaten vom Balkan als sichere Herkunftsländer einzustufen. Bringt das etwas?

Es ist kein Allheilmittel. Jede Migrationsbewegung hat vielfältige Ursachen. Zum Teil liegt es an den Verhältnissen in den Herkunftsstaaten. Es hat aber auch mit den Bedingungen in den Zielländern zu tun, die sie attraktiv machen. Wer die Migration steuern will, muss an vielen Rädchen drehen. Die Ernennung zu sicheren Herkunftsstaaten ist ein Beispiel. Anträge können schneller bearbeitet werden. Außerdem sendet es das Signal in die Herkunftsländer aus, dass ein Asylantrag nahezu aussichtslos ist. Der eigenen Bevölkerung in Deutschland macht man damit zudem deutlich, dass man nicht tatenlos zuschaut.

Vom Balkan kommen viele Roma nach Deutschland. Angesichts ihrer prekären Lage in der Heimat - kann man da mit gutem Gewissen von sicheren Herkunftsstaaten sprechen?

Eine Verfolgung in dem Sinne, dass dafür ein Flüchtlingsschutz gewährt wird, ist dort nicht im größeren Umfang festzustellen. Das bedeutet im Umkehrschluss aber nicht, dass die Menschen auf dem Balkan unter guten Bedingungen leben.

Es gibt den Vorschlag, das Taschengeld von rund 143 Euro pro Monat zu streichen. Geht das überhaupt?

Für Flüchtlinge aus Europa sind unter anderem solche Sozialleistungen ein Anreiz. Die Auswirkung einer Taschengeldkürzung könnte deutlich größer sein als eine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten. Es gibt aber rechtliche Probleme: Aufgrund früherer Urteile des Bundesverfassungsgerichts dürfte es sehr schwer werden, eine Kürzung tatsächlich durchzusetzen.

Wäre es denn möglich, statt Bargeld vor allem Sachleistungen und Gutscheine auszugeben?

Das ist viel eher möglich. Die Sachleistungen müssen dabei den Anforderungen an ein menschenwürdiges Existenzminimum genügen. Rechtlich ist daran nichts auszusetzen. Die Frage ist nur, ob man das politisch anstrebt. Bis vor ein paar Jahren war diese Form der Unterstützung noch sehr verbreitet und wurde erst vor Kurzem auf Wunsch einiger Bundesländer weiter reduziert. Das war allerdings vor dem aktuellen Anstieg.

Die CSU in Bayern will für Balkanflüchtlinge Abschiebelager direkt an der Grenze errichten. Ist es okay, Asylbewerber zweiter Klasse zu benennen?

Asylbewerber zweiter Klasse gibt es nicht. Wir haben es hier mit einem Problem bei der Wortwahl zu tun. Der Begriff "Lager" weckt böse Assoziationen. Rechtlich ist es aber möglich, bei der Unterbringung zwischen den Flüchtlingen zu unterscheiden.

Der Bundesinnenminister sagt, bei Asylverschärfungen müsse man ohne Scheuklappen diskutieren.

Ein Aspekt sind Abschiebungen. In den vergangenen Jahren wurden in Deutschland nur wenige abgelehnte Asylbewerber zurück in ihre Heimat geschickt. Das kann man ausweiten.

Die Zahl der Flüchtlinge vom Balkan ist seit der Einführung der Visafreiheit hochgeschellt. Was würde eine Visumpflicht bringen?

Das Problem ist, dass man dafür die Zustimmung der europäischen Ebene braucht - wie in so vielen Fällen. Man könnte für bestimmte Länder von vornherein den Zugang zum Asylverfahren ausschließen. Das würde über sichere Herkunftsstaaten hinausgehen. Hierfür müsste man aber europäisches Recht und das Grundgesetz ändern.

Die Kanzlerin spricht über eine mögliche Wiedereinführung von Grenzkontrollen.

"Es ist rechtlich möglich, zwischen Flüchtlingen zu unterscheiden" Warum Taschengeldkürzungen eher abschrecken als die Ausweitung sicherer Herkunftsländer. Gesp....

Man kann Grenzkontrollen wieder einführen. Dafür müssten aber die europäischen Verträge geändert werden. Ich glaube nicht, dass man das erreichen will. Mit Blick auf die 90er-Jahre, als wir die Grenzen noch bewachten, ist klar, dass Flüchtlinge stets versuchen werden, Kontrollen auszuweichen - und das durchaus erfolgreich. Es wäre nur eine Scheinlösung. Ich glaube auch nicht, dass wir wollen, dass Menschen wieder nachts durch die Oder schwimmen und ertrinken.

Werden weiter so viele Flüchtlinge zu uns kommen?

Eigentlich gehen die Zahlen im Sommer zurück. Das ist in diesem Jahr nicht der Fall. Deshalb gehe ich davon aus, dass insgesamt sehr viele Flüchtlinge in diesem Jahr kommen werden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

pa/dpa/Jörg Carstensen

Daniel Thym lehrt öffentliches, Europa- und Völkerrecht an der Uni Konstanz

Jörg Carstensen

Load-Date: August 11, 2015

Politik Kompakt; Agrarminister: Das Aus für die vegane Currywurst ++
Asylbewerber: Mehr als 50.000 gingen 2016 freiwillig zurück

Die Welt

Donnerstag 29. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 306

Length: 273 words

Body

Agrarminister

Das Aus für die vegane Currywurst

Vegane Lebensmittel sollen nach dem Willen von Bundesagrarminister Christian Schmidt nicht mehr unter der Bezeichnung von Fleischprodukten angeboten werden. Bezeichnungen wie "vegane Currywurst" seien irreführend, sagte Ministeriumssprecher Jens Urban in Berlin. Schmidt selbst hatte der "Bild"-Zeitung gesagt, durch solche Begriffe würden Verbraucher verunsichert. "Ich möchte nicht, dass wir bei diesen Pseudo-Fleischgerichten so tun, als ob es Fleisch wäre." Schmidt habe die EU-Kommission aufgefordert, den Bezeichnungsschutz für Milch und Käse auch auf Fleisch auszuweiten, sagte Urban. Die Folge wäre ein Verbot der Bezeichnung veganer Produkte etwa als "Schnitzel", "Boulette", oder "Hackfleisch".

Asylbewerber

Mehr als 50.000 gingen 2016 freiwillig zurück

Die Zahl der freiwilligen Rückkehrer unter Asylbewerbern und Migranten hat im laufenden Jahr den höchsten Stand seit 16 Jahren erreicht: Rund 55.000 seien 2016 mit finanzieller Unterstützung Deutschlands in ihre Heimatländer zurückgekehrt, berichtete die "Süddeutsche Zeitung" unter Berufung auf eine Schätzung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Die Anzahl der Abschiebungen war mit geschätzt 25.000 in diesem Jahr nicht einmal halb so hoch wie die der freiwilligen Rückreisen, wie es in dem Bericht weiter heißt. Die meisten Rückkehrer stammen demnach vom Westbalkan. Sie waren ohne ernsthafte Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland und dürften durch die freiwillige Rückkehr ihrer Abschiebung zuvorgekommen sein. Allein 15.000 Menschen seien bis November nach Albanien zurückgekehrt.

Original Gesamtseiten-PDF

Politik Kompakt Agrarminister: Das Aus für die vegane Currywurst ++ Asylbewerber: Mehr als 50.000 gingen
2016 freiwillig zurück

Load-Date: December 29, 2016

End of Document

Sehnsuchtsort Deutschland; Migrationsbericht: Mehr als drei Viertel der Zuwanderer sind Europäer

Die Welt

Donnerstag 22. Januar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 18

Length: 658 words

Byline: Freia Peters

Body

Es gibt viel zu tun im Bereich Zuwanderung - aber am allerwenigsten bei neuen rechtlichen Regelungen", sagte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) bei der Vorstellung des neuen Migrationsberichtes der Bundesregierung. Eine klare Absage erteilte er damit der Forderung des Koalitionspartners nach einem neuen Zuwanderungsgesetz. "Ich sehe Deutschland als Einwanderungsland und es ist wichtig, dass es für ein solches klare Kriterien gibt - aber wir haben sie bereits!"

Die Integrationsbereitschaft der Bevölkerung etwa müsse immer mitgedacht, die Interessen der Bundesrepublik einkalkuliert und das Recht auf Asyl geschützt werden. "Je klarer das Recht auf Asyl, desto höher die Integrationsbereitschaft der Bevölkerung", sagte de Maizière. Diese sei auch abhängig von Religion, Kulturkreis und sozialer Schicht, aus der ein Zuwanderer stamme. "Es ist ein Unterschied, ob ein Diplom-Ingenieur aus Kanada kommt oder ein Analphabet aus dem Sudan." Zuwanderung, die der Integrationsbereitschaft der Bevölkerung nicht entspreche, werde scheitern.

Soweit die politische Einordnung des Innenministers bei der Vorstellung des Migrationsberichtes, den das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge jährlich erstellt. Deutschland wird immer attraktiver für Zuwanderer, steht darin. 1,2 Millionen Menschen sind im Jahr 2013 aus dem Ausland zugezogen, so viele wie seit 20 Jahren nicht mehr. Damit stieg die Zahl der Zuwanderer im Vergleich zum Vorjahr um 150.000. Die Bundesrepublik ist in Europa nach wie vor ein Hauptzielland von Migration und hat an Attraktivität hinzugewonnen. Gleichzeitig haben auch mehr Menschen als in den Jahren zuvor Deutschland verlassen. Die Zahl stieg um zwölf Prozent auf rund 800.000. Dennoch wuchs die Bevölkerung in Deutschland damit unter dem Strich noch immer um 430.000 Menschen, auch das ist der höchste Wert seit 20 Jahren. Diese Zahlen und viele mehr stehen - ohne große Interpretation - auf den 312 Seiten des Berichtes.

Darüber, wie viel Zuwanderung Deutschland verkraften kann, wird derzeit wieder einmal heftig diskutiert. Der Zulauf der Pegida-Demonstrationen steigt. Ihre zentrale Forderung ist es, die Zuwanderung stark zu beschränken. 4000 Polizisten sollten am Mittwochabend in Leipzig im Einsatz sein, um die Demonstration zu sichern, "eine solche

Sehnsuchtsort Deutschland Migrationsbericht: Mehr als drei Viertel der Zuwanderer sind Europäer

Relation hat es in Deutschland selten gegeben", sagt de Maizière. Für die Ängste der Menschen zeigte der Innenminister Verständnis. "In ostdeutschen Ländern haben die Leute ein ungleich größeres Maß an Veränderung erlebt. Jetzt geht es aber weiter mit der Veränderung. Viele möchten das nicht oder schaffen das nicht." Der Gesprächsfaden mit diesen Menschen sei abgerissen, das dürfe nicht so bleiben.

Zuwanderer kommen vor allem aus Europa nach Deutschland - mit stark zunehmender Tendenz: Waren das 2012 noch 58 Prozent, so sind es 2013 bereits deutlich mehr als drei Viertel: 76,8 Prozent. Das Hauptherkunftsland blieb Polen, doch die Südeuropäer holen auf: "Deutlich angestiegen" sind die Zuzüge aus den Krisenländern Italien, Griechenland und Spanien erstmals im Jahr 2011. Inzwischen ist Italien das drittstärkste Herkunftsland, mit einem Anteil von 4,9 Prozent an den Neuankömmlingen im Jahr 2013 (Polen 16,1 Prozent, Rumänien elf Prozent).

Von den 80,6 Millionen Einwohnern in Deutschland haben inzwischen 15,9 Millionen einen Migrationshintergrund; fast die Hälfte von ihnen sind Ausländer. Migranten tragen wesentlich zur Verjüngung bei. Mehr als zwei Drittel von ihnen waren im Jahr 2013 jünger als 45 Jahre. Im Rest der Bevölkerung war das nur knapp jeder Zweite. Zurückgegangen ist dagegen der Zuzug von Fachkräften und Hochqualifizierten aus Ländern außerhalb der EU. Waren es im Jahr 2012 noch 27.000, kamen ein Jahr später nur noch 24.000.

Auch die Zahl der Asylanträge steigt stark. Die Religion der Antragsteller wird nicht erfasst, aber Innenminister de Maizière schätzt, dass rund 60 Prozent der 202.834 Antragsteller im vergangenen Jahr Muslime sind.

Load-Date: January 22, 2015

Jeder sechste Asylbewerber ging auf die Uni; Obwohl es wichtig für Migranten wäre, wird ihr Bildungsniveau aber nicht systematisch erfasst

Die Welt

Samstag 29. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 201

Length: 585 words

Byline: Jan Dams

Body

Hunderttausende **Flüchtlinge** kommen nach Deutschland. Die Politik diskutiert, ob und in welchem Ausmaß diese Menschen dem deutschen Arbeitsmarkt helfen können, der in den kommenden Jahren unter der Alterung der deutschen Bevölkerung leiden dürfte.

Forschungsinstitute fordern den massenhaften Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland, um den Mangel an deutschen Arbeitnehmern zu kompensieren. Politiker sehen daher in der großen Zahl an Flüchtlingen, die nach Deutschland kommt, daher eine große Chance für das Land. Einen Wermutstropfen gibt es dabei allerdings: "Eine statistische und systematische Erfassung der Ausbildung und Qualifikation von Asylbewerbern erfolgt nicht", schreibt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zu einer Anfrage der "Welt". Man befrage sie im Rahmen ihrer Antragstellung zwar zu den Aspekten Bildung und Ausbildung. Die Antwort sei aber freiwillig. Die gesammelten Daten sind im statistischen Sinne nicht repräsentativ beziehungsweise valide. Auf Deutsch: Sie sind mit Vorsicht zu genießen.

Ein Bild ergeben sie dennoch: Unter den Asylsuchenden des vergangenen Jahres hatten 15 Prozent eigenen Angaben zufolge eine Hochschule besucht. 16 Prozent waren auf einem Gymnasium, 35 Prozent gaben an, eine Mittelschulbildung zu haben. Elf Prozent hatten demnach keine Schule besucht. 24 Prozent lediglich eine Grundschule.

Gemessen am deutschen Durchschnitt ist das Ausbildungsniveau beim Durchschnitt der Flüchtlinge niedriger. Nach Zahlen des statistischen Bundesamts aus dem Jahr 2013 hatten knapp 22 Prozent der heimischen Bevölkerung einen Fach-, beziehungsweise Fachhochschul- oder Hochschulabschluss. Die Hälfte der in Deutschland lebenden Personen hatte demnach eine Berufsausbildung. 29 Prozent die Hochschulreife, 23 Prozent den Abschluss einer Realschule und 34 Prozent den Abschluss der Haupt- beziehungsweise Volksschule.

Unterm Strich heißt das: Viele der Menschen, die nach Deutschland kommen, brauchen unabhängig von Deutschkursen und anderen integrativen Maßnahmen entweder eine zusätzliche Ausbildung beziehungsweise

Jeder sechste Asylbewerber ging auf die Uni Obwohl es wichtig für Migranten wäre, wird ihr Bildungsniveau aber nicht systematisch erfasst

einen Schulbesuch. Oder der Zugang zu höherwertigen Arbeitsplätzen auf dem deutschen Arbeitsmarkt bleibt ihnen weitgehend verschlossen.

Eine Studie des Statistische Bundesamtes hatte gerade erst gezeigt, dass Menschen mit einem niedrigeren Qualifizierungsgrad - und dazu zählt in Deutschland mittlerweile sogar der Realschulabschluss - ein deutlich höheres Armutsrisiko haben. Für sie gibt es oft keine oder nur schlecht bezahlte Jobs, weil diese in vielen Wirtschaftszweigen weggefallen sind.

Etwas anders sieht es bei den Flüchtlingen aus Syrien aus. Deren Bildungsniveau unterscheidet sich vom Schnitt der Asylbewerber. Zumindestens, wenn man den Angaben trauen will. Bei den zwischen Anfang 2013 und September 2014 gewonnenen Daten zeigt sich folgendes Bild: "Im Gegensatz zu anderen Herkunftsländern erklärten rund 78 Prozent, aus durchschnittlichen oder sogar sehr guten wirtschaftlichen Verhältnissen zu stammen", schreibt das BAMF.

Rund 21 Prozent gaben an, eine Fachhochschule beziehungsweise Universität besucht zu haben, rund 22 Prozent ein Gymnasium und rund 47 Prozent eine Grund- oder Mittelschule. Nur wenige hätten gar keine Schule besucht.

Einen kleinen Warnhinweis schickt das Bamf gleich mit: "Die auf diese Weise gewonnenen Daten sind nicht dazu geeignet, die Grundlage für ein Profiling im Rahmen einer Arbeitsmarktberatung zu bilden, hierzu wäre eine tiefer gehende Erfassung der Qualifikationen erforderlich."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 29, 2015

Die Kosten der Flüchtlinge; Generationenbilanz geht von bis zu 1,5 Billionen Euro aus. Arbeitsmarktintegration entscheidend

Die Welt

Mittwoch 20. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 168

Length: 1075 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Deutschland erlebt derzeit den längsten Aufschwung seit den sechziger Jahren. Die Beschäftigung hat ein Allzeithoch erreicht, entsprechend vermelden auch Fiskus und Sozialversicherungen Rekordeinnahmen. Der anhaltende Boom schlägt sich positiv auf die staatliche Finanzlage nieder.

Und so sinkt ganz ohne Einsparungen und trotz neuer Sozialleistungen der Schuldenstand, wie die aktuelle Generationenbilanz zeigt, die der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft erstellt hat.

Doch dieser erfreuliche Trend verkehrt sich ins Gegenteil, wenn die langfristigen Kosten der **Flüchtlingswelle** von 2015 einbezogen werden. Denn diese belaufen sich nach Raffelhüschens Berechnungen auf rund 878 Milliarden Euro. "Die Politik ist gefordert, eine bestmögliche Integration sicherzustellen, um diese Kosten zumindest teilweise zu dämpfen", mahnt der Ökonom. Sollte auch die zweite Generation nicht ähnlich gut in den Arbeitsmarkt integriert sein wie der einheimische Nachwuchs, drohe sogar ein Anstieg der Kosten auf bis zu 1,5 Billionen Euro.

Die Generationenbilanz gibt ein Bild davon, wie hoch die tatsächliche Verschuldung Deutschlands ist. "Der Staat weist nur ein Drittel der Schulden aus", monierte Raffelhüschen. Die offizielle Staatsverschuldung liegt derzeit bei knapp 75 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Knapp doppelt so hoch ist jedoch die in den Sozialversicherungen versteckte Verschuldung. Diese implizite Staatsschuld gibt an, welche Rücklagen die öffentliche Hand bilden müsste, um die versprochenen Sozialleistungen in Zukunft bezahlen zu können. Weil der Staat jedoch von der Hand in den Mund lebt und keine Finanzreserven bildet, drohen künftigen Generationen deutlich höhere Lasten, als sie die heutigen Steuer- und Beitragszahler schultern müssen.

Die Gesamtverschuldung beträgt mit 6,2 Billionen Euro mehr als das Zweifache der gesamten Wirtschaftsleistung. Raffelhüschen kritisierte, dass die Bundesregierung die gute Konjunkturlage nicht genutzt habe, um den Haushalt mutiger zu konsolidieren, sondern stattdessen nach dem teuren Rentenpaket auch noch die Ausweitung der

Die Kosten der Flüchtlinge Generationenbilanz geht von bis zu 1,5 Billionen Euro aus. Arbeitsmarktintegration entscheidend

Pflegeleistungen auf den Weg gebracht habe. Neben der Pflege- und der Rentenversicherung sind auch die Krankenversicherung und die Beamtenpensionen nicht nachhaltig finanziert.

Im vergangenen Jahr kamen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mit 2,1 Millionen Migranten mehr Zuwanderer ins Land als jemals zuvor. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Flüchtlinge. Die Stiftung Marktwirtschaft widerspricht vehement der These, Deutschland profitiere von dem starken Andrang an Schutzsuchenden. "Eine ungesteuerte Zuwanderung bringt dem Land keine fiskalische Rendite, sondern kostet dauerhaft", sagte Stiftungsvorstand Michael Eilfort. Dies gilt selbst dann, wenn die Asylsuchenden rasch in den Arbeitsmarkt integriert werden. Denn weil ihr Qualifikationsniveau deutlich unter dem der einheimischen Bevölkerung liegt, sind auch die zu erwartenden Löhne und damit die langfristigen Einzahlungen in die Steuer- und Sozialkassen geringer.

Auch bei den schon hier lebenden Ausländern ist die fiskalische Bilanz nach Raffelhüschens Berechnungen für den Staat negativ. So zahlen Migranten im Laufe ihres Berufslebens weniger ein als Deutsche. Zwar bekommen die Bundesbürger im Rentenalter auch höhere Leistungen, da sie in der Regel höhere Rentenansprüche angesammelt haben. Doch unter dem Strich profitiert der Staat von den Deutschen mehr als von den Ausländern.

Ohne die Flüchtlingswelle läge die Gesamtverschuldung derzeit bei 198 Prozent des BIP. Wie stark diese Nachhaltigkeitslücke infolge des starken Andrangs von Asylbewerbern steigt, hängt entscheidend von der Arbeitsmarktintegration ab. Sogar in dem unrealistischen Fall, dass die Flüchtlinge sofort ähnliche Jobs bekommen wie die schon hier lebenden Migranten, ergibt sich ein Anstieg auf knapp 212 Prozent des BIP. Unterstellt man dagegen, dass die Asylbewerber nach sechs Jahren zu den hier lebenden Migranten aufgeschlossen haben, dann liegt der Schuldenstand bei 228 Prozent der Wirtschaftsleistung. Treten zudem selbst bei der zweiten Generation noch Integrationsprobleme auf, erhöht sich die Gesamtverschuldung auf über 251 Prozent. "Selbst dieses Szenario ist noch unrealistisch positiv", stellte Raffelhüschen klar. Denn aufgrund der geringen Qualifikation der Flüchtlinge sei ein Aufholen innerhalb von sechs Jahren noch sehr anspruchsvoll. Auch sei fraglich, ob es gelinge, die zweite Generation so gut wie die deutschen Kinder auszubilden.

Bei den Berechnungen wurde unterstellt, dass alle Flüchtlinge dauerhaft in Deutschland bleiben. Üblicherweise kehren aber gerade Bürgerkriegsflüchtlinge häufig in ihre Heimat zurück, wenn sich die Lage bessert. Da aber andererseits Raffelhüschen den Familiennachzug außen vor lässt, dürften die Annahmen über die Zahl, der am Ende hier bleibenden Menschen realistisch sein.

Der Ökonom betont, dass eine gesteuerte Zuwanderung durchaus helfen würde, Deutschlands große demografische Probleme zu lösen. "Denn Kinder und Hochqualifizierte können wir gar nicht genug bekommen." Die Tatsache, dass die meisten Flüchtlinge jung seien, schlage sich deshalb positiv in der Generationenbilanz nieder. Die im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung günstigere Altersstruktur bedeute eine Reduzierung der Verschuldung um elf Prozent. Dieser Effekt wiegt aber die zu erwartenden Flüchtlingskosten bei weitem nicht auf. Am stärksten schlägt dabei zu Buche, dass Migranten, die erst nach Jahren einen Job haben, nahezu keine Chance haben, im Alter eine existenzsichernde Rente zu bekommen. "Die Masse der Zuwanderer wird am Ende die steuerfinanzierte Grundsicherung im Alter bekommen", prophezeit der Finanzwissenschaftler.

Die größten Kosten infolge des starken Flüchtlingsandrangs werden nach diesen Berechnungen nicht bei den Sozialkassen, sondern im Steuersystem anfallen. "Auf Dauer kann sich Deutschland keine ungesteuerte Zuwanderung leisten", ist sich Raffelhüschen sicher. Das Wohlstandsgefälle zwischen Afrika und Europa sei so groß, dass bei offenen Grenzen eine riesige Armutswanderung unvermeidbar wäre. Man müsse sich deshalb entscheiden. Entweder die Deutschen hielten weiterhin an ihrem Wohlfahrtsstaat mit starken Umverteilungselementen fest. Dann müsste man die Grenzen schließen. "Oder Deutschland übernimmt das Modell der Vereinigten Staaten, das keine Sozialleistungen für Zuwanderer vorsieht."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Die Kosten der Flüchtlinge Generationenbilanz geht von bis zu 1,5 Billionen Euro aus. Arbeitsmarktintegration entscheidend

Jörn Baumgarten

Jörn Baumgarten

Load-Date: July 20, 2016

End of Document

Vor dem Gipfelsturm; Bislang erhält die Bundeskanzlerin wenig Unterstützung für ihre Migrationspolitik. In Brüssel kommt es zur Konfrontation

Die Welt

Mittwoch 17. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 40

Length: 1327 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Der Aufprall steht kurz bevor. Auf der einen Seite steht die Kanzlerin mit ihrem stetigen Bohren nach einer gemeinsamen europäischen Lösung. Angela Merkel (CDU) will, dass die Außengrenze der Europäischen Union (EU) schleunigst gesichert wird. Dadurch soll das Ende des Schengenraums und die Wiederkehr der Grenzen in Europa abgewendet werden.

Vor allem osteuropäische Staaten haben die Hoffnung aber aufgegeben, dass die **Flüchtlingskrise** in Kürze in der Meerenge zwischen Griechenland und der Türkei gelöst werden kann. Sie schmettern der Kanzlerin entgegen: Vergiss es. Wir machen die nationalen Grenzen dicht. Die Zahl der Zuwanderer muss sinken. Und zwar sofort. Auch sie wollen dadurch Europa retten.

Obwohl also alle Regierungen den Zuzug von Flüchtlingen reduzieren wollen, ist man im Streit über den richtigen Weg dahin völlig zerstritten. Mancher sieht die Zukunft Europas auf dem Spiel stehen. Die "Welt" erklärt daher vor dem Brüsseler Gipfel am Donnerstag und Freitag, warum die Situation derart zerfahren ist - und ob Merkel das Kunststück gelingen kann, doch nicht zu kapitulieren. Auch wenn ihr immer mehr Länder die kalte Schulter zeigen.

Der Frühling kommt. Wie groß ist der Druck?

Im Vergleich zum Herbst kommen zwar weniger Asylsuchende nach Europa. Doch mit Blick auf den vergangenen Winter ist die Zahl schwindelerregend hoch. Seit Jahresbeginn haben laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR rund 80.000 Migranten auf die griechischen Inseln übergesetzt. In den ersten beiden Monaten 2015 kamen dagegen nur 4567 Migranten an.

Eine einfache Hochrechnung auf das laufende Jahr ist aber nicht besonders aussagekräftig. Die Flüchtlingsschwellen aus Syrien und den umliegenden Staaten nach Europa setzte nämlich erst im späten Frühling ein. Die

Vor dem Gipfelsturm Bislang erhält die Bundeskanzlerin wenig Unterstützung für ihre Migrationspolitik. In Brüssel kommt es zur Konfrontation

Asylbewerberzahl in Deutschland war hingegen schon davor angestiegen - was vor allem an den vielen Zuwanderern vom Balkan lag.

In die Bundesrepublik gelangen seit Anfang des Jahres täglich rund 2000 Migranten, die hier Schutz suchen. Die Kanzlerin weiß, wie viele Flüchtlinge das im laufenden Jahr insgesamt werden könnten. Wenn die Zahl nicht deutlich zurückgeht, ist sie zum Handeln gezwungen - und zwar spätestens dann, wenn durch das Frühlingswetter in der Ägäis die Zahl der Bootsflüchtlinge möglicherweise erneut ansteigt. Ausgerechnet zu diesem kritischen Zeitpunkt muss Merkels Partei bei drei Landtagswahlen bestehen. Auch wenn die CDU dabei aufgrund komplizierter Mehrheitsbildungen Ministerpräsidentenposten hinzugewinnen könnte - der Zuspruch aus der Bevölkerung könnte einbrechen. Der März wird deshalb wohl entscheidend für Merkel werden. Sie spürt mit jeder neuen Umfrage den bröckelnden Rückhalt für ihre Politik: Der Kanzlerin fehlen bislang entscheidende Erfolge, die sie vorweisen kann.

Welche Lösung schwebt Merkel vor?

Angela Merkel dreht an vielen Rädchen, um die Flüchtlingszahl zu reduzieren. Innenpolitisch hat die Regierungskoalition trotz Streitereien und Verzögerungen in kurzer Zeit Regeln auf den Weg gebracht, mit denen die Anreize für eine Flucht nach Deutschland reduziert werden. Dadurch wurde zwar der Zuzug von Wirtschaftsflüchtlingsen vom Balkan gestoppt - doch die Wanderung aus der Kriegsregion in Syrien und den Flüchtlingslagern in den angrenzenden Ländern scheint ungebrochen.

International würde allen sicherlich ein schneller Friedensprozess in Syrien helfen. Doch der liegt außer Reichweite. Merkel setzt daher vor allem auf die Zusammenarbeit mit der Türkei und Griechenland. Dabei ist zuletzt Außergewöhnliches passiert: Die beiden Streithähne stimmen überein, dass die Nato schon in Kürze in der Ägäis patrouillieren und den Küstenwachen dabei helfen könnte, Flüchtlingsboote zurück in die Türkei zu bringen. Allerdings: Der türkische Außenminister hat erst in dieser Woche in der "Süddeutschen Zeitung" klargemacht, dass sein Land zumindest die Syrer nicht zurücknehmen werde.

Ankara soll vor allem verhindern, dass Flüchtlinge überhaupt erst in die Boote nach Griechenland steigen. Dafür verspricht die EU der Türkei viel Geld. Außerdem wird der lange Zeit heftig kritisierte Staat (Stichwort Menschenrechte) mit Visaerleichterungen und Fortschritten beim Thema EU-Beitritt gelockt. Vor allem aber sucht Merkel in Europa Verbündete, um der Türkei künftig große Kontingente von Kriegsflüchtlingsen abzunehmen.

Merkel hat angekündigt, dass sie an ihrem Kurs festhalten will. Im Interview mit der "Stuttgarter Zeitung" sagte sie: "Ich sehe keinen Grund, die grundsätzliche Herangehensweise zu ändern." Gleichwohl hat die Kanzlerin Anfang Januar angekündigt, nach dem Gipfel in dieser Woche eine "Zwischenbilanz" zu ziehen. Mit Tappelschritten korrigiert sich die Kanzlerin. Eine Kehrtwende jedoch hat sich noch nicht vollzogen.

Warum torpediert Osteuropa den Plan?

Die osteuropäischen Staaten der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Ungarn und Slowakei) haben vor, die Balkanroute an der mazedonisch-griechischen Grenze zu schließen. Anders als Deutschland lehnen sie die Aufnahme von Flüchtlingen aus anderen Kontinenten in großem Umfang ab. Zustimmung kommt unter anderem aus Österreich.

Merkels Plan, alles für die Sicherung der EU-Außengrenze zu unternehmen, wäre damit jedoch torpediert. Das Hochziehen der Grenze würde zudem den Versuch der Kanzlerin untergraben, Griechenland nicht aufzugeben. Bei einer Blockade der Balkanroute droht ein Stau von Tausenden Flüchtlingen. Griechenland könnte in ein Chaos mit gewalttätigen Auseinandersetzungen stürzen. Zudem ist völlig unklar, ob sich danach tatsächlich weniger Flüchtlinge auf den Weg machen würden - und ob sich die Route nicht einfach verlagern würde, zum Beispiel nach Albanien.

Auf wen kann Merkel zählen?

Vor dem Gipfelsturm Bislang erhält die Bundeskanzlerin wenig Unterstützung für ihre Migrationspolitik. In Brüssel kommt es zur Konfrontation

Anders als die Osteuropäer gehen andere EU-Mitglieder im Westen und Süden mit ihrem Unmut über Merkels migrationspolitische Haltung noch immer etwas zurückhaltender um. Frankreich betonte gerade lediglich, dass man nicht mehr als die bereits angekündigten 30.000 Flüchtlinge aufnehmen werde. Dennoch soll Paris Teil von Merkels "Koalition der Willigen" werden. Unmittelbar vor Beginn des Gipfels wollen elf EU-Mitglieder und die Türkei beraten. Kern des Gesprächs soll eine Aufnahme von Kontingenten direkt aus der Türkei sein. Doch selbst wenn es auf lange Sicht zu einer solchen Absprache kommen wird: Der Zwischenruf aus Frankreich macht deutlich, dass nur wenige Flüchtlinge verteilt werden können.

Offiziell erhält Merkel aus Deutschland vor allem Rückenwind. Nur die CSU um ihren Vorsitzenden Horst Seehofer fordert bereits seit Langem eine stärkere Sicherung der deutschen Grenze. Und auch die vielen kritischen Stimmen aus dem Bundesinnenministerium halten sich öffentlich noch zurück. Vor allem die SPD stützt Merkels Kurs. Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel sowie Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) haben gerade erst in einem Schreiben an sozialdemokratische Staats- und Regierungschefs der EU eine europäische Lösung angemahnt. Sie warnen darin vor einem Auseinanderbrechen der EU.

Gleichzeitig bereiten die beiden Sozialdemokraten aber den Absprung vor, falls die kommenden Wochen für Merkel erfolglos bleiben. Gabriel und Steinmeier zeigen sich in ihrem Schreiben offen für zusätzliche Kontrollmaßnahmen an Europas Binnengrenzen - allerdings müsste so etwas "gemeinsam vereinbart" werden und nicht einseitig wie nun von den Osteuropäern.

Angesichts des geringen Rückhalts versucht die Kanzlerin jetzt selbst, die Erwartungen zu dämpfen. Am Dienstag erklärte sie, dass man sich mit einem Beschluss für neue Kontingente "lächerlich" machen würde. Schließlich scheitere man seit Monaten bereits daran, 160.000 Flüchtlinge in Europa zu verteilen. Beim Gipfel gehe es vielmehr darum zu bewerten, ob die EU-Türkei-Migrationsagenda der richtige Weg zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen ist. Wenn der Plan der Kanzlerin scheitert, dann will also sie gemeinschaftlich scheitern. Der Vorteil für Merkel, sie könnte dann sagen: "Ich habe alles versucht. Es sollte nicht sein."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 17, 2016

"Asylrecht wirkt auf Flüchtlinge wie ein Magnet"; Günther Oettinger fordert Grundgesetzänderung

Die Welt

Donnerstag 26. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 276

Length: 451 words

Body

EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) hält das deutsche Asylrecht für mitverantwortlich für die Flüchtlingskrise. "Das deutsche Asylrecht wirkt wie ein Magnet auf die Flüchtlinge", sagte Oettinger dem "Handelsblatt". Dauerhaft lasse sich die Zuwanderung nach Deutschland nur drosseln, wenn es weniger Anreize gebe. Oettinger forderte eine Änderung des Grundgesetzes, "um das Asylrecht neu zu ordnen". Allerdings seien SPD und Grüne dazu noch nicht bereit. "Solange dies nicht angegangen wird, bleibt eigentlich nur eine Alternative: Milliardenhilfen für die Flüchtlingslager in der Türkei und anderen Staaten", sagte er. Die EU könne sich an der Finanzierung "nur begrenzt" beteiligen, da es nicht genügend Haushaltsspielraum gebe, sagte der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident. Der nun für digitale Wirtschaft zuständige EU-Kommissar empfahl eine bessere Sicherung der Außengrenzen, um die Migration zu steuern. "Wir brauchen eine leistungsfähige Grenzschutzbehörde in Europa", sagte Oettinger. Nötig seien 5000 Grenzbeamte. Jeder Mitgliedstaat müsse Material und Personal beisteuern.

Nach einer Umfrage im Auftrag der "Thüringischen Landeszeitung" sieht die Mehrheit der Deutschen in den Flüchtlingen keine kulturelle Bereicherung für ihr Land. Der These "Die Flüchtlinge sind eine Chance, weil sie die kulturelle Vielfalt in Deutschland erhöhen", stimmten nur 28,5 Prozent der Befragten zu. Dagegen teilten 52,5 Prozent diese These nicht.

Unterdessen hat die schwedische Regierung angekündigt, sie wolle das Asylrecht drastisch einschränken. "Es schmerzt mich zu sagen, dass Schweden Asylbewerber nicht länger auf dem bisherigen Niveau aufnehmen kann", sagte Ministerpräsident Stefan Löfven. Schweden brauche aber angesichts der Aufnahme von 80.000 Asylbewerbern innerhalb von zwei Monaten dringend eine "Atempause". Das schwedische Asylrecht werde "auf das EU-Minimum" herabgesetzt, kündigte Löfven weiter an. Die Familienzusammenführung werde erschwert, die Aufenthaltsberechtigung werde nur noch in Ausnahmefällen ohne Befristung ausgesprochen, die Altersangaben von jungen Menschen würden überprüft, die Grenzkontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen laut Löfven für drei Jahre gelten.

"Asylrecht wirkt auf Flüchtlinge wie ein Magnet" Günther Oettinger fordert Grundgesetzänderung

Die Änderungen seien erforderlich, weil es keine gemeinschaftliche Lösung der EU-Staaten gegeben habe. Der "Druck" müsse aus dem schwedischen System herausgenommen werden um zu erreichen, "dass mehr Menschen in anderen europäischen Staaten Asyl beantragen", sagte Löfven. Das skandi-navische Land nimmt im Verhältnis zur Bevölkerungszahl EU-weit die meisten Flüchtlinge auf. Für das laufende Jahr rechnen die Behörden mit 190.000 Ankömmlingen, für das nächste Jahr mit 170.000.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 26, 2015

End of Document

Vorrang für die Geheimdienste; CDU und CSU fordern leichteren Datenzugang, frühere Zugriffsmöglichkeiten und eine "Totalrevision" der Registrierung

Die Welt

Dienstag 11. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 238

Length: 830 words

Byline: Marcel Leubecher

Manuel Bewarder

Body

Nach der möglichen Vereitlung eines Terroranschlags, den ein **Flüchtling** in Chemnitz geplant haben könnte, kommen aus der Union, insbesondere aus der CSU, Forderungen nach Schließung einiger Sicherheitslücken im **Asylsystem**. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer forderte eine stärkere Beachtung von Sicherheitsaspekten bei der Anerkennung von **Asylsuchenden** durch das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF). Nötig sei eine "Totalrevision" der Registrierung.

Dies dürfte allerdings große Schwierigkeiten bereiten, weil etwa 70 Prozent aller nicht europäischen **Asylsuchenden** ohne Identitätsdokumente ankommen und aus den Herkunftsländern oft nichts oder nur wenig über einen **Migranten** in Erfahrung zu bringen ist. Das **Asylverfahren** muss sich deshalb oft hauptsächlich auf die von den Schutzsuchenden selbst vorgebrachte Erzählung stützen. Deshalb forderte der Unionsobmann im Bundestagsinnenausschuss, Armin Schuster (CDU), im Gespräch mit der "Welt", dass "die polizeiliche Gefahrenabwehr im **Asylverfahren** eine größere Rolle spielen" müsse. Er plädiert daher für eine "konsequentere Einbeziehung von Bundespolizei und den Nachrichtendiensten". Auch habe die Union "schon vor Chemnitz gefordert, dass die Vorratsdatenspeicherung von zehn Wochen auf sechs Monate ausgedehnt werden muss".

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) möchte schon ansetzen, bevor es zu einem Asylverfahren kommt. Er regte im Bayerischen Rundfunk strengere Grenzkontrollen an. Man müsse "mit sorgfältigen Überprüfungen dafür sorgen, dass Hürden für die Leute, die nicht als verfolgte Flüchtlinge, sondern eigentlich mit schlimmen Absichten in unser Land kommen, so hoch wie möglich werden".

Sein Parteikollege, der innenpolitische Sprecher der Unionsbundestagsfraktion, Stephan Mayer, brachte im ZDF die Schaffung eines neuen Haftgrunds im Strafrecht namens "Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" ins

Vorrang für die Geheimdienste CDU und CSU fordern leichteren Datenzugang, frühere Zugriffsmöglichkeiten und eine "Totalrevision" der Registrierung

Spiel und nahm damit einen Vorschlag von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) aus dem August auf. Dieser würde es erlauben, bekannte Gefährder wie den syrischen Flüchtling Dschaber al-Bakr, der einige Zeit beobachtet wurde, präventiv und frühzeitig in Haft zu nehmen.

CSU-Politiker Mayer warnte auch vor einer Überforderung der Sicherheitsbehörden bei der Überwachung der nach seinen Angaben rund 500 bekannten sogenannten islamistischen Gefährder in Deutschland und forderte Nachbesserungen. Um einen Verdächtigen rund um die Uhr lückenlos zu beobachten, seien 24 bis 30 Beamte nötig, sagte der Innenpolitiker: "Das ist schlichtweg nicht machbar."

Der Vizevorsitzende der Unionsfraktion, Michael Kretschmer (CDU), verlangte mehr Rechte für die deutschen Sicherheitsbehörden beim Zugang zu Daten aus. "Wir sehen, dass der deutsche Verfassungsschutz und auch der Bundesnachrichtendienst derzeit keinen Zugriff hat auf die Kerndatei der Asylbewerber", sagte er im MDR. "Das muss sich ändern."

Noch weiter ging CSU-Innenpolitiker Hans-Peter Uhl im Gespräch mit der "Welt": "Jeder Asylsuchende in Deutschland muss mit allen international verfügbaren Datenbanken über Terrorverdächtige abgeglichen werden, auf die der Bundesnachrichtendienst Zugriff hat. Deswegen sollten unsere Geheimdienste endlich vollautomatisch Zugang zur Kerndatenbank der Asylsuchenden bekommen."

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Konstantin von Notz kritisierte hingegen vorschnelle Vorschläge. "Die aufgeregten und reflexhaften Forderungen aus CDU und CSU nach mehr Überwachung und weiteren Freiheitsbeschränkungen helfen nicht weiter", sagte von Notz der "Welt". Bereits jetzt würden im Asylgesetz und im Aufenthaltsgesetz alle Dienste beteiligt. Auch für begründete Einzelfälle gebe es Zugriffsmöglichkeiten auf die Daten der Asylsuchenden. Notz sagte: "Diese offensichtlich zwanghaften Reaktionen aus der Union - auch bei erfolgreicher Terrorabwehr - reden die Erfolge und das Funktionieren der Sicherheitsbehörden klein."

Ähnlich äußerte sich Katja Kipping, die Chefin der Linkspartei sagte der "Welt": "Wir wollen kein Strafrecht erster und zweiter Klasse." Es sei völlig ausreichend, dass alle, die mit Registrierung, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge befasst sind, Zugang zum "Kerndatensystem von Asylbewerbern" haben.

Das BAMF kündigte am Montag eine Verschärfung ihrer Vorgehensweise an. Künftig werde bei jedem gefälschten Pass, den Asylbewerber vorlegen, Anzeige bei der Polizei erstattet. Bislang wurden lediglich die jeweils zuständigen Ausländerbehörden in den Ländern informiert. Die "Welt am Sonntag" hatte zuvor berichtet, dass die Nürnberger Behörde in keinem Fall Anzeige bei der Polizei erstatte, wenn ein Asylsuchender falsche Dokumente vorgelegt hatte. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Burkhard Lischka, sagte schließlich, es sei "gut, dass das BAMF wieder zu einer Einzelfallprüfung zurückgekehrt ist und es eine umfassende Kerndatenbank mit den relevanten Informationen zu den bei uns lebenden Flüchtlingen gibt".

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 11, 2016

**Ende der Illusion; Die Abschiebung nach Kabul soll vor allem als Signal in
Afghanistan wirken. Dort machen fantastische Erzählungen über
Deutschland die Runde**

Die Welt

Samstag 17. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 296

Length: 1199 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Sechzig Busse starteten jede Nacht von Kabul aus nach Nimrus an der Grenze zum Iran. Dicht gedrängt saßen darin im Oktober 2015 Afghanen, die ihr Heimatland verlassen wollten. Viele von ihnen hatten dabei ein Ziel vor Augen: Deutschland. Der plötzliche Anstieg der Zahl der **Asylsuchenden** aus Afghanistan im vergangenen Herbst überraschte die Behörden hierzulande. In Syrien war der Krieg immer brutaler geworden. Und in den **Flüchtlingslagern** in den Nachbarstaaten gab es immer weniger Essen und Trinken. Die massenhafte Zuwanderung der Syrer konnte man sich deshalb erklären. Aber Afghanen?

Natürlich herrscht dort kein Frieden. Aber in manchen Regionen war das Leben sicher - auf jeden Fall viel sicherer als noch Jahre zuvor, als die Taliban auf dem Höhepunkt ihrer Macht waren. Es musste also noch andere Gründe geben.

Es dauerte nur wenige Wochen, dann glaubte die Bundesregierung zu wissen, warum sich so viele Afghanen auf den Weg machten. Berlin war schnell alarmiert. Denn man wusste genau, dass schon bald jene Situation eintreten könnte, die nun mit dem äußerst umstrittenen Abschiebeflug nach Afghanistan sehr deutlich wird: Wenn Asylsuchende erst einmal in Deutschland sind, dann bleiben sie auch meist - selbst wenn sie, wie etwa 50 Prozent der Afghanen, keinen Schutzstatus zugesprochen bekommen. Denn einer Rückführung abgelehnter Asylbewerber stehen sehr viele Hürden im Weg, wie unter anderem eine gerade erarbeitete Studie der Beratungsfirma McKinsey feststellt.

Eine sehr wichtige Frage lautet deshalb: Warum sind überhaupt so viele Asylsuchende aus Afghanistan gekommen? Die Antwort zeigt, wie mächtig Gerüchte sind, die von Schleppern gezielt gestreut werden. Es handelt sich um Fantasiegeschichten, die nur schwer wieder aus der Welt geschafft werden können, nachdem sie erst einmal die Runde gemacht haben.

Ende der Illusion Die Abschiebung nach Kabul soll vor allem als Signal in Afghanistan wirken. Dort machen fantastische Erzählungen über Deutschland die Runde

Von den rund 1,1 Millionen Migranten, die 2015 im deutschen Easy-Erfassungssystem registriert wurden, gaben 14,1 Prozent an, dass sie aus Afghanistan stammen - im Vorjahr beantragten noch lediglich 10.000 Afghanen hier Asyl. Nur aus Syrien kamen im Rekordjahr 2015 noch mehr Menschen. Nachdem die Zahl der Afghanen sprunghaft angestiegen war, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im Oktober 2015: "Das ist inakzeptabel. Das wollen wir nicht." Nur, was konnte man machen?

Am 19. August hatte de Maizière in seinem Ministerium erklärt, dass er für das laufende Jahr mit 800.000 Asylsuchenden in Deutschland rechnen würde. De Maizière nannte den Wert, damit sich Länder und Kommunen darauf einstellen konnten, in etwa für so viele Menschen ein Dach über dem Kopf bereitzustellen. In Afghanistan allerdings schnappten sich Sicherheitskreisen zufolge Kriminelle diese Zahl und strickten darum wiederum eine Geschichte, die man heute als Fake News bezeichnen würde.

Zum einen deuteten Schleuser vor Ort die Flüchtlingsprognose der Bundesregierung von rund 800.000 Schutzsuchenden im Jahr 2015 in ihrem Sinne um: Sie streuten sogar das Gerücht, dass die Bundesrepublik genau diese Anzahl von Afghanen aufnehmen werde. Andere Erzählungen handelten davon, dass Deutschland nach mehr als einer Million Arbeitskräfte für Unternehmen wie Siemens, Mercedes Benz oder BMW suchen würde. Daher würden täglich 5000 Migranten aufgenommen. Jeder von ihnen bekomme ein eigenes Haus und ein Monatseinkommen von 1000 Euro pro Monat.

Diese Lügen wurden kombiniert präsentiert mit den echten Willkommensbildern aus deutschen Städten. Durch diese Kombination aus Dichtung und Wahrheit machten sich nach Erkenntnissen des Innenministeriums nicht nur jene auf den Weg, die schon geraume Zeit das Land verlassen wollten - sondern auch Akademiker und Bürger, denen es in Afghanistan eigentlich ganz gut ging.

Kurzerhand machten sich viele auf den Weg über die damals noch offene Balkanroute: So starteten vielen Busse von Kabul an die Grenze. Umfragen der EU-Grenzschutzagentur Frontex ergaben zudem, dass fast genauso viele Afghanen aus anderen Ländern wie Pakistan oder dem Iran aufbrachen. Im Iran leben geschätzt rund drei Millionen Afghanen, in Pakistan sollen es 2,5 Millionen sein. Viele von ihnen besitzen nur ein befristetes Aufenthaltsrecht und leben seit Jahren ohne Perspektive in Flüchtlingslagern. In Deutschland stieg die Ankunftsanzahl entsprechend stark an: Im September kamen rund 18.000 Afghanen nach Deutschland. Im Oktober waren es dann etwa 31.000 und im November 44.000. Bereits in dieser Zeit starteten die Deutsche Botschaft in Kabul und das Generalkonsulat Masar-i-Scharif Informationskampagnen, wie gefährlich die Flucht und wie die Rechts- und Sachlage in Deutschland tatsächlich ist. Die afghanische Regierung verbreitete Bilder von toten Flüchtlingen an griechischen Grenzen.

Auf Plakaten hieß es: "Deutschland garantiert unverzügliche Staatsbürgerschaft und unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis? Falsch! Wer einen Asylantrag stellt und abgelehnt wird, muss das Land wieder verlassen und wird notfalls auch abgeschoben." Im Februar flimmerten dann im afghanischen Fernsehen kurze Videoclips auf den Bildschirmen. Auch im Internet wurden die Videos der Aktion "Afghanistan, my home" (Afghanistan, meine Heimat) verbreitet. Die Aktion des Auswärtigen Amts sollte die Menschen "zum Bleiben ermutigen".

Im März dieses Jahres stellte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) im Bundeskabinett die Aktion "#RumoursAboutGermany" (Gerüchte über Deutschland) vor. Das Ziel lautete Weiterhin: Das Widerlegen der gängigsten Gerüchte und falschen Darstellungen über die Aufnahmebedingungen in Deutschland. Auf Plakaten warnte die Bundesregierung: "Glauben Sie nicht an Gerüchte und bewusst gestreute Falschinformationen über das angeblich so einfache Leben in Deutschland." Man solle sich genau überlegen, ob man Hab und Gut verkaufen wolle, "um kriminelle Schleuser zu bezahlen" und das "Leben auf der Flucht zu riskieren". Es sei wichtig, dass für den Wiederaufbau des Landes die "Afghanen selbst ihrer Heimat nicht den Rücken" kehrten.

Dem Vernehmen nach haben die Aufklärungsmaßnahmen dazu beigetragen, dass die Zielgruppe junger Afghanen zwischen 18 und 35 eine verbesserte Informationsgrundlage besitzt. Dass die Botschaften wahrgenommen werden, zeigten die vielen Reaktionen auf die jeweiligen Kampagnenstränge, heißt es in Berlin.

Mittlerweile kommen tatsächlich sehr viel weniger Migranten, im November nur noch 1500 Afghanen. Das hat vermutlich viel mit den Zurückweisungen entlang der Balkanroute und dem Start des EU-Türkei-Abkommens zu

Ende der Illusion Die Abschiebung nach Kabul soll vor allem als Signal in Afghanistan wirken. Dort machen fantastische Erzählungen über Deutschland die Runde

tun. Wenn sich Migrationsbewegungen verändern, gibt es aber meist mehrere Gründe. So hat die Bundesregierung auch darauf gesetzt, das Narrativ der Schleuser durch konkrete Handlungen zu zerstören. So wurden verschiedene Asylverschärfungen beschlossen. Die Willkommenskultur ist längst Vergangenheit.

In genau diesem Zusammenhang steht auch die nun erfolgte Abschiebung nach Afghanistan. Die Bundesregierung will das Zeichen setzen, dass abgelehnte Asylbewerber das Land auch tatsächlich verlassen müssen. Minister de Maizière sagt: "Solche Rückführungsaktionen sind richtig und notwendig, um unser Asylsystem funktionsfähig zu halten." Die Praxis solle "verantwortungsvoll und behutsam" fortgesetzt werden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

REUTERS/OMAR SOBHANI

Ein aus Deutschland abgeschobener Afghane küsst bei Ankunft in Kabul heimatlichen Boden. Nach Deutschland gelockt werden Flüchtlinge mit völlig übertriebenen Versprechungen

OMAR SOBHANI

Load-Date: December 17, 2016

In 17 Tagen hätte er das Land verlassen sollen; Das Bundesamt für Migration schildert, wie sich der syrische Attentäter fast zwei Jahre lang erfolgreich gegen eine Abschiebung wehrte

Die Welt

Mittwoch 27. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 174

Length: 1001 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Body

Bevor der Attentäter von seiner Unterkunft im ehemaligen "Hotel Christl" in Ansbach aufbrach und zu seiner Bluttat schritt, hatte er schon einen langen Weg durch das europäische Asylsystem hinter sich.

Als Mohammad D. am 21. August 2014 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Asylantrag stellte und erkennungsdienstlich behandelt wurde, ergab der Abgleich seines Fingerabdrucks mit der zentralen Datenbank (Eurodac), dass der Antragsteller bereits in Bulgarien und Österreich registriert worden war.

Daraufhin nahm das Bundesamt am 4. September 2014 Kontakt mit den bulgarischen Behörden auf, da dort die Asylantragsstellung als Erstes erfolgt war, wie das BAMF der "Welt" mitteilte. Die Bulgaren meldeten den Kollegen in Nürnberg, dass sie dem syrischen Antragsteller bereits im Dezember 2013 subsidiären Schutz gewährt hatten.

Der Fall schien also klar: nicht Deutschland, sondern der Staat auf der Balkanroute war verantwortlich für den Asylbewerber. Dorthin hätte der Syrer deshalb zurückkehren müssen. Das tat er jedoch bis zuletzt nicht. Damit handelte er jedoch nicht in außergewöhnlicher Weise - denn die Mehrheit der abschiebepflichtigen Ausländer wehrt sich dagegen, die Bundesrepublik zu verlassen.

Mit dem subsidiären Schutz, den der Syrer in Bulgarien erhielt, sind weniger Vorteile als mit dem Flüchtlingsschutz verbunden. Eine derartige Sicherheit erhalten aber auch eigentlich nur individuell, also direkt Verfolgte, nicht aber solche Migranten, die aus einem Land kommen, in dem Krieg herrscht.

In der Entscheidungspraxis des BAMF sieht das alles etwas anders aus als in der Theorie. Die Asylentscheide zu Syrern im ersten Halbjahr in Deutschland endeten in jedem siebten Fall mit dem subsidiären, meist aber mit dem

In 17 Tagen hätte er das Land verlassen sollen Das Bundesamt für Migration schildert, wie sich der syrische Attentäter fast zwei Jahre lang erfolgreich gegen ei....

Flüchtlingsschutz. Letzterer gilt für drei Jahre, ersterer nur für eins. Meist wird er aber ohnehin verlängert. Als das BAMF vor zwei Jahren von der Vergangenheit des späteren Täters von Ansbach erfuhr, lehnte es entsprechend der geltenden Rechtslage den in der Bundesrepublik gestellten Asylantrag am 2. Dezember 2014 als unzulässig ab. Weil bereits in einem EU-Staat internationaler Schutz gewährt wurde, ordnete das BAMF die Abschiebung nach Bulgarien an.

Im Rückblick heißt es: "Dies bedeutet, dieser Person steht eine nochmalige inhaltliche Prüfung ihres Asylantrages (ihrer Fluchtgründe) in Deutschland nicht zu, da mit dem vorangegangenen Verfahren im EU-Mitgliedstaat eine Schutzgewährung bereits festgestellt wurde", schildert das BAMF. Der Antragsteller hätte sich demnach in Bulgarien mit dem ihm zugesprochenen subsidiären Schutz aufhalten können und keine drohende Abschiebung in sein Heimatland befürchten müssen.

Gegen die Entscheidung des Bundesamts klagte der Antragsteller allerdings nur wenige Tage später, am 11. Dezember 2014 vor dem Verwaltungsgericht Ansbach. Aufgrund von neuen Attesten galt er als reiseunfähig. Das BAMF nahm daraufhin die ausgesprochene Abschiebeanordnung zurück. Die zuvor aber bereits getroffene grundsätzliche Entscheidung des Bundesamts, den Antrag als unzulässig zu betrachten und den Syrer nach Bulgarien zu schicken, bestätigte das Gericht. Das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht wurde daraufhin am 27. Februar 2015 eingestellt. Seitdem lebte die Person geduldet in Deutschland.

Ende des vergangenen Jahres lebten in der Bundesrepublik 155.103 Ausländer mit einer solchen Duldung. Ende 2014 waren es noch knapp 113.000. Gemeinsam ist allen, dass sie eigentlich ausreisen oder abgeschoben werden müssten. Sie bekommen kein Asyl und dürfen deshalb nicht in Deutschland leben, werden aber geduldet.

Eine Abschiebung ist zum Beispiel dann verboten, wenn dem Betroffenen im Heimatland Verfolgung, Folter oder die Todesstrafe drohen. Eine schwere Krankheit spricht ebenfalls dagegen. Es gibt eine Vielzahl solcher Rückführungshindernisse: Mitunter weigern sich Herkunftsländer, jemanden wieder aufzunehmen - etwa, wenn bestimmte Dokumente fehlen. Wer sich aus Deutschland abschieben lässt, ist schön blöd. So ähnlich lautete vor einem Jahr das drastische Fazit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Rückführung". Diejenigen, "die nur hartnäckig genug ihre Identität verschleiern und sich nur beharrlich genug ihrer Ausreiseverpflichtung widersetzen", seien "am Ende gegenüber den anderen die Bessergestellten". Folge sei, dass der "gesetzzestreue Ausländer, der seiner Ausreiseverpflichtung nachkommt, der ‚Dumme‘ ist."

Seit dem Expertenbericht im Frühjahr 2015 ist viel passiert. Die Flüchtlingszahl ist stark angestiegen - und gleichzeitig werden mehr abgelehnte Asylbewerber aufgefordert, Deutschland verlassen. Die Politik hat bereits an einigen Schrauben gedreht, um die Zahl der Abschiebungen und freiwilligen Rückreisen zu erhöhen. Und dennoch wird die Gruppe der Ausreisepflichtigen aufgrund der vielen Flüchtlinge im vergangenen Jahr immer größer. Vor allem ein Problem bleibt für die Behörden: Viele Staaten wehren sich vehement dagegen, ihre eigenen Bürger zurückzunehmen. Mit den Westbalkanstaaten funktioniert die Kooperation mittlerweile gut - doch gerade mit den Staaten Nordafrikas klappt es noch schlecht.

Im Fall des späteren Täters von Ansbach gab es hier jedoch keine Probleme. Die zuständige Ausländerbehörde bat das BAMF im März 2016 erneut, die Möglichkeit einer Abschiebung des Syrers nach Bulgarien nochmals zu prüfen. In diesem Zusammenhang wird einem Betroffenen und auch den rechtlichen Vertretern ausdrücklich Gelegenheit gegeben, zur Frage der mit einer Abschiebung verbundenen Wiedereinreisesperre bei einer möglichen Abschiebung Stellung zu nehmen. Dies geschah auch in diesem Fall. Eine Stellungnahme ging nicht ein.

Vor 13 Tagen erhielt der Syrer schließlich erneut eine Ausreiseaufforderung, verbunden mit einer erneuten Abschiebeandrohung nach Bulgarien. Das erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU). Ihm wurde eine Frist von 30 Tagen gesetzt. Es ist bloße Spekulation, ob die drohende Rückführung irgendetwas mit seiner Tat zu tun gehabt haben könnte.

In 17 Tagen hätte er das Land verlassen sollen Das Bundesamt für Migration schildert, wie sich der syrische Attentäter fast zwei Jahre lang erfolgreich gegen ei....

Graphic

dpa/

Kamerateams unterwegs in der Altstadt von Ansbach (Bayern), einen Tag nach der Bombenexplosion

Karl-Josef Hildenbrand

Load-Date: July 27, 2016

End of Document

EU will Begriff "Familie" bei Nachzug weiter fassen; Künftig sollen volljährige Geschwister einreisen dürfen

Die Welt

Montag 1. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 178

Length: 870 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Die Zahl der **Migranten**, die nach Deutschland kommt, ist im Vergleich zum vergangenen Herbst zusammengeschrumpft. Die Hoffnung der Bundesregierung hat sich damit erfüllt - mag es am Stacheldraht in Mazedonien, am EU-Türkei-Abkommen oder an einer Mischung aus beidem liegen.

Mit vielen verschiedenen Maßnahmen versuchen die Europäer zu erreichen, dass die Zuwanderung niedrig bleibt. Das Leben in den Herkunftsländern und Transitstaaten in Afrika und Asien soll verbessert werden, damit sich die Menschen erst gar nicht auf den Weg machen. Zum anderen will man die Sogwirkung, die von Europa und vor allem von Deutschland ausgeht, weiter verringern. **Asylgesetze** wurden verschärft, Abschiebungen erleichtert. Wer als **Flüchtling** kommt, soll sich ranhalten - gemäß der Devise der Bundesregierung: "Fordern und Fördern".

Gerade deshalb wirft ein Vorhaben der EU-Kommission nun Fragezeichen auf. Im Zuge einer Reform des Dublin-Systems soll der Begriff der Familienangehörigen erweitert werden. Politiker von Union und SPD allerdings üben Kritik: Sie fürchten, dass die Zahl der Zuwanderer dadurch steigen könnte. Konkret geht es um Pläne, die von der Kommission bereits im Mai vorgelegt wurden. In diesem Zusammenhang soll das, was unter "Familie" verstanden wird, weiter gefasst werden. Bereits heute werden Familieneinheiten geschützt. Das geschieht zum Beispiel dadurch, dass immer nur ein EU-Mitglied für eine sogenannte Kernfamilie zuständig sein kann. Zu dieser Einheit werden aktuell aber nur die Ehepartner sowie minderjährige Kinder gezählt - und das nur, falls die Familie bereits im Herkunftsland bestanden hat.

Hier sieht die EU nun Änderungsbedarf: Der Begriff der Familienangehörigen soll auch auf Geschwister und auf Familien zutreffen, die sich erst in Transit-Ländern gebildet haben. Das Bundesinnenministerium erklärte dazu auf Anfrage der "Welt": "Das würde in der Praxis bedeuten, dass die Zuständigkeit eines Mitgliedstaates für das Asylverfahren einer Person automatisch die Zuständigkeit für die Asylverfahren einer Großfamilie nach sich zieht."

Laut der Dublin-Regel ist jenes EU-Land für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig, das ein Flüchtling zuerst betritt. Um die meisten Migranten müssen sich Länder an der EU-Außengrenze wie Griechenland, Italien

EU will Begriff "Familie" bei Nachzug weiter fassen Künftig sollen volljährige Geschwister einreisen dürfen

oder Spanien kümmern. In den vergangenen Jahren wurden viele Einreisende dort jedoch nicht registriert. Sie zogen weiter und stellten erst in Ländern wie Deutschland oder Schweden einen Asylantrag, wo die Versorgung besser und die Chance, nicht abgeschoben zu werden, höher ist. Gerade deshalb könnten sich die neuen EU-Pläne auf Deutschland auswirken.

Die Absichten der Kommission klingen zunächst gut: Familien sollen auf legalem Weg zusammengehalten werden. Man befürchtet, dass jemand, der in einem anderen Land als sein Bruder oder seine Schwester ein Asylverfahren durchlaufen muss, untertaucht oder sich auf eigene Faust illegal zu seinen Verwandten durchschlägt. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Links-Fraktion im Bundestag erklärte die Bundesregierung: Das Vorhaben solle "irregulären Migrationsbewegungen und dem Untertauchen von Asylsuchenden entgegenwirken".

Innenexperten von CDU, CSU und SPD üben aber deutliche Kritik. Stephan Mayer (CSU), innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, sagte der "Welt": "Das Ansinnen der EU-Kommission, den Begriff der Kernfamilie zu erweitern, ist nicht hinnehmbar." Die Zahl der Zuzugsberechtigten könnte sich nach seinen Angaben vervielfachen. "Außerdem würden alle Bemühungen, die bisher zur Eindämmung der Zuwanderung getroffen wurden und die ja auch Erfolge zeigen, wie die Vereinbarung mit der Türkei, im Nachhinein konterkariert", sagte Mayer. Der EU-Kommission müsse klar sein, dass sie mit solchen Vorschlägen "nicht gerade zum Abbau der Bedenken beiträgt, denen die EU in vielen Mitgliedstaaten mittlerweile begegnet". Der CSU-Innenpolitiker nannte den Vorschlag "Wasser auf die Mühlen der Populisten in Europa".

Der Obmann der Union im Innenausschuss, Armin Schuster (CDU), hält es für "unangemessen, überhaupt darüber nachzudenken, den Familiennachzug zu erleichtern und auf Großfamilien auszuweiten". Mögliche Folgen nennt Schuster "derzeit nicht absehbar - in jedem Fall könnte eine erneute Sogwirkung entstehen". Ähnliche Zweifel äußerte der innenpolitische Sprecher der SPD, Burkhard Lischka. Er sagte der "Welt": "Ich sehe das Vorhaben kritisch und habe erheblichen Diskussionsbedarf." Eine solche Änderung dürfe nicht dazu führen, dass der Familiennachzug, der sich derzeit auf die Kernfamilie bezieht, faktisch und praktisch durch das Verfahrensrecht erweitert werde.

Für Länder wie Deutschland oder Italien, die heute bereits für viele Verfahren zuständig sind, könnte sich die Arbeitsbelastung noch einmal erhöhen. In der Folge könnte eine solche Regelung sogar dazu führen, dass Staaten vom Registrieren der Flüchtlinge ablassen und sie stattdessen durchwinken. Das Bundesinnenministerium erklärte jedenfalls auf Anfrage, dass keine Erkenntnisse dazu vorliegen, wie viele Fälle betroffen sein könnten.

Dieser Vorschlag ist Wasser auf die Mühlen der Populisten Stephan Mayer (CSU), innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 1, 2016

Ungarn rechnet mit dem Schlimmsten; Parlament debattiert Gesetzespaket, das einen Ausnahmezustand bei "Flüchtlingskrise", härtere Strafen und Massenausweisungen erlauben würde

Die Welt

Montag 31. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 202

Length: 1019 words

Byline: Boris Kálnoky

Body

Budapest

Im Fall des "Todeslasters", in dem 71 **Flüchtlinge** qualvoll sterben mussten, hat die ungarische Polizei am Sonntag die Verhaftung eines fünften Tatverdächtigen bekannt gegeben, eines bulgarischen Staatsbürgers. Zuvor waren bereits drei Bulgaren und ein Afghane festgenommen worden. Aber weiterhin sind zahlreiche ähnliche Lastwagen unterwegs, die Laderäume voller **Migranten**. In Österreich und Ungarn wurden am Wochenende allein vier solche Gefährte mit insgesamt 84 auf engstem Raum eingeschlossenen **Flüchtlingsen** von der Polizei gestoppt. Drei davon in Ungarn.

In einem Fall hatten zwei Schlepper mit ungarischer Staatsangehörigkeit gar nicht erst versucht, ihre 17 Passagiere über die österreichische Grenze zu bringen, sondern wollten ihnen weismachen, dass der winzige ungarische Ort Mátészalka "Wien" sei. Die **Flüchtlinge** weigerten sich, den Lkw zu verlassen; dann kam die Polizei. In zwei anderen Fällen - Kleinlaster mit jeweils rund 20 **Migranten** - wurden vier rumänische und zwei serbische Staatsbürger als mutmaßliche Schleuser verhaftet. Auch in Österreich wurde bei Braunau ein Lastwagen mit 26 auf engstem Raum gepferchten **Migranten** von der Polizei gestoppt. Gerade noch rechtzeitig: Drei Kinder darin waren bereits in Gefahr, an Wassermangel zu sterben.

Zwei Tage vor dem geplanten Termin wurde derweil die erste Stufe des ungarischen Antimigrantenzauns an der Grenze zu Serbien fertiggestellt. Drei Rollen Stacheldraht übereinander, knapp zwei Meter hoch. Die einzige Wirkung ist bislang, dass noch mehr Flüchtlinge kommen. Am Samstag waren es wieder mehr als 3000. Ob das Hindernis mehr Sinn ergibt, wenn es ganz fertig ist - dann stünde ein zweiter, vier Meter hoher Zaun hinter dem Stacheldraht -, darf vorerst bezweifelt werden. Denn gut die Hälfte der Flüchtlinge kam in den vergangenen Tagen über die Bahnschienen, wo kein Zaun stehen kann. Um das zu verhindern, müsste dort eine Art Tor gebaut werden, das nur geöffnet wird, wenn Züge kommen. Mit ihnen kämen dann aber wohl auch die Migranten und müssten von Sicherheitskräften zurückgedrängt werden.

Ungarn rechnet mit dem Schlimmsten Parlament debattiert Gesetzespaket, das einen Ausnahmezustand bei "Flüchtlingskrise", härtere Strafen und Massenausweisungen

Als ob genau solche Szenarien in der Planung seien, soll das ungarische Parlament am heutigen Montag über ein Gesetzespaket debattieren, das die Verhängung eines Ausnahmezustands im Falle einer "Flüchtlingskrise" ermöglichen würde. Voraussetzung wären gewisse Mindestzahlen an illegalen Grenzübertritten oder die "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" in Kommunen entlang der Grenze. Die Regierung könnte dann per Dekret die Armee einsetzen, auch mit Waffengewalt, aber nicht tödlich. Gedacht ist offenbar an den Einsatz von Gummigeschossen. Auch die Polizei erhielte umfassende Vollmachten. Sie dürfte zum Beispiel ohne richterlichen Befehl Hausdurchsuchungen vornehmen, wenn der Verdacht besteht, dass sich in einer Wohnung illegale Migranten aufhalten.

Illegaler Grenzübertritt selbst würde zur Straftat - mit einem Jahr Gefängnis als Strafmaß beziehungsweise fünf Jahren, wenn der illegale Grenzübertritt "in einer Gruppe" erfolgte und/oder der Grenzzaun dabei beschädigt wurde. Asylanträge könnten im Sinne der angestrebten Gesetzesänderungen künftig nicht mehr von Richtern, sondern von Polizisten und gar von Soldaten im Schnellverfahren bearbeitet werden. Wer demnach über ein "sicheres Land" kommt (von Serbien), muss wieder gehen. Also alle. Bis zu einer Entscheidung würden die Antragsteller festgehalten, was europäischem Recht widersprechen dürfte. Bis die EU darauf rechtsgültig reagiert, würde jedoch viel Zeit ins Land gehen. Die Regierung hofft wohl, dass die Flüchtlingskrise bis dahin durchgestanden sein wird.

In Budapest kochten am Wochenende die Gemüter hoch: Am Ostbahnhof demonstrierten Migranten am Samstag gleich zweimal, nachmittags und abends, weil die Behörden am Wochenende nicht arbeiten und ihre Abfertigung deswegen warten musste. Die Demonstranten riefen mit gereckten Fäusten unter anderem "Lasst uns gehen!" und "Deutschland"! Nach kurzer Zeit gelang es der Polizei, die Protestierer zur Rückkehr in die sogenannte Transitzone für Flüchtlinge am Bahnhof zu bewegen. Die ungarische Bahn hatte am Samstag den Zugverkehr zwischen Ungarn und Serbien über den Grenzort Horgos eingestellt, weil die "Sicherheit" durch Migranten gefährdet sei. Die hätten wütend auf die Züge reagiert und sie teilweise mit Gegenständen beworfen, erklärte die Bahndirektion. Gefährdet sind wohl vor allem die Flüchtlinge selbst, die auf den Schienen ins Land kommen.

Betroffene Gemeinden reagieren meist mit Protest auf geplante Durchgangslager für Flüchtlinge. Es gibt aber auch Ausnahmen. So bot der Bürgermeister des Dorfes Siklósnagyfalu der Regierung an, dort eine Containerstadt zu bauen. Als Gegenleistung forderte er Geld für den Anschluss an das Gasnetz und den Ausbau von Straßen. Geld bringt die Flüchtlingswelle auf vielfältige Weise nach Ungarn. Von der EU gibt es zusätzliche Millionenbeträge für Grenzschutz und Verwaltung, Schlepper und Taxifahrer kassieren groß ab. Obwohl es mittlerweile strafbar ist, illegale Einwanderer zu transportieren, wagen es offenbar neben den Schleusern auch immer noch einige Taxifahrer. Bis zu 400 Euro kostet der Weg von der Grenze nach Budapest oder von Budapest nach Österreich. Budapester Journalisten fanden mehrere überfüllte Hostels und Pensionen, die sich teilweise ausschließlich auf Migranten spezialisiert haben. Rund 50 Euro wird da für eine Nacht verlangt. Die Taxis kommen und gehen. Ein Reporter berichtete, eine bevorstehende Polizeirazzia sei zehn Minuten vorher im Hotel bekannt geworden, die Migranten hätten das Gebäude rechtzeitig verlassen.

Die Medien beschäftigen sich derweil intensiv mit der neuen deutschen Haltung, möglichst viele Flüchtlinge ins Land zu lassen. "Deutschland hört nicht auf die Schreier und schaltet den Flüchtlingsmagneten ein", titelte das Nachrichtenportal Vs.hu, und schrieb von einer "seltsamen Stimmung" in Deutschland zur Flüchtlingsfrage: Ein bizarres Nebeneinander von Hass und Aufnahmebereitschaft. Das Internetportal index.hu unterstrich: "Eine europäische Flüchtlingspolitik hängt von Deutschland ab".

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Ungarn rechnet mit dem Schlimmsten Parlament debattiert Gesetzespaket, das einen Ausnahmezustand bei "Flüchtlingskrise", härtere Strafen und Massenausweisungen

Radfahrer in der ungarischen Kleinstadt Mórahalom betrachten schlafende Afghanen, die aus Serbien über die Grenze gekommen sind

dpa/Zoltan Mathe

Ungarn rüstet auf gegen den Zustrom aus Serbien: An der Grenze entsteht - zusätzlich zu den Stacheldrahtrollen - ein weiterer Zaun direkt dahinter

Darko Bandic

Zoltan Mathe

Load-Date: August 31, 2015

End of Document

Mageres aus Brüssel; Befriedigend sind die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels nicht. Es bleibt eigenartig, dass die EU so langsam auf die drängenden Probleme reagiert

Die Welt

Freitag 25. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 224

Length: 1045 words

Byline: Dr. Christoph Schiltz

Body

Es ist bekannt, dass man einfache Botschaften nur lange genug wiederholen muss, damit die Menschen sie auch glauben. "Wir schaffen das" - dieses Merkel-Mantra hämmert die Bundeskanzlerin den 500 Millionen Europäern zur **Flüchtlingskrise** jetzt ein. Aber schaffen "wir" das wirklich? Während andere klassische Einwanderungsländer wie Australien sich nun stärker abschotten, wird Europa zu einem Einwanderungskontinent. Das ist die neue europäische Wirklichkeit. Was das für das Zusammenleben in Europa, für den kulturellen Kodex und für die Volkswirtschaften der 28 Mitgliedstaaten bedeutet, ist noch nicht absehbar. Klar ist nur: Das heutige Europa wird es bald nicht mehr geben.

Es ist jetzt Aufgabe der politisch Verantwortlichen, die **Migration** in Europa zu regeln. Dazu gehören die Registrierung von Einwanderern, die Prüfung der Schutzbedürftigkeit und die Verteilung von **Flüchtlingsen**, aber auch die systematische Bekämpfung von Fluchtursachen. Nichts davon ist in der Vergangenheit ausreichend geschehen. Es herrscht mehr Chaos als Ordnung. Das ist ein Versagen der politischen Eliten in Europa.

Kleinlaut hat Merkel, deren Nimbus als nahezu unfehlbare Kanzlerin in dieser Flüchtlingskrise immer mehr entzaubert wird, nun zugegeben, dass auch die Europäer - trotz Warnungen der Vereinten Nationen (UN) - die dramatische Lage in den Flüchtlingslagern der Türkei und des Libanon bei der Kürzung von Finanzmitteln falsch eingeschätzt haben. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wiederum hat den Mitgliedsländern in diesen Tagen schonungslos offenbart, was noch alles schief gelaufen ist. Er hat 40 Vertragsverletzungsverfahren gegen fast alle EU-Staaten, darunter auch Deutschland, eingeleitet. Der Grund ist: Die Regierungen verstoßen teilweise seit Jahren gegen geltende EU-Asylgesetze, die sie zuvor selbst beschlossen haben. Die Vorwürfe sind: mangelnder Schutz der Außengrenzen, schwerwiegende Versäumnisse bei der Registrierung und Rückführung von Flüchtlingen, Verstöße gegen die Rechte von Migranten. Wie schon in der Finanzkrise bildet auch dieses Mal Griechenland die Avantgarde der Verantwortungslosen. Seit Jahren schlampt Athen - trotz Finanzhilfen aus Brüssel

Mageres aus Brüssel Befriedigend sind die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels nicht. Es bleibt eigenartig, dass die EU so langsam auf die drängenden Probleme reagiert....

- bei der Bewachung von EU-Außengrenzen und der ordentlichen Registrierung von Flüchtlingen. Die europäischen Partner haben bisher weggeschaut.

Vor diesem Hintergrund ist es vernünftig, wie sich Ungarn mit dem Bau von Grenzzäunen verhält. Je weniger die europäischen Spielregeln beim Migrationsmanagement eingehalten werden, desto stärker ist die Notwendigkeit nationaler Alleingänge. Das Bewusstsein dafür, dass die Europäische Union eine "Rechtsgemeinschaft" (Walter Hallstein) ist, geht immer mehr verloren. Rechtsbrüche im Binnenmarkt, in der Währungsunion und bei der gemeinsamen Asylpolitik sind heute Alltag. Solche Regelverstöße würden eine intakte Familie oder ein erfolgreiches Unternehmen nicht überleben. Wie konnten sie nur zur Etikette Europas werden?

Man muss sich fragen, ob die Regierungschefs in der Union noch in der Lage sind, ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden. In der Schuldenkrise erkaufen sie die andauernde Konkursverschleppung Griechenlands mit immer neuen Krediten und bürdeten damit nachfolgenden Generationen hohe Lasten auf. Die Flüchtlingskrise ist viel komplizierter. Die Maßstäbe der gewöhnlichen EU-Krisenlösmaschinerie funktionieren hier nicht mehr. Es lassen sich die Probleme nicht mit immer neuen Milliarden zukleistern. Zudem bleibt keine Zeit für die langwierigen Verfahrensprozeduren im Brüsseler Maschinenraum. Die Flüchtlinge aus Afrika setzen sich unaufhörlich in Bewegung, sie träumen von Sicherheit und einem besseren Leben, sie klopfen täglich an unsere Türen.

Die Europäer haben sich jetzt immerhin darauf verständigt, multinationale Teams (Hotspots) zur Registrierung nach Griechenland und Italien zu schicken. Klar ist nun auch, dass schon bald weit mehr als 160.000 Flüchtlinge auf alle Staaten umverteilt werden - die zelebrierte Einigkeit nach dem EU-Sondergipfel vom Mittwoch dürfte spätestens dann wieder neue Risse bekommen. Es gibt zudem ein paar Milliarden Euro mehr für die Stabilisierung der Herkunftsstaaten und ihrer Nachbarländer. Genügen werden diese Summen bei Weitem nicht. Und es besteht nun offenbar auch die Bereitschaft, auf den syrischen Diktator Baschar al-Assad zuzugehen und ihn zumindest vorübergehend als Teil einer Lösung im Kampf gegen den IS zu akzeptieren - ein militärisches Engagement in Syrien darf aber trotzdem gerade von Berlin nicht weiter tabuisiert werden.

Die Beschlüsse des EU-Gipfels reichen bei Weitem nicht aus, sie sind ein Minimalkonsens. Es ist unverständlich, warum die Regierungschefs angesichts der weiterhin hohen Flüchtlingszahlen so langsam reagieren. Sie warten weiter ab, anstatt sich auf regelmäßige Spitzentreffen im Zwei-Wochen-Takt zu verständigen. Dabei wird die Umsiedlung von Hunderttausenden Migranten zu einem Flüchtlingstourismus innerhalb der Union in die attraktivsten Mitgliedsländer führen. Was tut die EU dagegen? Die neuen Registrierungszentren müssen nach UN-Angaben schnell in der Lage sein, täglich mit 5000 Flüchtlingen fertig zu werden. Wie will man das bis November schaffen? Die bessere Ausstattung der mickrigen EU-Grenzschutzbehörde Frontex wird für einen substanziell besseren Schutz der Außengrenzen nicht ausreichen. Warum baut man nicht per Notfallbeschluss schnell ein europäisches Grenzschutzüberwachungssystem auf, in dem deutsche, polnische und griechische Grenzschützer gemeinsam die Grenzen zwischen Griechenland und der Türkei sichern? Die Türkei ist ein Schlüsselland bei der Lösung der Flüchtlingskrise. Welche Türkei-Strategie haben die Europäer? Die Flüchtlinge können heute ihre Asylanträge frühestens in den Ankunftsorten auf europäischem Boden stellen. Warum baut die Europäische Union nicht europäische Aufnahmezentren in Ländern wie Türkei, Ägypten, Serbien und Jordanien auf, um schon dort Asylanträge zu bearbeiten und so eine gefährliche Flucht zu vermeiden?

Auf diese und viele andere Fragen gibt es bisher keine Antworten. Die gegenwärtigen Beschlüsse sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Europäische Union muss noch beweisen, dass sie in der Flüchtlingskrise wirklich handlungsfähig ist.

Original Gesamtseiten-PDF

Mageres aus Brüssel Befriedigend sind die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels nicht. Es bleibt eigenartig, dass die EU so langsam auf die drängenden Probleme reagiert....

Martin U. K. Lengemann, Martin U.

Load-Date: September 25, 2015

End of Document

Neoliberale Flüchtlingshilfe

Die Welt

Samstag 8. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 183

Length: 842 words

Byline: Dr. Ulf Poschardt

Body

Deutschland erlebt einen kaum bewältigbaren Ansturm von **Flüchtlings**. Das Land ist darauf unterschiedlich gut vorbereitet: Im wohlhabenden Westen deutlich besser als im sich zügig entvölkernden Osten. Als wären die praktischen Herausforderungen nicht groß genug, grassiert eine ideologische Instrumentalisierung, die den **Flüchtling** zum Spielball gesellschaftlicher Grundsatzdebatten macht. Stehen auf der einen Seite xenophobe Hinterwäldler und kulturpessimistische Reaktionäre, versammeln sich auf der anderen Seite Scheinheilige, die so tun, als könnte Deutschland jeden aufnehmen, dem danach ist. Rechte wie Linke jedoch verwechseln die **Flüchtlingsdebatte** mit einem Kulturkampf und unterlassen dabei, die volkswirtschaftliche Dimension zu bedenken.

Es fehlt ein kühl ökonomischer Blick. Das **Flüchtlingsdrama** ist für Deutschland eine teure Angelegenheit. Die Schaffung von Wohnraum für Zigtausende Menschen wirkt angesichts des Wohnraummangels in vielen Städten geradezu unmöglich. Zudem gibt es auch bei Schaffung von vorübergehendem Wohnraum jede Menge Bürokratieluxus. Da viele **Flüchtlinge** zumeist mittellos nach Deutschland kommen, sind sie schnell auch Klienten des Sozialstaates. So rührend und verdienstvoll Kleider- und Sachspenden sind, so heroisch wie liebenswert das Engagement von Nachbarschaften, Kirchen und Sozialverbänden ist, am Ende wird diese un gelenkte Form der **Migration** einen sowieso überdimensionierten Sozialstaat fordern und damit am Ende den Steuerzahler.

Integration gelingt dort am besten, wo Migranten einer geregelten Arbeit nachgehen. Parallelgesellschaften und Kriminalität wachsen, wo die Arbeit als täglicher Austausch mit der gastgebenden Mitwelt ausfällt. Vor diesem Hintergrund wirken die sozialpolitischen Triumphe der SPD wie der Mindestlohn und die Verschärfung der Praktikumsregeln ziemlich kontraproduktiv. Die Regulierung und Entflexibilisierung verhindern, dass viele der arbeitswilligen Migranten, die ihr gesamtes Hab und Gut für ein Leben in einer freien, kapitalistischen Gesellschaft riskiert haben, schnell Chancen auf Beschäftigung finden.

Der Vorstoß der Sozialdemokraten, Wirtschaftsflüchtlinge unter bestimmten Bedingungen mit Arbeitsvisa zu versehen, geht in die richtige Richtung. Doch das ist ein kleiner Tropfen auf einen glühenden Kontinent. Am Ende muss jede Zuwanderung, die nicht unter die Barmherzigkeit des Asylrechts fällt, unter wirtschaftlichen Kriterien

Neoliberale Flüchtlingshilfe

gesehen werden. Und da sollten insbesondere die Sonntagsredner, die Gratismutigen und die Luxusethiker von der bürgerlichen Linken verstehen, dass wir nur dann mehr Zu- und Einwanderung abseits des Asyls haben können, wenn die Wirtschaft - kräftig! - wächst und viele Arbeitskräfte benötigt werden, denen wir eine nachhaltige Arbeitsplatzperspektive einräumen können. Das Wachstum in Deutschland ist trotz Null-Zins-Doping und niedriger Arbeitslosigkeit mickrig. Wer weniger abschieben will, muss mehr wirtschaftsfreundliche Reformprojekte aufgleisen und nicht wie die regierende Große Sozialdemokratische Koalition die Reförmchen der schröderschen Agendapolitik fahrlässig zurückdrehen. Amerika und England sind als Fluchtpunkte deshalb so beliebt, weil dort Kapitalismus am ungezügeltsten wirken darf.

Volkswirtschaftlich signifikant sind Be-, besser, Entvölkerungstrends, die dort besonders grausam zuschlagen, wo sich eine abstiegsbedrohte Mittelschicht und ein gescheiterter Nationalmob gegen Zuwanderung wehren. Einige der wütenden Protestierer sind nicht nur Vorboten, sondern Garanten des Untergangs ihrer "geliebten Heimat". Tätowiert, zahnlos und angetrunken, klagen sie über das Elend nicht gelingender Integration und beweisen dies anders als intendiert: Sollten diese Enggeister für eine deutsche oder auch europäische Zivilisation stehen, in die sich ein Lehrer aus Aleppo oder ein Facharbeiter aus Tirana integrieren soll? Sicherlich nicht. Die Rechte hat im Augenblick nur eine xenophobe reaktionäre Identität anzubieten, die sich ausschließlich aus Angst und Verliererstolz speist. Die Linke selbst untergräbt nahezu jede Form von Identität, nationaler, sexueller, religiöser Art, und macht Integration zu einem Vexierspiel.

Der wie zu erwarten moralisch hohe Ton macht aus dem Flüchtlingsdrama eine Gesinnungsoperette. Der Antifaschismus in den sozialen Netzwerken und in Fernsehkommentaren blüht, die konkrete Verantwortung wird an heillos überforderte Kommunen delegiert - und an Heerscharen engagierter Bürger. Dass das grün-rote Baden-Württemberg konsequent abschiebt, zeigt, wie schmerzhaft es sein kann, eigene Herzensangelegenheiten mit der Realität in Einklang zu bringen. An Abschiebung und weiterer Ausflagung sicherer Drittländer führt aber kein Weg vorbei. Und einem Einwanderungsgesetz, das jene (und nur jene) ins Land lässt, die gebraucht werden. Je mehr die Wirtschaft wächst, umso großzügiger können Bund und Land sein. Zeit also für Multikulturalisten, neoliberal zu denken und zu sprechen.

Integration gelingt dort am besten, wo Migranten einer geregelten Arbeit nachgehen

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 8, 2015

Wird bald abgeschoben, wer sich nicht integriert?; Die wichtigsten Fragen und Antworten zu den geplanten neuen Regeln

Die Welt

Freitag 1. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 76

Length: 1067 words

Byline: Thorsten Mumme

Body

Nachdem die Zahl der Flüchtlinge in den vergangenen Wochen merklich zurückgegangen ist, steht die Bundesregierung vor der nächsten großen Aufgabe: die Integration der Asylbewerber, die dauerhaft in Deutschland bleiben dürfen.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat jetzt zum ersten Mal konkrete Überlegungen zu einem Integrationsgesetz veröffentlicht. Gemeinsam mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) will er die Maßnahmen in den kommenden Wochen konkretisieren. Die wichtigsten Fakten dazu im Überblick:

Was steht im Gesetz?

Ein Kernelement des Gesetzes ist eine befristete Wohnsitzauflage für anerkannte Asylbewerber. Die große Koalition ist sich bereits seit Januar darüber einig, die Migranten dezentral in der Bundesrepublik zu verteilen, um so einer Ghettoisierung in Großstädten vorzubeugen. Für einen bestimmten Zeitraum dürften Flüchtlinge ihren Wohnort also nicht frei wählen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt darauf, die Asylbewerber möglichst schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es gehe um "berufsvorbereitende und berufsbegleitende Maßnahmen, eine engere Verzahnung von Spracherwerb und Praxiserfahrungen am Arbeitsmarkt und in diesem Zusammenhang auch um Arbeitsgelegenheiten", teilte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Anfrage der "Welt" mit.

Was passiert mit Verweigerern?

Für den Fall, dass Asylbewerber die Integrationsangebote ausschlagen, spricht de Maizière von Kürzungen bei der sozialen Unterstützung. Ähnliches hatte Nahles bereits im Februar angekündigt. Außerdem will de Maizière die Gewährung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis an die Bereitschaft zur Integration binden. Wer sich weigere, Deutsch zu lernen oder Arbeitsangebote ablehne, könne nicht nach drei Jahren eine unbefristete

Wird bald abgeschoben, wer sich nicht integriert? Die wichtigsten Fragen und Antworten zu den geplanten neuen Regeln

Niederlassungserlaubnis erhalten, wie es nach der jetzigen Rechtslage noch der Fall sei, sagte de Maizières der ARD.

Wie ist die derzeitige Situation?

Seit Oktober 2015 haben Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive einen Anspruch auf einen Integrationskurs. Die Teilnahme ist allerdings freiwillig. Anerkannte Flüchtlinge hingegen können von den Ausländerbehörden und Jobcentern zu Integrationskursen verpflichtet werden.

Seit November 2015 dürfen Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive auf freiwilliger Basis an den Kursen teilnehmen, falls ausreichend Plätze vorhanden sind. Daran mangelt es aber vielerorts, wie schon ein erster Blick auf die Teilnehmerzahlen zeigt. Mehr als eine Million Flüchtlinge kamen im vergangenen Jahr nach Deutschland.

Von Januar bis Ende September 2015 nahmen den aktuellsten Zahlen des Bundesinnenministeriums zufolge aber nur 80.423 Neuzuwanderer an Integrationskursen teil. Für 70.052 von ihnen waren die Kurse verpflichtend. Von 2005 bis 2014 sind 466.990 Personen zu einem Integrationskurs verpflichtet worden. Wer sich weigert, an dem Kurs teilzunehmen, kann schon heute mit einer Kürzung der Bezüge oder mit einem Bußgeld bestraft werden. Die Zahl der Integrationskurse ist nachfrageorientiert. Nach Angabe des Bundesinnenministeriums könne es in ländlichen Räumen "teilweise länger dauern, bis ein Kurs gefüllt ist und genug Teilnehmer hat".

Warum kommt das Gesetz?

Aus Sicht von de Maizières ist es nötig, alle Erwartungen und Pflichten, die der Staat einem Asylbewerber entgegenbringt, in einem Gesetz zu bündeln. "Ein Integrationsgesetz ist eine Mischung aus Fördern und Fordern", so der Bundesinnenminister. Beides gehöre zusammen.

Welche Probleme gibt es?

Die geplante Wohnsitzauflage stellt einen Eingriff in das Recht auf Freizügigkeit dar. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im März allerdings klargestellt, dass diese Auflage grundsätzlich erlaubt ist, etwa zur Vermeidung sozialer Spannungen.

De Maizières sieht die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs dadurch gewahrt, dass ein Migrant seinen Wohnort wieder frei wählen kann, sobald er seinen eigenen Lebensunterhalt verdient.

Kann abgeschoben werden?

Die Formulierung, dass die Aufenthaltserlaubnis an die Integrationsbereitschaft gekoppelt werden soll, suggeriert diese Annahme zwar. Der Jurist Kay Hailbronner stellt jedoch klar: "Die angekündigte Verschärfung des erleichterten Zugangs zum Niederlassungsrecht ist zwar vernünftig, hat aber recht wenig mit der Aufenthaltsbeendigung zu tun." Auch wer die Integrationspflichten missachte, könne mit einer Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis rechnen, da das nur einer von vielen Indikatoren in der Abwägung sei. "Für Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte ist das weitgehend irrelevant", so der Professor der Universität Konstanz weiter. "Ernsthafte Verschärfungen im Bereich der Aufenthaltsbeendigung sind aufgrund der Rechtsprechung zu Abschiebehindernissen kaum realistisch."

Wie sind die Reaktionen?

Politiker der großen Koalition unterstützen de Maizières Ideen. SPD-Vize Ralf Stegner sagte der "Welt" allerdings: "Das Hauptproblem ist meist nicht mangelnder Integrationswille, sondern mangelnde Qualifizierungs- und Integrationsangebote." Auch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), sagte, sie wundere sich über de Maizières Worte. Im Umgang mit Flüchtlingen müsse klar sein, "dass sie eben nicht nur aus Verweigerern bestehen", sagte sie im Deutschlandfunk.

Wird bald abgeschoben, wer sich nicht integriert? Die wichtigsten Fragen und Antworten zu den geplanten neuen Regeln

Aus der Opposition kamen kritische Töne. "Bevor der Innenminister nach immer noch härteren Sanktionen ruft, sollte er erst einmal die Integrationsangebote verbessern", sagte Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter der "Passauer Neuen Presse". Dazu gehöre auch ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen. Zudem müsse die Maizière dafür sorgen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gut ausgestattet und Asylverfahren beschleunigt würden. Linke-Chef Bernd Riexinger sprach sich gegen die geplante Wohnsitzauflage aus. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) warnte zudem davor, den Eindruck zu erwecken, Geflüchtete seien bessergestellt als Langzeitarbeitslose. Es gebe für das Schwänzen von Integrationskursen bereits "beinharte Sanktionen - von Kürzungen über Bußgelder bis zu Nichtverlängerung der Aufenthaltsgenehmigung", sagte DGB-Bundesvorstand Annelie Buntenbach. "Da gibt es nichts zu verschärfen."

Wann soll es in Kraft treten?

Derzeit wird das Gesetz intern erarbeitet. Der Innenminister will das neue Integrationsgesetz bereits im Mai vom Kabinett verabschieden lassen. So könnte der Entwurf noch vor der Sommerpause den Bundestag passieren und schnell in Kraft treten.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

pa/dpa/Britta Pedersen

Flüchtlinge beim Besuch eines Job-Centers in Berlin. Wer die Integration verweigert, muss bald mit härteren Sanktionen rechnen

Carsten Koall

Load-Date: April 1, 2016

De Maizière plädiert für mehr Sachleistungen statt Bargeld; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge spricht Einreiseverbote aus, um Mehrfach-Anträge abgelehnter Asylbewerber zu verhindern

Die Welt

Samstag 15. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 189

Length: 793 words

Body

Bundesinnenminister Thomas de Maizière will die Leistungen für Asylbewerber überprüfen und Geldauszahlungen mehr durch Sachleistungen ersetzen. Nach Ansicht einiger EU-Regierungschefs seien die Standards in Deutschland sehr hoch, sagte der CDU-Politiker. So seien die Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in etwa genauso hoch wie das Monatseinkommen eines Polizisten im Kosovo oder in Albanien.

Andererseits habe das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Hartz IV eine Frage der Menschenwürde sei, so der Minister weiter. Das gelte also auch für Asylbewerber. De Maizière betonte aber, es gebe die Möglichkeit zu mehr Sachleistungen. Auch solle man sich das Taschengeld für Asylbewerber genauer anschauen. "Wir können im Leistungsbereich auch unter Wahrung der Menschenwürde doch einiges tun."

In einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber wird der Grundbedarf des täglichen Lebens wie Ernährung, Unterkunft, Kleidung und Gesundheitspflege durch Sachleistungen gedeckt. Hinzu kommt ein Taschengeld für persönliche Bedürfnisse wie Fahrtkosten und Kommunikation. Seine Höhe unterscheidet sich je nach Alter und Familienstand, bei einem alleinstehenden Asylbewerber beträgt es derzeit 143 Euro im Monat. Nach Ablauf der Erstaufnahme wird der Grundbedarf vorrangig durch Geld gedeckt. Dabei erhalten Alleinstehende 216 Euro im Monat, zusammen mit dem Taschengeld ergibt dies 359 Euro.

Zu Medienberichten, die bisherige Schätzung von 450.000 Erst- und Folgeanträgen auf Asyl werde auf etwa 600.000 steigen, sagte de Maizière: "Ich kann die Zahl 600.000 nicht bestätigen." Allerdings seien die Zahlen im "Juni/Juli so in die Höhe geschneit", dass sich die Öffentlichkeit darauf einstellen müsse, "dass wir sehr viel höhere Zahlen bekommen". Wie hoch die Prognose sei, "das werden wir mit den Ländern besprechen. Und in den nächsten Wochen werde ich das der Öffentlichkeit mitteilen", fügte de Maizière hinzu.

Linke und grüne Oppositionspolitiker übten scharfe Kritik an möglichen Einschnitten bei den Leistungen für Asylbewerber. "Am Taschengeld zu sparen bedeutet, an der Menschenwürde zu sparen", erklärte die Linke-

De Maizière plädiert für mehr Sachleistungen statt Bargeld Bundesamt für Migration und Flüchtlinge spricht
Einreiseverbote aus, um Mehrfach-Anträge abgelehnter

Innenpolitikerin Ulla Jelpke mit Blick auf den Vorstoß von Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sagte: "Es ist eine Lebenslüge, dass sich die Zahl der Flüchtlinge über die Höhe der Leistungen regulieren ließe." Jelpke verwies auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Karlsruhe habe klargestellt, dass das Taschengeld dazu diene, Flüchtlingen ein menschenwürdiges Existenzminimum zu garantieren. "Das gilt ausdrücklich auch bei einer nur kurzen Aufenthaltsperspektive." Auch Flüchtlinge vom Westbalkan hätten ein Anrecht auf ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Göring-Eckardt sagte: "Menschen fliehen nicht, weil die Situation in Deutschland so attraktiv ist, sondern weil die Lage in den Heimatländern katastrophal ist." Flüchtlinge müssten einen kontrollierten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt bekommen, und der Bund müsse sich stärker an den Kosten für die Flüchtlingshilfe beteiligen, forderte die Grünen-Politikerin.

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Rudolf Seiters, beklagte unterdessen eine fehlende europäische Solidarität in der Flüchtlingsfrage. Hier sei "viel Egoismus im Spiel", sagte der ehemalige Bundesinnenminister. "Das ist schon ein Stück weit beschämend." Seiters sprach sich zugleich für eine konsequente Anwendung des Asylrechts aus. Deshalb sei auch die Debatte über sichere Drittstaaten "richtig und wichtig": Das Asylrecht wolle Menschen schützen, die politisch oder religiös verfolgt würden oder die durch Bürgerkriege oder Krieg in unmittelbarer Lebensgefahr schwebten. "Wenn wir hier nicht differenzieren, dann werden wir gerade dieser Asylberechtigungsgruppe nicht die Aufmerksamkeit und nicht die Hilfe geben können, die sie benötigt und die sie unbedingt braucht."

Zur Begrenzung der sogenannten Armutszuwanderung hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erste Einreiseverbote gegen abgelehnte Asylbewerber ausgesprochen. Von dieser neuen Möglichkeit werde seit dem 1. August Gebrauch gemacht, sagte Amtspräsident Manfred Schmidt. Die Bescheide enthielten ein Einreise- und Aufenthaltsverbot für die Länder des Schengener Abkommens, also die meisten EU-Staaten sowie Norwegen, Island, die Schweiz und Liechtenstein. So sollen Mehrfach-Asylanträge abgelehnter Bewerber verhindert werden. Weil gegen diese Bescheide rechtlich vorgegangen werden könne, würden einige auch gerichtlich überprüft. Danach werde aber konsequent die Ausreise forciert, sagte Schmidt.

"Die Debatte über sichere Drittstaaten ist richtig und wichtig" Rudolf Seiters, DRK-Präsident

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 15, 2015

Vom Potenzial der Flüchtlinge; Die OECD ermahnt die Bundesregierung, mehr Geld für eine bessere und schnellere Integration der Migranten auszugeben. Ihr Einfluss auf die deutsche Wirtschaft könnte positiv sein

Die Welt

Mittwoch 6. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 80

Length: 1003 words

Byline: Tobias Kaiser

Body

Angel Gurría kommt jedes Mal persönlich, um seiner Botschaft Nachdruck zu verleihen. Der Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellte in Berlin bereits zum fünften Mal die zweijährliche Analyse der deutschen Wirtschaft aus seinem Hause vor. Diesmal brachte er viel Lob für die deutsche Wirtschaftspolitik mit, mahnte aber Reformen an, damit die deutsche Erfolgsgeschichte auch in Zukunft weitergehen könne.

Eines der Hauptanliegen des OECD-Funktionärs an die deutsche Politik: die nachhaltige Integration der **Flüchtlinge** in den Arbeitsmarkt. "Deutschland muss seine derzeitige starke Stellung nutzen, um sich für die Zukunft bereit zu machen", sagte er. "Dazu muss Deutschland insbesondere sicherstellen, dass die **Flüchtlinge**, denen hier **Asyl** gewährt wird, erfolgreich integriert werden. Diese Menschen, die nach Deutschland kommen, sind eine Chance, den demografischen Wandel abzumildern und die Grundlage für eine stärker diversifizierte und produktivere Wirtschaft zu legen."

Nötig dafür sei allerdings, dass der Staat weit stärker als bisher in Sprachlehrgänge, Integrationskurse und Schulungen investiert. "Das wird Geld kosten", sagte Gurría, "aber für mich sind das Investitionen." Zudem müssten alle Flüchtlinge, die wahrscheinlich in Deutschland bleiben werden, schneller als bisher Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Das schreiben auch die Ökonomen der Industriestaatenorganisation im "Wirtschaftsbericht Deutschland": Die Vorrangprüfung müsse demnach gelockert werden und aktive Arbeitsmarktmaßnahmen müssten auch Flüchtlingen offenstehen.

In Wirtschaft und Wissenschaft stoßen optimistische Vorhersagen wie die von Gurría allerdings zunehmend auf Skepsis. Nach anfänglicher Euphorie über die vielen Neuankömmlinge haben Verbände und Wirtschaftsforscher in jüngster Zeit immer wieder erklärt, dass die Flüchtlinge den Fachkräftemangel kaum entscheidend werden lindern können. Ein Großteil der Neuankömmlinge sei nur unzureichend qualifiziert, um anspruchsvollere Jobs zu übernehmen. Viele von ihnen müssten erst Sprachkurse und Schulungen durchlaufen und in sehr vielen Fällen

Vom Potenzial der Flüchtlinge Die OECD ermahnt die Bundesregierung, mehr Geld für eine bessere und schnellere Integration der Migranten auszugeben. Ihr Einfluss....

sogar Schulabschlüsse nachholen. Untersuchungen der OECD selbst legen nahe, dass es eher Jahre als Monate dauern wird, bis viele der Flüchtlinge fit genug sein werden für den hiesigen Arbeitsmarkt.

Das mag Gurría nicht gelten lassen; vielmehr gelte es herauszufinden, wie die Fähigkeiten der Flüchtlinge bestmöglich für die Unternehmen genutzt werden könnten. "Das sind nicht ihre üblichen Arbeitsmigranten. Das sind nicht Menschen, die auf der Suche nach einem Job hierherkommen, sondern die überleben wollen", sagte der OECD-Generalsekretär. "Viele Fähigkeiten und Fertigkeiten der Migranten wurden noch gar nicht ausreichend identifiziert und überprüft. Dafür ist allerdings eine sehr intensive, beinahe persönliche Betreuung nötig." Zudem seien viele der Neuankömmlinge potenzielle Unternehmensgründer, sagte Andreas Wörgötter, langjähriger Deutschlandexperte der OECD: "Viele Flüchtlinge sind sehr unternehmerisch eingestellt."

Gurría betonte bei der Vorstellung der Deutschlandanalyse zudem, dass die Migranten, die in der Bundesrepublik Asyl suchten, im Durchschnitt weit jünger seien als die hiesige Bevölkerung, die älter werde und schrumpfe. "Das passt richtig gut zusammen." Ökonomen verweisen allerdings immer wieder darauf, dass die Flüchtlinge kaum die fiskalischen Folgen des demografischen Wandels abmildern. Zwar würde die günstige Altersstruktur der Neuankömmlinge in der Tat die Alterung abbremsen - wenn auch nur in begrenztem Umfang. Schließlich wird ein Teil derjenigen, die in den vergangenen Monaten Asyl beantragt haben, gar nicht in Deutschland bleiben.

Dass die Bevölkerung jünger wird, sorgt aber nicht automatisch für eine Entlastung von Renten- und Krankenkassen, die besonders unter der Alterung leiden. Die Sozialversicherung und deren Beitragszahler profitieren nur von jungen Menschen, die auch arbeiten sowie Steuern und Sozialbeiträge zahlen. Analysen aus anderen Ländern zeigen allerdings, dass der Staat wegen der Kosten für Sprachkurse, Schulungen und Sozialleistungen für Asylbewerber in der Regel mehr Geld ausgibt, als die Neuankömmlinge selbst an Steuern und Sozialbeiträgen zahlen. Erst die zweite Generation trägt demnach positiv zu Steuereinnahmen und Sozialversicherungen bei. Ökonomen betonen, dass diese Argumente aber kein Grund seien, Asylbewerber abzulehnen. Schließlich sei es eine humanitäre Verpflichtung, Asyl zu gewähren. Zu großer Optimismus wecke jedoch falsche Hoffnungen.

Die Autoren des Wirtschaftsberichts wiederholen zudem altbekannte Forderungen der OECD an die Politik: Dazu gehört zum Beispiel, es Frauen leichter zu machen zu arbeiten, etwa durch höhere Investitionen in Kinderbetreuung, Vorschulen und Ganztagschulen. Auch fordert die Organisation seit Jahren die Abschaffung des Ehegattensplittings in seiner bisherigen Form: Der Steuerstaat mache es durch das Ehegattensplitting für viele Ehepartner wenig attraktiv, Vollzeit zu arbeiten. Ein Vorschlag der Ökonomen: Ein zusätzlicher Freibetrag für den Zweitverdiener könnte dafür sorgen, dass es sich für beide Partner lohnt, voll zu arbeiten.

Erneut fordert die Industriestaatenorganisation außerdem, das Rentenalter mit der Lebenserwartung steigen zu lassen und dementsprechend zu indexieren. Andernfalls drohe der demografische Wandel nicht nur die gesetzliche Rentenversicherung zu überfordern. Ein zu niedriges Renteneintrittsalter entziehe auch dem Arbeitsmarkt viele ältere Arbeitnehmer, die noch produktiv seien. In diesem Zusammenhang forderte Gurría bei der Vorstellung des Berichts, es für Rentner und Pensionäre lukrativer zu machen, auch im Ruhestand noch zu arbeiten. Das verbessere zudem die Lebensqualität derjenigen, die freiwillig länger arbeiteten. Es sei beispielsweise nicht nötig, dass Rentner auf ihren Verdienst Sozialbeiträge zahlten. Zudem sollten die Bezüge von erwerbstätigen Rentenbeziehern nicht gekürzt werden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Vom Potenzial der Flüchtlinge Die OECD ermahnt die Bundesregierung, mehr Geld für eine bessere und schnellere Integration der Migranten auszugeben. Ihr Einfluss....

Claudia Weidner

Load-Date: April 6, 2016

End of Document

Sicherheit geht vor; Innenminister wollen mit Einzelfallprüfung Syrer unter die Lupe nehmen - SPD schwenkt um. Familiennachzug bleibt offen

Die Welt

Freitag 4. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 283

Length: 877 words

Byline: Manuel Bewarder

Martin Lutz

Body

Die Parole der Kanzlerin verhallt mit der Zeit. Im Sommer, als die Flüchtlingskrise gerade explodierte, erklärte Angela Merkel (CDU), dass für die Lösung der Probleme neben "deutscher Gründlichkeit" nun auch "deutsche Flexibilität" gefordert sei. Irgendwie galt das Motto tatsächlich, als in wenigen Monaten mehrere Hunderttausende ins Land strömten. Auch Chaos und Kontrollverlust könnte es heißen.

Die Politik versucht nun immer intensiver, Stufe zwei der Bewältigung der Asylkrise zu starten. Gründlichkeit soll wieder vor Flexibilität gehen. Man will die Kontrolle zurückerlangen und die Zahl der Zuwanderer begrenzen. So etwas ist natürlich vor allem für Innenminister wichtig. Und deshalb senden sie vor allem dieses Signal von ihrem streng bewachten Treffen in Koblenz aus: Sie bereiten den Weg für weitere Asylverschärfungen vor. Recht und Gesetz sollen wieder angewandt werden. Treffen könnte das besonders syrische und afghanische Flüchtlinge.

"Deutschland bildet in Europa die Ausnahme." Das erklärte Thomas de Maizière (CDU) nach Teilnehmerangaben in der nicht öffentlichen Besprechung der Ressortchefs. Der Bundesinnenminister bezog sich damit auf Abschiebungen nach Afghanistan. Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern aus Deutschland in das von Krieg und Korruption zerrüttete Land sind bislang äußerst selten - auch wenn sie rechtlich möglich sind.

De Maizière will diesen Zustand ändern. Dafür trommelt er nun bereits seit Wochen. Doch der Protest ist laut. Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Luise Amtsberg, hält das Vorhaben für rein innenpolitisch motiviert - Afghanen stellten nämlich zuletzt mit 30.000 Asylsuchenden allein im Oktober die zweitgrößte Flüchtlingsgruppe.

"Es widerspricht dem vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anerkannten Schutzbedarf für diese Menschen", erklärte Amtsberg. "Auch steht der Plan im Gegensatz zur desolaten Sicherheitslage in Afghanistan, die instabiler ist denn je in den vergangenen Jahren." Sie forderte eine grundsätzliche Aussetzung von

Sicherheit geht vor Innenminister wollen mit Einzelfallprüfung Syrer unter die Lupe nehmen - SPD schwenkt um. Familiennachzug bleibt offen

Abschiebungen in das Land. Und die Hilfsorganisation Pro Asyl erklärte, die Minister würden damit Menschenleben aufs Spiel setzen.

Wie würden sich nun aber die SPD-Innenminister verhalten? Als Manager der Flüchtlingskrise sehen sie Handlungsbedarf. Auf der anderen Seite müssen sie zu Hause in ihren Ländern fast jede Asylverschärfung vor einem kritischen Regierungspartner verteidigen. Hinzu kommt innerhalb der SPD die Sorge vor einer großen Aussprache zur Flüchtlingspolitik auf dem Bundesparteitag kommende Woche in Berlin. Doch offensichtlich ließen sich die Ressortchefs davon nicht beeindrucken.

Die Innenminister von Bund und Länder stimmten überein, dass es bereits heute in Afghanistan sichere Regionen gebe, in die man grundsätzlich abgelehnte Asylbewerber abschieben könne. Innenminister de Maizière erklärte dazu, dass Rückführungen in Abstimmung mit der afghanischen Regierung sowie Flüchtlingshilfswerk UNHCR und Internationaler Organisation für Migration (IOM) organisiert werden müssten.

Etwas vorsichtiger agierten die SPD-Minister dagegen bei der Frage, ob der Familiennachzug für syrische Flüchtlinge eingeschränkt werden soll. Anfang November war darüber innerhalb der Union ein großer Streit ausgebrochen. De Maizière, der das durchziehen wollte, wurde vom Kanzleramt zunächst zurückgepfiffen - setzte sich nach einem Unionsaufstand zu seinen Gunsten allerdings durch. Die SPD lehnte das Vorhaben aber weiterhin ab: Ausgerechnet die Syrer wollte man nicht härter anfassen und damit Gefahr laufen, dass Frauen und Kinder von nun an die gefährliche Flucht übers Mittelmeer riskieren müssen.

Die Innenministerkonferenz fasste daher einen Beschluss, der niemandem wehtut - aber den Weg für eine weitere Verschärfung ebnet: Auch bei Syrern will man wieder die Einzelfallprüfung einführen. Das heißt, bei jedem wird die Identität überprüft - mit Fingerabdrücken, Fotos und einem Gespräch zur Klärung der Fluchtgründe und Herkunft. Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Ralf Jäger (SPD), sagte, dass man damit sicherstellen wolle, dass diejenigen, die sich als Syrer ausgeben, auch tatsächlich aus dem Bürgerkriegsland stammen. Berlins CDU-Innensenator Frank Henkel ergänzte: "Es geht darum, Missbrauch konsequent zu unterbinden."

Die Innenminister seien sich einig, dass eine Rückkehr zur Einzelfallprüfung die Asylverfahren nicht verlängern dürfe, so de Maizière. Pro Asyl sieht das anders. "Das wird integrationspolitisch fatale Wirkungen haben", sagte Geschäftsführer Günter Burkhardt. Durch die zeitaufwändige Einzelfallprüfung würden die Betroffenen "in monatelange Warteschleifen" gedrängt, ohne Arbeit aufnehmen und sich integrieren zu können. Das hatte bislang auch die SPD so gesehen.

Die Frage, ob mit einer Rückkehr zur genauen Kontrolle am Ende aber auch eine Einschränkung des Familiennachzugs für Syrer verbunden sein wird, sollen die Koalitionsspitzen in Berlin noch klären. "Wir sind hier zusammengekommen, um diese Fragen zu entkoppeln", sagte de Maizière. "Den Streit muss die Koalition in Berlin austragen", pflichtete ihm Jäger bei. "Genau", setzte der Bundesinnenminister fort - der wusste, dass er die Entscheidung, wenn er denn will, sogar allein treffen könnte.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 4, 2015

Familiennachzug von Flüchtlingen? Nicht mit den Populisten; In einem neuen Forderungskatalog skizziert die AfD, wie sie die Zuwanderungskrise lösen will. Dazu zählen "Offshore-Lager" in Syrien

Die Welt

Donnerstag 3. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 258

Length: 699 words

Byline: Matthias Kamann

Body

Für AfD-Verhältnisse kann der Katalog in einem Punkt als moderat gelten. Das Wort "Aufnahmestopp" findet sich nicht. Gefordert wird bei **Flüchtlingen** keine "Obergrenze Null", wie sie der AfD-Landeschef von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, forderte. Stattdessen wird nur ein "jährliches Festsetzen nationaler Obergrenzen für die Aufnahme von **Flüchtlingen** und **Asylbewerbern**" verlangt.

Zwar könnte dabei theoretisch eine "Obergrenze Null" herauskommen. Aber es bleibt doch Luft nach oben in dem Papier, in dem AfD-Bundesvorstandsmitglied Georg Pazderski mit informeller Zustimmung der übrigen Bundesspitze die Positionen der Partei zur **Flüchtlings-** und **Asylpolitik** zusammengefasst hat. Von totaler Abschottung also hält die AfD nichts. Dennoch enthält das Papier, das der "Welt" vorliegt, viele Forderungen, die auf eine radikale Abkehr von der bisherigen Praxis und Rechtslage in Deutschland zielen. Und in einem anderen Punkt geht Pazderski, AfD-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, sogar über das Grundsatzprogramm seiner Partei hinaus. Beim Familiennachzug. Also bei der Möglichkeit, dass diejenigen, die in Deutschland schutzberechtigt sind, Ehepartner und Kinder hierher holen können. Hierzu heißt es im Grundsatzprogramm, man wolle "die schrankenlosen Möglichkeiten des Familiennachzugs für anerkannte **Asylbewerber** beenden". Was durchaus heißen kann, dass es einen Familiennachzug mit Schranken geben könnte.

Jetzt aber fordert das Pazderski-Papier kategorisch ein "dauerhaftes Aussetzen des Familiennachzuges". Das ist eine Verschärfung. Begründet wird sie aus einer "Betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung", die Pazderski dem Katalog voranstellt. Demnach entstünden dem Staat durch die Aufnahme von 1,5 Millionen Flüchtlingen 2015 und 2016 jährliche Kosten von insgesamt 63 Milliarden Euro. Und wenn jeder von diesen Migranten nur ein Familienmitglied herhole, dann kämen noch einmal 63 Milliarden Euro pro Jahr hinzu. Das sei unvertretbar viel.

Deshalb fordert Pazderski noch viele weitere Restriktionen. So sollen Flüchtlinge und Asylsuchende "ausschließlich" Sachleistungen erhalten, kein Geld, ebenso "ausschließlich" nur eine "medizinische Notfallversorgung", keine Gesundheitsbehandlung außerhalb akut bedrohlicher Situationen. Mit all dem sollen

Familiennachzug von Flüchtlingen? Nicht mit den Populisten In einem neuen Forderungskatalog skizziert die AfD, wie sie die Zuwanderungskrise lösen will. Dazu zä....

offenbar Anreize abgebaut werden, nach Deutschland zu kommen. Zugleich soll bei den schon hier Lebenden der Druck erhöht werden, Deutschland zu verlassen. Streichen will die AfD die Prozesskostenhilfe für Migranten, die gegen Abschiebungen klagen. Und wenn gesundheitliche Gründe gegen eine Abschiebung angeführt werden, sollen die Gründe von Amtsärzten überprüft werden.

Neben diesen Forderungen fürs Inland listet das Papier auch "Lösungsansätze" außerhalb Deutschlands auf. Dazu gehören nicht nur die Sicherung der EU-Außengrenzen, das "Schließen von Fluchtrouten" oder Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern. Vielmehr will die AfD dafür sorgen, dass die allermeisten Asylverfahren gar nicht mehr auf deutschem Boden stattfinden. Stattdessen soll in "Offshore-Lagern" im Libanon, in Nordafrika, Westsyrien und der Türkei eine "heimatnahe Durchführung von Asylverfahren" ermöglicht werden. Wie die Einrichtung solcher "Offshore-Lager" in einem Failed State wie Libyen funktionieren soll, oder in Westsyrien oder der Türkei, ist dem Papier nicht zu entnehmen. Auf Nachfrage der "Welt" sagte Pazderski, er sehe "die EU und die Vereinten Nationen in der Pflicht, bilaterale Vereinbarungen mit den einzelnen betroffenen Staaten zu treffen". Die Kosten für die Zentren, so Pazderski, "sollten von EU und Vereinten Nationen in eigenem Interesse und in Absprache mit dem Gastland getragen werden".

Wie sehr das Konzept darauf zielt, Flüchtlinge und Asylsuchende gänzlich von Europa fernzuhalten, zeigt sich auch an der Position zum Umgang mit Bootsflüchtlingen auf dem Mittelmeer. Diese sollen nicht etwa nach Italien gebracht werden, sondern dorthin, wo sie aufgebrochen sind. "Selbstverständlich", so Pazderski, müssten "auch Asylbewerber, die auf dem Seeweg nach Europa kommen, in den sicheren Offshore-Lagern untergebracht und registriert werden". Dort sei auch ihr Asylanspruch zu prüfen. "Nicht in Europa."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 3, 2016

"Vorschläge zur Abschiebung sind kaum umsetzbar"; Nach den Übergriffen fordern Union und SPD schärfere Gesetze. Die meisten Maßnahmen sind nicht zu realisieren, sagen Experten

Die Welt

Samstag 9. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 7

Length: 908 words

Byline: Thorsten Mumme

Freia Peters

Body

1. Haft in der Heimat

SPD-Chef Sigmar Gabriel fragte sich öffentlich: "Warum sollen deutsche Steuerzahler ausländischen Kriminellen die Haftzeit bezahlen?" In der Bild-Zeitung forderte er eine Prüfung, wie der Grundsatz "Haft im Heimatland" wieder verwirklicht werden könne. Gabriels hat mit seinem Vorschlag nicht nur die deutsche Staatskasse im Blick. Die Androhung, in der Heimat hinter Gitter zu kommen, schrecke die Täter weit mehr ab als eine Haftzeit im deutschen Gefängnis, sagte er. **Migrationsrechtler** Thomas Groß von der Universität Osnabrück hält den Vorschlag für "kaum umsetzbar". Es gebe Schutzvorschriften, die Deutschland nicht einseitig aufheben könne, sagt der Professor. "Dazu gehört das Grundrecht auf **Asyl**. Ein **Asylbewerber** darf eigentlich erst abgeschoben werden, wenn das Verfahren abgeschlossen ist."

Das Aufenthaltsgesetz schreibt vor, dass während eines **Asylverfahrens** nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen eine Ausweisung erfolgen kann, die Voraussetzung für eine Abschiebung ist. Dabei muss entschieden werden, ob das öffentliche Interesse an der Ausreise das individuelle Bleibeinteresse überwiegt. Dies ist nur der Fall, wenn "das persönliche Verhalten des Betroffenen gegenwärtig eine schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt." Laut Groß ist dies nach einer einmaligen Straftat nicht gegeben, "sondern nur, wenn es eine Prognose gibt, dass die Gefahr einer Wiederholung besteht. Eine sexuelle Belästigung würde nicht darunter fallen, eine Vergewaltigung schon eher."

2. Abschiebungen

"Vorschläge zur Abschiebung sind kaum umsetzbar" Nach den Übergriffen fordern Union und SPD schärfere Gesetze. Die meisten Maßnahmen sind nicht zu realisieren,

Auch eine alte Forderung von Unions-Innenpolitikern griff Gabriel auf: Es müsse insgesamt schneller und effizienter abgeschoben werden. Wenn Staaten etwa aus Afrika sich weigerten, abgeurteilte und abgelehnte Asylbewerber zurück zu nehmen, müsse Deutschland sie vor die Wahl stellen: "Entweder ihr stellt euch der Verantwortung für eure Bürger oder wir kürzen euch die Entwicklungshilfe."

Die unkooperative Haltung einiger Länder, wenn es um die Zurücknahme von in anderen Staaten unerwünschten Staatsbürgern geht, sorgt schon lange für Verstimmung bei den deutschen Sicherheitsbehörden. Migrationsrechtler Groß hält Gabriels Vorschlag für "durchaus umsetzbar". Staaten seien relativ frei zu entscheiden, welchem Staat sie unter welchen Bedingungen Entwicklungshilfe geben, sagt er. "Es hat in der Vergangenheit öfter Fälle gegeben, in denen Verhandlungen über Rückführungsabkommen mit finanziellen Anreizen verbunden wurden."

3. Asylberechtigung

Der weitreichendste Vorschlag kommt aus der CDU-Spitze. Asylberechtigte, Flüchtlinge und Asylbewerber, die zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt werden, sollen ihre "Asylberechtigung" verlieren. Die Formulierung geht über den Parteitagsbeschluss von Dezember hinaus. Dort hieß es einschränkend, der Aufenthaltsstatus solle bei einer rechtskräftigen Verurteilung "zu einer Freiheitsstrafe von deutlich unter drei Jahren" verloren gehen. Diese zeitliche Einordnung will die CDU nun wegfallen lassen. Das Urteil von Groß ist eindeutig: "Dieser Vorschlag ist so nicht umsetzbar." Ein Widerruf der Asylberechtigung sei bisher nur möglich, wenn die Fluchtgründe entfallen sind, also wenn sich etwa die Lage im Herkunftsland verbessere", sagt der Migrationsrechtler. "Ansonsten ist eine Aberkennung des Flüchtlingsstatus nach den verbindlichen Vorgaben der EU nur zulässig, wenn ein Flüchtling wegen einer besonders schweren Straftat rechtskräftig verurteilt wurde."

4. Personenkontrollen

Ebenfalls aus einem Beschluss des CDU-Vorstandes, der am Samstag auf einer Klausurtagung in Mainz verabschiedet werden soll und der "Welt" als Entwurf vorliegt, stammt die Forderung nach einer Verstärkung der sogenannten "Schleierfahndung". "Bei erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung muss die Polizei in der Lage sein, zum Zwecke der Gefahrenprävention verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchzuführen", heißt es dort. Diese Forderung ist nicht neu, mehrere Bundesländer wenden die Schleierfahndung bereit an. Staatsrechtler Christoph Gusy sagt: "Zur Aufklärung von besonderen Umständen - also nach einer Tat - sind sie schon jetzt bundesweit zulässig."

5. Neuer Straftatbestand

Auch dieser Vorschlag stammt vom CDU-Vorstand. "Gewalt gegen Einsatzkräfte richtet sich gegen unseren Rechtsstaat, gegen unsere Werte und gegen uns alle. Wir wollen daher ihren Schutz mit einem neuen Straftatbestand gegen körperliche Übergriffe und einer deutliche höheren Freiheitsstrafe bei solchen gewalttätigen Angriffen weiter stärken." Diese Forderung hält Gusy für "praktisch erfüllt": "Der Straftatbestand "Widerstand gegen die Staatsgewalt" wurde bereits vor wenigen Jahren verschärft." Schon die kleinste Straftat könne hier mit einer Strafe von zwei Jahren Haft belegt werden. Meist sprechen die Gerichte allerdings deutlich mildere Urteile.

6. Mehr Videoüberwachung

Diese Forderung kam sowohl von CDU-Generalsekretär Peter Tauber als auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Zur Vorbeugung gegen Ereignisse wie in Köln gehöre "mehr Videoüberwachung auf Plätzen, wo sich viele Menschen versammeln, Präsenz auf der Straße und harte Strafen", sagte de Maizière. Professor Gusy hält dies eher für eine "symbolische Forderung", da Bahnhöfe ohnehin bereits mit Kameras überwacht werden. Aber: "Die Gesetze würden es auch erlauben, davon in höherem Maße Gebrauch zu machen." Doch ob das etwas bringt, sei fraglich.

"Vorschläge zur Abschiebung sind kaum umsetzbar" Nach den Übergriffen fordern Union und SPD schärfere Gesetze. Die meisten Maßnahmen sind nicht zu realisieren,

Load-Date: January 9, 2016

End of Document

So beeinflussen Flüchtlinge die Löhne; Die Sorge wächst, dass Migranten die Einkommen in Deutschland drücken könnten. Forscher haben das bereits in anderen reichen Ländern untersucht - mit durchaus überraschenden Ergebnissen

Die Welt

Mittwoch 7. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 12; Ausg. 233

Length: 1728 words

Byline: Martin Greive

Tobias Kaiser

Body

Es ist eine explosive Forderung: Führende Unionspolitiker haben verlangt, **Flüchtlinge** vom Mindestlohn auszunehmen, damit die Neuankömmlinge leichter Arbeit finden könnten. Der Vorschlag birgt Sprengkraft, schließlich schürt er Ängste vor Verteilungskämpfen und durch **Flüchtlinge** ausgelöstes Lohndumping. Die Spitzen der Koalitionspartner reagierten denn auch prompt und erteilten den Wünschen eine Absage. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) gehörten zu den Politikern, die sich energisch dagegen aussprachen, **Flüchtlinge** zu Lohndrückern zu machen.

Die Diskussion scheint damit vorerst gestoppt. Doch wie groß ist die tatsächliche Gefahr, dass die Neuankömmlinge die Löhne hierzulande drücken werden? Eine sichere Antwort darauf kann es nicht geben, aber der Blick auf andere wohlhabende Volkswirtschaften, die einen ähnlichen Zustrom erlebt haben, lässt Rückschlüsse darauf zu, wie sich die Situation in Deutschland entwickeln könnte. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), ein Forum wohlhabender Industriestaaten, geht davon aus, dass in diesem Jahr 850.000 Zuwanderer nach Deutschland kommen werden, die sich dauerhaft niederlassen. Das entspräche rund 1,1 Prozent der Bevölkerung.

Auf diese Zahl kommen die Ökonomen durch folgende Rechnung: Im Jahr 2014 dürften rund eine halbe Million Menschen dauerhaft nach Deutschland gekommen sein - Flüchtlinge nicht eingerechnet. Der ganz überwiegende Teil kommt aus anderen EU-Ländern nach Deutschland, um hier zu arbeiten. Die OECD-Ökonomen schätzen, dass diese Zahl im laufenden Jahr ähnlich hoch ausfallen wird. Zusätzlich erwartet die Organisation, dass 800.000 Asylbewerber nach Deutschland kommen werden - auch wenn die Bundesregierung bereits höhere Zahlen nennt. Geht man wie die OECD-Experten davon aus, dass die bisherige Anerkennungsquote von 40 Prozent auch für

So beeinflussen Flüchtlinge die Löhne Die Sorge wächst, dass Migranten die Einkommen in Deutschland drücken könnten. Forscher haben das bereits in anderen reich....

diese Neuankömmlinge gilt, kommen zu der halben Million Arbeitsmigranten noch 350.000 anerkannte Asylbewerber.

Tatsächlich gibt es innerhalb der OECD eine ganze Reihe von Volkswirtschaften, die teilweise über viele Jahre hinweg jährlich eine dauerhafte Zuwanderung hatten, die rund einem Prozent der Bevölkerung entsprach. Die Schweiz gehört dazu, Schweden und Norwegen, aber auch Dänemark, Australien und Neuseeland. Die Erfahrungen dieser Länder liefern Hinweise darauf, was die Einwanderung für unterschiedliche Einkommensgruppen bedeutet. Hochqualifizierte und Akademiker sind von großen Einwanderungsbewegungen in der Regel nicht betroffen - das zeigen Untersuchungen aus Norwegen, Dänemark und Schweden. Eine Ausnahme bildet allerdings die Schweiz: Dort wirkten sich Arbeitsmigranten und Grenzgänger negativ auf die Arbeitsmarktsituation von Höherqualifizierten aus.

Forscher der Universitäten Zürich und Lausanne berechneten in einer Untersuchung, dass die Zuwanderung aus den EU-Ländern die im internationalen Vergleich überaus niedrige Arbeitslosenquote von Schweizern um 0,2 Prozentpunkte erhöht hatte. Allerdings galt das nur für hoch qualifizierte Personen. Die Zuwanderung wirkte sich zudem auf die Gehälter hoch qualifizierter Arbeitnehmer aus: Zwar stiegen die Reallöhne in den elf Jahren mit hoher Zuwanderung aus der EU mit 0,6 Prozent stärker als in den zehn Jahren zuvor. Ökonomen gehen allerdings davon aus, dass die Löhne ohne die Zuwanderung noch stärker gestiegen wären. Bei jungen einheimischen Arbeitskräften mit Universitätsabschluss und einer Berufserfahrung von zehn bis 15 Jahren wären die Löhne beispielsweise 1,6 Prozent höher gewesen.

Niedrigqualifizierte profitierten dagegen von der Zuwanderung. Ihre Löhne stiegen stärker, als erwartbar gewesen wäre. Grundsätzlich dürfte die Erfahrung aus der Schweiz kaum auf Deutschland übertragbar sein, da das Gros der häufig hoch qualifizierten Zuwanderer aus den EU-Nachbarländern wie Deutschland und Österreich kam, um in der Schweiz zu arbeiten. Ein sehr bekanntes Beispiel in der Migrationsforschung ist Israel nach dem Fall der Mauer. Viele Juden aus den ehemaligen Sowjetstaaten wanderten nach Israel aus, zwischen 1990 und 1994 stieg die Bevölkerung Israels um zwölf Prozent an. Die meisten der Einwanderer waren ähnlich gut gebildet wie die Israelis.

Auf die Beschäftigung wirkte sich der Flüchtlingsstrom gar nicht aus. Ein zehnprozentiger Anstieg des Immigrantenteils drückte die Löhne der Israelis um ein bis drei Prozent, dieser Effekt verschwand dann aber nach vier bis sieben Jahren wieder. In den Studien aus anderen Ländern mit hoher Zuwanderung liegen keine Berechnungen für Handwerker und andere Selbstständige vor. Thomas Liebig, Migrations-Experte bei der OECD, geht allerdings davon aus, dass Handwerker hierzulande von den ankommenden Flüchtlingen profitieren werden.

"Die Flüchtlinge stellen Deutschland auch vor große Herausforderungen, aber für das Handwerk sind die Neuankömmlinge überhaupt keine Bedrohung, sondern geradezu ein Glücksfall. Im Handwerk herrscht fast überall Arbeitskräftemangel, und in Deutschland kommen viele Menschen an, die so ausgebildet sind, dass sie gut für das Handwerk qualifiziert werden können", sagt Liebig. Gerade unter den Syrern, deren Anteil an den Neuankömmlingen stark gewachsen ist, seien besonders viele Menschen mit Abschlüssen, die dem hiesigen Realschulabschluss oder dem Abitur entsprächen. "Wenn wir es schaffen, diese Menschen in die Engpassberufe zu interessieren, dann müssen wir uns überhaupt keine Sorgen machen", sagt Liebig. Auch mit Blick auf die Aufträge profitiere das Handwerk überdurchschnittlich. Im Wohnungsbau und im Handwerk wirke die Ankunft von Hunderttausenden Flüchtlingen geradezu wie ein kleines Konjunkturprogramm.

Die Migrationsforscher Giovanni Peri und Mette Foged haben untersucht, welchen Effekt Flüchtlinge auf den dänischen Arbeitsmarkt hatten. Ihre Erkenntnisse waren überraschend und sind durchaus auf Deutschland übertragbar, weil sich die dänische Volkswirtschaft im untersuchten Zeitraum in einer ähnlich robusten Verfassung befand wie die deutsche im Moment. Peri und Foged stellten fest, dass die Flüchtlinge zunächst begannen, in Berufen mit niedrigem Qualifikationsniveau zu arbeiten. Dadurch profitierten allerdings dänische niedrig qualifizierte Arbeitnehmer, die in Jobs mit höherem Qualifikationsprofil wechselten. Die Tätigkeiten, für die nur eine geringe Qualifikation nötig war, wurden teilweise von Flüchtlingen übernommen. Gleichzeitig sorgten die Neuankömmlinge dafür, dass die Nachfrage in der Volkswirtschaft insgesamt anstieg. Dadurch entstanden für gering qualifizierte dänische Arbeitnehmer neue Möglichkeiten in Jobs, die mittlere Qualifizierung erfordern. "Die Zuwanderung hat bei

So beeinflussen Flüchtlinge die Löhne Die Sorge wächst, dass Migranten die Einkommen in Deutschland drücken könnten. Forscher haben das bereits in anderen reich....

den gering qualifizierten Einheimischen für höhere Löhne, höhere Erwerbstätigkeit und insgesamt größere Arbeitsmobilität gesorgt", schreiben die Autoren.

Wissenschaftler aus Norwegen haben untersucht, wie der ausgeprägte Zuzug von Migranten das Lohnniveau in dem nordischen Land beeinflusst hat. Die Forscher unterschieden dabei allerdings zwischen Zuwanderern aus anderen EU-Ländern, bei denen es sich vor allem um nordische Länder handelt, und Einwanderern aus ärmeren Ländern, die in der Regel Flüchtlinge sein dürften. Ihr Ergebnis: Die Migranten aus anderen nordischen Ländern hatten einen substanziellen Effekt auf die Löhne von Einheimischen - offenbar weil sie direkt mit Norwegern um Jobs konkurrieren. Die Einwanderer aus ärmeren Ländern sorgten dagegen kaum dafür, dass Löhne sanken. Der Effekt war, wenn überhaupt messbar, nur minimal, betraf allerdings gering qualifizierte Einheimische.

Selbst dramatische Flüchtlingswellen haben kaum einen längeren Einfluss auf den Arbeitsmarkt. Beispiel Miami: 1980 erklärte Fidel Castro den Hafen von Mariel für offen. Innerhalb weniger Monate siedelten 125.000 meist ungelernete Kubaner nach Miami über, die Hälfte davon blieb in der Stadt. Binnen eines Jahres stieg das Arbeitskräfteangebot um sieben Prozent. Dennoch sanken weder die Beschäftigung noch die Löhne ungelernerter heimischer Arbeitskräfte, heißt es in einer noch unveröffentlichten Studie von Semih Tumen für die IZA World of Labor Plattform, die der "Welt" vorliegt. Dies lag laut Studie vor allem daran, dass die schon in Miami lebenden Kubaner den Neuankömmlingen das Leben erleichterten. Ebenso wenige Effekte sieht die Studie in der jüngsten Einwanderungswelle aus Syrien in die Türkei. Allein seit 2011 flohen in die Türkei rund 1,6 Millionen Syrier. Von ihren Qualifikationen her hätte man vermuten können, dass sie heimische Arbeitskräfte verdrängen könnten. Allerdings hätte der Zuzug der Syrer nur negative Effekte auf die Beschäftigung von türkischen Arbeitnehmern gehabt, nicht aber auf deren Löhne, heißt es in der IZA-Studie von Tumen. Dies ist umso erstaunlicher, da syrische Flüchtlinge nicht offiziell in der Türkei arbeiten dürfen und daher viel in die Schwarzarbeit ausweichen. Das Fazit der Studie, die viele Migrationswellen untersuchte: "Flüchtlingsströme haben einen kleinen Effekt auf die Beschäftigung heimischer Arbeitskräfte, aber vernachlässigbare Folgen für ihre Löhne."

Wie sieht es aber in den Ländern aus, die einen Mindestlohn haben? "Es ist gut, dass Deutschland einen Mindestlohn hat", sagte Nobelpreisträger Joseph Stiglitz der "Welt". "Das wird verhindern, dass die Flüchtlinge für geringe Löhne arbeiten werden, dass Druck auf die Löhne entsteht, und dass Geringverdiener in Deutschland unter der Zuwanderung leiden werden. Der Mindestlohn verhindert all das." Ganz grundsätzlich haben Wissenschaftler in diesen Ländern festgestellt, dass die Wirkung auch ausgeprägter jahrelanger Zuwanderungsbewegungen auf die Löhne nicht messbar oder sehr gering waren. Bei einem Großteil dieser Wanderungsbewegungen handelt es sich allerdings um Menschen, die gezielt einwandern, um vor Ort zu arbeiten - und nicht um Flüchtlinge, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.

"In Deutschland dürfte die Flüchtlingsbewegung praktisch keinen Einfluss auf die gezahlten Löhne oder das Beschäftigungsniveau der Einheimischen haben", sagt denn auch Thomas Liebig, Migrationsexperte bei der OECD. "Denn nur ein kleiner Teil der Asylbewerber, die anerkannt werden, können überhaupt sofort in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Alle anderen werden wenn überhaupt nach einer Qualifizierung verzögert und nach und nach in den Arbeitsmarkt kommen."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Uwe Anspach

Ein Neuankömmling wird fotografiert. Viele der Flüchtlinge in Deutschland sind auf der Suche nach Arbeit

ag

So beeinflussen Flüchtlinge die Löhne Die Sorge wächst, dass Migranten die Einkommen in Deutschland drücken könnten. Forscher haben das bereits in anderen reich....

Uwe Anspach

Load-Date: October 7, 2015

End of Document

Bildungsexperten fordern Masterplan zur Integration; Kita-Pflicht, Ganztagschulen und "pädagogische Assistenten" sollen die Chancengleichheit fördern

Die Welt

Dienstag 3. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 103

Length: 1289 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Führende Bildungsexperten fordern einen Masterplan, um die Integration der vielen **Flüchtlinge** und **Migranten** zu bewältigen. Nötig sei eine konzertierte Aktion von Bund, Ländern und Kommunen, allen Bildungsinstitutionen und ihrem Personal, heißt es im diesjährigen Gutachten des Aktionsrates Bildung, das am Dienstag in München präsentiert wird und der "Welt" vorab vorliegt.

"Es darf keine Illusion darüber bestehen, dass die Integration durch Bildung eine der mit Abstand wichtigsten Bildungsmaßnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik sein wird", mahnen die Wissenschaftler. Von der Bewältigung dieser "epochalen Situation" werde abhängen, ob Deutschland "seine Identität, seine produktive Kraft und seine Zukunftsfähigkeit erhalten und ausbauen" werde.

Mehr als eine Million Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland, und die meisten von ihnen sind jünger als 25 Jahre. Um die Chancen für eine erfolgreiche Integration zu erhöhen, sollten alle Anstrengungen auf diejenigen konzentriert werden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit bleiben dürfen, empfehlen die Forscher. Diese Gruppe sollte von Beginn an Zugang zu Sprachkursen, Kindertagesstätten, Vorbereitungsklassen und allen anderen - auch finanziellen - Förderinstrumenten erhalten. Auch müsse für sie der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gezielt geöffnet werden. Doch nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch die weiterhin hohe Zahl an Arbeitsmigranten aus der EU sowie die schon hier lebenden Migranten benötigen nach Einschätzung des Aktionsrates eine passgenaue Förderung. Ziel müsse es sein, dass diese Gruppen ähnlich häufig wie Deutsche einen qualifizierten Berufsschulabschluss oder ein Studium erfolgreich abschließen. Bislang ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, der keinerlei Berufsabschluss vorweisen kann, mit 38 Prozent mehr als doppelt so hoch wie unter Deutschen (14 Prozent).

Um die Chancen der Ausländer zu verbessern, sollten die Migranten und Flüchtlinge künftig gleichmäßig auf alle Regionen verteilt werden, heißt es in der Studie. Denn Untersuchungen zeigten, dass die Qualität des Unterrichts dramatisch nachlasse, wenn mehr als 40 Prozent der Kinder die deutsche Sprache nicht beherrschten. Da

Bildungsexperten fordern Masterplan zur Integration Kita-Pflicht, Ganztagschulen und "pädagogische Assistenten" sollen die Chancengleichheit fördern

mittlerweile rund 35 Prozent der unter Zehnjährigen in Deutschland einen Migrationshintergrund haben - in vielen Städten und Regionen gilt dies gar für die Mehrheit der Kinder - und mitunter selbst in der dritten Generation zu Hause häufig in der Muttersprache kommuniziert wird, liegt nach Ansicht der Forscher in der intensiven Sprachförderung der wichtigste Schlüssel für die Bildungsintegration. Schon in früher Kindheit werden die Weichen für den Spracherwerb gestellt. Deshalb schlägt der Aktionsrat für Vorschulkinder die Einführung einer Kindergartenpflicht vor. Außerdem sollte intensiv bei den Eltern dafür geworben werden, die Kinder bereits in den ersten Lebensjahren in die Kita zu geben. Problematisch sei allerdings, wenn ausländische Kinder in den Einrichtungen dann weitgehend unter sich blieben, so wie das heute in vielen sozialen Brennpunkten der Fall sei. Denn dann fehle es ihnen an ausreichend Gelegenheiten, deutsch zu sprechen.

Viele Flüchtlinge und Migranten sind bereits schulpflichtig, wenn sie nach Deutschland kommen. Damit sie die Chance haben, dem Unterricht folgen zu können, fordert der Aktionsrat in den Grundschulen sowie in weiterführenden Schulen ein flächendeckendes Angebot für vorbereitende oder begleitende Integrationsangebote mit Schwerpunkt Deutsch als Zweitsprache.

Die Wissenschaftler plädieren dafür, die ausländischen Kinder so rasch wie möglich in die Regelklassen zu geben und sie nicht in Extra-Klassen zu separieren. Denn nur auf diesem Weg hätten die Kinder häufig die Gelegenheit, ihre Deutschkenntnisse in Alltagssituationen zu trainieren und Kontakte zu den hier aufgewachsenen Kindern zu knüpfen.

Die Unterrichtung in Regelklassen sei vor allem für ausländische Kinder unter zehn Jahren Erfolg versprechend, heißt es in der Studie. Voraussetzung sei allerdings, dass die Zahl der nicht deutsch sprechenden Kinder nicht zu groß sei. Deshalb sollten die Länder dafür sorgen, dass die Flüchtlinge und Migranten möglichst auf alle Grundschulen gleichmäßig verteilt würden, fordern die Forscher. "Unter dieser Vorbedingung könnten die Flüchtlingskinder in den Grundschulen sofort in den normalen Klassenverband integriert werden." Handelt es sich dagegen um ältere Kinder, die in eine weiterführende Schule gehen, so sollten sie zunächst in speziellen Vorbereitungsklassen mit gezielten Spracherwerb gefördert werden. Allerdings sollte auch hier spätestens nach einem Jahr ein Wechsel in die Regelklasse erfolgen, heißt es in dem Gutachten.

Die internationalen Schulvergleichsstudien wie Pisa oder Timss haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass Kinder mit Migrationshintergrund nicht nur im Lesen und Schreiben, sondern auch in Mathematik, Naturwissenschaften, Englisch und sogar Computerkenntnissen deutlich hinter ihren Mitschülern mit deutschen Wurzeln hinterherhinken. Der Aktionsrat hält deshalb Änderungen im Unterricht für notwendig. Die Kinder sollten mehr als bisher zum Sprechen angeregt werden, etwa durch Gruppenarbeiten. Auch sollte der Gebrauch von Fachwörtern vor allem in den Naturwissenschaften reduziert werden, damit ausländische Kinder dem Unterricht besser folgen könnten. Generell sollten Zugewanderte zudem am besten in Ganztagschulen unterrichtet werden, weil auch dies dem Spracherwerb und der kulturellen Teilhabe diene.

Dringenden Handlungsbedarf sieht das zehnköpfige Expertengremium überdies beim Bildungspersonal. Die Lehrer benötigten Fortbildungen, um den Umgang mit einer zunehmend bunten Schülerschaft besser zu bewältigen. Eine vorrangige Aufgabe des Bildungspersonals sei es, allen Vorurteilen gegenüber Zuwanderern entgegenzutreten. Auch auf den Umgang mit oftmals traumatisierten Flüchtlingskindern sei das Personal bislang nicht ausreichend vorbereitet, stellt der von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) ins Leben gerufene Aktionsrat Bildung fest. Um die Lehrer in den Schulen zu entlasten und Flüchtlinge individuell zu fördern, schlagen die Experten vor, verstärkt "Lernhelfer" und "pädagogische Assistenten" einzusetzen. Insgesamt erfordere der von ihnen angemahnte Masterplan zur Bildungsintegration erhebliche finanzielle Investitionen, die sich allerdings erst nach vielen Jahren auszahlen würden.

Die Wirtschaft unterstützt die Forderung nach einem Masterplan, der alle Akteure im Bildungswesen einbezieht. Ein zentraler Pfeiler müsse dabei "die Qualifizierung und Bereitstellung von zusätzlichem und am tatsächlichen Bedarf orientierten pädagogischen Personals" sein, sagte Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer des vbw. Vor allem auch die Sprachförderung - sowohl allgemeinsprachlich als auch berufsbezogen - müsse massiv weiter ausgebaut werden.

Bildungsexperten fordern Masterplan zur Integration Kita-Pflicht, Ganztagschulen und "pädagogische Assistenten" sollen die Chancengleichheit fördern

Mit Blick auf die Flüchtlinge sehen Wissenschaft und Wirtschaft auch Änderungsbedarf bei der dualen Berufsausbildung. Da viele Asylsuchende große Defizite in ihrer Schulbildung aufwiesen, empfiehlt der Aktionsrat, die Möglichkeiten zur Teilqualifizierung zu erweitern und dabei vor allem auf Theorie zu verzichten. Brossardt fordert außerdem, die Berufsschulpflicht bundesweit bis auf 21 Jahre auszuweiten: "Dadurch erhalten junge Menschen eine Perspektive im Hinblick auf eine berufliche Ausbildung."

Ein breit abgestimmter Masterplan ist aus Sicht der Experten auch deshalb nötig, weil die Bundesländer derzeit höchst unterschiedlich verfahren. Während beispielsweise Flüchtlingskinder in Berlin oder Hamburg von Beginn an schulpflichtig sind, gilt in Baden-Württemberg eine sechsmonatige Wartezeit.

Deutschland befindet sich in einer epochalen Situation

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 3, 2016

UN: Deutschland nimmt zu viele Flüchtlinge auf; Flüchtlingskommissar Guterres fordert gerechte Verteilung bei der Aufnahme von Asylbewerbern.
Rotes Kreuz startet Aktion auf Lesbos

Die Welt

Dienstag 18. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 191

Length: 413 words

Byline: Claudia Ehrenstein

Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel/Berlin

Der Hohe **Flüchtlingskommissar** der Vereinten Nationen (UN), António Guterres, will Deutschland bei der Verteilung von **Flüchtlingen** entlasten. Guterres sagte der "Welt", die Verantwortung müsste "auf mehrere Schultern" verteilt werden. "Es ist langfristig nicht tragbar, dass nur zwei EU-Länder - Deutschland und Schweden - mit leistungsfähigen **Asylstrukturen** die Mehrheit der **Flüchtlinge** aufnehmen", so Guterres.

Nach den jüngsten Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat beantragten in den ersten drei Monaten dieses Jahres 185.000 Asylsuchende Schutz in der EU - ein Plus von 86 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die meisten Anträge pro eine Million Einwohner wurden in Ungarn (3322), Schweden (1184), Österreich (1141) und Deutschland (905) gestellt. Nach Angaben von Guterres haben seit Jahresbeginn 240.000 Migranten und Asylsuchende Europas Küsten erreicht. "Die meisten Menschen, die über das Mittelmeer in Booten kommen, flüchten vor Konflikten und Verfolgung. Alle Staaten in Europa haben die moralische Pflicht, sie willkommen zu heißen, und die eindeutige gesetzliche Verpflichtung, sie zu schützen."

Der Flüchtlingskommissar sagte weiter, solange die internationale Gemeinschaft keine politische Lösung für bestehende Krisen finde und es nicht gelinge, neue Konflikte zu verhindern, müsse man sich mit den "dramatischen humanitären Konsequenzen" beschäftigen. "Im vergangenen Jahr flohen mehr Menschen als jemals zuvor seit Beginn unserer Aufzeichnungen. Mehr als 60 Millionen weltweit haben ihre Heimat verloren infolge von Konflikten und Verfolgung. Wir können Menschen, die flüchten, um ihr Leben zu retten, nicht abschrecken. Sie werden kommen, und wahrscheinlich werden es noch mehr werden." Wichtig sei aber, die Ankunft der Flüchtlinge "human"

UN : Deutschland nimmt zu viele Flüchtlinge auf Flüchtlingskommissar Guterres fordert gerechte Verteilung bei der Aufnahme von Asylbewerbern. Rotes Kreuz starte....

zu gestalten. "Ich bin beunruhigt, wenn Flüchtlinge als Eindringlinge, Jobsuchende und Terroristen dargestellt werden, um mit öffentlichen Ängsten zu spielen. Dies ist ein Kampf um Werte."

Unterdessen bereitet das Deutsche Rote Kreuz (DRK) nach Informationen der "Welt" eine Hilfsaktion für Flüchtlinge in Griechenland vor. Auf der Insel Lesbos und in der Region Attika sollen ab September Hygieneartikel verteilt werden. Die Situation der Mittelmeerflüchtlinge sei "desolat", sagte DRK-Präsident Rudolf Seiters. Etwa 19.000 Personen sollen Hygienepakete erhalten, der Inhalt reicht pro Person etwa zwei Monate. Siehe Kommentar sowie Seiten 2, 4 und 5

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 18, 2015

End of Document

Ein Turbo wider das Chaos; In Heidelberg plant das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Befreiungsschlag. Asylanträge könnten dann in zwei Tagen statt fünf Monaten erledigt werden

Die Welt

Samstag 19. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 296

Length: 974 words

Byline: Hannelore Croll

Body

Heidelberg

Ran, rein, raus in 48 Stunden: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) will das Asylverfahren mächtig beschleunigen. In Heidelberg präsentierte BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise ein Pilotprojekt zur zentralen Registrierung und schnelleren Abfertigung von Anträgen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sieht darin einen "Vorbildcharakter für ganz Deutschland". Die Idee für das Heidelberger Zentrum sei ein wichtiger Beitrag, damit die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland "Struktur und Ordnung zurückgewinnt".

Der Plan: Die Flüchtlinge sollen umgehend nach der Ankunft in eine von vier Gruppen eingeteilt werden, zwei "leichte" und zwei "schwierige". Über die Asylanträge der einfachen Gruppen - Menschen, die höchstwahrscheinlich bleiben dürfen, und all jene, die ziemlich sicher wieder gehen müssen - soll dann mit vereinten Kräften gleich vor Ort entschieden werden.

Bereits zwei Tage nach der Ankunft, so die Hoffnung, könnten dann die akzeptierten Asylbewerber in die Kommunen weiterziehen, mit absolviertem Gesundheitscheck natürlich und einem der neuen, angeblich fälschungssicheren "Auskunftsausweise" des Bundesamts in der Tasche. Die Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten wiederum können sich darauf einstellen, alsbald zur Abschiebung in Flugzeuge oder Busse verfrachtet zu werden.

Zurück bleiben zwei Gruppen von schwierigen Fällen: Das sind jene Antragsteller, deren Pässe fehlen oder für die aufwendige Einzelfallanhörungen zu erwarten sind. Zum anderen sind es schließlich die Flüchtlinge, die laut Dublin-Verfahren abgeschoben werden müssten. Bei beiden Gruppen wird es auch künftig wohl Wochen oder Monate dauern, bis ihr Fall entschieden ist.

Ein Turbo wider das Chaos In Heidelberg plant das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Befreiungsschlag. Asylanträge könnten dann in zwei Tagen statt fünf....

Ab Januar sollen laut Weise bis zu 1000 Anträge täglich in Heidelberg abgewickelt werden, am besten mit einer "unmittelbaren Entscheidung". Dazu reiche aber das Personal bisher bei Weitem nicht aus. Derzeit hat das BAMF rund 50 Leute in der Heidelberger Einrichtung am Start, die auf 350 bis 400 Entscheidungen täglich kommen. Ein ähnliches Modellprojekt des Bundesamts läuft seit Kurzem im niedersächsischen Fallingb. Gegenüber der gegenwärtig oftmals chaotischen Registrierung und Fallbearbeitung wäre die Beschleunigung wahrlich ein Quantensprung. Manche Flüchtlinge warten bis zu fünf Monate, bis über sie entschieden ist. Oft dauert es Wochen bis zur ersten Registrierung. Weil es erst danach Taschengeld gibt, eskaliert die Lage in Unterkünften immer öfter.

Auch kurz vor dem Besuch von BAMF-Chef Weise in Heidelberg noch einmal: Vor einer Mannheimer Unterkunft, wo 3000 Menschen leben, demonstrierten irakische und syrische Flüchtlinge gegen die aus ihrer Sicht zu langen Registrierungszeiten. Weil die Stimmung aufgeheizt war und die Protestierer Zufahrten und Straßen blockierten, rückte die Polizei mit mehreren Streifenwagen an. Bereits in der Nacht zuvor waren im selben Lager mehr als 100 Personen in Streit mit dem Sicherheitsdienst geraten, weil sie sich über die schlechte Unterbringung und das schleppende Registrierungsverfahren ärgerten.

Dabei würde Baden-Württemberg, wie sein Ministerpräsident beteuerte, gern ein "Musterländle" für schnelle Asylverfahren, flotte Registrierungen und eine gelungene Integration werden. Natürlich möglichst ohne Fehl und Tadel, was die Rechte der Anreisenden angeht. "Wir werden das ordentlich machen", versicherte Kretschmann beim Rundgang durch die Landeserstaufnahmestelle "Patrick Henry Village", eine ehemalige US-Kaserne nahe Heidelberg, in der gegenwärtig mindestens 5000 Menschen leben. Auch im beschleunigten Verfahren werde jeder Einzelfall sorgfältig geprüft und Flüchtlingen Rechtsberatung angeboten.

Kritiker wie die innenpolitische Sprecherin der Linkspartei, Ulla Jelpke, bezweifeln das. Das "Turbo-Asyl im Fließband-Verfahren" sei unverantwortlich, kritisierte Jelpke. Sie nannte es "mehr als fraglich", dass ein einziger Tag wirklich genug sei, um einzelfallorientiert und gewissenhaft über das Schicksal eines Menschen zu entscheiden.

Doch BAMF-Chef Weise, vor zwei Monaten mit viel Vorschusslorbeeren ins Amt gekommen, weiß genau: Er wird im kommenden Jahr daran gemessen werden, ob er den gewaltigen Antragsrückstau abbauen, zumindest aber drastisch reduzieren kann. Noch erfassen Landeserstaufnahmestellen und das BAMF viele Daten doppelt, weil die Erfassungssysteme nicht kompatibel sind.

Seine ganze Hoffnung setzt der 64-Jährige, der auch die Bundesagentur für Arbeit leitet, nun in mehr Personal, transparentere Abläufe und bessere Computernetze. Für ganz besonders wichtig hält Weise aber die Bündelung von Kräften an einem Ort. Mit Dolmetschern, Ärzten, BAMF- sowie Justiz-Personal auf einem Fleck ist es sogar möglich, einem syrischen Flüchtling mit gültigem Pass noch am selben Tag einen positiven Bescheid in die Hand zu drücken. Bundeswehr-Soldaten übernehmen im Auftrag des Landes die erkennungsdienstliche Behandlung der Ankommenden. Parallel bemüht sich die Bundesagentur für Arbeit dann bereits um Sprachkurse oder mögliche Praktika zum Arbeitseinstieg.

Auch ein weiteres Problem soll die Beschleunigung adressieren: Die zentralisierte Abfertigung soll verhindern, dass Flüchtlinge wie bisher ohne Registrierung und Gesundheitscheck einfach aus ihren Unterkünften verschwinden und auf eigene Faust weiterziehen.

Klaus Vitt, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, kündigte an, in Heidelberg erstmals an der Digitalisierung des Asylverfahrens zu arbeiten. Bis Mitte 2016 soll ein bundesweites Datennetzwerk entstehen. Darin sollen bereits beim ersten Kontakt alle für das gesamte Asylverfahren notwendigen Daten wie Fingerabdrücke, Gesundheitsdaten oder beruflichen Werdegang erfasst werden. Der Bundestag berät derzeit ein Gesetz für den Datenaustausch. Ab Jahresmitte sollen Anträge dann bundesweit digital bearbeitet werden können.

Ein Turbo wider das Chaos In Heidelberg plant das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Befreiungsschlag. Asylanträge könnten dann in zwei Tagen statt fün....

Graphic

dpa/Uwe Anspach

Digitale Registrierung: Flüchtlinge sollen mit moderner Technik erfasst werden

Uwe Anspach

Load-Date: December 19, 2015

End of Document

Bei Ungarns Zaun ist alles anders; Premier Orbán könnte an seinen Versprechen scheitern. Einen Minister hat er schon verloren

Die Welt

Mittwoch 9. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 210

Length: 1082 words

Byline: Boris Kálnoky

Body

Budapest

Am Montag hielt Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán eine überraschende Inspektion an der serbischen Grenze ab, wo die ungarische Armee sich nach Kräften bemüht, die zweite, höhere, undurchlässige Stufe des neuen Grenzzauns fertigzustellen. Mit dabei war der mächtige Leiter des Amtes des Ministerpräsidenten, János Lázár. Zuvor hatte Verteidigungsminister Csaba Hende in Budapest seinen Rücktritt angeboten, und Orbán hatte ihn gern angenommen. Den Medien zufolge war er unzufrieden mit dem Tempo des Zaunbaus. Dessen erste Stufe - ausgerollter Stacheldraht - ist fertig, die zweite, eigentliche Sperre von vier Meter Höhe jedoch nicht. Orbán klang an der Grenze tatsächlich unzufrieden. Es müsse alles schneller gehen, sagte er, mehr Leute, mehr Material, mehr Tempo.

Die **Flüchtlingskrise** hat in Ungarn damit ihr erstes politisches Opfer gefordert. Bald könnte Orbán selbst unter Druck geraten. Der Regierungschef hatte im Juli öffentlich und verbindlich erklärt, der neue Zaun würde die Zahl der illegal ins Land kommenden **Flüchtlinge** um fünf Sechstel reduzieren. Er hatte guten Grund für solche Hoffnungen. Die 2012 und 2014 errichteten Zäune an den Grenzen Griechenlands und Bulgariens zur Türkei hatten einen Rückgang in etwa dieser Größenordnung bewirkt. Aber nur da, wo sie standen. Die **Flüchtlinge** kamen stattdessen nicht in geringerer, sondern insgesamt in immer größerer Zahl - nun übers Meer.

Aber beim ungarischen Zaun ist alles anders. Es kommen mehr Migranten, nicht weniger, direkt hindurch und nicht um ihn herum. Selbst wenn er ganz fertig sein wird, dürfte das nicht aufhören. Die meisten kommen über die Eisenbahnschienen auf der Strecke Budapest-Belgrad. Da steht kein Zaun. Weil da Züge fahren. Als klar wurde, dass das Grenzhindernis allein womöglich nutzlos bleiben würde, verkündete Orbán die Errichtung einer neuen, diesmal rechtlichen Hürde, gültig ab 15. September: mehrjährige Haftstrafen und/oder Abschiebung für illegalen Grenzübertritt, besonders hart wird jede Beschädigung des Grenzzauns bestraft.

Bei Ungarns Zaun ist alles anders Premier Orbán könnte an seinen Versprechen scheitern. Einen Minister hat er schon verloren

Die ungarische Regierung verteilt Flugzettel auf dem Balkan, um die neuen Gesetze bei Schleppern (für sie gelten besonders harte Strafen) und Migranten bekannt zu machen. Aber Ungarns Gefängnisse sind mit 18.000 Insassen randvoll. Neue sollen gebaut werden, diese Pläne stammen noch aus der Zeit vor der jetzigen Flüchtlingskrise. Es ist in der Praxis kaum umsetzbar, täglich 2000 bis 3000 illegal über die Grenze kommende Migranten in Gefängnisse zu stecken - es gibt sie nicht. Es scheint, dass die Behörden letztendlich Flüchtlinge sofort zurück nach Serbien schicken werden, ohne Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen. Weil sie illegal über die Grenze gekommen sind. Um das umsetzen zu können, enthalten die neuen Gesetze auch Sondervollmachten für Polizei und Armee. Wer also durch den Zaun oder über die Bahnschienen kommt, muss dann gleich zurück, und wer über den offiziellen Grenzübergang kommt und einen Asylantrag stellt, wird künftig deswegen abgewiesen, weil er aus einem "sicheren Land" kam, Serbien.

Wie das konkret aussehen soll, wenn sich auf der serbischen Seite dann sehr rasch Zehntausende anstauen, mag man sich gar nicht vorstellen. Allein am Montag kamen 7000 neue Flüchtlinge in Mazedonien an. Zudem müssten Armee und Polizei wohl gewaltsam vorgehen - die Migranten werden sich wahrscheinlich gegen eine Abschiebung nach Serbien wehren - und Familien mit kleinen Kindern zurück prügeln oder mit Tränengas eindecken. Die internationale Presse, die in großer Zahl an der Grenze aufgezogen ist, wartet nur auf solche Bilder. Schon jetzt ist die Polizei völlig mit der Aufgabe überfordert, Migranten im Auffanglager bei Röszke an der Grenze in Schach zu halten. Sie können nicht zügig registriert werden, sie brechen immer wieder aus, sie folgen keinen Anordnungen. Weil überall im Land Migranten unterwegs sind, ist insbesondere die Bereitschaftspolizei an den Grenzen ihrer personellen Kapazitäten.

Ungarn hofft natürlich, dass die Flüchtlinge sich irgendwann eine weniger stressige Route suchen werden - über Kroatien. Wenn das jedoch nicht passiert, kann es gut sein, dass weder der Zaun noch die strengen Gesetze am Ende helfen. Wenn der Flüchtlingsstrom nicht abebbt, ist das für Orbán innenpolitisch ein Problem. Er hat sich mit seinem konkreten Ziel zur Reduzierung des Flüchtlingsstroms sowie mit einem Datum dafür (ab dem 15. September) sehr weit aus dem Fenster gehängt. Dabei war die Flüchtlingskrise bislang ein Segen für die Regierungspartei. Orbáns kraftvolles Auftreten stoppte zunächst einen Abwärtstrend in den Meinungsumfragen, der im vergangenen Oktober eingesetzt hatte. Sollten die Wähler jedoch merken, dass auf all die wortstarke Entschlossenheit keine Ergebnisse folgen, die Flüchtlinge immer noch kommen, dann könnten Teile der Fidesz-Wählerschaft auf Jobbik umschwenken. Die radikal rechte Partei ist mittlerweile die zweitstärkste im Land.

Derweil weitet sich der Interessenkonflikt zwischen Deutschland und Ungarn aus. Nachdem Vizekanzler Sigmar Gabriel erklärt hatte, Ungarn müsse sich auf finanzielle Konsequenzen gefasst machen, wenn das Land nicht "seinen Teil der Verantwortung übernehme", sprach Außenminister Péter Szijjártó von einer "Europameisterschaft der Heuchelei". Es sei sehr seltsam, dass Ungarn dafür angegriffen werde, europäisches Recht umzusetzen und die Außengrenzen der EU zu verteidigen. Natürlich ging es Gabriel vor allem darum, Druck auf Ungarn auszuüben, damit die Regierung ein verbindliches Quotensystem für die Umverteilung von Flüchtlingen akzeptiert. Einen solchen Plan will die EU-Kommission am Mittwoch vorlegen.

Szjijártó nannte Gabriel im Gegenzug "scheinheilig und ehrlos", allerdings ohne ihn beim Namen zu nennen. In Budapest sieht man es so: Deutschland ist Auslöser und Verstärker der Flüchtlingskrise, nicht nur wegen seiner wirtschaftlichen Attraktivität, sondern auch wegen seiner demonstrativ freundlichen Flüchtlingspolitik. "Scheinheilig" sei das deswegen, hört man in Budapest von Regierungspolitikern, weil Deutschland einerseits die Flüchtlinge de facto "herbeiruft", aber dann Druck auf EU-Partner wie Ungarn ausübt, um die "herbeigerufenen" Flüchtlinge umzuverteilen. Orbán hatte vor wenigen Tagen gesagt, in ein oder zwei Jahren werde es zu einer "grundsätzlicheren Debatte in Europa" kommen. Darüber, "ob einzelne Staaten das Recht haben darauf zu beharren, dass sie ihre ethnisch-kulturelle Zusammensetzung bewahren wollen".

Original Gesamtseiten-PDF

Bei Ungarns Zaun ist alles anders Premier Orbán könnte an seinen Versprechen scheitern. Einen Minister hat er schon verloren

dpa/Szilard Koszticsak; AFP/ATTILA KISBENEDEK

Verteidigungsminister Csaba Hende (I.) ist zurückgetreten - weil der Zaun an der Grenze zu Serbien nicht fertig ist und weil Flüchtlinge ungehindert über die Gleise ins Land kommen

dpa/Szilard Koszticsak; AFP/ATTILA KISBENEDEK

Verteidigungsminister Csaba Hende (I.) ist zurückgetreten - weil der Zaun an der Grenze zu Serbien nicht fertig ist und weil Flüchtlinge ungehindert über die Gleise ins Land kommen

Szilard Koszticsak

ATTILA KISBENEDEK

Load-Date: September 9, 2015

End of Document

**Politik Kompakt; Grüne: Peter weist Palmer nach Asylkritik zurecht ++
Migranten: 2000 Iraker reisten enttäuscht in Heimat ++ Andrea Nahles:
Weniger Sozialhilfe für Ausländer aus EU ++ Verfassungsschützer:
Angeblich 500 Euro für al-Qaida bereitgestellt ++ Schweiz: Diplomatie
zwischen Iran und Saudi-Arabien**

Die Welt

Montag 15. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 38

Length: 564 words

Body

Grüne

Peter weist Palmer nach **Asylkritik** zurecht

Der Grünen-Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, befürwortet eine strengere **Migrationspolitik**. "Es sind nicht die Zeiten für Pippi-Langstrumpf- oder Ponyhof-Politik", sagte Palmer dem Magazin "Spiegel". "Wir müssen die unkontrollierte Einwanderung beenden." Die EU-Außengrenzen sollen nach dem Willen Palmers mit einem Zaun und bewaffneten Grenzern gesichert werden. Proteste aus den Reihen der Grünen ließen nicht lange auf sich warten. "Wer Zäune und Mauern zur Begrenzung der Einwanderung von **Flüchtlingen** fordert, spielt in erster Linie rechten Hetzern in die Hände", kritisierte Grünen-Chefin Simone Peter im "Tagesspiegel" ihren Parteikollegen.

Migranten

2000 Iraker reisten enttäuscht in Heimat

Fast 2.000 Iraker sind seit dem vergangenen Herbst freiwillig wieder aus Deutschland ausgereist. Das geht aus einem aktuellen, vertraulich gestempelten Papier des Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentriums illegale Migration (Gasim) hervor, das der "Welt am Sonntag" vorliegt. Nach den Gründen für die Ausreise befragt, gaben die Iraker an, dass sich die Versprechen von Schleusern in Deutschland nicht erfüllt hätten. "Häufig wurde die Unzufriedenheit über die Unterbringungssituation, fehlende Arbeit und die daraus resultierende finanzielle Situation sowie die schleppende Bearbeitung des Asylbegehrens zum Ausdruck gebracht", heißt es in dem Bericht. Aber auch familiäre Gründe, etwa eine bevorstehende Hochzeit in der Heimat, seien angeführt worden.

Politik Kompakt Grüne: Peter weist Palmer nach Asylkritik zurecht ++ Migranten: 2000 Iraker reisten enttäuscht in Heimat ++ Andrea Nahles : Weniger Sozialhilfe

Andrea Nahles

Weniger Sozialhilfe für Ausländer aus EU

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) will den Anspruch von EU-Ausländern auf Sozialhilfe in Deutschland per Gesetz deutlich beschränken und damit mögliche Zuwanderung ins Sozialsystem erschweren. Der Funke-Mediengruppe sagte Nahles: "Es kann nicht sein, dass jemand innerhalb der EU nur umziehen muss, um volle Sozialleistungen eines anderen Landes zu erwerben - obwohl es ein leistungsfähiges Sozialsystem auch in seinem Herkunftsland gibt." An der entsprechenden Gesetzesänderung werde bereits "mit Hochdruck" gearbeitet. Anlass für die Gesetzespläne ist ein Urteil des Bundessozialgerichts von Dezember. Danach können EU-Bürger, die in Deutschland keinen Anspruch auf Hartz IV haben, spätestens nach sechs Monaten Sozialhilfe beziehen.

Verfassungsschützer

Angeblich 500 Euro für al-Qaida bereitgestellt

Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) wegen des Verdachts der Unterstützung einer ausländischen Terrorvereinigung. Der Nachrichtendienst soll einem V-Mann in der Islamistszene im Jahr 2010 Geld für das Terrornetzwerk al-Qaida zugesteckt haben, berichtete die "Berliner Morgenpost" unter Berufung auf die Bundesanwaltschaft. Die von Amts wegen eingeleiteten Ermittlungen richteten sich der Zeitung zufolge "gegen einen namentlich bekannten und weitere namentlich nicht bekannte Mitarbeiter".

Schweiz

Diplomatie zwischen Iran und Saudi-Arabien

Die neutrale Schweiz ermöglicht Saudi-Arabien und dem Iran künftig indirekte diplomatische Kontakte. Über ihre Botschaften werde sie die Interessen Saudi-Arabiens im Iran und umgekehrt jene des Irans in Saudi-Arabien wahrnehmen, teilte das Außenministerium in Bern am Sonntag mit. Die religiös und politisch zerstrittenen Länder hatten ihre diplomatischen Beziehungen Anfang Januar abgebrochen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 15, 2016

Woran es in der Flüchtlingskrise hakt; Die Zahl der Asylsuchenden bleibt weiterhin hoch. Ein Überblick, warum es bei der Lösung der Probleme nicht vorangeht

Die Welt

Donnerstag 21. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 17

Length: 1454 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Thomas Vitzthum

Body

Nach dem Rekordzuzug von etwa 1,1 Millionen **Asylsuchenden** im vergangenen Jahr mehren sich die Anzeichen, dass in diesem Jahr noch mehr Menschen in Deutschland Schutz suchen wollen. Und täglich kommen neue Vorschläge, um die Lage in den Griff zu bekommen. Aber wie stehen die Chancen? Die "Welt" liefert einen Überblick:

Beseitigung der Fluchtursachen

Entwicklungshilfe gibt es seit Jahrzehnten. Zwischendurch sollte das zuständige Ministerium schon einmal aufgelöst werden. Heute sieht die Bundesregierung in der Entwicklungshilfe die Lösung, um die Zahl der **Flüchtlinge** nachhaltig zu reduzieren. Wem es gut geht, der flüchtet nicht, so die Formel. So einleuchtend der Plan ist, so naiv mutet er an. Denn lokale Konflikte lassen sich durch Entwicklungshilfe kaum verhindern. Zudem braucht es eine internationale Anstrengung. Doch das **Flüchtlingshilfswerk** der Vereinten Nationen (UNHCR) ist chronisch unterfinanziert. Zahlreiche Staaten leisten ihre Zahlungen nicht. Eine Verpflichtung dazu gibt es nicht, ebenso fehlt ein Schlüssel. Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Tendenz steigend.

Hauptverhandlungspartner Türkei

Neben der Langfriststrategie arbeitet die Bundesregierung daran, kurzfristig die Zahlen zu senken. Der Schlüsselstaat dafür ist die Türkei. Zwischen Nordafrika und Spanien kommen kaum Flüchtlinge über das Mittelmeer. Größere Bewegungen gibt es zwischen Libyen und Italien, der weitaus größte Teil jedoch setzt von der

Woran es in der Flüchtlingskrise hakt Die Zahl der Asylsuchenden bleibt weiterhin hoch. Ein Überblick, warum es bei der Lösung der Probleme nicht vorangeht

türkischen Küste auf eine griechische Insel über. Deshalb wurde zwischen der Türkei und der EU vereinbart, dass Ankara nach Zahlung von drei Milliarden Euro zur Unterstützung der Flüchtlinge in den Lagern in der Türkei, die Küsten besser überwacht. Doch das Geld ist noch nicht geflossen. Man streitet sich in der EU, wer welchen Anteil übernimmt.

Dabei ist die Summe in Anbetracht der Herausforderung lächerlich gering, was hinter vorgehaltener Hand auch zugegeben wird. Am Freitag kommt eine Abordnung der türkischen Regierung nach Berlin zu den ersten deutsch-türkischen Regierungskonsultationen. Möglich, dass Deutschland bilateral weiteres Geld zusagt.

Der unbekannte Plan B

Während die Beseitigung der Fluchtursachen und die Verhandlungen mit der Türkei innerhalb der Regierungskoalition unumstritten sind, scheiden sich an nationalen Maßnahmen die Geister. Angela Merkel will einen solchen Plan B bisher nicht erörtern, solange Plan A - die internationale Lösung - nicht ausgereizt ist. Gerade Unionspolitiker verlieren die Geduld. 44 haben ihr ein Schreiben geschickt, in dem sie eine "Überforderung" Deutschlands beklagen.

Die CSU favorisiert eine klar definierte Obergrenze und Zurückweisungen an der Grenze. Sie hofft auf einen Dominoeffekt und ein Signal, dass sich die Flucht nicht mehr lohne. Merkel hat das am Mittwoch vor einem Gespräch mit der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth noch einmal zurückgewiesen. "Worin wir uns einig sind, ist, dass wir die Zahl der ankommenden Flüchtlinge spürbar und nachhaltig reduzieren wollen", sagte sie. Man sollte aber eher bei den Fluchtursachen ansetzen und eine europäische Lösung finden.

44 Kritiker kann Merkel jedoch leicht verkraften, selbst das Nein aller 56 CSU-Abgeordneten im Bundestag. Denn noch gilt: Das Problem soll mit der Kanzlerin gelöst werden. Es mangelt an einer personellen und konzeptionellen Alternative. Die CSU kann Obergrenzen und Grenzsicherungen leicht fordern, so lange sie diese nicht umsetzen muss. Was mit den sich auf den Balkan zurückstauenden Flüchtlingen passieren soll, hat sie bisher nicht erklärt. So werden eifrig weitere Fristen genannt, bis zu denen sich etwas ändern müsse. Von Ende Februar spricht Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. Ex-CSU-Chef Edmund Stoiber nennt März. Ministerpräsident Horst Seehofer pflichtet ihm bei. In jedem Fall ist der März ein entscheidender Monat. Am 13. März wird in drei Bundesländern gewählt. Der Stimmungstest dürfte je nach Ausgang als Bestätigung des bisherigen Kurses der Kanzlerin oder als Beleg dafür aufgefasst werden, dass eine Wende nötig ist und nationale Maßnahmen entwickelt werden müssen. Auch wenn Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) betont, die Landtagswahlen dürften kein Hinderungsgrund sein, und auf einem schnellen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik beharrt.

Verteilung in Europa

Zur Eindämmung der illegalen Migration nach Europa will Angela Merkel die legale Migration mit einem festen Verteilmechanismus durchsetzen. Doch bisher wehren sich viele Länder dagegen. Hinter den Kulissen wird deshalb von einem Europa der Willigen gesprochen, also einer Teillösung mit wenigen Staaten. Die "Unwilligen" könnten sich finanziell beteiligen. Doch noch ist es nicht so weit. Nach dem Vorschlag der EU-Kommission vom September sollen zunächst einmal 160.000 Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea und dem Irak, die sich bereits in Europa befinden, auf alle Mitgliedsstaaten nach einer freiwilligen Quote umverteilt werden. Bisher wurden aber erst 272 Personen umverteilt.

Deutschland hat 40 Umverteilungsplätze angeboten, elf Schutzsuchende aus Italien und zehn aus Griechenland wurden tatsächlich nach Deutschland geholt, wie die Internationale Organisation für Migration (IOM) der "Welt" mitteilte. Um die extreme Konzentration der Asylsuchenden auf Deutschland zu ändern, müssten laut geltendem Recht (Dublin III) eigentlich viele der Ankommenden in die Länder rücküberstellt werden, in denen sie erstmals EU-Boden betraten. Von Januar bis Ende November hat Deutschland rund 41.200 sogenannte Dublin-Anfragen an andere Staaten gerichtet, tatsächlich wurden nur 4800 Personen zurückgebracht.

Auch innerhalb Deutschlands ist die Verteilung umstritten. Etwa die Hälfte aller Asylsuchenden ist in nur drei Bundesländern registriert. So nehmen Nordrhein-Westfalen 21 Prozent, Bayern 16 Prozent und Baden-

Woran es in der Flüchtlingskrise hakt Die Zahl der Asylsuchenden bleibt weiterhin hoch. Ein Überblick, warum es bei der Lösung der Probleme nicht vorangeht

Württemberg 13 Prozent der im EASY-System registrierten Asylsuchenden auf. Das geht aus einer noch nicht veröffentlichten Auswertung der IOM hervor, die der "Welt" vorliegt und die sich auf Zahlen von Januar bis September des vergangenen Jahres bezieht.

Europas Grenzen wachsen wieder

Grundlage für den Schengen-Raum ohne Kontrollen sind sichere EU-Außengrenzen. Hauptproblem ist wie erwähnt die griechisch-türkischen Grenze. Allein im Januar kamen dort bereits mehr als 31.000 Menschen übers Meer. Dagegen entstehen Binnengrenzen neu. Während Staaten auf der Balkanroute wie Ungarn Zäune hochgezogen haben, verschärfen andere ihre Kontrollen. Schweden etwa lässt seit Kurzem niemanden ohne Pass rein. Folge ist ein kleiner Dominoeffekt. Deutschland schickt seitdem täglich rund 200 Personen nach Österreich zurück, die erst in Skandinavien um Schutz bitten wollen.

Österreich wiederum kontrolliert jetzt am Grenzübergang Spielfeld jeden Flüchtling einzeln, was auch Rückweisungen zur Folge hat. Das Land hat sich zudem auch auf eine Obergrenze von rund 37.500 Personen pro Jahr festgelegt. Das Nachbarland Slowenien befindet sich mit Österreich und Deutschland im Austausch über die Maßnahmen. Es könnte sein, dass Bundespolizisten für vorgelagerte Grenzkontrollen auf den Balkan geschickt werden.

Die Bundeskanzlerin käme damit wohl um eine Schließung der eigenen Grenze herum. Lorenz Caffier (CDU), Innenminister in Mecklenburg-Vorpommern und Sprecher der unionsgeführten Innenressorts, spricht sich wie die CSU für ein strengeres Grenzregime aus. "Strenge Passkontrollen halte ich für eine gute Möglichkeit", sagte Caffier der "Welt". "Wer sich nicht ausweisen kann oder über gefälschte Dokumente verfügt, den müssen wir an der Grenze zurückweisen. Wir sollten nicht länger eine Sonderrolle einnehmen."

Schnellere Abschiebung

Trotz einer Verdopplung der Abschiebungszahl im vergangenen Jahr leben derzeit noch immer etwa 200.000 ausreisepflichtige Ausländer im Land. Deren Abschiebung gestaltet sich alles andere als einfach. In mehr als 70 Prozent der Fälle fehlen Ausweisdokumente, Identitäten müssen festgestellt werden. Deutschland ist dabei auf die Kooperation der Herkunftsstaaten angewiesen, was etwa im Falle der nordafrikanischen Staaten kaum funktioniert.

Verwaltung an der Belastungsgrenze

Noch einmal so ein Jahr, das würde nicht klappen. Das sagt Frank-Jürgen Weise, Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Hintergrund ist eine simple Rechnung, die Weise im Dezember in interner Runde vortrug: Wenn alles gut geht, schafft das BAMF ab Mai etwa 80.000 Anträge pro Monat. Derzeit wären gerade einmal die Neuankömmlinge versorgt. CDU-Innenminister Caffier zeigt sich dennoch optimistisch, dass die Zahlen schon bald deutlich steigen. "Dann haben wir aber das Problem, dass wir auf einem Berg abgelehnter Asylbewerber sitzen, die wir nicht in ihre Heimatländer abgeschoben bekommen."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Peter Kneffel

Ironischer Seitenhieb zum Auftritt der Bundeskanzlerin vor der CSU-Landtagsfraktion in Kreuth: Eine Fotomontage mit der berühmten "Merkel-Raute" prangt auf der Akkreditierung für Journalisten

Peter Kneffel

Woran es in der Flüchtlingskrise hakt Die Zahl der Asylsuchenden bleibt weiterhin hoch. Ein Überblick, warum es bei der Lösung der Probleme nicht vorangeht

Load-Date: January 21, 2016

End of Document

Durchschnittslohn niedriger als in China; Balkan-Gipfel in Wien soll Ursachen für starken Zustrom von Migranten finden - und Lösungen, um ihn zu bremsen

Die Welt

Donnerstag 27. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 199

Length: 605 words

Body

Eigentlich sollte sich der Balkan-Gipfel in Wien am heutigen Donnerstag Fragen der regionalen Kooperation und der Annäherung an die Europäische Union widmen. Doch nun wird es vor allem ein Thema bei dem regionalen Staatentreffen geben: die **Flüchtlingskrise**. Nicht nur brechen seit einigen Monaten massenweise Serben, Albaner und Kosovaren in Richtung der EU-Mitgliedsstaaten auf, weil sie zu Hause keine Perspektive mehr sehen, sondern seit einiger Zeit sind die Balkanländer auch zu einer der wichtigsten Transitrouten für **Flüchtlinge** aus dem Nahen und Mittleren Osten geworden.

Nach offiziellen Angaben der EU-Grenzschutzagentur Frontex reisten von Januar bis Juni 102.000 Migranten über den Balkan in die Europäische Union ein - im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es nur 8000. Mazedonien rief angesichts des Andrangs an seiner Grenze zu Griechenland vergangene Woche den Notstand aus und trieb Tausende Flüchtlinge mit Schlagstöcken und Blendgranaten zurück, die versuchten, über die Grenzabsperungen zu gelangen. Lange hielt die Regierung in Skopje diesen Kurs jedoch nicht durch und öffnete die Grenze nach drei Tagen wieder.

Seitdem strömen wieder Tausende Flüchtlinge Richtung Ungarn, bevor dort die Grenze mit einem vier Meter hohen Zaun abgeriegelt wird. Neben Ungarn ist auch Österreich besonders betroffen. Auf dem Gipfel mit Albanien, Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien will Wien nun einen Fünf-Punkte-Plan vorstellen. Dieser sieht die Verschärfung des Kampfs gegen Schmuggler, die faire Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU, mehr Kooperation im Sicherheitsbereich, mehr Hilfe für die Herkunftsländer und eine gemeinsame europäische Asylstrategie vor.

"Die Staaten im Westbalkan sind überrannt, überfordert und alleingelassen", sagte der österreichische Außenminister Sebastian Kurz am Montag bei einem Besuch in Mazedonien. "Wenn wir am Westbalkan eine Verbesserung zusammenbringen, helfen wir uns selber." Er forderte von der EU ein "rasches und ordentliches" Handeln. "Kein Staat kann dies alleine regeln", sagte Kurz. "Das Dublin-Abkommen funktioniert nicht nur schlecht, sondern gar nicht. Eine faire Aufteilung der Flüchtlinge auf alle 28 Mitgliedsstaaten ist notwendig."

Durchschnittslohn niedriger als in China Balkan -Gipfel in Wien soll Ursachen für starken Zustrom von Migranten finden - und Lösungen, um ihn zu bremsen

In diesem Punkt erhält er ebenso Rückendeckung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wie von der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, die beide an dem Gipfel teilnehmen. Die Bundesregierung strebt zudem an, nach Bosnien, Serbien und Mazedonien auch das Kosovo, Albanien und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, weil dies die leichtere Ablehnung von Asylbewerben aus diesen Staaten ermöglicht. Im Gespräch ist auch eine europaweit einheitliche Liste von Staaten, die als sichere Herkunftsländer gelten.

Hintergrund der Diskussion ist der starke Zuzug von Bürgern der Balkanstaaten. Laut Frontex stammten 27.000 der 44.000 illegalen Einwanderer an der Südwestgrenze der EU selbst vom Balkan. Dusan Reljic von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin führt dies auf die "desaströse" Wirtschaftslage in der Region zurück. Die Arbeitslosigkeit sei hoch, das Wachstum gleich null, Investitionen gebe es kaum. Der Durchschnittslohn liege in Mazedonien mit 350 Euro noch niedriger als in China, sagt Reljic.

Rund die Hälfte der Asylbewerber in Deutschland stamme vom Balkan, sagt der Experte. Ohne Aussicht auf einen baldigen Beitritt zur EU hätten die Ärmsten in den Ländern die Hoffnung auf eine Besserung ihrer Lage aufgegeben. Eine Lösung der Flüchtlingskrise, so viel ist klar, wird es daher nicht ohne eine Verbesserung der Wirtschaftslage auf dem Balkan geben.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 27, 2015

Grüne streiten über schärfere Regelungen; Göring-Eckardt gegen mehr sichere Herkunftsstaaten

Die Welt

Mittwoch 17. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 40

Length: 470 words

Body

Bei den Grünen droht der Streit über die Flüchtlingskrise offen auszubrechen. Die Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt, lehnte am Dienstag eine Ausweitung der Liste mit sicheren Herkunftsländern ab und kündigte ein Nein der Abgeordneten an. Allerdings soll der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) dem Bund die Zustimmung im Bundesrat zur Aufnahme von Marokko, Tunesien und Algerien auf die Liste angeboten haben, wenn im Gegenzug seit Langem in Deutschland lebende Flüchtlinge ein Bleiberecht bekommen und Asylverfahren erleichtert werden. Der Bund ist auf die Hilfe grün mitregierter Länder im Bundesrat angewiesen.

Nach einem "taz"-Bericht soll Baden-Württemberg als Gegenleistung unter anderem gefordert haben, alle vor dem 31. Dezember 2013 eingereisten Flüchtlinge sollten ein Bleiberecht bekommen. In Grünen-Kreisen hieß es, der Bericht treffe zu. Kretschmann selbst hatte die Kompromisslinie indirekt bestätigt. "Leute zurückzuschicken, die hier schon Wurzeln geschlagen haben, ist unvernünftig", erklärte er am Montag. Die Situation von lange geduldeten Ausländern müsse verbessert werden. Kretschmann erklärte auch, der Antrag auf Ausweitung der Herkunftsländer, deren Bürger leichter abgeschoben werden können, werde geprüft. Die Maßnahme werde aber überschätzt: Die Auswirkung auf die Flüchtlinge aus diesen Ländern sei gering. Ein klares Nein erteilte Göring-Eckardt auch dem Asylpaket II der Bundesregierung. "Dieses Asylpaket müssen wir ablehnen, insbesondere wegen der Einschränkung des Familiennachzugs." Das Asylpaket II ist jedoch im Gegensatz zu den sicheren Herkunftsländern im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig.

Nach der Einigung der großen Koalition über das Asylpaket II soll das Gesetzespaket nun zügig vom Bundestag verabschiedet werden. Die Erste Lesung des Gesetzes ist für Freitag geplant, in der kommenden Woche soll der Bundestag darüber abstimmen, wie Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) am Dienstag mitteilte. Das Gesetz ist im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig. Am Freitag steht ebenfalls die Erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Erweiterung der sicheren Herkunftsstaaten auf der Tagesordnung des Bundestags.

Das rot-rot-grün regierte Thüringen kündigte zudem an, weiterhin keine Flüchtlinge nach Afghanistan abzuschieben. Das ließe die derzeitige Situation in dem Land nicht zu, sagte der thüringische Migrationsminister

Grüne streiten über schärfere Regelungen Göring-Eckardt gegen mehr sichere Herkunftsstaaten

Dieter Lauinger (Grüne) am. Es gebe dort keinen Flughafen, der in einer sicheren Region liege. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte kürzlich seine Länderkollegen um Unterstützung gebeten. Er will noch im Februar afghanische Flüchtlinge in ihre Heimat ausfliegen. Nach Angaben Lauingers gibt es seit Jahren keine Abschiebungen mehr aus Thüringen nach Afghanistan.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 17, 2016

Was unsere Pflicht ist; Bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme müssen die Länder im Nahen Osten die Führung übernehmen. Vor allem die Golfstaaten tun zu wenig

Die Welt

Mittwoch 17. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 192

Length: 1034 words

Byline: Moha Ennaji

Body

Seit 2012 sind mehr als zwölf Millionen **Migranten** und **Flüchtlinge** in Europa, dem Nahen Osten und Nordafrika angekommen. Das Ergebnis ist eine eskalierende politische und humanitäre Krise sowie eine immer schärfer geführte Debatte darüber, wie damit umzugehen sei. In Europa ist diese Debatte durch Uneinigkeit und Polarisierung gekennzeichnet. Die EU-Mitglieder einigen sich nicht darüber, wie die Außengrenzen zu sichern seien und noch weniger darüber, wie mit den **Flüchtligen** zu verfahren sei, die bereits angekommen sind.

Im Nahen Osten ist die Debatte viel leiser, aber deswegen nicht weniger leidenschaftlich. Jordanien, ein Land mit 6,5 Millionen Einwohnern, hat mehr als 1,4 Millionen **Flüchtlinge** aufgenommen, die meisten von ihnen Syrer. Die 1,5 Millionen **Flüchtlinge** im Libanon stellen fast ein Drittel der Bevölkerung von 4,7 Millionen. Die Türkei, mit rund 75 Millionen Einwohnern, hat 2,7 Millionen syrische **Flüchtlinge** aufgenommen, ungefähr 30 Prozent von ihnen leben in staatlich betriebenen Lagern in der Nähe der syrischen Grenze.

Die meisten Flüchtlinge stammen aus dem Nahen Osten, besonders aus Syrien, aber auch aus Afghanistan, dem Irak, dem Jemen und Libyen. Daher überrascht es auch nicht, dass die Region den größten Anteil der Flüchtlinge aufnimmt. Aber nicht alle Länder im Nahen Osten haben genug getan. Die Golfstaaten haben trotz ihres Reichtums eine verschwindend geringe Anzahl an Flüchtlingen aufgenommen. Sie haben die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nicht unterzeichnet und daher, so argumentieren sie, keinerlei Verpflichtung, die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen. Die Vereinigten Arabischen Emirate beispielsweise haben seit Beginn der Krise in Syrien im Jahr 2011 lediglich 200.000 Syrer aufgenommen. Ägypten, Tunesien, Marokko und Algerien erlauben syrischen Flüchtlingen die Einreise, unterstützen sie aber nicht, wenn sie einmal im Land sind. Es gibt in diesen Ländern keine Flüchtlingslager.

Und gleichzeitig ächzen ihre Nachbarn unter der Last der Krise. Der Sozialhaushalt Jordaniens ist kurz davor, einen kritischen Punkt zu erreichen, soziale Spannungen sind die Folge. Schulen in Jordanien und im Libanon waren auch vor der Ankunft der Flüchtlinge überfüllt, jetzt platzen sie aus allen Nähten. Sogar die Flüchtlinge, die in

Was unsere Pflicht ist Bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme müssen die Länder im Nahen Osten die Führung übernehmen. Vor allem die Golfstaaten tun zu wenig

Jordanien und im Libanon arbeiten, stellen ein Problem dar, da sie unbeabsichtigt Lohndumping im Sektor für ungelernte Arbeiter betreiben. Die türkische Regierung hat mehr als acht Milliarden US-Dollar an Hilfen bereitgestellt, die EU dagegen hat bisher nur einen kleinen Anteil von den 3,6 Milliarden US-Dollar geliefert, die sie im letzten November versprochen hat.

Es ist sehr wichtig, die Migranten im Nahen Osten zu behalten. Nicht nur, damit sie beim Versuch, über das Mittelmeer Europa zu erreichen, nicht ertrinken. Das im vergangenen März getroffene Abkommen zwischen der EU und der Türkei sieht vor, dass Migranten, die keine Flüchtlinge sind, in die Türkei geschickt werden. Das Abkommen hat dazu beigetragen, dass erheblich weniger Flüchtlinge in Griechenland ankommen.

Aber es muss noch viel mehr getan werden, und hier müssen die Länder im Nahen Osten die Führung übernehmen. Das Wichtigste ist erst einmal, dass die reichen Golfstaaten die Länder mit mehr Finanzmitteln unterstützen, die die meisten Flüchtlinge beherbergen. Dadurch könnten die Lebensbedingungen für die, die Schutz suchen, verbessert werden. Dann muss eine umfassendere Lösung entwickelt werden, damit die Länder stabil bleiben und sichergestellt werden kann, dass die Flüchtlinge einen angemessenen Schutz erhalten. Dafür ist eine engere Abstimmung zwischen den Regierungen erforderlich, die auch den Privatsektor und Organisationen der Zivilgesellschaft der Region einbezieht.

Das Problem ist, dass es im Nahen Osten weder unter den Regierungen noch in der Zivilgesellschaft einen Konsens darüber gibt, wie auf die Krise zu reagieren sei. Um diese Pattsituation aufzulösen, müssen ein oder zwei mutige und weitsichtige Staats- und Regierungschefs ihre Bürger an die rechtlichen und, vielleicht noch wichtiger, an die moralischen Pflichten ihrer Länder den Flüchtlingen gegenüber erinnern. Die islamische Tradition des Schutzes der Armen kann die Sprache und die Legitimität liefern, die die Bürger dazu motivieren kann, ihren Teil dazu beizutragen.

Es ist ein Gemeinplatz, zu behaupten, Migranten und Flüchtlinge seien eine Bedrohung der Sicherheit und der Entwicklung des Nahen Ostens. Genau wie in den entwickelten Ländern des Westens können Migranten im Nahen Osten ihre Aufnahmeländer auf vielfältige Art und Weise bereichern. Wir müssen es nur zulassen. Aber vor allem müssen die Grundbedürfnisse der Flüchtlinge gedeckt werden. Angemessene Lebensumstände einschließlich Unterkunft, Ernährung und Gesundheitsfürsorge müssen garantiert werden, dazu kommen noch Bildungs- und Beschäftigungschancen.

Wenn die gesamte Bürde weiterhin nur von einigen wenigen Ländern getragen wird, wird es jedoch so gut wie unmöglich sein, die Bedürfnisse der Flüchtlinge zu decken. Die Region muss einen Mechanismus für eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Länder entwickeln, so in etwa wie das Quotensystem der EU. Ferner müssen standardisierte und rationale Verfahren für die Abwicklung der Asylanträge umgesetzt werden.

Und selbst wenn all dies erreicht wird, kann es erst eine wirklich nachhaltige Lösung der Flüchtlingskrise geben, wenn Syrien Frieden gefunden hat und in den gescheiterten Staaten im Nahen Osten wieder eine Rechtsordnung herrscht. Deshalb ist es so wichtig, dass die Regierungen der Region eine größere und aktivere Rolle bei der Lösung der Gewalt- und Instabilitätsprobleme spielen, die der Krise zugrunde liegen.

Wir können es uns nicht leisten, es außenstehenden Mächten zu überlassen, unsere Probleme zu lösen. Unsere Regierungen müssen stark in die Stabilität unserer Nachbarn investieren, dazu gehört auch, den syrischen Friedensprozess erfolgreich abzuschließen und all unseren Bürgern Wohlstand zu ermöglichen.

Der Autor ist Präsident des Süd-Nord-Zentrums für Interkulturellen Dialog und Migrationsstudien in Marokko. Aus dem Englischen von Eva Göllner. Copyright Project Syndicate 2016

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 17, 2016

Was unsere Pflicht ist Bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme müssen die Länder im Nahen Osten die Führung übernehmen. Vor allem die Golfstaaten tun zu wenig

End of Document

Preis der Gleichgültigkeit; Nicht nur die Flüchtlinge sind in Gefahr, sondern auch ein Europa, dessen humanistisches Erbe vor unseren eigenen Augen zerbröckelt

Die Welt

Donnerstag 3. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 205

Length: 991 words

Byline: Bernard-henri Lévy

Body

Die Einwanderungsdebatte in Europa hat eine verstörende Richtung eingeschlagen. Diese begann mit dem Entstehen der (juristisch monströsen) Allerweltsbegriffe "**Migrant**" oder "**Flüchtling**", die den rechtlich zentralen Unterschied zwischen wirtschaftlicher und politischer Einwanderung, zwischen Armutsflüchtlingen und Kriegsflüchtlingen verschleiern. Im Gegensatz zu Wirtschaftsflüchtlingen haben diejenigen, die vor Unterdrückung, Terror und Massakern fliehen, ein unumstößliches Recht auf **Asyl**, was die internationale Gemeinschaft zwingend verpflichtet, sie aufzunehmen.

Selbst wenn der Unterschied anerkannt wird, geschieht dies oft im Zusammenhang mit einem weiteren Taschenspielertrick: dem Versuch, leichtgläubige Gemüter davon zu überzeugen, die Männer, Frauen und Kinder, die Tausende von Dollar für eine Überfahrt auf einem der klapprigen Boote nach Lampedusa oder Kos bezahlt haben, seien Wirtschaftsflüchtlinge. In Wirklichkeit sind 80 Prozent dieser Menschen auf der Flucht vor Gewaltherrschaft, Terror und religiösem Extremismus in Ländern wie Syrien, Eritrea und Afghanistan. Dies ist der Grund, warum die **Asylbewerbungen** laut internationalem Recht nicht gruppenweise, sondern individuell geprüft werden müssen.

Und selbst wenn dies akzeptiert wird, und wenn die schiere Masse der Menschen auf dem Weg zu europäischen Ufern die Leugnung der barbarischen Zustände, vor denen sie fliehen, unmöglich macht, wird ein dritter Nebelschleier geworfen. Einige, wie der russische Außenminister Sergej Lawrow, behaupten, diese Konflikte, denen die Menschen entkommen wollen, gebe es nur in arabischen Ländern, die vom Westen bombardiert werden.

Aber auch hier lügen die Zahlen nicht. Die Hauptquelle der Auswanderung ist Syrien, wo die internationale Gemeinschaft sich geweigert hat, die durch die "Schutzverantwortung" vorgeschriebenen Militäroperationen durchzuführen - obwohl Interventionen gegen einen verrückten Despoten, der mit dem Mord an 240.000 seiner Leute versucht, sein Land zu entvölkern, durch internationales Recht vorgeschrieben sind. Auch Eritrea, eine weitere Hauptflüchtlingsquelle, wird nicht vom Westen bombardiert. Und ein weiterer zerstörerischer Mythos lautet,

Preis der Gleichgültigkeit Nicht nur die Flüchtlinge sind in Gefahr, sondern auch ein Europa, dessen humanistisches Erbe vor unseren eigenen Augen zerbröckelt

die "Festung Europa" werde durch Horden von Barbaren angegriffen. Dies scheint durch schockierende Bilder von Flüchtlingen belegt zu werden, die durch Grenzzäune brechen oder in Calais auf Züge aufspringen. Aber dieser Mythos ist gleich auf zweierlei Weise falsch.

Erstens ist Europa weit entfernt davon, das Hauptziel der Migranten zu sein. Fast zwei Millionen der syrischen Auswanderer sind in die Türkei gegangen. Eine Million floh gar in den Libanon, wo nur 3,5 Millionen Menschen leben. Jordanien mit seinen 6,5 Millionen Einwohnern hat fast 700.000 Flüchtlinge aufgenommen. Und die Staaten Europas haben in der Zwischenzeit ihren gemeinsamen Egoismus dadurch zur Schau gestellt, dass sie einen Plan zur Umsiedlung von nur 40.000 Asylbewerbern aus ihren Zielstädten in Italien und Griechenland abgelehnt haben.

Zweitens sind die Minderheiten, die sich für Deutschland, Frankreich, Skandinavien, Großbritannien oder Ungarn entscheiden, keine Feinde, die uns zerstören oder auch nur die europäischen Steuerzahler aussaugen wollen. Sie sind Bewerber für die Freiheit und lieben unser gelobtes Land, unser Sozialmodell und unsere Werte. Es sind Menschen, die "Europa! Europa!" rufen, ebenso wie die Millionen von Europäern, die vor einem Jahrhundert auf Ellis Island eintrafen, "America the Beautiful" sangen.

Und dann gibt es das hässliche Gerücht, dieser eingebildete Überfall sei durch die Strategen eines "großen Austauschs" in Verborgenen geplant worden. Demzufolge sollen die Europäer durch Ausländer ersetzt werden, oder, schlimmer noch, durch Agenten des internationalen Dschihad, in dessen Rahmen die heutigen Migranten morgen die Hochgeschwindigkeitszüge in die Luft sprengen. Dass dies Unsinn ist, versteht sich hoffentlich von selbst.

Gemeinsam haben diese Verzerrungen und Verblendungen ernste Folgen. Zunächst einmal wurde das Mittelmeer völlig den Menschenschmugglern überlassen. Die "Mare Nostrum" wird immer mehr zu dem riesigen, wässrigen Massengrab, das einst von einem Dichter beschrieben wurde. Bereits in diesem Jahr sind dort etwa 2.350 Menschen ertrunken. Aber für die meisten Europäer sind diese Menschen kaum mehr als eine Statistik, ebenso wie die Männer und Frauen, die die Reise überlebt haben, unbestimmt und ununterscheidbar bleiben, eine drohende anonyme Masse. Unsere Aufmerksamkeitsgesellschaft, die normalerweise schnell bei der Hand ist, kurzlebige Prominente als Gesichter der Krise des Tages zu produzieren (von der Schweinepest bis hin zum Bahnstreik), hat an keinem einzigen der Migrantenschicksale wirkliches Interesse.

Diese Individuen - deren Reise hin zu unserem Kontinent an diejenige der phönizischen Prinzessin Europa erinnert, die vor vielen Jahrtausenden auf dem Rücken des Zeus von Tyros kam - werden komplett abgelehnt. In der Tat werden sogar Mauern errichtet, um sie draußen zu halten. Das Ergebnis ist eine weitere Gruppe von Menschen, denen grundlegende Rechte vorenthalten werden. Wie Hannah Arendt einst beobachtete, werden solche Menschen den Weg in eine Welt, in der man Recht und Gerechtigkeit genießt, letztlich nur finden, indem sie ein Verbrechen begehen.

Europa hat unter dem Druck seiner Ausländerfeinde und seiner eigenen Selbstzweifel seinen Werten den Rücken gekehrt. Oder hat es diese Werte gar völlig vergessen? Nicht nur die Flüchtlinge sind in Gefahr, sondern auch ein Europa, dessen humanistisches Erbe vor unseren eigenen Augen zerbröckelt.

Aus dem Englischen von Harald Eckhoff. Bernard-Henri Lévy ist einer der Gründer der Bewegung der "Nouveaux Philosophes" (Deutsch: Neuen Philosophen). Zu seinen Büchern zählt "Left in Dark Times: A Stand Against the New Barbarism". Copyright: Project Syndicate, 2015. www.project-syndicate.org (<http://www.project-syndicate.org>)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 3, 2015

Obwohl sie chancenlos sind, kommen Menschen vom Balkan; Wie wirkungsvoll kann es sein, sie abzuschrecken?

Die Welt

Donnerstag 30. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 175

Length: 1070 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Von den rund 135.000 **Asylsuchenden** aus den zehn wichtigsten Herkunftsländern im ersten Halbjahr kamen fast 80.000 aus dem westlichen Balkan. Das sind etwa 58 Prozent. Ihre Chance, dauerhaft in Deutschland zu bleiben, tendiert jedoch gegen null; auch wenn viele **Flüchtlinge** Roma sind und laut Amnesty International vielfach unter Diskriminierungen leiden.

Insgesamt rechnet der Bund in diesem Jahr mit rund 450.000 **Asylbewerbern**. Das ist die höchste Zahl seit Anfang der 90er-Jahre, als im ehemaligen Jugoslawien Bürgerkrieg herrschte. Vielerorts gelangen die Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der **Flüchtlinge** an ihre Belastungsgrenze. Die Politik hat deshalb das Ziel ausgerufen, die Menschen aus Kriegsgebieten wie dem Nordirak oder Syrien aufzunehmen und ihnen Schutz zu bieten. Für alle anderen soll die Devise gelten: abschrecken und bestrafen. Überall in Europa werden dazu Maßnahmen ergriffen. Aber was bringen sie überhaupt? Ein Überblick:

Die drei Balkanstaaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sollten in Deutschland künftig als sichere Herkunftsstaaten deklariert werden. Es also dort keine politische Verfolgung gibt. Ein Asylantrag kann somit schneller bearbeitet werden und ist in der Regel aussichtslos. Die Hoffnung war, dass das die Menschen vom Balkan abschrecken würde. Der Erfolg ist bislang aber überschaubar. Die Zahl der Asylbewerber aus den drei Staaten ist nicht zurückgegangen. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stieg sie sogar um 23 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Eine leichte Verbesserung registriert man jedoch bei der Dauer der Asylverfahren: Sie beträgt bei Anträgen aus Bosnien-Herzegowina derzeit im Schnitt 4,2 Monate, bei Mazedoniern 4,8 und bei Serben 3,6 Monate. Zudem werden Rufe nach einer Ausweitung der Asylverschärfung laut: Mehrere Politiker von Union und SPD wollen auch Albanien, den Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsländer einstufen. Bei ihnen liegt der Anstieg der Anträge deutlich höher als bei den bereits als sicher eingestuft Staaten - nämlich laut BAMF bei 515 Prozent.

Bund und Länder haben im vergangenen Herbst eine Vereinbarung geschlossen. Berlin soll mehr Geld für die Versorgung und Unterkunft der Asylbewerber geben. Die Länder versprechen im Gegenzug, abgelehnte

Obwohl sie chancenlos sind, kommen Menschen vom Balkan. Wie wirkungsvoll kann es sein, sie abzuschrecken?

Asylbewerber konsequenter als bisher abzuschieben. Damit sollte die angespannte Lage der Kommunen verbessert werden. Wie wenig dieser Deal wert war, zeigte sich bereits kurz darauf, als manche Bundesländer einen Winterabschiebestopp für Flüchtlinge vom Balkan beschlossen. Und Schleswig-Holsteins SPD-Vorsitzender Ralf Stegner hat angekündigt, man werde den Stopp in der kalten Jahreszeit wiederholen.

In Bayern, Hamburg, Bremen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern stieg jedoch die Zahl der Abschiebungen in den ersten Monaten dieses Jahres. Auch Baden-Württemberg hat verkündet, dass im laufenden Jahr mehr Menschen abgeschoben wurden als insgesamt 2014. Betroffen waren vornehmlich Asylbewerber vom Balkan. Nach Angaben des BAMF sind in diesem Jahr bislang 10.000 Menschen freiwillig wieder ausgewandert. Auch die Zahl der zwangsweisen Rückführungen ist stark gestiegen.

In einem Schreiben an die Bundesländer konstatierte die Behörde, die Zugangszahlen würden auch davon beeinflusst, in welchem Umfang Antragssteller, die keinen Schutz erhalten, auch tatsächlich abgeschoben werden. "Am Beispiel des Verlaufs der Zugänge aus Kosovo wird deutlich, wie - auch medienwirksam inszenierte - Rückführungen letztlich zu einem Rückgang der Antragszahlen beigetragen haben."

Ein alleinstehender erwachsener Asylbewerber erhält monatlich ein Taschengeld von etwa 140 Euro. Das sieht das Asylbewerberleistungsgesetz vor. Dort ist auch vorgesehen, dass Unterkunft, Versorgung und medizinische Leistungen bezahlt werden. Hinzu kommen Bargeld, Gutscheine oder Sachleistungen etwa für Essen und Kleidung. Vor allem das Taschengeld wird mittlerweile als weiterer großer Anreizfaktor für Flüchtlinge vom Balkan angesehen. BAMF-Präsident Manfred Schmidt hat daher vorgeschlagen, Asylbewerbern aus den sicheren Herkunftsstaaten das Taschengeld zu streichen. Die Summe komme einem monatlichen Durchschnittsverdienst in Serbien gleich. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erklärte, man dürfe bei der Frage der Leistungen keine Scheuklappen haben. Linke-Innenexpertin Ulla Jelpke bezeichnete Leistungskürzungen mit dem Ziel der Abschreckung als verfassungswidrig. Die Diakonie Hamburg erklärte, die Sicherung des Existenzminimums sei ein Menschenrecht "und keine migrationspolitische Verhandlungsmasse".

Auch Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer provozierte einen Aufschrei: Der CSU-Vorsitzende sprach sich dafür aus, Flüchtlinge vom Balkan in gesonderten Aufnahmelagern an der Grenze unterzubringen. Dort sollen Asylanträge in zwei Wochen entschieden werden. Mehr als Zelte sollten nicht aufgestellt werden. Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) zeigt sich mittlerweile offen für den Vorstoß aus Bayern. "Es geht um schnellere, unbürokratische Entscheidungen", sagte er dem "Stern", verurteilte im "Stern" jedoch Seehofers Wortwahl als "martialische Töne", die ein gemeinsames Vorgehen erschwerten.

Allerdings ist "eine zentrale Durchführung der Asylverfahren für Flüchtlinge aus den Balkanstaaten in Gemeinschaftsunterkünften" auch Beschlusslage des SPD-Präsidiums. Und die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz (SPD), zeigte sich offen dafür, bereits zu Beginn der Asylverfahren nach Ländern zu sortieren.

Viele der Balkan-Flüchtlinge kommen in Deutschland zuerst in Bayern an. Die Routen in die EU führen vor allem über Kroatien oder über Ungarn. Die Regierung in Budapest hat deshalb zu einer drastischen Maßnahme gegriffen: Aufgrund der hohen Zahl der registrierten illegalen Einreisen baut Ungarn bis Ende August einen 175 Kilometer langen und vier Meter hohen Zaun an der Grenze zu Serbien. Die EU-Kommission kritisierte Ungarns Plan scharf: Man ermutige die Staaten, andere Maßnahmen zu ergreifen, anstatt sich abzuschotten. Doch im Grunde zieht Ungarn nur nach: Rumänien und Griechenland haben ihre EU-Außengrenze zur Türkei bereits hochgerüstet. Grünen-Politikerin Claudia Roth bezeichnete es denn auch als Sündenfall, dass die EU die Flüchtlingszäune von Bulgarien und Griechenland hingenommen habe.

"Es geht um schnellere, unbürokratische Entscheidungen" Olaf Scholz, SPD-Vize

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 30, 2015

Obwohl sie chancenlos sind, kommen Menschen vom Balkan. Wie wirkungsvoll kann es sein, sie abzuschrecken?

End of Document

Deutschland Kompakt; Auschwitz-Prozess: Staatsanwaltschaft legt keine Revision ein ++ Hochschulen: 300.000 Studenten kommen aus dem Ausland ++ Migration: Bund befürwortet Bayerns Asylzentren in Grenznähe ++ Alfa-Chef: AfD prüft rechtliche Schritte gegen Lucke

Die Welt

Donnerstag 23. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 169

Length: 410 words

Body

Auschwitz-Prozess

Staatsanwaltschaft legt keine Revision ein

Nach dem Lüneburger Auschwitz-Urteil will die Staatsanwaltschaft - anders als die Verteidigung - keine Revision einlegen. Die Anklage halte das Urteil für vertretbar. Das Landgericht Lüneburg hatte den 94-jährigen Oskar Gröning wegen Beihilfe zum Mord in 300.000 Fällen zu vier Jahren Haft verurteilt. Neben der Verteidigung hatte auch ein Nebenkläger Revision eingelegt. Das Gericht hatte Gröning verurteilt, weil er mit seiner Tätigkeit in der Devisenverwaltung des Konzentrationslagers und an der Rampe zum Funktionieren der Tötungsmaschinerie beigetragen habe. Gröning hatte vor Gericht eine Mitschuld am Holocaust eingeräumt.

Hochschulen

300.000 Studenten kommen aus dem Ausland

Jeder neunte Student an deutschen Universitäten und Hochschulen stammt aus dem Ausland. Insgesamt waren es 2014 etwa 19.000 (plus sieben Prozent) mehr als im Vorjahr. Die Zahl lag damit erstmals über 300.000. Die Datensammlung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung zeigt auch, dass Deutschland nach den USA und Großbritannien das beliebteste Gastland für ausländische Studenten ist.

Migration

Bund befürwortet Bayerns Asylzentren in Grenznähe

Der Bund befürwortet das umstrittene Vorhaben Bayerns, für Asylbewerber aus Ländern mit hohen Ablehnungsquoten gesonderte Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen. Dieses Vorhaben sei "abgestimmt" und

Deutschland Kompakt Auschwitz-Prozess: Staatsanwaltschaft legt keine Revision ein ++ Hochschulen:
300.000 Studenten kommen aus dem Ausland ++ Migration: Bund be....

Gegenstand des Beschlusses des Flüchtlingsgipfels vom 18. Juni dieses Jahres, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums. Bei dem Treffen war beschlossen worden, für Asylbewerber aus Ländern mit hohen Ablehnungsquoten eine Aufenthaltsbeendigung der Abgelehnten innerhalb von drei Monaten zu erreichen.

Alfa-Chef

AfD prüft rechtliche Schritte gegen Lucke

Alfa, die neue Partei von AfD-Gründer Bernd Lucke, soll Teile des AfD-Programms wortgleich übernommen haben. Die AfD erwägt rechtliche Schritte wegen Diebstahls geistigen Eigentums. In den kommenden Wochen werde darüber entschieden, sagte AfD-Sprecher Christian Lüth. Nach Lüths Worten entsprechen maßgebliche Teile des Alfa-Programms AfD-Papieren. Enttäuschte AfD-Mitglieder hatten am vergangenen Wochenende die Allianz für Fortschritt und Aufbruch (Alfa) gegründet. Lucke reagierte überrascht auf die Vorwürfe. Er wisse lediglich, dass die gemeinsam mit ihm gewechselte Ulrike Schürt sowohl am AfD-Programmentwurf als auch am Alfa-Programm mitgeschrieben habe, sagte er der "Bild".

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 23, 2015

Festung ohne Mauern; Die EU-Innenminister versuchen, die Flüchtlingsströme zu steuern. De Maizière fordert erneut Asylzentrum in Afrika

Die Welt

Freitag 13. März 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 61

Length: 1223 words

Byline: Andre Tauber

Body

Brüssel

Der Ansturm der **Flüchtlinge** auf Europa ist enorm, und angesichts der vielen Krisen in der Welt dürfte er auch nicht so schnell enden. Im vergangenen Jahr stellten fast 600.000 Menschen in der Europäischen Union einen **Asylantrag** - viermal so viele wie im Jahr 2008. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs strömten nicht mehr so viele **Flüchtlinge** in Richtung Europa.

Vor allem die steigende Anzahl von Menschen, die sich von Afrika aus in wenig seetüchtigen Booten auf die Reise nach Europa machen, beunruhigt die Staaten der Europäischen Union. Mehr als 220.000 **Flüchtlinge** waren es im vergangenen Jahr. Und Federica Mogherini, die EU-Außenbeauftragte, blickt mit Sorge auf das Frühjahr, wenn erneut die Saison für die gefährlichen Überfahrten beginnt. Die 28 Innenminister der EU-Mitgliedsstaaten kamen am Donnerstag zusammen, um über Lösungen zu sprechen. Viele ihrer Länder sind mit dem **Flüchtlingsansturm** überfordert. Das liegt auch daran, dass die Lasten in der Union ungleich verteilt sind. Viele Mitgliedsstaaten mogeln sich aus der Verantwortung. Länder wie Deutschland, aber - gemessen an der eigenen Bevölkerung - auch Schweden, Malta und die Niederlande nehmen hingegen viele **Flüchtlinge** auf.

Das Dublin-Abkommen sieht vor, dass sich die Staaten um die Flüchtlinge kümmern sollen, in denen diese ankamen. Doch in der Praxis wird es kaum mehr beachtet. Italien etwa registrierte viele der Menschen, die in Lampedusa oder Sizilien landen, gar nicht erst, sondern schickte sie gleich auf die Weiterreise in andere EU-Länder. Andere Staaten sollen es nicht anders machen. Der Druck auf die Europäische Kommission ist deswegen groß, Lösungen zu präsentieren. Die Behörde will der Forderung nachkommen. Im März hatte sie überraschend angekündigt, eine eigentlich für Juli geplante Migrationsstrategie auf den Mai vorzuziehen. "Das wird einigen den Osterurlaub kosten", heißt es in Diplomatenkreisen über die Arbeit, die damit verbunden ist.

Festung ohne Mauern Die EU-Innenminister versuchen, die Flüchtlingsströme zu steuern. De Maizière fordert erneut Asylzentrum in Afrika

Vier Leitpunkte setzte sich die Kommission bereits zu Beginn der Arbeit: Erstens soll die legale Einwanderung ermöglicht, zweitens der Menschenhandel noch entschlossener bekämpft, drittens die Außengrenzen effektiver überwacht und viertens ein gemeinsames europäisches Asylsystem geschaffen werden. Das birgt Sprengstoff. Die Frage, wie dicht die Außengrenzen sein müssten, ist umstritten. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) spricht bei der Frage, wie engagiert man Flüchtlinge aus Seenot retten müsse von einem "Dilemma". Je mehr Menschen man rette, desto mehr ermutige man am Ende die Schlepper, Menschen in wenig seetüchtigen Booten aufs Meer zu schicken.

Zu erheblichem Widerstand dürfte auch das Vorhaben führen, ein gemeinsames EU-Asylsystem zu schaffen. Der immer wieder von Deutschland vorgetragene Wunsch, Asylbewerber nach einer Quote auf die EU-Staaten zu verteilen, fand bislang zumindest kein Gehör. Im Herbst hatten sich die Innenminister darauf verständigt, auf "freiwilliger Basis" Länder mit vielen Flüchtlingen zu entlasten. Geschehen sei bislang aber nichts, klagt ein Diplomat. Die Bundesregierung reagiert darauf zunehmend ungehalten. "Wir werden allmählich ungeduldig", sagte der Minister in Brüssel mit Blick auf Vorschläge, die Deutschland und Frankreich gemacht hätten. Nun sei die Europäische Kommission am Zug.

De Maizière fordert, dass die Kommission ein Pilotprojekt auflegt, in dem Erfahrungen mit der gemeinsamen Verteilung von Flüchtlingen gesammelt werden. Die Quote solle sich an einer Mischung von Einwohnerzahl und Wohlstand im einzelnen Land orientieren, sagte der Minister im SWR. So könne man ausprobieren, wie ein solcher Verteilmechanismus funktioniere. An einem solchen System müssten sich alle europäischen Staaten beteiligen. Kurz vor der Ratssitzung drängte der Bundesinnenminister die EU-Kommission dazu, "schnell diesen Vorschlag zu machen". Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner äußerte die Erwartung, dass noch im Sommer ein solches Projekt präsentiert werde. Der Bundesinnenminister tritt dafür ein, gemeinsame Aufnahmezentren für Flüchtlinge zu schaffen. "Die Aufnahmezentren könnten eine Lösung sein", bekräftigte de Maizière. Der Vorschlag, solche Aufnahmezentren zu schaffen, ist nicht neu. Vor gut zehn Jahren war eine ähnliche Idee auch schon vom früheren Innenminister der rot-grünen Bundesregierung, Otto Schily (SPD), auf die Tagesordnung gehoben worden. Allerdings konnte auch er sich nicht durchsetzen, was auch am mangelnden Willen der Mitgliedsstaaten lag, sich auf feste Aufnahmequoten festzulegen.

Die Position von de Maizière dürfte nicht gerade stärken, dass sein Vorschlag auch im Kreis der Bundesregierung umstritten ist. Noch bevor die Ratssitzung der Innenminister in Brüssel begann, hatte Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) schon Vorbehalte angemeldet. "Ob Flüchtlinge in solchen Auffangstellen in Nordafrika alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten haben würden, die sie innerhalb der EU hätten, wäre fraglich", sagte er der "Rheinischen Post". Maas befürchtet, dass die Flüchtlinge die Aufnahmezentren eher als Hindernis denn als Weg nach Europa betrachten könnten. "Wenn die Flüchtlinge diese Zentren nicht als Tür, sondern als Mauer wahrnehmen, werden sie sich leider nicht abhalten lassen, weiter den Weg über das Meer zu suchen", sagte Maas. Auch die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl weist Überlegungen für die Einrichtung von Flüchtlingslagern der EU in Nordafrika zurück. Solche Zentren seien eine reine "Alibiveranstaltung" und "völlig ungeeignet, um die Katastrophe vor Europas Haustür zu lösen", sagte der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günter Burkhardt. Kurzfristig wird es solche Aufnahmezentren ohnehin kaum geben. "Das braucht Zeit", sagte auch de Maizière. "Man muss die menschenrechtlichen Bedingungen dort sehr genau untersuchen." Er tritt dafür ein, dass solche Zentren nicht etwa von der Europäischen Union, sondern vom UN-Flüchtlingswerk UNHCR betrieben werden sollen. Ein bedeutendes Auffangzentrum müsste es in Libyen geben, einem sehr großen und offenen Einfallstor für die illegale und gefährliche Einwanderung über das Meer nach Italien und Malta. Doch die Sicherheitslage in dem Land lässt das derzeit kaum zu. Seit dem Sturz des Machthabers Muammar al-Gaddafi befindet sich das Land im Chaos.

Die Bundesregierung wird die Ratstagung in Brüssel auch zur Aussprache mit Griechenland nutzen. Der griechische Verteidigungsminister Panos Kammenos hatte damit gedroht, Flüchtlinge nach Deutschland weiterzuschicken, wenn sein Land nicht ausreichend unterstützt werde. "Wir haben bisher gehört, das war alles ein Missverständnis", sagte de Maizière. Er betonte, dass die Äußerungen vom "nicht zuständigen Minister" stammten. De Maizière verlangte von der griechischen Regierung allerdings Aufklärung über die Drohungen. "Wenn es so wäre, dass Migrations- und Flüchtlingsthemen vermischt werden mit der Debatte um Finanzhilfen, dann wäre das sehr ungewöhnlich und würde von uns natürlich eine sehr klare Antwort bekommen", sagte er. Ohnehin steht

Festung ohne Mauern Die EU-Innenminister versuchen, die Flüchtlingsströme zu steuern. De Maizière fordert erneut Asylzentrum in Afrika

Griechenland am Pranger. Das Land war in der Vergangenheit wegen der schlechten Behandlungen von Flüchtlingen gerügt worden. Dem Vernehmen nach hat Griechenland seitdem erhebliche Fortschritte gemacht. De Maizière kündigt an, man werde vor dem Hintergrund der "merkwürdigen Äußerungen der griechischen Regierung" sehr genau zuhören.

Graphic

AP/Francesco Malavolta

Alltägliche Seenot: Flüchtlinge auf einem Boot der italienischen Küstenwache. Sie wurden am 4. März mit 1000 weiteren Migranten aus dem Mittelmeer vor der libyschen Küste gerettet

Francesco Malavolta

Load-Date: March 13, 2015

Regierung rechnet jetzt mit 800.000 Flüchtlingen; Innenminister de Maizière hebt Prognose für 2015 erneut deutlich an. Ministerpräsidentin Dreyer will Arbeitsverbot für Asylbewerber aufheben

Die Welt

Donnerstag 20. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 193

Length: 427 words

Byline: Karsten Kammholz

Daniel Friedrich Sturm

Body

Der Bund erwartet 2015 viermal so viele **Asylbewerber** wie im vergangenen Jahr. "Wir müssen damit rechnen, dass in diesem Jahr bis zu 800.000 Menschen als **Asylbewerber** oder **Flüchtlinge** zu uns nach Deutschland kommen", sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) nach Beratungen mit Ländervertretern. Dies wäre der größte Zustrom von **Flüchtlingen** seit Bestehen der Bundesrepublik.

Bisher war das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von 450.000 Asylanträgen ausgegangen. Im vergangenen Jahr beantragten 202.000 Menschen Asyl. Nach Angaben des Ministeriums ist der deutliche Anstieg vor allem auf ein "dramatisches Plus" im Juni und Juli zurückzuführen. Allein im Juli seien nahezu 83.000 Menschen nach Deutschland eingereist. Die Zahlen für August würden vermutlich noch darüber liegen. Auch wurde für die aktuelle Hochrechnung nicht mehr nur die Zahl der Asylanträge, sondern auch die Zahl der Ankommenden erfasst. Angesichts der drastisch steigenden Asylbewerberzahlen fehlen dem öffentlichen Dienst mehr als 10.000 Stellen. Zu dem Ergebnis kommt der Beamtenbund (dbb) nach einer Umfrage in seinen Mitgliedsverbänden. "Wir haben eine Situation, auf die die Republik nicht eingestellt war. Die dynamische Steigerung der Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen belasten den öffentlichen Dienst weit über das Normalmaß hinaus", sagte rddb-Vorsitzende Klaus Dauderstädt der "Welt". Nicht nur das BAMF sei jetzt gefordert, sondern auch Polizei, Kommunen, Gesundheitsbehörden, Schulen, Sozialdienste und Justiz. Noch sei die Motivation groß. "Das könnte sich ändern, wenn es nicht bald eine deutliche Entlastung gibt", warnte Dauderstädt. "Es knirscht gewaltig. Die Zeit der Improvisation ist vorbei." Aus den Ergebnissen der dbb-Umfrage geht hervor, dass allein mindestens 1000 zusätzliche Bundespolizisten benötigt werden, um der Schleuserkriminalität entgegenzuwirken.

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) warf Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Versäumnisse in der Flüchtlingspolitik vor. "Man kann den Eindruck gewinnen, die Bundeskanzlerin widmet sich

Regierung rechnet jetzt mit 800.000 Flüchtlingen Innenminister de Maizière hebt Prognose für 2015 erneut deutlich an. Ministerpräsidentin Dreyer will Arbeitsver....

dem Thema Flüchtlinge nicht intensiv genug", sagte sie der "Welt". "Mein Wunsch ist es, dass der Bund sich mit dem Thema mehr befasst als bisher, es als eigene Aufgabe annimmt." Sie forderte auch, das Arbeitsverbot für Asylbewerber aufzuheben. "Wir brauchen ein Gesetz, wonach Flüchtlinge mit Bleibeperspektive gleich am ersten Tag arbeiten dürfen", sagte Dreyer. "Dass sie das nicht dürfen, schadet der Integration - und dem Arbeitsmarkt."

Seite 5

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 20, 2015

End of Document

90 Prozent der Flüchtlinge brauchen Hartz IV; Die Zahl der Arbeitslosen sinkt um 88.000 auf 2,7 Millionen. Nur bei den Migranten entwickelt sich der Trend anders

Die Welt

Donnerstag 1. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 229

Length: 884 words

Byline: Stefan Von Borstel

Body

Dank der üblichen Herbstbelebung ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im September auf 2,708 Millionen gesunken. Damit waren 88.000 Menschen weniger arbeitslos als im August und 100.000 Menschen weniger als im September des vergangenen Jahres, wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) am Mittwoch in Nürnberg mitteilte. Die Arbeitslosenquote sank auf 6,2 Prozent.

Im Gegensatz zur allgemeinen positiven Entwicklung stieg die Arbeitslosigkeit unter Flüchtlingen stark an. Die Arbeitslosigkeit unter Staatsangehörigen aus den Asylzugangsländern nahm nach Angaben der Bundesagentur im September im Vergleich zum Vorjahr um 27.000 oder 20 Prozent auf 161.000 zu, die Zahl der Hartz-IV-Empfänger stieg bis Juni um 23 Prozent oder 83.000 auf 436.000. Aber auch die Beschäftigung unter den Flüchtlingen stieg: Sie legte um acht Prozent oder 36.000 zu. Insgesamt waren im Juli aus den Asylzugangsländern 492.000 Beschäftigte registriert - das sind 1,4 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland. Die Bundesagentur untersucht jeden Monat die Auswirkungen der Zuwanderung auf den deutschen Arbeitsmarkt. Asylbewerber und Flüchtlinge können in den Arbeitsmarktstatistiken allerdings nicht direkt erkannt werden.

So behelfen sich die Statistiker mit der Staatsangehörigkeit und konzentrieren sich dabei auf die Länder, die in den vergangenen Jahren zu den zehn Ländern mit den meisten Asylanträgen gehörten, unter anderem Afghanistan, Syrien, Eritrea und die Balkanländer Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien. Wegen des anhaltenden Flüchtlingszustroms will die Bundesagentur für Arbeit das Personal von Arbeitsagenturen und Jobcentern aufstocken. Allein die Jobcenter sollten im kommenden Jahr rund 2000 zusätzliche Mitarbeiter erhalten, kündigte Bundesagentur-Vorstandsmitglied Raimund Becker an.

Die Arbeitsagenturen sollen zusätzlich zu den bereits genehmigten 200 Jobvermittlern 700 Kräfte erhalten. Becker geht davon aus, dass rund 90 Prozent der anerkannten Flüchtlinge zunächst auf Hartz IV angewiesen sein und daher von den Jobcentern betreut werden. Derzeit würden die Mitarbeiter von Arbeitsagenturen und Jobcentern für die Betreuung von Flüchtlingen gezielt geschult. Der Chef der BA und neue Leiter des Bundesamts für Migration

90 Prozent der Flüchtlinge brauchen Hartz IV Die Zahl der Arbeitslosen sinkt um 88.000 auf 2,7 Millionen. Nur bei den Migranten entwickelt sich der Trend anders

und Flüchtlinge (BAMF, Frank-Jürgen Weise, beklagte jedoch eine mangelnde Transparenz bei den Flüchtlingszahlen in Deutschland. Bislang gebe es keine gute Übersicht, wie viele Menschen ins Land kämen, wo sie sich aufhielten, wie sie verteilt und ihre Anliegen bearbeitet würden, sagte Weise. Hier müsse mehr Klarheit her. Auch Rückstände müssten dringend aufgearbeitet werden. Schätzungen nach seien 290.000 Flüchtlinge in Deutschland noch nicht registriert. Für zwei Drittel der Asylbewerber dauere es von der Erfassung bis zum Bescheid fünf Monate, erklärte Weise. In vielen Fällen seien die Menschen aber vor der Erfassung bereits zwei bis drei Monate im Land. Ein Drittel der Schutzsuchenden habe keinen Pass dabei, was viele Verfahren erschwere.

Asylbewerber dürfen in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts nicht arbeiten, die Flüchtlinge die in diesem Sommer nach Deutschland gekommen sind, sind in den aktuellen Zahlen nicht enthalten. Nach den drei Monaten müssen die Arbeitsagenturen bei einer Stellenbesetzung prüfen, ob ein Deutscher Vorrang vor dem Flüchtling hat. Erst nach 15 Monaten entfällt diese Vorrangprüfung.

Die Vermittlung der Flüchtlinge ist allerdings schwierig, wie das Modellprojekt "Early Intervention" der Bundesagentur zur frühzeitigen Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt gezeigt hat. Viele sprechen kein Deutsch und bringen nicht die Qualifikationen mit, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebraucht werden, oder aber ihre Berufsabschlüsse werden in Deutschland nicht anerkannt. In dem Modellprojekt lag die Vermittlungsquote lediglich bei zehn Prozent.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) forderte daher einen Ausbau der Investitionen für Aus- und Fortbildung. "Flüchtlinge, die hierherkommen, münden bisher zu mehr als der Hälfte in Helferberufe am Arbeitsmarkt ein, obwohl viele andere Qualifikationen und Kompetenzen mitbringen", sagte DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Diese müssten aber auch schnell und unbürokratisch anerkannt werden, mit Zugang zu entsprechenden Nach- und Ergänzungsqualifizierungen.

Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) rechnet im kommenden Jahr durch den Zustrom der Flüchtlinge mit bis zu 460.000 neuen Hartz-IV-Empfängern, 2019 könnten es schon eine Million sein. Wie sich die Zahl entwickelt, hängt unter anderem von der Zahl der Antragsteller, der Anerkennungsquote, dem Familiennachzug und nicht zuletzt den Vermittlungserfolgen ab. Nahles stellt sich gegen Forderungen, den gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro zur Beschäftigung von Flüchtlingen zu lockern. "Wir werden das nicht machen", sagte die SPD-Politikerin.

Einzelne CDU-Politiker wie der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, und Finanzstaatssekretär Jens Spahn hatten Ausnahmeregelungen für Flüchtlinge beim Mindestlohn ins Gespräch gebracht. Diese Forderungen waren allerdings auch innerhalb der Union auf Ablehnung gestoßen.

"Flüchtlinge, die hierherkommen, münden bisher zu mehr als der Hälfte in Helferberufe am Arbeitsmarkt ein"
Annelie Buntenbach, DGB-Vorstand

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 1, 2015

Grüne wollen sich um die Wähler der AfD kümmern; Fraktionschefin Göring-Eckardt hofft auf neue Zielgruppen. Sie möchte "Menschen für die Demokratie und den Zusammenhalt zurückgewinnen." Kritik an geplanter Abschiebung von Flüchtlingen in die Türkei

Die Welt

Montag 4. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 78

Length: 585 words

Byline: Claudia Kade

Body

Grünen-Bundestagsfraktionschefin Katrin Göring-Eckardt will neue Wählergruppen für ihre Partei gewinnen und hat dabei auch Anhänger der AfD im Blick. "Wir sollten uns um die Menschen kümmern, die zuletzt aus Protest die AfD gewählt haben", sagte Göring-Eckardt der "Welt". "Die dürfen wir nicht verloren geben."

Wenn den Menschen klargemacht werde, dass die AfD beispielsweise die Rückkehr zur Atomkraft anstrebe und die Gleichstellung der Frau zurückdrehen wolle, würden sich einige wieder von der AfD abwenden. "Wir müssen diese Menschen für die Demokratie und die offene Gesellschaft und den Zusammenhalt zurückgewinnen."

Die Grünen müssten zwar auf ihre Kernklientel schauen, zugleich aber sollten sie auch überlegen, wen sie noch für ihre Politik begeistern könnten, forderte Göring-Eckardt. "Ich will, dass wir uns sehr ernsthaft mit der Frage beschäftigen, wie wir neue Wählerschichten für uns gewinnen können", sagte die Grünen-Politikerin. Dazu zählten etwa auch all diejenigen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagierten und die den "Zickzackkurs der Bundesregierung in dieser Frage nicht mehr nachvollziehen" könnten.

Unmittelbar vor Beginn der geplanten Flüchtlingsrückführungen von Griechenland in die Türkei verlangte die Fraktionschefin einen Stopp des Verfahrens. "Amnesty berichtet, dass Hunderte Flüchtlinge aus der Türkei illegal abgeschoben werden", sagte Göring-Eckardt der "Welt". Dies sei nicht hinnehmbar. "Solange die Türkei die rechtswidrigen Abschiebungen nicht stoppt, dürfen aus Europa keine Flüchtlinge in die Türkei zurückgeführt werden." Die Türkei "verstößt klar gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Da kann die Bundesregierung nicht einfach zuschauen."

Linke-Parteichefin Katja Kipping kritisierte das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei als "Verabredung zum Sterbenlassen". Der Vertrag sei "eine weitere moralische Bankrotterklärung der EU". Politiker der Regierungsparteien verbreiteten dagegen Zuversicht und verteidigten die Vereinbarung mit der Türkei.

Grüne wollen sich um die Wähler der AfD kümmern Fraktionschefin Göring-Eckardt hofft auf neue Zielgruppen.
Sie möchte "Menschen für die Demokratie und den Zusam....

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) äußerte die Hoffnung, der Höhepunkt der Flüchtlingskrise sei nun überschritten. De Maizière sagte dem "Tagesspiegel am Sonntag", sollten sich Flüchtlinge nun neue Routen suchen, "werden wir ähnliche Rückführungslösungen wie mit der Türkei finden und darüber Verhandlungen mit den Ländern im Norden Afrikas aufnehmen müssen". Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) rechtfertigte das EU-Türkei-Abkommen. Er mahnte in der "Heilbronner Stimme" aber auch an, "dass die EU Griechenland bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise tatkräftig unterstützt".

Das Abkommen sieht vor, dass die Türkei Flüchtlinge aus Griechenland zurücknimmt. Bis zu 500 Flüchtlinge würden am Montag erwartet, sagte der türkische Innenminister Ekan Ala. Auf den Ägäisinseln trafen Beamte der EU-Grenzschutzagentur Frontex ein, die die Flüchtlinge auf die Schiffe bringen sollen. Viele Migranten versuchten, durch Asylanträge ihre Zwangsabschiebungen abzuwenden.

Russland forderte die Europäische Union auf, die Genfer Flüchtlingskonvention einzuhalten. Der russische EU-Botschafter Wladimir Tschischow sagte der "Welt": "Was wir, ebenso wie die Vereinten Nationen und der Europarat auch, erwarten, ist, dass alle Maßnahmen, die von der EU und der Türkei durchgeführt werden, in völligem Einklang mit dem internationalen Recht stehen." Es sei unentschuldig, wenn von "bewährten Normen zur Aufnahme und zum Schutz von Migranten und Asylsuchenden" abgewichen würde. Seiten 5 und 6

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 4, 2016

Wie halten es die Europäer mit den Flüchtlingen?; EU-Länder tun sich schwer, mehr Schutzsuchende aufzunehmen. Deutschland will 12.100 Migranten extra aufnehmen

Die Welt

Freitag 10. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 158

Length: 758 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

In den Streit über die Umverteilung von Flüchtlingen kommt Bewegung. Deutschland ist bereit, insgesamt 12.100 Flüchtlinge zusätzlich aufzunehmen. Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU) sagte am Rande eines Treffens der EU-Innenminister in Luxemburg zu, bei der Umverteilung von Flüchtlingen "einen großen Anteil" zu übernehmen. "Allerdings ist das geknüpft daran, dass auch andere Staaten das tun. Auch daran, dass es sich um schutzbedürftige Flüchtlinge handelt."

Die Europäische Union strebt nach einer Entscheidung der Staats- und Regierungschefs vom Juni an, in den kommenden zwei Jahren 40.000 Flüchtlinge von Italien und Griechenland auf andere Mitgliedstaaten umzuverteilen, sowie rund 20.000 Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern nahe der syrischen Grenze im Rahmen von sogenannten Neuansiedlungen in die Mitgliedstaaten zu holen. "Ich bin nicht sicher, dass wir das Ziel total erreichen, aber wir kommen in eine sehr akzeptable Nähe", sagte der zuständige luxemburgische Minister Jean Asselborn. Deutschland ist bereit, 3100 Flüchtlinge aus Flüchtlingslagern aufzunehmen. Insgesamt soll es in den EU-Staaten zu 21.000 Neuansiedlungen kommen - 1000 mehr als im Juni vereinbart. Zusätzlich will Deutschland noch 9000 umverteilte Flüchtlinge aus den überlasteten Mittelmeerländern Italien und Griechenland aufnehmen.

Nach Angaben von Diplomaten hatten bis Donnerstagmittag erst 22 von 28 EU-Staaten Zusagen für eine freiwillige Umverteilung gemacht. Einige Länder, wie Großbritannien, wollen nicht teilnehmen. Ursprünglich hatte die Union sogar eine verpflichtende Quote zur Verteilung der Flüchtlinge vorgeschlagen, wobei unter anderem die Bevölkerungszahl und die Wirtschaftskraft wichtige Bestimmungsfaktoren für die Zahl der jeweils aufzunehmenden Migranten war.

Wie halten es die Europäer mit den Flüchtlingen? EU-Länder tun sich schwer, mehr Schutzsuchende aufzunehmen. Deutschland will 12.100 Migranten extra aufnehmen

Eine Mehrheit der Länder hatte bindende Quoten aber abgelehnt, Deutschland war allerdings dafür, ebenso Österreich. Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner sprach sich am Donnerstag erneut für eine "fixe, faire Quote für ganz Europa" aus.

Wegen der starken Ablehnung von verbindlichen Zahlen einigte man sich als Kompromiss auf eine freiwillige Umverteilung. Tschechien, das sich beispielsweise vehement gegen verbindliche Quoten gestellt hatte, will jetzt freiwillig insgesamt 1500 Flüchtlinge aufnehmen, kündigte ein Regierungssprecher in Prag an. Es handle sich aber um eine "einmalige Solidaritätsaktion", sagte demnach Ministerpräsident Bohuslav Sobotka. Zuvor hatten sich insbesondere baltische und osteuropäische Staaten gegen verbindliche Quoten ausgesprochen. Sie argumentierten, nicht über die nötige Infrastruktur zu verfügen. Außerdem gebe es Vorbehalte in der Bevölkerung. Dagegen sagte de Maiziere: "Das Thema Flüchtlinge ist für Europa eine historische Herausforderung". Auch Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) erklärte in Hannover: "Wir sind ein Europa der 28. Wenn die Flüchtlingsströme anschwellen, müssen wir bereit sein, diese Aufgabe gemeinsam zu bewältigen".

Nach den bisherigen Dublin III-Regeln müssen die Flüchtlinge dort ein Asylverfahren durchlaufen und gegebenenfalls aufgenommen werden, wo sie erstmals europäischen Boden betreten. Diese Regelung hat dazu geführt, dass Italien und Griechenland infolge der zahlreichen Bürgerkriege in Afrika und im Nahen Osten innerhalb kurzer Zeit mit hohen Flüchtlingszahlen zu kämpfen hatten. Darum beschloss die EU, rund 40.000 Flüchtlinge kurzfristig möglichst auf alle Mitgliedstaaten umzuverteilen.

Die Bereitschaft nicht nur der Staaten, sondern auch der Bevölkerung, Flüchtlinge aufzunehmen, ist allerdings sehr unterschiedlich ausgeprägt. Das belegt eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts ifop für die französische Zeitung "Le Figaro". In Frankreich sind nur 36 Prozent der Befragten dafür, Flüchtlinge in ganz Europa zu verteilen und dabei im eigenen Land Migranten aufzunehmen. Auch in Großbritannien (32 Prozent) und den Niederlanden (47 Prozent) sind die Zustimmungswerte eher gering. Dagegen sind 69 Prozent der Deutschen und 81 Prozent der Italiener für eine europaweite Verteilung.

Deutliche Unterschiede gibt es auch mit Blick auf die Frage, in welche Bereiche zusätzliche Finanzmittel in der Flüchtlingspolitik fließen sollten. In Deutschland (63 Prozent) und Frankreich (53 Prozent) favorisiert eine Mehrheit, dass die Gelder in die Krisenländer fließen, damit dort wieder stabile Verhältnisse einkehren und die Menschen möglichst nicht auswandern. In Großbritannien wollen das nur 33 Prozent und in den Niederlanden 43 Prozent.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 10, 2015

Aus dem Flüchtlingsheim in den CDU-Vorstand; Jenovan Krishnans Eltern suchten einst Asyl in Deutschland. Als Migrant vom Dienst versteht sich der Sohn bis heute nicht

Die Welt

Freitag 13. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 265

Length: 1342 words

Byline: Robin Alexander

Body

Jenovan Krishnan war dabei, als Angela Merkel am Montag mit ihrer Parteiführung über die **Flüchtlingspolitik** stritt - aber er schwieg. Das war einerseits angebracht, denn der 24-Jährige nahm als neuer Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) erst zum zweiten Mal an einer Sitzung des Bundesvorstands der Regierungspartei teil. Andererseits hätte Krishnan Erfahrungen einbringen können, die weder der zuständige Innenminister Thomas de Maizière noch der **Flüchtlingskoordinator** Peter Altmaier teilen: Er weiß, wie sich **Flüchtlinge** in Deutschland fühlen. Er ist in einem **Flüchtlingsheim** zur Welt gekommen.

Das war 1991 in Nürnberg. Seine Eltern sind Tamilen aus Sri Lanka. In seiner bayerischen Kindheit - erst in Franken, später im Allgäu - hat er nie jemanden getroffen, der auf Anhieb wusste, dass Sri Lanka eine große Insel ist, die südöstlich von Indien liegt. Auch von dem tödlichen Bürgerkrieg, der dort in den 80er-Jahren tobte, hatte nie jemand gehört: Krishnans Eltern waren geflohen, nachdem sich eine extremistische marxistische Guerilla gegründet hatte und Regierungssoldaten in tamilischen Dörfern "zur Warnung" Bauern bei lebendigem Leibe verbrannten.

Das reichte damals noch, um in Deutschland **Asyl** zu bekommen. Obwohl zumindest Krishnans Mutter aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland kam. Sie hatte zuerst einen Schlepper gefunden, der sie in einem Boot nach Singapur schmuggelte. Doch dort durften **Flüchtlinge** nicht arbeiten.

Krishnans Vater begann sein Asylverfahren in West-Berlin. Dem Sohn zeigt er heute noch gerne eine ganz besondere Trophäe: ein Stück aus der Mauer, selbst geschlagen in der Nacht, als die Deutschen laut Willy Brandt das glücklichste Volk der Welt waren. Über die Zeit davor hingegen, über den Krieg und die Flucht, hat der Vater mit dem Sohn niemals gesprochen - ob er weiß, wie typisch deutsch das einmal war?

Immer noch typisch bayerisch ist die Integrationsgeschichte der Familie Krishnan: Die Eltern fanden harte, aber gute Arbeit in der Metallindustrie, bei einem mittelständischen Autozulieferer, die Kinder schwärmen vom Wandern,

Aus dem Flüchtlingsheim in den CDU-Vorstand Jenovan Krishnans Eltern suchten einst Asyl in Deutschland.
Als Migrant vom Dienst versteht sich der Sohn bis heute

"Kässpatzen" und posten Fotos von Allgäuer Landschaften und Grillfesten auf Facebook. Doch Krishnan, der einen jüngeren Bruder hat, will eigentlich gar nicht so viel über seine Herkunft reden. Im Gegenteil! "Deshalb bin ich doch zur CDU gegangen, weil die mich nicht als Opfer sehen", empört er sich fast.

Als Migrant vom Dienst hätte er doch eine Karriere bei den Grünen angestrebt, sagt er: "An der CDU gefällt mir, dass die nicht darauf gucken, wo ich herkomme, sondern wo ich hinwill." Er studiert ausgerechnet in Frankfurt Politik - der Heimat des Neomarxismus des 70er-Jahre, der längst nicht mehr die Studenten, wohl aber die Asten der Republik prägt. Krishnan gelang es mit einem strikt unideologischen, an konkreten Problemen orientierten Programm für seinen RCDS zum ersten Mal seit Generationen wieder einen Sitz im Senat zu holen.

Vielleicht wurde dort Peter Tauber auf ihn aufmerksam, der Generalsekretär mit der Mission, die CDU bunter, jünger und weiblicher zu machen. Vor einem Jahr lud er für Merkel alle Funktionäre mit Migrationshintergrund nach Berlin ein - die Kanzlerin schwärmt noch heute von deren Begeisterungsfähigkeit. Tauber sieht seine Mission strategisch: Wenn sich das Volk verändert, muss sich auch eine Volkspartei verändern, wenn sie eine Volkspartei bleiben will. Abschreckendes Beispiel sind die US-Republikaner, die auch von konservativen Latinos und Schwarzen nicht gewählt werden.

Tauber persönlich sprach Krishnan in Frankfurt an, er solle in die CDU eintreten. "Jünger, weiblicher, bunter" - immerhin zwei von drei Attributen bringt er mit, und die Deutschland-fit-für-die-Globalisierung-Rhetorik der Merkel-CDU beherrscht er auch: "Die Digitalisierung der Hochschulen und die Werbung für MINT-Fächer möchten wir als RCDS voranbringen." Die schöne neue Welt von Netz, Ingenieuren und Technikern, für die sich bei den jungen Christdemokraten auch die begeistern, die selbst Politik studieren. Wie die Eltern ist er Katholik, aber nicht ganz so ein fleißiger Kirchgänger wie die Mutter. Wichtig ist dem jungen Mann vor allem Leistung: "Nach der Grundschule steckten sie mich in die Hauptschule. Ich habe mich nicht beschwert, denn ich hatte tatsächlich damals noch sprachliche Defizite." Nicht klagen, sondern sich Erfolge erarbeiten: zuerst den Wechsel zum Gymnasium und später den ersten Platz im Rhetorikwettbewerb in der Oberstufe. "Ich glaube nicht nur, dass man mit Leistung in Deutschland etwas erreichen kann. Ich habe das schon erlebt", meint Krishnan.

Was ist mit Patriotismus, Vaterland, Heimat - neben dem Christentum und der Eigenverantwortung der dritte Urschlamm der Union? "Hesse ist, wer Hesse sein will", hat ihm Tauber gesagt, als Krishnan zweifelte, ob er in die CDU eintreten könne, obwohl er doch seine Kindheit im CSU-Land Bayern verbracht hatte.

Jetzt lebt er erst einmal ein Jahr in Berlin. Zwischen dem RCDS-Büro am Landwehrkanal und seiner Wohnung in Neukölln hat er das angesagteste Viertel der Stadt: Wobei er hier offensichtlich noch Integrationsschwierigkeiten hat. Schon beim Fotoshooting wirkt er viel zielorientierter als die meisten seiner notorisch unentschlossenen Altersgenossen. Im Gespräch ist er verbindlich, ja regelrecht beflissen. Und der Bart ist eigentlich auch viel zu gepflegt für Berlin. Die Hautfarbe hingegen reicht schon lange nicht mehr, um hier aufzufallen.

Andererseits, wird es nicht vielen in der CDU - und nicht nur dort - in der Asylkrise gerade zu bunt? Das moderne Einwanderungsgesetz, das der Generalsekretär Tauber gerne in der Programmatik der CDU wenigstens angelegt hatte, droht auf dem Parteitag im Dezember unter die Räder zu geraten. Die Union ist tief verunsichert, ob Merkels Entscheidung, die Grenze für syrische Kriegsflüchtlinge zu öffnen, epochal oder emotional war. Noch läuft der innerparteiliche Meinungskampf, aber Hardliner - die in den Merkel-Jahren immer weniger zu melden hatten - bestimmten plötzlich wieder den Ton in der Partei mit.

Dabei ist die längst nicht mehr die alte. Krishnan ist ja kein Einzelfall. Auch Paul Ziemiak, der Vorsitzende der Jungen Union, kam mit seinen Eltern als Spätaussiedler aus Polen zuerst ins Lager Friedland. Fast ist es ironisch: Während die Union um die Flüchtlingsfrage ringt, als gehe es um ihre Identität, werden ihre beiden Nachwuchsorganisationen von jungen Männern geleitet, deren erste deutsche Adresse ein Flüchtlingsheim war.

Die JU hat trotzdem die feste Obergrenze beschlossen, die Merkel immer noch ablehnt. Krishnans RCDS kann als Hochschulverband dazu schweigen und am liebsten würde er es auch selbst tun. Am Montag, auf seiner zweiten CDU-Vorstandssitzung, beschloss Merkels Parteiführung, sie wolle anerkannten syrischen Kriegsflüchtlingen künftig verbieten, ihre Frauen und Kinder nach Deutschland zu holen. Krishnan wird leiser als bisher in dem

Aus dem Flüchtlingsheim in den CDU-Vorstand Jenovan Krishnans Eltern suchten einst Asyl in Deutschland.
Als Migrant vom Dienst versteht sich der Sohn bis heute

Gespräch: "Ich glaube nicht, dass es wirklich gelingen kann, den Familiennachzug zu verhindern." Die Menschen kämen dann später ebenfalls als Flüchtlinge. Eine Obergrenze will er nicht ausschließen, meint aber: "Eigentlich müsste doch qualitativ entschieden werden, nicht quantitativ."

Was macht die Asyldebatte mit dem Projekt "Jünger, weiblicher bunter"? Läuft die CDU Gefahr, die Flüchtlinge, Gastarbeiterkinder und Migranten zu verschrecken, die Tauber unbedingt in die Union holen wollte? Das mag Krishnan nicht sagen. Im Streit zwischen der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel und dem CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer stand er auf Merkels Seite. Die Frage, ob er selbst in die CSU eintreten würde, wenn er noch in Bayern lebte, beantwortet er mit einem Lächeln: "Ich komme ja aus dem Allgäu. Dort auf jeden Fall."

Dies zu verstehen, setzt landsmannschaftliche Spezialkenntnisse voraus, ohne die man in einer Volkspartei auch heute nicht weit kommt. Das Allgäu gehört zum Wahlkreis von Gerd Müller, dem Entwicklungshilfeminister. Ein CSU-Politiker, der sich in der Flüchtlingsdebatte bisher auffällig zurückhielt.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Steffen Roth

Er kam als Kind aus Sri Lanka und wuchs in Bayern auf: Jenovan Krishnan ist neuer Vorsitzender des RCDS

Steffen Roth

Load-Date: November 13, 2015

Zahl der Asylbewerber verdoppelt sich 2015; Bundesregierung erhöht ihre Prognose und rechnet in diesem Jahr mit 400.000 Anträgen. Länder und Kommunen fordern Hilfe

Die Welt

Mittwoch 6. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 104

Length: 413 words

Byline: Karsten Kammholz

Manuel Bewarder

Body

Der Bund wird seine Prognose für die Zahl der Asylbewerber im laufenden Jahr deutlich nach oben korrigieren. Das erfuhr die "Welt" aus Regierungskreisen. Demnach gehen die Bundesregierung sowie das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mittlerweile davon aus, dass 2015 mehr als 400.000 Asylanträge in Deutschland gestellt werden.

Die Zahl der Asylbewerber wird sich damit in kürzester Zeit verdoppeln. Im Jahr 2014 hatte das BAMF noch rund 200.000 Anträge registriert. Die Bundesrepublik verzeichnete bereits damit den höchsten Wert seit dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien Anfang der 90er-Jahre.

Das BAMF hatte im Februar seine Prognose für 2015 auf 300.000 erhöht. Wie Recherchen der "Welt am Sonntag" ergaben, setzten sich damals aber mehrere Bundesländer für eine noch deutlichere Anhebung ein und protestierten bei der Nürnberger Behörde. Nachdem sich in den ersten drei Monaten 2015 die Asylzahlen im Vergleich zu 2014 verdoppelt hatten, war eine Anhebung zuletzt immer wahrscheinlicher geworden. Das BAMF wollte sich auf Anfrage nicht zu möglichen neuen Prognosen äußern.

Die Schätzung des Bundes hat große Auswirkungen auf die Planungen in den Ländern. Diese sind zusammen mit den Kommunen für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zuständig. Die steigende Zahl der Asylbewerber erhöht den Druck auf den Bund, die Länder und Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben stärker zu unterstützen. Am Freitag treffen sich im Kanzleramt Vertreter von Bund und Ländern zu einem Flüchtlingsgipfel. Die Länder wollen mehr als nur die eine Milliarde Euro zusätzliche Hilfe, die der Bund im vergangenen Herbst bereits zugesichert hatte.

Zahl der Asylbewerber verdoppelt sich 2015 Bundesregierung erhöht ihre Prognose und rechnet in diesem Jahr mit 400.000 Anträgen. Länder und Kommunen fordern Hil....

Der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke (SPD), sagte dieser Zeitung: "Flüchtlingspolitik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden, die nur gemeinsam zu schultern ist." Die Länder hätten frühzeitig darauf hingewiesen, dass die Zahl der Flüchtlinge stärker steige. "Ich erwarte, dass die Bundesregierung sich stärker für die Bekämpfung der Ursachen einsetzt sowie sich zusätzlich auf europäischer Ebene dafür stark macht, eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge zu erreichen." Der Bund müsse sich strukturell an den Kosten der Unterbringung, gesundheitlichen Versorgung und Integration beteiligen. Der Bund dagegen verlangt von den Ländern unter anderem, abgelehnte Asylbewerber konsequenter abzuschieben.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 6, 2015

End of Document

Dieser Rücktritt könnte die Asylkrise verschärfen; Der Präsident des Flüchtlingsamtes, Manfred Schmidt, wirft das Handtuch. Die Bundesbehörde gilt als völlig überfordert

Die Welt

Freitag 18. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 218

Length: 1234 words

Byline: Manuel Bewarder

Freia Peters

Body

Keine Behörde steht in der **Flüchtlingskrise** derart in der Kritik wie das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf). Die Nürnberger Institution, die dem Bundesinnenministerium unterstellt ist, muss die **Asylanträge** bearbeiten - und kämpft angesichts der vielen Zuwanderer mit einem Berg von unbearbeiteten Anträgen. Das Bamf ist pausenlos im Krisenmodus.

Daher gibt es wohl kaum einen schlechteren Zeitpunkt für einen Wechsel an der Spitze. Doch genau das ist passiert: Manfred Schmidt, seit 2010 Präsident, ist zurückgetreten. Er gab dafür persönliche Gründe an. Bundesinnenminister Thomas de Maizière fand sie plausibel und kam der Bitte um Entlassung daraufhin nach. Der CDU-Politiker muss jetzt in kürzester Zeit eine Nachfolgeregelung präsentieren. Eines ist klar: Ohne ein leistungstarkes Bundesamt wird man die hohen **Flüchtlingszahlen** nicht in den Griff bekommen.

Einiges ist in der Vergangenheit schiefgelaufen. Das Bamf reagierte in den vergangenen Monaten erst spät auf die Forderungen der Bundesländer, die Prognosen für die Zahl der Asylbewerber zu erhöhen. Die Einschätzung des Amtes ist aber notwendig, damit Länder und Kommunen entsprechende Kapazitäten für Unterbringung und Versorgung bereitstellen können. Immer lauter wurde zuletzt die Kritik, wonach die Behörde die Asylanträge nicht schnell genug bearbeitet. Opposition und Länder sprechen von einer totalen Überforderung des Bamf. Ende August lag die Zahl der Altfälle bei fast 280.000 Anträgen. Solange dieser Stau nicht abgearbeitet ist, wird sich die Unterbringungssituation in den Ländern aber kaum verbessern.

Bereits seit dem vergangenen Jahr wird das Personal deshalb massiv aufgestockt. Im Jahr 2012 gab es 248 Entscheider. Ende November sollen es 1000 Entscheider sein. Insgesamt hat das Bamf 3000 Mitarbeiter in Nürnberg und in den 31 Außenstellen - allein im Nachtragshaushalt 2015 wurden 1000 neue Stellen bewilligt.

Dieser Rücktritt könnte die Asylkrise verschärfen Der Präsident des Flüchtlingsamtes, Manfred Schmidt, wirft das Handtuch. Die Bundesbehörde gilt als völlig überfordert....

Opposition und Länder sprechen von einer totalen Überforderung der Behörde. Das stimmt. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) beschrieb am Mittwoch die Situation in ihrem Amt: Sie habe gerade einen jungen Syrer getroffen, der erst für Mai nächsten Jahres einen Anhörungstermin für sein Asylverfahren bekommen habe. "Das ist inakzeptabel", so Dreyer.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass in der aktuellen Situation Bund, Länder und Kommunen an ihre Grenzen stoßen. Dass es im vergangenen Jahr nicht Schmidt, sondern der Sparwille der Bundesregierung war, der weitere Stellen in der Behörde verhinderte. Dass das Bamf einige Erfolge vorweisen konnte.

Der Behörde gelang es zum Beispiel trotz der hohen Zugangszahlen, die Dauer der Asylanträge von 7,1 auf 5,4 Monate zu reduzieren. Darüber hinaus musste Schmidt eine Behörde zur Superbehörde ausbauen. 2010 hatte das Bamf noch 22 Dienststellen. 2017 sollen es 58 sein. Wenn man sich in Berlin umhörte, ertönte zwar viel Kritik am Bundesamt. Öfter hieß es jedoch: Zum Glück liegt das Bamf in den Händen von Schmidt. Seine Mutter war selbst Flüchtling. In den Kriegswirren kam sie aus Polen nach Deutschland. Schmidt selbst wurde 1959 in Frankfurt am Main geboren. Von 1990 an arbeitete der Jurist im Bundesinnenministerium. Ab 2007 bis zu seinem Start im Bamf leitete er die Abteilung für Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz. Ein erfahrener Verwalter mit Erfahrung in kritischen Situationen - genau das braucht das Bundesamt derzeit eigentlich. Äußerlich wirkte Schmidt stets gefasst und ruhig, den Stress der vergangenen Monaten merkte ihm man äußerlich aber kaum an. Im Gespräch vermittelte er meist den Eindruck eines jovialen Behördenchefs, der - auch wenn die Lage schwieriger geworden ist - eigentlich alles im Griff hat. Dennoch ließen zuletzt manche seiner Äußerungen erahnen, dass der wachsende Druck den Bamf-Präsidenten immer stärker zusetzte. Zuletzt war der Druck offenbar zu groß geworden. So räumte Schmidt schon mal ein, dass die wachsende Zahl von Flüchtlingen ihm manchmal nachts den Schlaf raube und er selbst nach Feierabend - spätestens beim Anschalten des Fernsehers - rasch wieder von den Problemen eingeholt werde. Dennoch kam der Schritt auch für Kenner des Migrations-Bundesamtes überraschend.

Dort fiel Schmidt von Anfang an durch seine Empathie auf - sowohl im Umgang mit Mitarbeitern als auch mit Asylbewerbern. Bei Besuchen in Asylbewerberunterkünften zeigte er offen Gefühle, statt sich auf die Rolle des an Recht und Gesetz gebundenen Verwaltungsjuristen zurückzuziehen.

In den Hintergrund der Debatte geriet, und das zeigt das Dilemma des Rücktritts, wofür das Bamf auch noch zuständig ist und was in naher Zukunft das Thema der Stunde sein könnte: die Integration und dabei das Erlernen der deutschen Sprache. Seit 2005 bietet das Amt jedem anerkannten Flüchtling einen Integrationskurs an. Organisiert wird er von Volkshochschulen, privaten Sprachschulen oder kirchlichen Trägern und beinhaltet in der Regel 600 Schulstunden Deutschunterricht und 60 Stunden, in denen Kenntnisse zu Staat und Gesellschaft vermittelt werden. Ziel ist ein Sprachniveau, mit dem sich der deutsche Alltag bewältigen lässt. Die Kurse sind voll, zum Teil müssen Spätaussiedler, integrationsbedürftige Deutsche, EU-Ausländer und Flüchtlinge mehrere Monate auf einen Platz warten.

Das Bamf hat daher vor Kurzem die Hürden für die Zulassung der Lehrkräfte gesenkt. Seitdem dürfen etwa auch Deutschlehrer die Kurse leiten, ohne vorher eine aufwendige Zusatzausbildung absolvieren zu müssen. In diesem Jahr gibt das Amt 269 Millionen Euro für die Kurse aus. 2016 werden die Kosten deutlich steigen.

Die Maiziere bescheinigte Schmidt, "hervorragende Arbeit geleistet" zu haben. Gerade in dieser Zeit der "enormen Herausforderungen". Damit die Behörde "in dieser Ausnahmesituation ihre Aufgaben bewältigen" könne, seien auch dank Schmidts Einsatz "Personal, Stellen und Haushaltsmittel in großem Umfang bereitgestellt worden".

Diese Bewertung wird in Berlin und in den Ländern jedoch infrage gestellt. So war der Spitzenbeamte Anfang des Monats bei einer SPD-Klausur in Mainz zu Gast. Schmidt habe keine Selbstkritik gezeigt, dabei habe es bereits im Frühjahr Warnungen vor dramatisch höheren Flüchtlingszahlen gegeben. Angekreidet wurde Schmidt auch eine folgenreiche Mitteilung seiner Behörde auf Twitter am 25. August: "#Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt." Das bedeutete nichts anderes, als dass alle Syrer in Deutschland bleiben dürfen, unabhängig davon, wie sie in die EU eingereist sind.

Dieser Rücktritt könnte die Asylkrise verschärfen Der Präsident des Flüchtlingsamtes, Manfred Schmidt, wirft das Handtuch. Die Bundesbehörde gilt als völlig übe....

Diese News verbreitete sich laut Helfern in Windeseile in Richtung Mittelmeer und habe den großen Run auf Deutschland mitausgelöst - was das Innenministerium bestreitet.

Schmidt galt vielen als Hardliner. Er setzte sich schon früh dafür ein, die Zuwanderung von Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive zu stoppen. Aus seinen Ansichten sprach aber vielmehr ein abwägender Realist. Es ist daher nicht überraschend, dass nun selbst der Geschäftsführer der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl den Rücktritt bedauert. Günter Burkhardt erklärte, Schmidt sei eine "hoch zu schätzende Persönlichkeit".

Die Gründe für die überlangen Asylverfahren liegen seiner Meinung nach beim Bundesinnenministerium. Dort müssten weitreichende Entscheidungen zur Lösung getroffen werden. Über einen Nachfolger von Schmidt ist bislang nichts bekannt.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Armin Weigel

Manfred Schmidt, der Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, vor einigen Monaten in der Zentrale des Amtes in Nürnberg. Nun trat er aus "persönlichen Gründen" zurück. Die Opposition spricht von einem Bauernopfer

Armin Weigel

Load-Date: September 18, 2015

Bund stockt Stellen für Flüchtlinge auf; Verfahrensdauer soll verkürzt werden

Die Welt

Samstag 9. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 107

Length: 264 words

Body

Die Bundesregierung hat den Ländern ein Maßnahmenpaket zur Entlastung bei der Versorgung von **Flüchtlingen** versprochen. Nach einem Treffen mit Vertretern der Bundesländer sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Freitag, es seien zentrale Punkte besprochen worden. Ein Beschluss soll bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 18. Juni in Berlin fallen.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) stellte mehr Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und mehr Geld für Integrationskurse in Aussicht. De Maizière sagte, im Bundesamt sollen bis zu 2000 neue Stellen geschaffen werden, 750 über den Nachtragshaushalt noch in diesem Jahr. Im Bundesamt werden die Asylanträge von Flüchtlingen entschieden. Je länger die Verfahren dauern, desto größer sind unter Umständen die Kosten für Länder und Kommunen, die für Unterbringung und Versorgung aufkommen müssen.

De Maizière sagte außerdem, man wolle noch in diesem Jahr Integrationskurse für diejenigen, die in Deutschland bleiben, anbieten. Die Mittel in diesem Bereich sollen entsprechend erhöht werden. Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) sagte, Bund und Länder hätten deutlich gemacht, dass sie die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen als gesamtstaatliche Aufgabe verstünden und sich nicht gegenseitig die Schuld zuschieben wollten. "Deutschland zeigt sich gerade als starkes und mitfühlendes Land", betonte er. Länder und Kommunen fühlen sich mit der Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge überfordert. Das Innenministerium hat mitgeteilt, dass es für 2015 mit 450.000 Asylanträgen rechnet.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 9, 2015

Asylbewerber begeistern deutsche Unternehmer; Viele Branchen in der Bundesrepublik suchen gute Auszubildende. Nun stellen erste Firmen Flüchtlinge ein, auch solche ohne Aufenthaltstitel. Die jungen Menschen zeigen, dass sie diese Chance nutzen wollen

Die Welt

Mittwoch 7. Januar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 5

Length: 1250 words

Byline: Freia Peters

Body

Mohammed Rahmati schläft im Stockbett oben, unten bekommt er Beklemmungen. Einen Teil seiner Flucht verbrachte er eingekuschelt in einem schmalen Hohlraum über der Bodenplatte eines Lastwagens. Der 25-Jährige lebt seit dem Frühling vergangenen Jahres in Deutschland, sein kleines Zimmer in einem Wohnhaus im oberbayerischen Freising teilt er mit zwei anderen **Flüchtlingen** aus Afghanistan.

Seit drei Monaten hat Rahmati einen Job in seiner neuen Wahlheimat: Er ist Auszubildender als Einzelhandelskaufmann in einem Discounter. Jeden Morgen fährt er 60 Kilometer mit Bus und Bahn zu einem Penny-Markt in der Münchner Innenstadt, in dem er sich mit "Warenwälzung, Frischekontrolle und Preisauszeichnung" befasst. "Der ist super", sagt Verkaufsleiter Björn Wecker, "ein absoluter Zugewinn für unsere Firma. Wenn wir von der Sorte noch mehr bekommen würden, das wäre toll."

Gute Auszubildende zu bekommen ist schwierig, derzeit sind deutschlandweit rund 80.000 Stellen unbesetzt. Einen engagierteren Mitarbeiter als Rahmati zu bekommen, dürfte Verkaufsleiter Wecker schwerfallen. "Die Ausbildung ist meine große Chance, aus meinem Leben in Deutschland etwas zu machen", sagt der Auszubildende Rahmati. Trotz seiner weiten Anreise ist er jeden Morgen pünktlich, auch wenn die Frühschicht um sieben Uhr beginnt und er dafür um 5.20 Uhr das Haus verlassen muss. Abends lernt Rahmati für die Berufsschule.

Der Afghane hat keinen Aufenthaltstitel in Deutschland, er wird derzeit nur geduldet, die Anhörung vor dem Bundesamt für Migration steht noch aus. Theoretisch kann er während seiner Ausbildung abgeschoben werden. "Das wäre natürlich extrem ärgerlich für uns", sagt Wecker, "aber das Risiko müssen wir eingehen."

Bislang durften Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge in den ersten neun Monaten nach der Einreise nicht arbeiten. Anschließend konnten sie nur dann einen Job annehmen, wenn es keine deutschen oder europäischen Bewerber gab. Diese Vorrangprüfung fiel erst nach vier Jahren Aufenthalt weg. Seit November gilt eine neue

Asylbewerber begeistern deutsche Unternehmer Viele Branchen in der Bundesrepublik suchen gute Auszubildende. Nun stellen erste Firmen Flüchtlinge ein, auch solc....

Regelung: Jetzt dürfen Flüchtlinge schon nach drei Monaten arbeiten oder mit einer Ausbildung beginnen - vorausgesetzt, sie finden einen Betrieb, der sie einstellen will. Allerdings gibt es noch eine Vorrangprüfung - sie ist aber nur noch für die ersten 15 Monate vorgeschrieben.

Die Politik muss sich auf die neue Situation einstellen. Die Zahl der Flüchtlinge wird weiter steigen. 2013 gab es 127.000 Anträge auf Asyl. Im vergangenen Jahr waren es um die 200.000. Für dieses Jahr werden laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge momentan 230.000 Asylanträge erwartet - es können aber auch viel mehr werden.

Vor einem Jahr war ein Pilotprojekt der Bundesagentur für Arbeit gestartet worden: In sechs Städten wurden ausgewählte Asylbewerber beraten und in eine Ausbildung vermittelt. Das Pilotprojekt wurde jetzt um ein Jahr verlängert und soll auf weitere drei Städte ausgeweitet werden, darunter Hamburg.

Hier arbeitet Ali al-Hamsa in einem Feinkostladen in Eimsbüttel. Als er im vergangenen Jahr aus Ägypten nach Deutschland floh, bewarb er sich als Erstes um einen Deutschkurs. Die ersten Tage hatte er in einer Hamburger Moschee geschlafen, wo ihm der Imam von der Möglichkeit erzählte, einen Integrationskurs zu machen. Al-Hamsa ist begabt, doch in Ägypten hatten seine Eltern, die nur ein kleines Stück Land besitzen, für die Schulbildung kein Geld gehabt. Zwei Jahre lang arbeitete er als Kellner in der Touristenstadt am Roten Meer und lernte nebenbei Englisch. Dann ging er zurück zu seiner Familie, die an der Grenze zu Palästina lebt. Als Schüsse fielen und al-Hamsa verletzt wurde, kam er nach Deutschland.

Bahram Habib leitet in Hamburg die "AG selbstständige Migranten" der Handelskammer Hamburg. Habib kooperiert mit 1500 Betrieben und versucht, sie zu motivieren, Flüchtlinge einzustellen. 25 Asylbewerber hat er im vergangenen Jahr als Auszubildende in Betriebe vermittelt, als Hotelfachmann, Kaufmann für Bürokommunikation oder Verkäufer. "Viele der Flüchtlinge, besonders aus Afghanistan, Iran, Syrien, sind sehr gut gebildet", sagt Habib. "Und die Firmen sind dankbar, wenn sie zuverlässige Auszubildende bekommen, auch wenn sie natürlich investieren müssen in junge Leute, die noch nicht so gut deutsch sprechen." Al-Hamsa gehört zu den Asylsuchenden, die Habib vermittelt hat, ein Jahr lang hatte der italienische Feinkostladen einen Auszubildenden gesucht. Auch nach Feierabend fragt al-Hamsa seinen Chef, ob er noch etwas tun könne - Regale auffüllen oder die Theke reinigen.

Geschichten wie die von al-Hamsa oder Rahmati sind derzeit noch die Ausnahme in Deutschland. Nicht mehr lange, wenn es nach den Forderungen von Wirtschaftsverbänden geht. "Viele Asylbewerber kommen mit guten Qualifikationen und am Arbeitsmarkt gefragten Berufserfahrungen nach Deutschland", heißt es in einem Positionspapier der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Geduldete sollten sofort arbeiten dürfen, ohne das "unnötige Hemmnis" der Vorrangprüfung. Außerdem sollten Flüchtlinge so früh wie möglich an Deutschkursen teilnehmen und während der Ausbildung grundsätzlich nicht abgeschoben werden dürfen.

Ein Abschiebestopp für die nächsten drei Jahre würde Mohammed Rahmati schon um einiges weiterbringen. Selbst wenn er zurückginge nach Afghanistan, müsste er dort nicht wieder bei null beginnen. Dem deutschen Arbeitsmarkt jedoch würde in dem Fall ein qualifizierter Mitarbeiter entgehen. Rahmati ist mit seinen Eltern und seinen vier Schwestern vor den Taliban geflohen, zunächst in den Iran, dort machte er Abitur. Zurück in Afghanistan, arbeitete er als Bauarbeiter, ein anderer Job war nicht zu bekommen. Seine Familie kratzte alles Geld zusammen und bezahlte für Rahmati 20.000 Dollar an einen Schleuser. Seine Eltern setzten alle Hoffnungen in ihren Sohn und das Leben im reichen Deutschland.

Mit dem Bus fuhr er zunächst an die iranische Grenze, dann mit Auto und Lastwagen 2000 Kilometer quer durchs Land bis an den Rand der Türkei. Von dort ging es zu Fuß über die Grenze. Von Izmir fuhr er mit dem Schiff nach Griechenland, auf einem sechs Meter langen Boot, vollgepackt mit 35 Menschen.

Am 25. Dezember 2012 stellte sich Rahmati auf der Insel Lesbos der Polizei. Weil Weihnachten war und nur eine Notbesetzung im Dienst, ließen die Beamten ihn weiterreisen nach Athen. In Thessaloniki schließlich bestieg Rahmati ein Flugzeug und landete in Köln. Die Überweisung in ein Erstaufnahmelaager für Asylbewerber in Bielefeld ignorierte Rahmati und setzte sich in den Bus nach München, ein bisschen Bargeld hatte er.

Asylbewerber begeistern deutsche Unternehmer Viele Branchen in der Bundesrepublik suchen gute Auszubildende. Nun stellen erste Firmen Flüchtlinge ein, auch solc....

Binnen acht Monaten lernte er Deutsch, in zwei Monaten holte er seinen Hauptschulabschluss nach - sein Abitur konnte in Deutschland nicht anerkannt werden. Anschließend gab seine Lehrerin ihm den Tipp, eine Last-minute-Jobmesse zu besuchen, auf der sich Firmen vorstellen, die noch Mitarbeiter suchen, obwohl die Ausbildung schon begonnen hat.

Momentan verdient Rahmati 600 Euro bei Penny. 150 Euro davon muss er für das Zimmer in der Flüchtlingsunterkunft zahlen - wer Arbeit hat und verdient, muss einen Teil abgeben. Eigentlich bekommen Flüchtlinge, die nach der Schule eine Ausbildung beginnen, finanzielle Unterstützung. Doch nur, wenn sie sich bereits seit vier Jahren in Deutschland aufhalten. Rahmati hat zu schnell Deutsch gelernt.

Trotz dieser bürokratischen Ungerechtigkeit will er weiter nach oben. "Nach der Ausbildung will ich weitermachen, wenn es geht, an die Universität gehen", sagt Rahmati und lächelt: "Schauen wir mal."

Graphic

Jörg Fokuhl

Stolz und zufrieden mit dem Job: Mohammad Rahmati an seinem Ausbildungsplatz in einem Supermarkt in München

dpa/Bernd von Jutrczenka

Bundeskanzlerin Angela Merkel besucht das Ausbildungszentrum der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), das auch junge Flüchtlinge betreut

J rg Fokuhl

Bernd von Jutrczenka

Load-Date: January 7, 2015

Flüchtlingskrise: Regierung schaltet in den Notmodus; Wie sich die Lage derart zuspitzen konnte - und was nun passieren soll

Die Welt

Donnerstag 3. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 205

Length: 1925 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Angesichts der schnell steigenden **Flüchtlingszahl** fordert Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nicht nur "deutsche Gründlichkeit", sondern auch "deutsche Flexibilität". Vielerorts nehmen die Probleme bei Unterbringung und Versorgung zu. Um im kommenden Winter Obdachlosigkeit zu verhindern, könnte sogar das Grundgesetz verändert werden. Die "Welt" beantwortet die wichtigsten Fragen zur Lage.

Wie viele **Flüchtlinge** kommen?

Seit ein paar Jahren steigt die Zahl der **Flüchtlinge** in der Bundesrepublik. Zuletzt hat sie sich von Jahr zu Jahr ungefähr verdoppelt. 2014 registrierte der Bund rund 200.000 **Asylbewerber**. Für das laufende Jahr ging man zunächst von 450.000 **Asylanträgen** aus. Die Bundesländer verlangten bereits früh, diese Schätzung zu erhöhen - um sich auf die Unterbringung und Versorgung vorzubereiten. Der Bund hat die Veröffentlichung einer neuen Prognose daraufhin vorgezogen und geht nun von 800.000 **Asylsuchenden** im Jahr 2015 aus. Allein im August wurden 104.000 Neuankömmlinge verzeichnet.

Die Zählweise ist dabei neu: Bislang wurden Asylanträge gezählt. Weil der Andrang derzeit aber so groß ist und eine schnelle Antragsstellung nicht möglich ist, bezieht sich das Bundesinnenministerium von Thomas de Maizière (CDU) nun auf die Zahl der Asylsuchenden, die aus den 16 Ländern gemeldet wird. Die Zahl der Asylbewerber wird somit in diesem Jahr voraussichtlich den höchsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik erreichen. Bisheriger Höhepunkt waren Anfang der 90er-Jahre rund 450.000 Anträge. Damals flohen viele Menschen vor dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland.

Woher kommen die Menschen?

Im ersten Halbjahr 2015 kamen rund 46 Prozent der Asylantragssteller aus den Ländern des Westbalkans. Die Zahl der Flüchtlinge aus der Region steigt seit Jahren. Hintergründe sind zum Beispiel der Wegfall der Visumspflicht, die verbreitete Diskriminierung der Roma sowie die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage.

Flüchtlingskrise: Regierung schaltet in den Notmodus Wie sich die Lage derart zuspitzen konnte - und was nun passieren soll

Dennoch gelten Flüchtlinge vom Westbalkan fast nie als schutzbedürftig. Die Anerkennungsquote für Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern ist verschwindend gering und liegt zumeist unter einem Prozent.

Insgesamt geht die Zuwanderung vom Westbalkan leicht zurück. Immer wieder gibt es aber Ausschläge nach oben. Anfang des Jahres kamen plötzlich viele Kosovaren. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) fliehen derzeit viele aus Albanien in die Bundesrepublik.

Hauptherkunftsland der Flüchtlinge ist allerdings Syrien. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden fast 35.000 Asylanträge von Syrern gestellt. Seit 2011 herrscht in dem Land Bürgerkrieg. Millionen Syrer sind in die Nachbarstaaten geflohen. Dort leben sie oft in riesigen Camps.

Seit Mai steigen laut Bamf die ohnehin hohen Zugänge aus Syrien. Als Hauptgründe werden die zunehmend verlorene Hoffnung auf eine Rückkehr, die teilweise desolate Unterbringung und Versorgung in den Nachbarstaaten sowie die immer besser erschlossene - und damit weniger gefährliche - Fluchtroute über die Ägäis und den Balkan genannt.

Welchen Routen folgen die Flüchtlinge?

Es gibt zwei Hauptrouten für Flüchtlinge nach Europa. Über die Mittelmeerroute kommen vor allem Menschen aus Afrika. Von Libyen aus versuchen sie, mit oftmals nicht seetüchtigen Booten nach Italien überzusetzen. Die Fahrt ist daher sehr gefährlich. Allein in diesem Jahr sind dabei laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) bereits mehr als 2000 Menschen ums Leben gekommen.

Immer häufiger wird allerdings die weniger riskante Route über das östliche Mittelmeer genutzt. Laut IOM-Angaben sind hier bis August 60 Personen ums Leben gekommen. Vor allem Syrer, Afghanen oder Iraker fliehen über die Türkei, Griechenland und Mazedonien nach Ungarn. Zusammen mit den Flüchtlingen vom Balkan nutzen mittlerweile nach Bamf-Schätzungen rund 70 Prozent der Asylbewerber diese Route. Mit dieser Zunahme hängt auch die aktuell zugespitzte Lage in Ungarn und Österreich zusammen.

Welche Rolle spielen Grenzen überhaupt noch?

Es gibt kaum legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge nach Europa. Das wird unter anderem vom UNHCR kritisiert. Asylbewerber sind deshalb oft auf kriminelle Schleuser angewiesen, die gegen Geld bei der Flucht helfen. Wie gefährlich das ist, beweisen zum Beispiel das Massengrab Mittelmeer oder zuletzt der Fund von 71 toten Flüchtlingen in einem Lastwagen nahe der Grenze zwischen Österreich und Ungarn.

Die große Zahl der Asylbewerber, die Europa erreicht, belegt aber auch, dass die Grenzen von vielen überwunden werden. Viele Flüchtlinge versuchen es dabei über Jahre hinweg immer wieder. Wer es schließlich in den Schengenraum ohne Grenzkontrollen geschafft hat, versucht meist unerkannt in sein Wunschzielland zu gelangen. Manche Länder wie Schweden oder Deutschland sind besonders beliebt.

Eigentlich gilt in Europa die Dublin-Verordnung. Demnach ist der Mitgliedsstaat für die Durchführung eines Asylantrages verantwortlich, in dem ein Flüchtling in die EU einreist. Länder wie Italien oder Griechenland sind mit der hohen Zahl der Flüchtlinge allerdings überfordert und registrieren kaum noch alle, die ankommen.

Weil Dublin derzeit nicht funktioniert, stellt mancher die Zukunft des Schengenraumes infrage und fordert die Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Viele Experten gehen aber davon aus, dass der Zuwanderungsdruck so hoch ist, dass auch Grenzkontrollen kaum Übertritte verhindern würden.

Die Europäische Union befindet sich angesichts der hohen Flüchtlingszahlen in einer tiefen Krise. Mehrere Staaten sperren sich gegen eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge. Am 14. September wird es ein Sondertreffen der Innen- und Justizminister geben.

Wie reagieren die Deutschen auf die Flüchtlinge?

Flüchtlingskrise: Regierung schaltet in den Notmodus Wie sich die Lage derart zuspitzen konnte - und was nun passieren soll

Die Mehrheit der Bevölkerung gibt laut Umfragen an, dass Deutschland die große Zahl der Flüchtlinge verkraften kann. Großes Verständnis wird demnach Flüchtlingen aus Kriegsgebieten wie Syrien entgegengebracht. Auch für Menschen, die aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden, haben die Deutschen Verständnis. Auf der anderen Seite geht die Bereitschaft zurück, Menschen aufzunehmen, die aus wirtschaftlicher Not fliehen und in ihrer Heimat zum Beispiel keine Arbeit und kein Auskommen haben.

Vielerorts helfen Ehrenamtliche bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Sie helfen bei der Essensausgabe, teilen Kleider aus oder machen Ausflüge mit Kindern. Offizielle Zahlen zu den ehrenamtlichen Helfern gibt es kaum. Im Frühjahr ergab eine Befragung des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung bei 70 Organisationen, dass die Zahl der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer in den vergangenen drei Jahren stark angestiegen ist. Die Helfer sind dabei meist weiblich, gut gebildet und wirtschaftlich in einer relativ sicheren Situation.

Welche Gefahr geht von Rechtsextremen aus?

Die Zahl der Übergriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte mit rechtsextremen Hintergrund ist in den vergangenen Monaten stark angestiegen. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums war die Zahl der Straftaten gegen Asylbewerber und -heime bereits im ersten Halbjahr so hoch wie 2014 insgesamt. Zuletzt hat die Zahl erneut zugenommen. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, sagte dem "Stern", dass die aufgeheizte Stimmung die Gefahr eines neuen Rechtsterrorismus birgt: "Wir können derzeit nicht ausschließen, dass sich im derzeitigen Klima Gruppen bilden, die dazu bereit sind, rechtsextremistische Anschläge zu verüben", sagte Maaßen. Er sieht einen Zusammenhang zwischen Angriffen und dem Organisationsgrad der rechtsextremen NPD. Vor allem in Sachsen stelle man eine "deutliche Nähe, zum Teil sogar Kooperationen zwischen gewaltbereiten Kameradschaften und NPD-Kadern" fest.

Erst in der vergangenen Woche hatten sich Anschläge gehäuft. Im sächsischen Heidenau kam es zu Demonstrationen, bei denen mehrere Polizisten verletzt wurden. In Salzhemmendorf in Niedersachsen wurde ein Molotowcocktail in eine von 40 Menschen bewohnte Unterkunft geschleudert. Der Brandsatz landete in der Wohnung einer Frau aus Simbabwe, die mit ihren Kindern im Nebenraum schlief.

Was unternimmt der Staat?

Der Bund ist für die Bearbeitung der Anträge zuständig. Das BAMF hat nach eigenen Angaben bereits 650 neue Mitarbeiter eingestellt. Bis Ende des Jahres sollen 1000 weitere folgen. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit für einen Asylantrag ist demnach bereits von 7,1 auf 5,4 Monate zurückgegangen. Im Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD die Zielmarke von drei Monaten gesetzt. Allerdings wird diese Dauer erst gemessen, wenn Flüchtlinge einen Antrag stellen. Dies kann erst Monate nach der Registrierung erfolgen.

Die Länder und Kommunen sind für die Unterbringung und Versorgung zuständig. Die Kosten dafür sind zuletzt stark angestiegen, in vielen Städten sogar um mehr als das Doppelte. Der Bund hat seine finanzielle Hilfe für dieses Jahr im Juni bereits auf eine Milliarde Euro verdoppelt. Ab dem kommenden Jahr will sich der Bund zudem dauerhaft und strukturell an den Kosten beteiligen. Sprachkurse, Unterstützung bei der Arbeitssuche oder Sozialleistungen werden zudem weitere Milliarden kosten. Nach Angaben von Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) werden diese auf rund sieben Milliarden Euro im Jahr 2019 anwachsen.

Länder und Kommunen reichen die Zusagen aber nicht. Die Länder fordern vom Bund einen Pauschalbetrag pro Flüchtling sowie ein stärkeres Einbringen beim Ausbau von Erstaufnahmeeinrichtungen. Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke (SPD), Chef der Ministerpräsidentenkonferenz, verlangt bis zu 1200 Euro pro Flüchtling und Monat. Der Bund verlangt von den Ländern, die Finanzhilfen direkt an die Kommunen weiterzugeben. Im Gespräch sind auch direkte Hilfen an die Kommunen, was verfassungsrechtlich schwierig ist. Zudem pocht der Bund darauf, abgelehnte Asylbewerber auch konsequent abzuschieben.

Was könnte passieren?

Flüchtlingskrise: Regierung schaltet in den Notmodus Wie sich die Lage derart zuspitzen konnte - und was nun passieren soll

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Flüchtlingsproblematik als "große nationale Aufgabe" bezeichnet und mit der Herausforderung der Wiedervereinigung verglichen. Zugleich sagte sie: "Wir schaffen das, und wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden." Die aktuell sehr angespannte Situation wird bislang kaum für parteipolitische Manöver genutzt. Über die Parteigrenzen hinweg suchen Politiker im Bund, in den Ländern und in den Kommunen nach Lösungen.

Merkel fordert mehr Flexibilität, um die Unterbringungs- und Versorgungsprobleme zu lösen. Gearbeitet wird an einem Maßnahmenpaket, das bis zum Flüchtlingsgipfel am 24. September vorliegen soll. Zum Beispiel sollen Brandschutzregeln außer Kraft gesetzt werden, wenn sie die Schaffung von Unterkünften verhindern. Das Bundesinnenministerium kündigte an, "ohne Scheuklappen" Maßnahmen zu diskutieren. Im Gespräch sind zum Beispiel Asylverschärfungen. Das Taschengeld für Bewerber könnte gekürzt und zum Teil auf Sachleistungen umgestellt werden. "Wir werden uns überall auf Veränderungen einstellen müssen: Schule, Polizei, Wohnungsbau, Gerichte, Gesundheitswesen, überall. Ich rede da auch über eine Grundgesetzänderung", sagte Minister de Maizière der "Zeit".

Dem Vernehmen nach könnten Länder, aus denen fast alle Asylanträge abgelehnt werden, automatisch zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Die Bearbeitungszeit könnte dadurch deutlich verkürzt werden. Ende 2014 wurden Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Bislang hat diese Maßnahme aber den Flüchtlingsstrom kaum geringer werden lassen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 3, 2015

End of Document

Briten verweigern gestrandeten Flüchtlingen Asyl; Status von 114 Menschen auf Zypern ungeklärt

Die Welt

Samstag 24. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 248

Length: 620 words

Byline: Stefanie Bolzen

Body

London

Die britische Regierung hat kategorisch ausgeschlossen, 141 auf einem Stützpunkt gestrandeten **Flüchtlingen Asyl** zu gewähren. Die RAF-Basis liegt im Süden Zyperns und ist eine britische Hoheitszone. "Wir werden es nicht zulassen, dass dies eine neue **Migrationsroute** nach Großbritannien wird. Das wäre falsch", sagte Verteidigungsminister Michael Fallon dem britischen Fernsehsender ITV.

Die Flüchtlinge gelangten am Mittwochmorgen in zwei Fischerbooten in das Seegebiet vor der RAF-Basis. Ihre Schmuggler verschwanden in Schnellbooten. Die Gruppe besteht aus 19 Frauen und 28 Kindern. "Uns wurde gesagt, dass die Leute aus Syrien kommen. Viele von ihnen hatten iPhones bei sich und trugen strapazierfähige Kleidung. Es geht allen gut, wir haben keine gesundheitlichen Bedenken", sagte Kyriacos Mavri, der Chef der zyprischen Küstenwache, dem "Guardian". Angeblich kam die Gruppe aus der Türkei und war drei Tage auf hoher See unterwegs. Dies legt die Vermutung nahe, dass die Schmuggler die Insel Zypern gezielt umschifften, um die Flüchtlinge nahe des RAF-Geländes an der Südküste auszusetzen.

Die Vereinten Nationen sehen das anders. Nach Ansicht der internationalen Staatengemeinschaft ist London zur Aufnahme aller Flüchtlinge verpflichtet, die Anrecht auf Asyl haben. Auch muss London ihre Versorgung finanzieren. Dies geht aus einem 2003 zwischen Großbritannien und Zypern vereinbarten Memorandum hervor. Die zyprische Regierung hat ein Ansuchen der Briten mittlerweile abgelehnt, die Flüchtlinge in ein Notaufnahmелager nahe der Hauptstadt Nikosia zu bringen.

Angesichts der kategorischen Haltung des britischen Verteidigungs- wie auch des Innenministeriums könnte die Flüchtlinge nun ein ähnliches Schicksal erwarten wie eine Gruppe von 74 kurdischen Irakern. Letztere waren 1998 in Akrotiri gestrandet. 21 Passagiere des Flüchtlingsboots leben noch heute dort, zahlreiche Kinder wurden geboren, sodass es mittlerweile 66 Flüchtlinge sind - die sich fast 20 Jahre später noch immer in einer juristischen Grauzone befinden, weil London sie nicht ins Land lassen will, Zypern aber ebenfalls die Aufnahme ablehnt.

Briten verweigern gestrandeten Flüchtlingen Asyl Status von 114 Menschen auf Zypern ungeklärt

Premierminister David Cameron steht im eigenen Land wie auch bei den EU-Partnern wegen seiner harten, aus britischer Regierungsperspektive pragmatischen Haltung in der Kritik. Erst nach langem Zögern und den weltweiten Berichten über den ertrunkenen Aylan Kurdi erklärte sich der Konservative Anfang September in einer Kehrtwende bereit, bis 2020 insgesamt 20.000 Syrer aufzunehmen. Allerdings nur solche, die besonderen Schutzes bedürfen wie Waisenkinder oder Frauen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind. Auch nimmt London nur Flüchtlinge auf, die noch in den UN-Camps in Syriens Nachbarländern ausharren.

Für das britische Militär ist die Ankunft der Flüchtlinge auch aus Sicherheitsgründen heikel. Von den Militärbasen starten die RAF-Tornados zu ihren Angriffen auf Stellungen der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) in Syrien und zu Aufklärungsflügen. Sicherheitsexperten bringen die Frage auf, wie sich die RAF effektiv gegen das Eindringen von IS-Leuten wehren will, wenn die Küstengrenze so verwundbar ist. Zudem sei das Risiko nicht auszuschließen, dass sich in der Gruppe Informanten des IS befinden.

In den vergangenen Monaten sind Hunderte Flüchtlinge auf Zypern gelandet. Doch dies ist das erste Mal, dass sie direkt auf britisches Gebiet gerieten. Zypern war bis 1960 Kronkolonie. London behielt nach der Unabhängigkeit zwei als britisches Territorium deklarierte Militärstützpunkte: Akrotiri im Süden und Dekalia, das im Osten der Insel liegt.

"Wir lassen nicht zu, dass dies eine Migrationsroute wird" Michael Fallon, britischer Verteidigungsminister

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 24, 2015

Osteuropa durchkreuzt EU-Flüchtlingspläne; Slowakei reicht Klage gegen Verteilssystem ein. Land sollte nur 802 Menschen aufnehmen. Ungarn warnt vor einem neuen geheimen Umsiedlungsbeschluss

Die Welt

Donnerstag 3. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 282

Length: 420 words

Body

Der Streit zwischen den EU-Staaten über die Verteilung von **Flüchtlingsen** eskaliert: Als erstes Land reichte die Slowakei Klage beim Europäischen Gerichtshof ein. "Wir fordern das Gericht auf, die Entscheidung zur Verpflichtung auf bindende Quoten für ungültig zu erklären", sagte Ministerpräsident Robert Fico. Auch Ungarn wandte sich erneut gegen die Regelung. Laut Ministerpräsident Viktor Orbán arbeitet die EU mit der Regierung in Ankara zudem an einem Plan, um bis zu eine halbe Million syrische **Flüchtlinge** aus der Türkei direkt in die EU umzusiedeln.

Laut EU-Beschluss sollen 120.000 Asylbewerber auf die Mitgliedsstaaten verteilt werden. Auf die Slowakei würden 802 Menschen entfallen. Fico sagte, die Verteilungsschlüssel seien "unsinnig und technisch unmöglich". Sein Land habe keine Möglichkeiten, Migranten festzuhalten, wenn sie in andere reichere EU-Staaten wollten. Die Slowakei, Ungarn, Tschechien und Rumänien haben sich gegen die Regelung ausgesprochen, wurden jedoch überstimmt.

Nach Angaben von Orbán werden die EU und die Türkei möglicherweise noch diese Woche einen Plan zur Umsiedlung von 400.000 bis 500.000 Flüchtlingen in die EU vorstellen. "Diese böse Überraschung erwartet Europa", sagte er. Sein Land werde hier aber nicht mitmachen.

An der griechisch-mazedonischen Grenze kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen und der Polizei. Dort sind 1500 Pakistaner, Marokkaner und Iraner im Niemandsland gestrandet und wollen nach Europa. Mazedonien lässt wie auch Slowenien jedoch nur noch Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan passieren. Die Polizei setzte Tränengas ein.

In Berlin beriet Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit dem afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani über Möglichkeiten, den Zustrom von Menschen aus dem Land zu begrenzen. Merkel kündigte an, die deutsche Polizeiausbildung in Afghanistan werde auf den Kampf gegen Schleuser und illegale Migration sowie Passfälschungen ausgedehnt. Sie verteidigte das Vorhaben, auch nach Afghanistan abzuschieben.

Osteuropa durchkreuzt EU-Flüchtlingspläne Slowakei reicht Klage gegen Verteilsystem ein. Land sollte nur 802 Menschen aufnehmen. Ungarn warnt vor einem neuen ge....

Die EU schätzt, dass dieses Jahr 160.000 afghanische Flüchtlinge nach Europa kommen. "Es ist vor allem das Gefühl der Entmündigung, das die Gutsausgebildeten zur Flucht motiviert, der Eindruck, dass sie über die Zukunft des Landes nicht mitentscheiden können", sagte der EU-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Franz-Michael Skjold Mellbin, der "Welt". "Häufig sind es Angehörige der afghanischen Mittelschicht, die das Land verlassen."

Siehe Kommentar, Seiten 4 bis 6

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 3, 2015

Bayern richtet zwei Asyllager an Grenze ein; Ministerpräsident Seehofer will Schnellverfahren für Migranten ohne Aussicht auf Bleiberecht: "Wir müssen gegensteuern." SPD empört

Die Welt

Dienstag 21. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 167

Length: 400 words

Body

Angesichts der gestiegenen Flüchtlingszahlen will Bayern in Grenznähe zwei neue Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber schaffen - und zwar nur für solche, deren Anträge wenig Aussicht auf Erfolg haben. Dorthin sollen Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten sowie aus Albanien, dem Kosovo und Montenegro mit nur "geringer Bleibewahrscheinlichkeit" gebracht werden. Das beschloss das Kabinett auf seiner Klausur in St. Quirin am Tegernsee. In den Unterkünften sollen alle zuständigen Behörden zusammenarbeiten. Man wolle nicht in Monaten, sondern in Tagen, maximal in Wochen Klarheit haben, sagte Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU). In den Einrichtungen setze sofort "die Beratung zur freiwilligen Ausreise" ein. Die Abschiebung erfolge "unmittelbar und kontinuierlich". Start soll spätestens in drei Monaten sein, wobei in beiden Einrichtungen jeweils eine vierstellige Zahl von Flüchtlingen unterkommen soll.

Seehofer sagte, der Freistaat stoße angesichts des "dramatischen Anstiegs" der Asylbewerberzahlen an die Grenzen seiner Belastbarkeit. "Daher gilt es jetzt, massiv entgegenzusteuern", betonte der Regierungs- und Parteichef. Zudem müsse man "klar benennen, um was es geht, wenn Menschen ohne Schutzanspruch nach Deutschland kommen". Kleine Korrekturen genügten nicht mehr, man brauche grundlegende Änderungen in der Asylpolitik. Außerdem fordert die Staatsregierung die Aufnahme von Albanien, dem Kosovo und Montenegro in die Liste sicherer Herkunftsstaaten. Zudem sei zu prüfen, ob weitere Länder, vor allem afrikanische, auf die Liste gehören. Derzeit kommen mehr als 40 Prozent aller Asylantragsteller aus Westbalkan-Staaten. Nur 0,2 Prozent bekommen einen Asyl- oder Flüchtlingsstatus zuerkannt. Zudem hält die Staatsregierung "die Rückführung von Asylsuchenden in neu zu schaffende europäische Asylzentren in Nordafrika" für sinnvoll.

Mit dem Maßnahmenpaket zum härteren Umgang mit Flüchtlingen entfacht die bayerische Landesregierung eine neue Kontroverse in der großen Koalition. SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi nannte es "schwer erträglich", dass in Bayern für Flüchtlinge nur noch Mindeststandards gelten sollten. Auch Linke-Chef Bernd Riexinger kritisierte Seehofers Kurs in der Asyldebatte: "Ich stelle mit Erschrecken fest, dass insbesondere Herr Seehofer und die CSU zu einem billigen Populismus in der Asylfrage zurückgekehrt sind."

Bayern richtet zwei Asyllager an Grenze ein Ministerpräsident Seehofer will Schnellverfahren für Migranten ohne Aussicht auf Bleiberecht: "Wir müssen gegensteue....

Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 21, 2015

End of Document

Berliner denken meist positiv über Flüchtlinge; Umfrage: Protest bei ungebildeten Männern

Die Welt

Montag 7. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 208

Length: 509 words

Byline: Andreas Maisch

Body

Die Mehrheit der Berliner Bevölkerung sieht der Ankunft von Flüchtlingen gelassen und aufgeschlossen entgegen. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Berliner Markt- und Meinungsforschungsinstituts Info GmbH hervor, die der "Welt" in Auszügen vorliegt. "Die Berliner sind mit großer Mehrheit den Flüchtlingen positiv zugewandt", sagte Holger Liljeberg, Geschäftsführer der Info GmbH. Zugleich aber gebe es bei den Hauptstädtern "ein nicht unbeträchtliches Potenzial, das negativ eingestellt ist und sogar bereit ist, selbst aktiv gegen Migranten und Asylbewerber vorzugehen, notfalls auch mit Gewalt".

Denn immerhin sieben Prozent der Berliner gaben bei der Befragung an, sie würden aktiv etwas dagegen unternehmen, falls in ihrer Nähe ein Flüchtlingsheim eröffnet werden sollte. Die überwältigende Mehrheit jedoch - 88 Prozent - lehnt es vollständig ab, sich aktiv gegen ein Flüchtlingsheim in ihrer Nachbarschaft einzusetzen. Fünf Prozent der Befragten gaben auf diese Frage keine Antwort.

Der Anteil der Berliner, die gegenüber Flüchtlingen insgesamt eher unfreundlich eingestellt sind, ist allerdings höher anzusetzen, falls man auch diejenigen mitzählt, die Unmutsbekundungen gegenüber der Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft nicht kategorisch ausschließen. "Definiert man alle Befragten, die in irgendeiner Weise 'Widerstand' gegen die Errichtung eines Flüchtlingsheims leisten würden, als 'Gesamtpotenzial', dann sind sogar 23 Prozent der Berliner dieser Gruppe zuzuordnen", sagte Liljeberg der "Welt". Bei dieser Interpretation wird auch bereits eine nur sehr geringe Zustimmung zum Widerstand gegen ein Flüchtlingsheim als mögliche Bereitschaft zum Protest gewertet.

Was die verschiedenen Flüchtlingsgruppen betrifft, so finden drei von vier Berlinern, dass Flüchtlinge aus Krisen- oder Kriegsgebieten gegenüber anderen Asylsuchenden bevorzugt werden sollten. Nur 13 Prozent lehnen dies ab. 23 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die meisten Flüchtlinge aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern und nicht vor Gefahr in ihrer Heimat fliehen. 49 Prozent der Befragten jedoch stimmen dem nicht zu.

Berliner denken meist positiv über Flüchtlinge Umfrage: Protest bei ungebildeten Männern

Bei der Einstellung der Bürger spielt Bildung eine große Rolle. Laut Liljeberg sind Befragte, die sich skeptisch bis gewaltbereit gegenüber Flüchtlingen äußern, im Durchschnitt weniger gebildet sowie häufiger männlich und haben ein nur geringes Einkommen. Außerdem seien Personen, die Widerstand gegen ein Asylbewerberheim leisten würden, häufiger jung und Sympathisanten der Parteien AfD oder NPD.

Auch die Teilung Deutschlands bis zur Wiedervereinigung scheint noch Spuren hinterlassen zu haben. Denn die Bevölkerung in den östlichen Berliner Bezirken, darunter Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick, ist im Durchschnitt skeptischer gegenüber Flüchtlingen als die Einwohner im Westen der Stadt. Am Montag wird die Info GmbH weitere Ergebnisse der Studie vorstellen. Für die Umfrage wurden im August 1383 wahlberechtigte Berliner per Zufallsstichprobe befragt.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 7, 2015

End of Document

EVP droht Balkanstaaten mit Visapflicht; Weber: Missbrauch des Asylrechts beenden

Die Welt

Donnerstag 9. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 157

Length: 625 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Der Fraktionschef der christdemokratisch-konservativen EVP im EU-Parlament, Manfred Weber (CSU), hat den Staaten des westlichen Balkans wegen der hohen **Flüchtlingszahlen** mit ernsthaften Konsequenzen gedroht. Weber sagte der "Welt", die EU könne gerade von Beitrittskandidaten wie Serbien und Albanien verlangen, dass sie ihren Bürgern klar signalisieren, dass sie einen Missbrauch des **Asylrechts** nicht dulden werden: "Sollte der Missbrauch des europäischen **Asylrechts** durch Bürger des Westbalkans sich weiter fortsetzen, muss die EU über die Wiedereinführung der Visapflicht nachdenken. Außerdem wird ein andauernder **Asylrechtsmissbrauch** auch die Beitrittsgespräche mit Serbien und Albanien schwer belasten. Das kann natürlich dazu führen, dass sich ein möglicher Beitritt verzögert".

Flüchtlinge aus Albanien haben nach Einschätzung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) keine Chance auf einen erfolgreichen Asylantrag in Deutschland. Die Anerkennungsquote sei "verschwindend gering", sagte Merkel am Mittwoch bei einem Besuch in der albanischen Hauptstadt Tirana. "Es hat sich gezeigt, dass man von einem sicheren Herkunftsland sprechen kann", fügte sie nach einem Gespräch mit Ministerpräsident Edi Rama hinzu. Rama sagte wie bereits vergangene Woche sein Kollege aus dem Kosovo zu, dass man daran arbeite, Landsleute von Asylanträgen in Deutschland abzuhalten. Dies werde aber vor allem dann gelingen, wenn die EU ihre Wirtschaftshilfen etwa für Albanien verbessere.

Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kamen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres allein 68.000 der insgesamt 110.000 Asylsuchenden vom Westbalkan. Zwar ging die Zahl aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina deutlich zurück, seitdem diese Länder als sichere Herkunftsländer eingestuft wurden, doch in den vergangenen Monaten kamen immer mehr Flüchtlinge aus Albanien. Laut BAMF suchen derzeit 30.000 Albaner in Deutschland Asyl - fast immer ohne Erfolg. Die Anerkennungsquoten für die Länder des Westbalkans liegen nur zwischen 0,1 und 0,2 Prozent, alle übrigen Asylbewerber werden nicht als schutzbedürftig anerkannt.

EVP droht Balkanstaaten mit Visapflicht Weber: Missbrauch des Asylrechts beenden

Weber fordert nun, dass die Welle von Asylbewerbern vom Westbalkan "dringend" gestoppt werden müsse: "Sie verursacht immense Kosten, bindet Arbeitskräfte und stellt die Kommunen vor große Herausforderungen. Das alles ist unnötig." Darum müssten auch die Grenzen künftig besser geschützt werden.

Zugleich fordert der einflussreiche EVP-Fraktionschef die EU-Länder unmittelbar vor dem Treffen der Innenminister am Donnerstag in Luxemburg auf, der Verteilung der Flüchtlinge, die sich in Griechenland und Italien befinden, nach einer festen Quote zuzustimmen. Weber: "Bisher dominiert in der Flüchtlingspolitik purer nationaler Egoismus. Die Blockadehaltung muss aufgegeben werden, nötig ist jetzt ein konstruktiver Dialog." Die meisten Mitgliedstaaten lehnen eine verpflichtende Quote ab und sind lediglich bereit, "freiwillig" umgesiedelte Flüchtlinge aufzunehmen. Nach Angaben von Weber ist über die Gestaltung der Quote das letzte Wort noch nicht gesprochen: "Es wäre durchaus denkbar, die einzelnen Kriterien wie beispielsweise Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl, mit denen die Flüchtlingsquote für jeden Mitgliedstaat festgelegt wird, zu überdenken und anders zu gewichten. Langfristig brauchen wir auch einen festen Solidarmechanismus für Asylbewerber." Die luxemburgische EU-Ratspräsidentschaft hat die Länder in einem dramatischen Appell in einem internen Arbeitsdokument aufgefordert, sich bei der geplanten freiwilligen Verteilung von insgesamt 60.000 Flüchtlingen stärker zu engagieren.

"Bisher dominiert in Flüchtlingspolitik purer nationaler Egoismus" Manfred Weber, EVP-Fraktionschef

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 9, 2015

"Das EU-System ist kaputt und ineffizient"; Ungarns Außenminister Péter Szijjártó über die deutsche Migrationspolitik und die Absurdität der europäischen Flüchtlingsquoten

Die Welt

Samstag 3. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 207

Length: 1742 words

Byline: Manuel Bewarder

Eva Kogel

Dr. Jacques Schuster

Body

Ungarns Außenminister Péter Szijjártó nimmt kein Blatt vor den Mund. Im Ton verbindlich, in der Sache hart lässt der 37 Jahre alte Fidesz-Politiker keinen Zweifel aufkommen, dass sein Land an der eigenen **Flüchtlingspolitik** festhält. Das gute Verhältnis zu Deutschland werde dadurch nicht beschädigt, sagt er im Gespräch in der ungarischen Botschaft Unter den Linden.

Welt:

Vor einem Jahr hat Deutschland **Flüchtlinge** direkt aus Ungarn geholt. Angela Merkel sagte ihren inzwischen legendären Satz: "Wir schaffen das". Inwieweit hat sich Europa seither verändert?

Péter Szijjártó:

Vieles hat sich verändert. Das lag auch an den allgemeinen Umständen. Europa hat mit so vielen Krisen gleichzeitig zu tun wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg: die Flüchtlingskrise, der Krieg in der Ukraine, die terroristische Bedrohung, die Migration allgemein. Jede einzelne Herausforderung wäre für sich allein genug gewesen, um das europäische Krisenmanagement zu belasten. Diese Ballung von Krisen ist historisch einmalig.

Welchen Schluss ziehen Sie daraus?

"Das EU-System ist kaputt und ineffizient" Ungarns Außenminister Péter Szijjártó über die deutsche Migrationspolitik und die Absurdität der europäischen Flüchtl....

Ich glaube, Europa muss sich diesen Herausforderungen neu stellen. Wir kommen mit Scheinheiligkeit und der Betonung der politischen Korrektheit nicht mehr voran. Wir müssen offen sein, die Krisen illusionslos betrachten, eine nüchterne Bestandsanalyse vornehmen und dann handeln. Auf alle Fälle sollten wir nicht immer schon vor der Analyse die Antworten vorgeben.

Bundesinnenminister de Maizière sagt, die Ankündigung Ungarns, einen Grenzzaun zu bauen, habe wesentlich mehr Flüchtlinge angezogen als die Entscheidung der Bundeskanzlerin, am 4. September die Grenzen zu öffnen. Was sagen Sie dazu?

Wir hätten keinen Grenzzaun errichtet, wenn es eine gemeinsame europäische Antwort gegeben hätte. Für uns stand immer fest: Unsere Grenze zu schützen, ist eine Frage der ungarischen Souveränität. Diese Souveränität werden wir niemals infrage stellen. Es war für uns nicht akzeptabel, dass Tag für Tag Tausende oder Zehntausende von Menschen unsere Grenze lächelnd überquerten, durch unser Land marschierten und dabei unserer Gesetze missachteten. Dieser Missstand musste so schnell wie möglich beendet werden. Im Übrigen haben wir nicht nur ungarisches Recht geschützt, wir haben auch europäisches Recht geschützt. Denken Sie an die Schengen-Regeln und die Dublin-Vereinbarungen. Das von uns allen gebilligte europäische Rechtssystem durfte und darf wegen der Flüchtlingskrise nicht aufgegeben werden. Die Errichtung unseres Grenzzauns war die Umsetzung des Schengen-Abkommens. Nicht mehr und nicht weniger.

Im Rückblick muss man sagen, dass die Zahl der Flüchtlinge damals noch nicht zurückging. Sie reduzierten sich, als Mazedonien die Grenze schloss.

Damals änderten sich die Migrantenrouten laufend. Erst kam die Mehrheit der Migranten über Kroatien, dann über Ungarn. Als wir dann die Grenzen schlossen, ging der Strom über Slowenien und Österreich. Unser Schritt zeigte damals den übrigen Europäern: Es ist eben doch möglich, seine Grenzen zu kontrollieren und diesen Strom aufzuhalten. Natürlich wären wir glücklich darüber gewesen, wenn der Staat mit der wirklichen EU-Außengrenze, nämlich Griechenland, seine Außengrenze kontrolliert und geschützt hätte

Hätten die Griechen in der Ägäis ihre Grenze kontrollieren können.

Wir wissen alle, wie schwer es ist, selbst Landgrenzen zu schützen. Aber es ist nicht unmöglich. Es muss nur getan werden. Die Griechen und auch Brüssel taten wenig dafür, mit größtmöglicher Anstrengung die Schritte zu unternehmen, die für den Grenzschutz nötig sind.

Was hätte Europa tun sollen?

Es hätte eine robuste Grenztruppe zusammengestellt werden können. Es hätte in Brüssel darüber Beratungen geben können, wie viele Boote, wie viele Hubschrauber und Laster Griechenland und andere Staaten benötigen. Dann hätte man sie auch zeitnah liefern müssen. Nichts dergleichen ist geschehen.

Wir reden jetzt immer über die Sicherung der Grenzen. Was ist denn, wenn die Leute erst einmal im Land sind? Deutsche Gerichte haben mehrfach entschieden, Flüchtlinge nicht mehr nach Ungarn abzuschieben, weil die Bedingungen humanitären Standards nicht entsprechen.

Ich muss alle Berichte zurückweisen, die versuchen, einen Kontext zu konstruieren, in dem die ungarischen Unterkünfte internationalen Standards nicht genügen. Ungarn hat sich immer an diese Standards gehalten. Wir hatten in Ungarn nie das Problem, nicht genug Platz in Unterkünften zu haben. Unser Problem war vielmehr, dass die Menschen, die über unsere Grenzen kamen, sich weigerten, unsere Flüchtlingsunterkünfte zu beziehen. Die Dublin-Regeln sind da klar: Wenn ein Flüchtling in einem Land um Asyl bittet, dann muss er sich registrieren lassen und im Land bleiben. Die Migranten, die nur auf der Durchreise in Ungarn waren, haben sich nicht an die Regeln der EU gehalten. Das zeigt: das EU-System ist kaputt und ineffizient.

Ein Problem ist, dass kein Staat die Dublin-Regeln einhielt.

"Das EU-System ist kaputt und ineffizient" Ungarns Außenminister Péter Szijjártó über die deutsche Migrationspolitik und die Absurdität der europäischen Flüchtl....

Die Migranten sind nicht mit dem Flugzeug nach Ungarn gereist, soviel steht fest. Die Dublin-Regeln besagen, dass die Flüchtlinge in das Land zurückgesandt werden müssen, in dem sie zum ersten Mal europäischen Boden betreten haben. Was Ungarn angeht, so ist es physikalisch unmöglich, dass Migranten in Ungarn nicht vorher bereits ein anderes EU-Land betreten haben. Klar nehmen wir Migranten zurück, die über Ungarn weiterzogen. Wir werden diese Migranten aber wiederum in die Länder zurückschicken, in denen sie zuerst europäischen Boden betreten haben. Mit vielen Balkanländern haben wir Abkommen. Wir nehmen nur jene Migranten aus den Staaten des Westbalkans zurück, die Ungarn als erstes EU-Land betreten haben.

Das hieße, viele Flüchtlinge müssten nach Griechenland zurück. Kann sich die EU in dieser Frage jemals auf Griechenland verlassen?

Die Erfahrung zeigt jedenfalls, dass wir uns in Sachen Grenzsicherung nicht auf Griechenland verlassen können.

Sollte Griechenland deswegen aus dem Schengen-Raum ausgeschlossen werden?

Es gibt zwei Wege. Entweder Europa entscheidet sich, den Schengen-Raum gemeinsam zu schützen. Wenn das nicht gelingt, dann müssen wir eben einen Grenzzaun bauen. Und zwar im Norden an der Grenze zu Griechenland, nicht im Süden an der Grenze zur Türkei. Das wäre im Grunde grotesk: Im Moment verlassen wir uns mit Mazedonien auf ein Land, das seit sechs Jahren versucht, in die EU zu kommen. Das scheitert mit Griechenland ausgerechnet an dem Land, auf das wir uns absolut nicht verlassen können. Eine verrückte Situation!

Lassen Sie uns über die politische Dimension der Flüchtlingskrise sprechen. Sie vertreten eine andere Position als die Bundesregierung. Wurde jemals von Berlin aus Druck auf Sie ausgeübt?

Nein. Die Beziehung unserer Länder ist dafür viel zu gut und zu vertrauensvoll. Immerhin sind Parteien an der Macht, die sich nahestehen. Die Bundeskanzlerin hat darüber hinaus ein sehr gutes Verhältnis zu unserem Premierminister. Auch wirtschaftlich arbeiten wir eng zusammen. Deutschland ist für uns eine Art Kompass, besonders in außenpolitischen Fragen.

Das ist die eine Seite der Medaille. Und die andere?

In der Flüchtlingsfrage unterscheidet sich die Politik unserer Länder. Der Dissens ist keine Tragödie.

Gibt es in der EU eine Art Achsenbildung? Die Visegrád-Staaten auf der einen, Deutschland, die Niederlande, Schweden, aber auch Italien auf der anderen Seite?

Die stärkste Eigenschaft der EU ist die Einheit. Wenn wir die aufgeben, dann schlagen wir einen ganz dunklen Pfad ein. Das ist nicht in unserem Interesse. Wir sind 28 Länder. Natürlich gehen da mitunter die Meinungen auseinander. Ich hoffe aber, dass wir uns einigen. Noch vor eineinhalb Jahren wurden wir Ungarn für unsere Haltung in der Migrantenfrage geächtet. Jetzt sind Politiker auch in Deutschland zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie wir gekommen.

War die Schließung der Balkanroute notwendig, um den Türkei-Deal zustande zu bekommen?

Die Schließung war in jeder Hinsicht notwendig - eben auch, um ausbalancierte Verhandlungen mit der Türkei führen zu können. Wenn eine Partei über die andere weiß, dass sie nicht in der Lage ist, sich selbst zu verteidigen - dann ist das keine gute Ausgangslage für Gespräche. Unsere Position war also: Wir zeigen Ankara, dass wir uns sehr wohl selbst verteidigen können. Wäre dieses Zeichen ausgeblieben, wäre das Abkommen sicherlich nicht in unserem Sinne ausgefallen. Es hat gewisse Dinge erleichtert.

Wie bewerten Sie das Abkommen als solches?

In der Türkei nimmt man leider an, dass die Kooperation in der Flüchtlingskrise zur Einführung der Visafreiheit führt. Das ist nicht Teil der Vereinbarung. Die Türkei muss weiterhin eine Liste von Forderungen erfüllen - zum Beispiel die Antiterrorgesetze ändern - , damit die Visumspflicht aufgehoben wird. Für den Flüchtlingsdeal ist diese

"Das EU-System ist kaputt und ineffizient" Ungarns Außenminister Péter Szijjártó über die deutsche Migrationspolitik und die Absurdität der europäischen Flüchtl....

Verknüpfung gefährlich. Sie erhöht auch den Druck auf Europa. Ich fürchte, dass die türkische Seite diese angebliche Verbindung bewusst im eigenen Land verbreitet hat. Sie kann jederzeit behaupten, von Brüssel betrogen worden zu sein.

Kann man sich in der Flüchtlingskrise auf die Türkei verlassen?

Das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei ist sehr wichtig, gleichzeitig muss die EU unabhängig vom Abkommen in der Lage sein, ihre Grenzen zu verteidigen.

Sie sagen klar, die Schließung der Balkanroute und das Türkei-Abkommen haben die Zahl der Flüchtlinge sinken lassen. Wenn es so ist, warum fällt es Budapest noch immer so schwer, nun eine versöhnliche Geste zu zeigen und sich bei der Verteilung der Flüchtlinge nach dem bereits bestehen Schlüssel zu beteiligen?

Wir sind grundsätzlich gegen das Quotensystem. Wenn Hunderte oder Tausende von Migranten nach Ungarn geschickt würden, würden sich viele von ihnen am nächsten Tag auf den Weg nach Deutschland, Schweden oder Österreich machen. Diese Menschen wollen nicht in Ungarn leben! Diese Quotenregelung würde darüber hinaus noch mehr Migranten nach Europa locken. Erinnern Sie sich doch an die Ankündigung des BAMF im vergangenen August, wonach Syrer, wenn sie erst in Deutschland sind, auch dort bleiben dürfen. Der Effekt auf die Migranten in Serbien und Ungarn war gewaltig. Sie riefen "Deutschland, Deutschland" und "Angela, Angela". Die Erfüllung der Quote gliche einer weiteren Einladung nach Europa. Außerdem befürchten wir: Wenn wir einmal diesem Verteilungsschlüssel zustimmen, wird er zur Regel werden. Brüssel wird irgendwann sagen, durch die Umstände seien noch weitere Migranten aufzunehmen. Nicht mit uns!

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Martin U. K. Lengemann

Martin U. K. Lengemann

Load-Date: September 3, 2016

Schicksalsfrage für den Kontinent; In der Flüchtlingskrise sind die Europäer tief gespalten. Gabriel zweifelt auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos an "Koalition der Willigen"

Die Welt

Samstag 23. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 19

Length: 1071 words

Byline: Sabine Menkens

Holger Zschäpitz

Body

Davos

Um zu erahnen, wie gespalten Europa ist, muss man nur Witold Waszczykowski zuhören. "Illegale Fremdlinge" seien die meisten syrischen **Flüchtlinge** in Europa, schließlich kämen die meisten aus der sicheren Türkei. "Diese Leute sind keine **Flüchtlinge**, sondern illegale **Migranten** auf der Suche nach Jobs und einem besseren Leben", sagt der polnische Außenminister. Daher habe sein Land auch ein rechtliches Problem mit einer europäischen Lösung des **Flüchtlingsproblems**.

Doch die scheint ferner denn je. Diese Erkenntnis offenbart schonungslos das Weltwirtschaftsforum in Davos, das sich eigentlich zum Ziel gesetzt hat, die Probleme der Welt durch globale Allianzen zu lösen. Selbst zwischen europäischen Staaten, die bislang großzügig **Flüchtlinge** aufgenommen haben, häufen sich Alleingänge angesichts des ungebremsen Zustroms. Es besteht weder Einigkeit darüber, wie er gebremst, noch wie die Last von allen Europäern geschultert werden kann.

"Ich habe keine Hoffnung, in kurzer Zeit die polnische oder auch die französische Regierung davon zu überzeugen, bei der Lösung der Krise mitzumachen", sagte der deutsche Wirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD). Die Länder hätten rechtspopulistische Parteien, denen die Aufnahme von mehr Flüchtlingen zusätzlich Wähler zutreiben würden. "Wir brauchen die Koalition der Willigen, um zu einer Kontingent-Lösung zu kommen." Gleichzeitig machte sich Gabriel aber wenig Illusionen über die Anzahl seiner Koalitionspartner. "Ich werde nicht viele europäische Partner finden, die helfen werden."

Schicksalsfrage für den Kontinent In der Flüchtlingskrise sind die Europäer tief gespalten. Gabriel zweifelt auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos an "Koalition...."

Gabriel äußerte sich auf dem hochkarätig besetzten Panel "Von der Migration zur Integration", das von Mathias Döpfner, dem Vorstandsvorsitzenden des Axel-Springer-Verlags ("Welt", "Bild"), geführt wurde. Neben Gabriel debattierten der schwedische Premier Stefan Löfven, Serbiens Premier Aleksandar Vucic, der Generalsekretär der Flüchtlingsorganisation IOM, William Lacy Swing, Chobani-Vorstandschef Hamdi Ulukaya und die Sozialarbeiterin Simone Boll aus Davos über das Problem, das in Europa am stärksten drängt. "Diese Krise hat das Potenzial, Europa zu sprengen - oder zu stärken", machte Döpfner klar, was auf dem Spiel steht.

Beherrscht wurde die Debatte aber zunächst einmal von der Frage, wie viel Migration Deutschland und Europa überhaupt verkraften. Darauf hatte zuvor bereits Bundespräsident Joachim Gauck in bemerkenswerter Klarheit hingewiesen. Er sprach sich in Davos für eine Begrenzung der Flüchtlingsströme nach Europa aus. Im Interesse eines funktionierenden Gemeinwesens müsse die Politik Begrenzungsstrategien entwickeln: "Begrenzung hilft, Akzeptanz zu erhalten", sagte Gauck. Die Debatte sei in Deutschland inzwischen so weit gediehen, dass zu erwarten sei, "dass verschiedene Formen von Steuerung und Begrenzung in diesem Jahr greifen werden".

Deutschland und Schweden gehören zu den Staaten, die bislang die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben. In beiden Ländern ist die Stimmung in der Bevölkerung aber inzwischen umgeschlagen. Serbien wiederum ist eines der Transitländer auf der Balkanroute. Immer wenn ein Land im Westen seine Grenzen schließt, bekommt Belgrad das ganz besonders zu spüren. Der serbische Premier Vucic sieht sich heftigen Turbulenzen in der ohnehin instabilen Region gegenüber. "Wenn wir die Krise nicht bald lösen, hat das schreckliche politische Konsequenzen für Europa", sagt er. Viele Beobachter fürchten, dass auf dem Balkan alte Animositäten ausbrechen könnten, sollte Europa nicht eine gemeinsame Lösung finden.

Viele Länder wollten zu Europa gehören, als es darum ging, dass Geld verteilt wurde. Bei den Lasten verhielten sie sich nun egoistisch, so Vucic. Sein Land habe die Politik von Kanzlerin Angela Merkel immer unterstützt. "Wir waren sehr kooperativ, viel mehr als die meisten anderen." Er fürchte aber, dass Serbien sich damit nicht im europäischen Mainstream bewege. Und noch eine Sorge hat der serbische Premier. "Der Schutz der EU-Grenzen wird nicht funktionieren. Wir werden die Menschen nicht aufhalten können."

Der Unternehmer Hamdi Ulukaya, der mit dem Verkauf von griechischem Joghurt in Amerika ein Milliardenvermögen gemacht hat, wirft der Politik bei der Flüchtlingskrise Bürokratie vor und will mit privater Initiative Jobs für Flüchtlinge schaffen. "Sobald ein Flüchtling Arbeit hat, ist er kein Flüchtling mehr", so sein Credo.

Auch in der Schweiz wird das Thema Flüchtlinge viel diskutiert. Nicht umsonst wurde das Panel als Open Forum innerhalb des WEF veranstaltet, zu dem auch Normalbürger und nicht nur die geladene - und zahlende - Elite Zugang hat. Tatsächlich herrschte großer Andrang. Schließlich beheimatet Davos zwei Flüchtlingszentren mit insgesamt 150 Migranten. Die Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung sind mannigfaltig. In Schweden beispielsweise sorgte eine einfache Statistik für Aufruhr. Durch den überwiegenden Zustrom männlicher Migranten liegt das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen inzwischen bereits bei 123 zu 100. Nach Erhebungen von Eurostat sind europaweit 73 Prozent der 1,2 Millionen Asylbewerber Männer.

Einig waren sich die Panel-Teilnehmer darin, dass Europa mehr Geld in die Anrainerstaaten der Krisenländer investieren muss. "Der Libanon hat fünf Millionen Einwohner und eine Million Flüchtlinge", zeigte Gabriel die Dimension auf. Die Flüchtlingsbewegung gen Westen habe erst im Sommer Fahrt aufgenommen, nachdem die Vereinten Nationen über das Welternährungsprogramm die Zuwendungen in Länder wie Libanon oder Jordanien gekürzt habe. "Wir brauchen nicht nur Hilfe und Linderung, sondern Wachstum und Investment - Sonderwirtschaftszonen etwa, in denen die Flüchtlinge Refugee-Produkte für den Export produzieren", sagte Jordaniens Königin Rania.

Um die nötigen Mittel aufzubringen, will das WEF die privaten Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen. In Davos sollte am Freitag ein "Humanitarian Impact Bond", eine Art Flüchtlings-Anleihe, lanciert werden. Andere Initiatoren setzen auf die Vergabe von Mikrokrediten an Migranten, um ihnen die Eingliederung zu erleichtern. Bundesfinanzminister Schäuble sprach von einem "Marshallplan" für die Anrainerstaaten der Krisengebiete. Der EU-Gipfel im Februar soll nun zeigen, ob die Mitgliedstaaten es schaffen, sich wieder zusammenzurufen. Für die

Schicksalsfrage für den Kontinent In der Flüchtlingskrise sind die Europäer tief gespalten. Gabriel zweifelt auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos an "Koalition....

EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini ein schicksalhafter Gipfel: "Europa muss zusammenstehen - oder es begeht Selbstmord."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 23, 2016

End of Document